

Sitzungsbericht

16. Sitzung der Tagung 1998/99 der XV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 20. Mai 1999

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 684).
2. Bekanntgabe nach dem Unvereinbarkeitsgesetz und Mitteilung des Einlaufes (Seite 684).
3. Anfragebeantwortungen (Seite 686).
4. Ltg. 256/A-8/8: Antrag der Abg. Dirnberger u.a. auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzsicherung“.
Redner: Abg. Dirnberger (Seite 688), Abg. Gratzner (Seite 691), Abg. Keusch (Seite 692), Abg. Marchat (Seite 694), Abg. Kurzreiter (Seite 697), Abg. Mag. Motz (Seite 698), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 700), Abg. Haberler (Seite 702), Abg. Feurer (Seite 703), LR Gabmann (Seite 705).
5. Ltg. 257/A-8/9: Antrag der Abg. Koczur u.a. auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „1999 internationales Jahr der Senioren - Seniorenpolitik in Niederösterreich“.
Redner: Abg. Koczur (Seite 708), Abg. Präs. Mag. Freibauer (Seite 710), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 711), Abg. Vladyka (Seite 713), Abg. Egerer (Seite 715), Abg. Mag. Fasan (Seite 716), Abg. Schimanek (Seite 719), Abg. Kautz (Seite 720), LHStv. Prokop (Seite 722).
- 6.1. Ltg. 253/A-1/14: Antrag des Verkehrs-Ausschusses zum Antrag der Abg. Hintner, Weninger u.a. betreffend Verkehrsverbindungen zwischen Wien und Niederösterreich.
Berichterstatter: Abg. Dr. Prober (Seite 725).
- 6.2. Ltg. 255/A-3/15: Antrag des Verkehrs-Ausschusses zum Antrag der Abg. Marchat u.a. betreffend Verlängerung der Wiener U-Bahnlinien auf niederösterreichisches Gebiet und begleitende Maßnahmen.
Berichterstatter: Abg. Mayerhofer (Seite 725).
Redner zu 6.1. - 6.2.: Abg. Gratzner (Seite 725), Abg. Erber mit Resolutionsantrag (Seite 727), Abg. Weninger (Seite 728), Abg. Hintner (Seite 731), Abg. Mag. Fasan (Seite 733), Abg. Haberler (Seite 736), Abg. Gebert (Seite 737), Abg. Haberler (Seite 740), Abg. Roth (Seite 740), Abg. Gebert (Seite 742).
Abstimmung (Seite 743).
7. Ltg. 61/L-3: Antrag des Bau-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Straßengesetz 1998.
Berichterstatter: Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 743).
Redner: Abg. Mag. Fasan (Seite 743), Abg. Rupp (Seite 746), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 748), LR Mag. Stadler (Seite 749).
Abstimmung (Seite 752).
8. Ltg. 252/V-11/4: Antrag des Bau-Ausschusses über die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Regelung der Verwendbarkeit von Bauprodukten.
Berichterstatter: Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 752).
Abstimmung (Seite 752).
9. Ltg. 249/L-13: Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Landwirtschaftlichen Schulgesetzes.
Berichterstatter: Abg. Ing. Hofbauer (Seite 752).

Redner: Abg. Mag. Weinzinger (Seite 753), Abg. Waldhäusl (Seite 754), Abg. Honeder (Seite 755).

Abstimmung (Seite 757).

10.1. Ltg. 273/B-1: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.3 der XV. Gesetzgebungsperiode.

Berichterstatter: Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 757).

10.2. Ltg. 90/B-11: Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ landwirtschaftlicher För-

derungsfonds; Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahre 1997.

Berichterstatter: Abg. Hiller (Seite 757).

Redner zu 10.1. - 10.2.: Abg. Lembacher mit Resolutionsantrag (Seite 758), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 760), Abg. Waldhäusl (Seite 763), Abg. Kautz (Seite 770), Abg. Hofmayer (Seite 773), Abg. Waldhäusl (Seite 775), Abg. Mag. Fasan (Seite 776), Abg. Hrubesch (Seite 780), Abg. Sacher (Seite 781), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 781), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 783), LR Blochberger (Seite 784), Abg. Hiller (Seite 785).

Abstimmung (Seite 786).

* * *

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER (*um 13.00 Uhr*): Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Herr Landeshauptmannstellvertreter Höger und Herr Landesrat Mag. Sobotka.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf Grund meines an den Herrn Landesrat Mag. Ewald Stadler gerichteten Schreibens betreffend § 4 Abs.1 Unvereinbarkeitsgesetz hat mir dieser mit Schreiben vom 14. Mai 1999 in Ergänzung seines Schreibens vom 30. April 1999 mitgeteilt, daß er gemäß Beschluß der NÖ Landesregierung vom 11. Mai 1999 zum Aufsichtsrat der NÖ Landeshauptstadt PlanungsgesmbH bestellt wurde. Er übt somit eine leitende Stellung im Sinne dieser Gesetzesbestimmung aus. Es war daher die Notwendigkeit gegeben, den zuständigen Ausschuß zu befassen. Der Verfassungs-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 18. Mai 1999 unter Bedachtnahme auf die Gewährleistung der objektiven und unbeeinflussten Amtsführung die angezeigte Tätigkeit genehmigt. Ich darf das Hohe Haus um diesbezügliche Kenntnisnahme ersuchen.

Ich bringe nun dem Hohen Hause folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 272/G-1/5 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes NÖ in Gemeinden (Gemeinde Kirchstetten; Markterhebung),

Ltg. 279/G-12 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Gemeindeordnung 1973,

Ltg. 280/St-8 - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetz,

Ltg. 281/St-1/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Kremser Stadtrechtes 1977,

Ltg. 282/St-2/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des St. Pöltener Stadtrechtes 1977,

Ltg. 283/St-3/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Waidhofener Stadtrechtes 1977 - und

Ltg. 284/St-4/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Wr. Neustädter Stadtrechtes 1977 -

diese Stücke weise ich alle dem Kommunal-Ausschuß zu.

Ltg. 273/B-1 - Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 3 der XV. Gesetzgebungsperiode - wurde am 12. Mai 1999 vom Rechnungshof-Ausschuß beschlossen und steht daher bereits auf der heutigen Tagesordnung.

Ltg. 258/E-1/13 - Eingabe der Stadt Wiener Neustadt vom 28. April 1999 betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes - dieses Geschäftsstück weise ich dem Schul-Ausschuß zu.

Ltg. 269/B-32/1 - Bericht der Landesregierung betreffend Bericht über die Landesentwicklung 1998/99,

Ltg. 270/B-38/1 - Bericht der Landesregierung betreffend Darlehensaufnahmen der verschiedenen Fonds und Leasingverbindlichkeiten des Landes 1998,

Ltg. 271/B-33/1 - Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Gemeindeförderungsbericht 1999,

Ltg. 274/H-11/6 - Vorlage der Landesregierung betreffend a.ö. Krankenhaus Korneuburg, Gesamtausbau (3. Bauabschnitt) Umplanung - inklusive Küchenausbau, Erhöhung der Gesamtherstellungskosten - und

Ltg. 278/R-1/1 - Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsabschluß des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998 -

diese Geschäftsstücke weise ich dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zu.

Weiters eingelangt sind folgende Anfragen:
An Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll habe ich zur Beantwortung weitergeleitet:

Ltg. 259/A-4/39 - Anfrage des Abgeordneten Marchat betreffend Auftragsvergaben an die Firmen „Ilbau“ sowie „Lang & Menhofer“ und

Ltg. 262/A-4/41 - Anfrage des Abgeordneten Weninger betreffend Lärmschutzmaßnahmen auf der A2 und A21 - sowie

Ltg. 268/A-4/42 - Anfrage des Abgeordneten Mayerhofer betreffend Zustimmung zur Besetzung der Planstelle im Bereich der Bundesgendarmerie - Postenkommandant GP Retz.

An Herrn Landeshauptmannstellvertreter Höger habe ich zur Beantwortung weitergeleitet das Geschäftsstück

Ltg. 260/A-4/40 - Anfrage des Abgeordneten Marchat betreffend Auftragsvergaben an die Firmen „Ilbau“ sowie „Lang & Menhofer“.

An Herrn Landesrat Mag. Sobotka habe ich zur Beantwortung weitergeleitet:

Ltg. 275/A-5/65 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Zersiedelung im Gemeindegebiet Michelhausen.

An Herrn Landesrat Dr. Bauer habe ich zur Beantwortung weitergeleitet:

Ltg. 276/A-5/66 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Fasan und Mag. Weininger betreffend Beitritt Österreichs zur Bonner Konvention - und

Ltg. 277/A-5/67 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Fasan und Mag. Weininger betreffend Tierschutzgesetz und Rattenbekämpfung.

An Herrn Landesrat Mag. Stadler habe ich zur Beantwortung weitergeleitet:

Ltg. 261/A-5/59 - Anfrage des Abgeordneten Marchat betreffend Auftragsvergaben an die Firmen „Ilbau“ sowie „Lang & Menhofer“,

Ltg. 263/A-5/60 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan betreffend Trinkwasserschutz vor Nitratbelastung in Niederösterreich,

Ltg. 264/A-5/61 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan betreffend ökologische Abwassersanierung,

Ltg. 265/A-5/62 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan betreffend „Fischer Deponie“ in Theresienfeld - und

Ltg. 266/A-5/63 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan betreffend gefährliche Deponien in Niederösterreich - sowie

Ltg. 267/A-5/64 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan betreffend „World of Wonder“ in Ebreichsdorf - wasserrechtliche Probleme.

Weiters eingelangt sind die Anfragebeantwortungen von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zu Ltg. 246/A-4/38,

von Herrn Landesrat Mag. Sobotka zu Ltg. 242/A-5/55, Ltg. 243/A-5/56, Ltg. 244/A-5/57 und Ltg. 245/A-5/58.

Die Anfragebeantwortungen haben folgenden Inhalt:

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Marchat an LH Dr. Pröll betreffend Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres in Niederösterreich zur Sicherung der EU-Außengrenze, Ltg. 246/A-4/38:

„Bereits mit Schreiben vom 17. Jänner 1996, LAD-1500/406, habe ich in Ablichtung einen vom NÖ Landtag zum Beschluß erhobenen Resolutionsantrag vom 4. Dezember 1995, Ltg. 399/5-3/7a-1995, betreffend ‚Projekt Bundesgendarmerie - Grenzdienst‘ an die österreichische Bundesregierung zu Händen des Herrn Bundeskanzlers übermittelt und ersucht, jene Maßnahmen zu ergreifen, die einen effektiven Einsatz an unseren Grenzen gewährleisten.“

Mit Schreiben vom 17. September 1996, LAD-1500/406, an den Herrn Präsidenten des NÖ Landtages, angenommen in der Landesregierung-Sitzung vom 17. September 1996, Sitzungsbogen Nr.4, wurden die schriftlichen Antworten auf mein Schreiben vom 17. Jänner 1996 wiedergegeben. Eine Ausfertigung dieses Sitzungsbogens ist abgeschlossen.

Mit Schreiben vom 15. Oktober 1996, LAD-1500/421, habe ich in Ablichtung den vom NÖ Landtag zum Beschluß erhobenen Antrag des Verfassungsausschusses vom 10. Oktober 1996, Ltg. 445/A-3/28-1996, betreffend ‚Sicherheitspolitik in Niederösterreich‘ an die österreichische Bundesregierung zu Händen des Herrn Bundeskanzlers übermittelt und um Auskunft ersucht, welche beabsichtigten Maßnahmen und Überlegungen zur Umsetzung des Schengener Abkommens vorgesehen sind und welche Auswirkungen sich daraus auf die Struktur der Sicherheitswachekörper und der Sicherheit für unser Bundesland ergeben.

Mit Schreiben vom 4. April 1997, LAD1-1500/421, an den Herrn Präsidenten des NÖ Landtages, angenommen von der Landesregierung im Umlaufwege am 4. April 1997, Umlaufbogen Nr.7, wurden die schriftlichen Antworten auf mein Schreiben vom 15. Oktober 1996 wiedergegeben.

Eine Ausfertigung dieses Umlaufbogens ist abgeschlossen.

Mit Schreiben des Herrn Präsidenten des NÖ Landtages vom 3. Juli 1997, Ltg. 445/A-3/28-1996, wurde an die NÖ Landesregierung zu Händen des Herrn Landeshauptmannes der vom NÖ Landtag am 3. Juli 1997 zum Beschluß erhobene Antrag des Verfassungs-Ausschusses betreffend den ‚Assistenzeinsatz des Bundesheeres an der niederösterreichischen EU-Außengrenze‘ zur weiteren Veranlassung übermittelt.

Mit Schreiben vom 9. Jul 1997, LAD1-SEG-3/1, an die österreichische Bundesregierung zu Händen des Herrn Bundeskanzlers wurde der Beschluß des NÖ Landtages vom 3. Juli 1997, Ltg. 445/A-3/28-1996, betreffend dem Ersuchen übermittelt, alles zu unternehmen, um einen vorübergehenden Assistenzeinsatz des Bundesheeres an der in Niederösterreich gelegenen EU-Außengrenze zu erreichen.

Mit Schreiben vom 9. September 1997 und 2. Dezember 1997, LAD1-SEG-3/001-97, an den Herrn Präsidenten des NÖ Landtages, angenommen in den Landesregierung-Sitzungen vom 9. September 1997 und 2. Dezember 1997, Sitzungsbögen Nr.4 und Nr.2, wurden die schriftlichen Antworten auf mein Schreiben vom 9. Juli 1997 wiedergegeben. Je eine Ausfertigung dieser Sitzungsbögen ist abgeschlossen.

Betreffend Schubhaftplätze finden laufend Gespräche zwischen dem Bundesministerium für Inneres und dem Land Niederösterreich statt.

Zur Anfrage zu Punkt 6 wird mitgeteilt, daß dies nicht die Vollziehung des Landes betrifft. Das Land Niederösterreich verlangt jedoch auch jenen hohen Sicherheitsstandard, den Bayern an seinen EU-Außengrenzen aufweisen kann. Eine Vergleichstabelle zwischen Bayern und Niederösterreich ist zur näheren Darstellung abgeschlossen.“ *(Die der Anfragebeantwortung angeschlossenen Unterlagen gingen mit dieser den Damen und Herren Abgeordneten zu und liegen überdies in der NÖ Landtagsdirektion zur Einsicht auf.)*

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan an LR Mag. Sobotka betreffend Förderung von Anti-Atom-Projekten 1998, Ltg. 242/A-5/55:

„Im Jahr 1998 wurden seitens der Abteilung Umweltrecht und Umweltkoordination/Koordinierungsstelle für Umweltschutz der Umweltorgani-

sation GLOBAL 2000 eine Mitfinanzierung für die im Herbst 1998 stattgefundenen Anti-Atom-Konferenz, im Konkreten eine damit verbundene Studie über die Möglichkeiten des Ausstieges aus der Atomenergie und Nutzung alternativer Energiequellen in Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien, in der Höhe von max. ATS 80.000,- zugesagt.

Das Schreiben von GLOBAL 2000 ist mit 15. Juli 1998 datiert, die Auftragsvergabe an GLOBAL 2000 für die oben genannte Studie erfolgte seitens der Abteilung Umweltrecht und Umweltkoordination am 31. Juli 1998.

Eine Akontozahlung in der Höhe von ATS 60.000,- erfolgte bei der Auftragserteilung zur GLOBAL 2000-Studie über die Möglichkeiten des Ausstieges aus der Atomenergie und Nutzung alternativer Energiequellen in Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien. Nach Vorlage der Endabrechnung vom 27. November erfolgte die Anweisung des Endbetrages von ATS 20.000,- am 10. Dezember 1998.

Von seiten der Abteilung Umwelttechnik wurde GLOBAL 2000 aufgrund eines Förderansuchens vom 24. Februar 1998 mit einem Schreiben vom 19. Mai 1998 die Zusage über eine Förderung in der Höhe von ATS 80.000,- für die Informationstour über das Strahlenfrühwarnsystem RAMOS beim AKW Dukovany gegeben. Die Auszahlung dieser Förderung erfolgte mit Anweisung vom 5. Juni 1998.

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan an LR Mag. Sobotka betreffend Energiepolitische Kooperation mit Tschechien und der Slowakei, LtG. 243/A-5/56:

„Sowohl auf Regierungs- als auch auf Beamtenebene wurde versucht, gemeinsame Energiepolitische Maßnahmen zu erarbeiten. Wie etwa am 2. März 1999, als das Memorandum der NÖ Landesregierung über die Zusammenarbeit mit der Tschechischen Regierung in Energiefragen überreicht wurde. Außerdem gab es bereits im Dezember 1998 ein Treffen von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll mit Ministerpräsident Dzurinda aus der Slowakei.

In den Jahren 1998 und 1999 wurden zahlreiche Förderungen für Projekte und Kooperationen im Bereich der Energiepolitischen Maßnahmen vergeben bzw. sind vorgesehen. Unter anderem wurden 1998 Förderungen für ein Interreg II Projekt zum Thema ‚Nachhaltiges Umweltmanagement am Beispiel Weinviertel – Westslowakei‘, unter Einbin-

dung des Gemeindeverbandes Gänserndorf in der Höhe von S 100.000,- vorgesehen. Für ein anderes Projekt zu diesem Thema, ‚Solarenergie für Levice‘, das sich mit der Initiierung des Solarselbstbaues und alternativer Energien an der Fachschule in Levice beschäftigt und gemeinsam mit der Slowakei und der ARGE Erneuerbare Energie betreut wird, wurden S 350.000,- vorgesehen.

Ebenso gibt es ein trilaterales March-Thaya-Konzept zum Thema Ökologische und wirtschaftliche Perspektiven für die Region March/Thaya, Slowakei und Tschechien von der Firma Allplan GesmbH, für das S 150.000,- (+ S 125.000,- aus EU-Mitteln) verwendet wurden. Zusätzlich wurden zur Förderung des Bereiches Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Fortbildung in Tschechien (EUPRI-Verein) S 100.000,- zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 1999 sind Fördermittel für den Bereich ‚Solarenergie für Levice‘ in Zusammenarbeit mit der ARGE Erneuerbare Energie in der Höhe von S 350.000,- vorgesehen.

Weiters werden Projekte, wie etwa die Förderung der Vereinsarbeit im Bereich Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Fortbildung in Tschechien mit S 100.000,- betreut.

Zusätzlich wird ein Interreg IIa Entwicklungsprojekt Naturkorridor Östl. Marchfeld – Westslowakei gemeinsam mit der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung in der Höhe von S 50.000,- gefördert.

Ein weiteres Projekt der Zusammenarbeit mit der Slowakei ist das Interreg-Projekt Bruck/Leitha – Bratislava, in dessen Rahmen ein Energiekonzept für die beiden Städte mit den Schwerpunkten Strategien der Energieeinsparung, Ersatz von Kohleheizungen und Einsatz erneuerbarer Energie erstellt wird. Seitens des Landes NÖ wird eine Förderung in der Höhe von S 1.050.000,- für dieses Projekt gewährt.

Am 30. Oktober 1998 fand in St. Pölten ein bilaterales Gespräch zwischen den Umweltministerien der Tschechischen Republik und Österreichs auf Beamtenebene statt, in dem seitens der ebenfalls beigezogenen Vertreter Niederösterreichs die Zusammenarbeit bei Schulungsaktivitäten und Know-How-Weitergabe im Bereich Fernwärme aus Biomasse angeboten wurde.

Bei einer Sitzung über die bilateralen Beziehungen der Slowakei zum Land Niederösterreich am 10. März 1999 im Landhaus St. Pölten wurde auch eine Arbeitsgruppe über die Zusammenarbeit

im Energiebereich eingesetzt. Darüber hinausgehend wurde eine Anfrage an die Regionalmanagements Wald- und Weinviertel über Projekte der Zusammenarbeit mit Tschechien und der Slowakei gerichtet. Die Antworten darauf werden noch übermittelt.“

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan an LR Mag. Sobotka betreffend NÖ Anti-Atom-Beauftragter, Ltg. 244/A-5/57:

„Mit Beschluß der NÖ Landesregierung vom 29. Juni 1993 wurde die Rechtsanwaltskanzlei Schönherr, Barfuss, Torggler & Partner, dessen Mitarbeiter Dr. Herbst war, bezüglich Atomrechtsfragen beauftragt. Seit 1998 besteht mit Dr. Christoph Herbst ein Vertragsverhältnis, das jährlich verlängert wird.

Herr Dr. Christoph Herbst ist Rechtsanwalt in Wien und somit kein Landesbediensteter. Dieser greift auf die übliche Infrastruktur eines Rechtsanwaltes zurück und zieht zur Unterstützung ausländische Partnerbüros heran. Ebenso wird er durch die Fachabteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung unterstützt.

Hauptaufgabe des Herrn Rechtsanwaltes Dr. Christoph Herbst ist die Prüfung und Ergreifung aller rechtlichen Schritte zur Verhinderung der Errichtung und Inbetriebnahme von Atomkraftwerken und Atommüll-Lagern und aller sonstigen damit zusammenhängenden Rechtsfragen. Sämtliche Schritte werden in Abstimmung mit dem Amt der NÖ Landesregierung gesetzt.“

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan an LR Mag. Sobotka betreffend Förderung von Anti-Atom-Initiativen 1999 und 2000, Ltg. 245/A-5/58:

„Grundsätzlich können zur Förderung von Anti-Atom-Initiativen die Budgetansätze ‚Umweltschutz, Aktionen‘ und ‚Umweltschutz‘ angesprochen werden.

Für das Jahr 1999 liegen zur Zeit keine Förderungszusagen für Anti-Atom-Initiativen ohne Einrechnung von Initiativen im Bereich der erneuerbaren Energien vor, wobei Global 2000 eine grundsätzliche Anfrage für eine Anti-Atom-Initiative gestellt hat. Der konkrete Förderungsantrag ist noch nicht gestellt worden. Laut Global 2000 wird dieser noch im Mai erfolgen.

Private Anti-Atom-Initiativen sind grundsätzlich förderbar, wenn es sich um konkrete Projekte han-

delt und im Einklang mit dem Ziel der NÖ Anti-Atom-Strategie ‚AKW-freies Mitteleuropa‘ stehen.

Zum derzeitigen Zeitpunkt ist bezüglich der Budgetmittel für das Jahr 2000 noch nicht die endgültige Entscheidung gefallen.“

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eingelangt sind zwei Anträge auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde. Wir kommen nunmehr, wie in der Tagesordnung zur heutigen Sitzung angekündigt, zum ersten Antrag:

Die Abgeordneten Dirnberger, Dr. Strasser u.a. haben gemäß § 35a LGO einen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzsicherung, Ltg. 256/A-8/8, eingebracht. Gemäß § 35a Abs.4 LGO wurde beantragt, die Aktuelle Stunde am Beginn der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe nun diesen Antrag zur Abstimmung und ersuche jene Mitglieder des Hauses, welche dafür stimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. *(Nach der Abstimmung:)* Gegenstimmen? Gibt es keine. Einstimmig angenommen!

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde gemäß § 35a der Geschäftsordnung. Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß § 35a Abs.6 LGO die Redezeit des ersten Antragstellers und der Mitglieder der Landesregierung auf 15 Minuten, und die der übrigen Redner auf 10 Minuten beschränkt ist. Ich weise die Damen und Herren des Hohen Hauses darauf hin, daß eine Minute vor Ende der Redezeit das Licht am Rednerpult zu blinken beginnt. Am Ende der Redezeit leuchtet das Licht ohne zu blinken. Und wenn Sie das mißachten, dann schaltet sich der Präsident ein.

Die Abgeordneten Dirnberger, Dr. Strasser u.a. haben den Antrag **Ltg. 256/A-8/8** betreffend „Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzsicherung“ eingebracht. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dirnberger als ersten Antragsteller, zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzsicherung in Niederösterreich“.

Niederösterreich ist die Beschäftigungslokomotive in Österreich. Die Zahl der Arbeitslosen sank im April im Vergleich zum Vorjahr um 2.168 auf 6,1 Prozent. In Österreich halten wir immer noch über der 7 Prozent-Marke. Das sind die letzten offiziellen Daten des AMS Niederösterreich, derer wir uns hier zu bedienen haben.

Schon in den letzten Jahren hatten wir Niederösterreicher einen Zuwachs an Arbeitsplätzen zu verzeichnen und ist uns das gelungen. Der nunmehrige, gleichzeitige Rückgang in den Arbeitslosenzahlen zeigt die Qualität der Initiativen des Landes Niederösterreich. Und ich darf einige Schwerpunkte herausgreifen, die mir besonders bedeutsam erscheinen, warum uns die Führung im Reigen der Bundesländer, was die Arbeitsplätze betrifft, gelungen ist. Der erste Bereich für mich ist die Frage der regionalen Entwicklung in Niederösterreich. Von Niederösterreichs regionaler Entwicklungsagentur, von der ECO-PLUS spreche ich daher gleich zu Beginn.

Die ECO-PLUS hat in den neunziger Jahren dazu beigetragen, daß wir in Niederösterreich 682 Unternehmen ansiedeln konnten mit der Folge von 17.134 neu geschaffenen Arbeitsplätzen. Insgesamt wurden bei diesen Projekten und Initiativen 13 Milliarden Schilling in den neunziger Jahren in Niederösterreich investiert, mit einem Fördervolumen von 4 Milliarden Schilling. Und ich denke, daß wir unserem Landesrat Gabmann ganz besonders für die Gestaltung der Leistungspalette dieser ECO-PLUS, unserer regionalen Entwicklungsagentur, zu danken haben. Die Schwerpunkte - um sie kurz anzusprechen - dieser Leistungsbereiche der ECO-PLUS NÖ sind: Investorenservice und Betriebsansiedlung, Management, eigene Wirtschaftsparks, grenzüberschreitende Projekte, Management von Beteiligungen, Förderung regionaler Initiativen und Projekte. Und nicht zuletzt, meine Damen und Herren, die EU-Regionalförderung.

Apropos Regionalförderung EU. Die Freiheitlichen plakatieren zur Zeit landauf, landab „Heimvorteil für Österreich“. Ich darf Sie darauf hinweisen, meine Damen und Herren, die FPÖ hat gegen den Antrag zur besonderen Unterstützung der Grenzregionen gestimmt, der von unserer EU-Delegationsleiterin Ursula Stenzel eingebracht und erfolgreich durchgesetzt wurde! *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Marchat: Das ist eine Wahlkampfrede, die Du da hältst!)*

Meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, das ist keine Wahlkampfplatitüde: Sie haben dort dagegengestimmt - Stenzel hat das durchgesetzt! Statt mitzugestalten setzen Sie weiterhin, was die europäische Gemeinschaft betrifft, auf Angst und Ressentiments. Statt auf Ihren Blick in die Vergangenheit achten wir Niederösterreicher auf die Qualität unserer Arbeit. *(Abg. Schimanek: Auf Österreich setzen wir! Auf Österreich!)*

Und dieses Eurofitneßprogramm für die Grenzregionen, das Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll entworfen hat, kann sich ja wirklich sehen lassen.

Ich kann es Ihnen in der gebotenen Kürze nicht in jedem Detail vorstellen. Aber wenn ich nur beginne mit der Zielsetzung dieses Eurofitneßprogrammes unseres Landeshauptmannes: Durch Unterstützung strategischer Schlüsselprojekte im industriellen und gewerblichen und im touristischen Bereich werden Impulse für eine nachhaltige und vor allem wertschöpfungsintensive Regionalentwicklung gesetzt. Das Ziel läßt sich nur durch besonders qualitätsvolle Projekte mit Anstoßwirkung für regionale Entwicklungen gewährleisten. Die Förderkriterien, besonders wichtig dabei, die wir in Niederösterreich hier entworfen haben, richten sich nach der Frage der Qualität der Projekte, nach dem regionalpolitischen Zielbeitrag und der Unterstützung aus der Region, die von der Region kommt. Ich darf Ihnen beispielhaft einige Worte sagen: Der Universitätslehrgang für Regionalmanager in Groß Siegharts, Telematikinitiative Waldviertel, Gründerzentrum Niederösterreich-Nord in Krems, hochrangige Standortentwicklung im Umfeld des RIZ Niederösterreich-Nord, Gründerzentrum Niederösterreich-Ost in Hollabrunn, Kamp-Thaya-March-Radweg, Errichtung eines Nahversorgungs-Dienstleistungszentrums Waidhofen a.d. Thaya, Kulturpark Kamptal, Pilotprojekt Gründerinitiative Groß Siegharts, Industriearchäologisches Modellprojekt Kamptalbrücken usw.

Ich denke, daß wir nicht nur von Platitüden reden, nicht nur plakatieren, sondern daß wir ganz konkret in der Lage sind, unsere Fragen tatsächlich mit qualitativvollen Projekten auch umzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Haberler: 15 Prozent Arbeitslosigkeit!)*

Und das unterscheidet uns denn tatsächlich ganz ganz wesentlich gerade in dieser Frage von den Freiheitlichen. Denn für uns ist Europa, die europäische Erweiterung, vor allem die Aufgabe, daß wir Österreicher und vor allem wir Niederösterreicher, die wir im Grenzland betroffen sind, diesen Erweiterungsprozeß mitbestimmen und mitgestalten können. *(Abg. Haberler: Ihr habt Zehntausende Arbeitslose!)*

Daß wir unser Land nicht von der Zukunft abschneiden und daß wir durch sorgfältige Vorbereitung die Risiken minimieren. Wenn wir es so machen, wie Sie, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, und bei den eigenen Anträgen in Brüssel dagegen stimmen, was die Regionalentwicklung betrifft, werden wir die Probleme der Zukunft sicherlich nicht meistern können. *(Beifall bei der ÖVP. - Heftige Unruhe bei der FPÖ.)*

Wir wissen natürlich auch, daß für die Erweiterung, wenn diese kommen wird, es sicherlich notwendig sein wird, daß es nicht nur Übergangsfristen, sondern vor allem Übergangsregelungen ge-

ben wird. Was den freien Personenverkehr bei Arbeitskräften, die Niederlassungsfreiheit usw. betrifft, die Übernahme der EU-Sozial- und -Umweltstandards, die Anpassung des Rechtsstandards der Beitrittskandidaten. Auch die Frage natürlich, und gerade heute möchte ich das anschneiden, die Frage der Atomkraftwerke. All das können wir nur mitbestimmen, wenn wir dabei sind. Wenn wir draußen sind, könnten wir nur zuschauen, wie die Entwicklung in Europa weiter gehen würde.

Wir verschweigen aber auch, meine Damen und Herren, Problemstellungen in Österreich und in unserem Lande nicht. Dem Erfolg beim Rückgang der Arbeitslosen, unserer Führungsrolle im Reigen der Bundesländer stehen natürlich auch Problemfelder gegenüber. Wodurch wir Niederösterreicher auch betroffen sind, das ist vor allem für mich die Frage der Beschäftigung der älteren Arbeitnehmer über 50 Jahre. Bei einem gleichzeitigen Rückgang der Arbeitslosen in Niederösterreich auf 6,1 Prozent - was uns erfreulich stimmt - im letzten Vergleichsmonat zum Vorjahr, müssen wir festhalten, daß auch bei uns die Zahl der Arbeitslosen über 50 um 2,3 Prozent - konkret sind das 10.260 Menschen, die betroffen sind - gestiegen ist. Das hat sicherlich verschiedene Gründe. Wir haben als erstes Bundesland die Antwort gegeben. Die Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop war als erste in der Lage, mit dem AMS eine Vereinbarung zu treffen um die Aktion „Comeback 50“ in Niederösterreich zur Wiedereinstellung älterer Arbeitsloser zu starten. Ich möchte herzlich danke sagen dafür. Das hat in vielen Bezirken schon wesentlich gegriffen. Wenn ich nur einen Bereich in Baden herausgreife, den ich vor kurzem mir angeschaut habe. Eine tolle Geschichte, wie wir denen, die sonst keine Chance mehr hätten, wieder eine Möglichkeit für die Zukunft geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt aber einen zweiten Bereich, den ich erwähnen muß. Nämlich das Altersteilzeitmodell, das wir vom ÖAAB in der Volkspartei entworfen haben. Der Kern unserer Vorstellung ist der, daß bei einer Reduktion der Arbeitszeit von 20 bis maximal 50 Prozent die Hälfte des Lohnentfalles vom AMS ersetzt wird. Wer soll das bezahlen, werden sich sicher manche fragen. Dieses Modell, meine Damen und Herren, rechnet sich auch volkswirtschaftlich! Denn statt Arbeitslosigkeit zu verwalten und zu bezahlen, wird damit Beschäftigung und werden auch Dienstgeber-, Dienstnehmerbeiträge für die Zukunft gesichert werden.

Was mich sehr bedrückt in dieser Frage, ist, daß entgegen allen Ankündigungen, die wir vor Monaten noch erhalten hatten, die Frau Sozialministerin Hostasch dieses Modell in seinen Grundzügen

ablehnt. Hostasch tritt nur für eine Lösung ein, ist nur gesprächsbereit für eine Lösung der Altersteilzeit für Männer ab 57 Jahren und für Frauen ab 52 Jahren. Ich brauche Ihnen, meine Damen und Herren, nicht erklären, daß das viel zu spät ist. Und das in einer Situation, wo sich die prekäre Lage der über Fünfzigjährigen weiter zuspitzt. Die wir nicht nur ablesen sollten von Ziffern in Berichten des AMS, sondern wo wir jeweils die menschliche Betroffenheit dahinter erkennen sollten. Ich will ja fair sein zur Frau Sozialminister. Niemand erwartet von Hostasch in der Endphase ihrer Laufbahn als Sozialministerin die Sprühkraft neuer Ideen. Das ist es nicht, was ich ihr vorwerfe. Aber wenigstens behindernd und verhindernd sollte sie nicht dastehen. Ich glaube, das können wir von der Sozialministerin denn doch erwarten. Und ich bin unserer Frau Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop sehr dankbar, daß Du zugesagt hast, daß wir in Niederösterreich, wenn da bundesweit nichts weitergeht, versuchen, mit Pilotprojekten diese Frage der Altersteilzeit in jenen Bezirken zunächst einmal durchzusetzen, wo eine besonders hohe Betroffenheit da ist. Ich glaube, wir können hier einfach nicht warten, bis sich die Frau Sozialminister und die Sozialpartner hier zu einer Initiative bequemen.

Sicherlich ist diese Frage der Beschäftigung der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht nur eine Frage, die wir hier vor Ort politisch lösen können, sondern bedingt auch eine wesentliche Notwendigkeit zur Bewußtseinsveränderung in den Personalabteilungen vieler größerer Unternehmen, weil hier gegenüber älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern große Vorurteile bestehen. Wir wissen das von Bewerbungsgesprächen, daß die einen Hürdenlauf zu absolvieren haben, den sie kaum schaffen. Der Marktwiderstand gegen ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist in den letzten Jahren immer größer geworden. Daher ist es auch unsere gesellschaftspolitische Aufgabe, daß wir von Niederösterreich ausgehend hier die Initiative ergreifen, daß wir bundesweit zu einer Bewußtseinsveränderung in dieser Frage beitragen können. Denn ich glaube, es kann nicht angehen, daß sich die Unternehmen ein Leben lang der Menschen bedienen im Betrieb. Und daß sie dann in der Endphase quasi der öffentlichen Hand und dem persönlichen Schicksal überantwortet werden. Wir haben daher natürlich in Niederösterreich besondere Beiträge zum Beschäftigungspaket einzubringen. Und ich bin der Frau Landeshauptmannstellvertreter dankbar, daß sie hier so weit schon vorangeschritten ist in der Frage dieser Projekte. Die sich vor allem natürlich konzentrieren auf die Beschäftigung der älteren Arbeitnehmer ab 50, auf die Frage der so wichtigen Beschäftigung der Behinderten. Die wir nie außer Acht lassen dürfen,

weil sie am meisten sicherlich betroffen sind, wenn der Arbeitsmarkt rauh ist. Und natürlich vor allem die Frage der Frauen, der Wiedereinsteigerinnen in das Berufsleben, das ist eine wichtige Frage. Und natürlich die Beschäftigung der jugendlichen Arbeitnehmer, der Schulabgänger, der Lehrlinge. Wo uns wirklich vieles geglückt ist: Wir haben in Niederösterreich eine Lehrlingssituation, Frau Landeshauptmann, von der wir noch vor einiger Zeit nur träumen konnten. Vielen Dank der Landesregierung für diese Initiativen. Da haben wir wirklich einiges schaffen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte heute auch einen besonderen Dank sagen unserem Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. Denn, Herr Landeshauptmann, nicht nur mit der Konzeption und der Umsetzung all der Projekte, die ich hier angesprochen habe, besonders der Eurofitneß-Programme, hast Du wesentliche Leitlinien festgelegt, sondern Du hast auch oft vor Ort persönlich eingegriffen. Ich möchte da abschließend nur einen Fall nennen: Bei einem größeren Unternehmen bei uns im oberen Waldviertel – ich erspare den Namen – stand plötzlich von einem Tag auf den anderen eine große Anzahl von Kündigungen und Kurzarbeit ins Haus. Es warst Du und es war der Herr Landesrat Gabmann, die sofort vor Ort eingegriffen haben. Herr Landeshauptmann! Niemand anderer hat geholfen. Und ich denke, es ist gut, daß Du Dich auch immer wieder der Mühsal des Einzelschicksals annimmst, neben der Gestaltung der grundsätzlichen Linie unserer Landespolitik. Vielen herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Aktuelle Stunden lassen natürlich vermuten in Vorwahlzeiten, worum es geht. Und der Herr Abgeordnete Dirnberger hat das eindrucksvoll unterstrichen: Es geht um Wahlvorbereitung. Und das Thema „EU“ ist auch ganz geschickt verpackt worden. Vor allem wenn man daran denkt, daß vor zwei Monaten eine Aktuelle Stunde genau zum gleichen Thema noch von Dirnberger und Keusch gemeinsam eingebracht wurde. Und daher ist es natürlich auch ganz interessant, wenn man sich ein bißchen anschaut, was hat sich denn in diesen zwei Monaten so Wesentliches geändert, daß heute zum gleichen Thema wieder diskutiert wird.

Es hat sich der Inhalt der Rede von Abgeordneten Dirnberger doch einigermaßen geändert. Er hat damals noch vier Schwerpunkte gesetzt, die recht interessant waren. Es ist nämlich die Alterszeit, die Mobilität, die Benzinpreise – wir erin-

nern uns noch an den Vergleich mit den Tankwarten – und die Stabilität des Landes in den Vordergrund gerückt worden.

Nun, wenn wir uns diese Eckpfeiler ansehen, und was sich in den zwei Monaten geändert hat, muß man leider sagen, die Benzinpreise sind ziemlich in die Höhe gegangen – auf alle Fälle der Diesel um einiges. Die Arbeitslosigkeit im Waldviertel ist leider nicht gesenkt worden. Und eines hat er sicher auch sehr ernst unterstrichen, und ich glaube, das sollte auch das Thema sein heute: Die Arbeitslosigkeit der über Fünfzigjährigen ist nicht zurückgegangen, sondern ist sogar nicht nur prozentuell sondern tatsächlich auch zahlenmäßig gestiegen. Gestiegen zu einem Zeitpunkt, obwohl man ja weiß, gerade im März, April beginnt die Bauwirtschaft wieder. Und da würde man annehmen, daß das Gegenteil der Fall ist. Aber genau hier ist auch der zahlenmäßige Anstieg seitens AMS entsprechend ausgewiesen.

Ich glaube daher, man sollte sich auch durchaus mit diesen Modellen, die sich mit den über Fünfzigjährigen beschäftigen, auseinandersetzen. Weil ich meine, gerade das Altersteilzeitmodell, das von Spindelegger vorgestellt wurde, hat ja bisher nichts bewiesen – gut, zwei Monate ist eine sehr kurze Zeit, das muß man schon sagen – aber von der Beurteilung her. Auch wenn man sich das Gleitpensionsmodell anschaut: Es greifen diese Modelle nicht. Ganz einfach, weil der über Fünfzigjährige nicht von sich aus wirklich gern auf Arbeitszeit verzichtet, auf Gehalt verzichtet. Und daher glaube ich, müssen sämtliche Ansätze, soweit es eben geht, doch in Richtung Vollerwerbstätigkeit gehen. Und nicht, daß man sich darauf versteift, ein Modell nach dem anderen zu finden, wie man über Fünfzigjährige unterbringt. Und ich sehe daher auch die Wirtschaftsförderung in dem Zusammenhang. Wirtschaftsförderung muß den Vollerwerbsarbeitsplatz zum Ziel haben und nicht irgendwelche Teilzeitbeschäftigungen. Und daher ist das, glaube ich, auch sehr wichtig. Und das AMS wirft das auch, muß ich sagen, sehr eindrucksvoll in der letzten Ausgabe vom März 1999 aus. *(Abg. Feurer: Das war die vorletzte Ausgabe! – Unruhe im Hohen Hause.)*

Also, ich habe sie mir gestern geholt beim AMS in St. Pölten. Vielleicht haben manche schon, ich habe gehört, manche haben schon die Rohdaten von April. Die gibt es. Aber die Zahlen, um die es geht, von denen muß man sagen, die sind nicht lustig. Ich weiß, daß der Einwand lustig war, aber die Zahl selbst ist eher bedenklich. Daß nämlich gerade die Zahl der geringfügig Beschäftigten sehr steigt. Und daher ist es zwar zahlenmäßig schön, wenn man mit dem Anstieg der Beschäftigtenzah-

len operiert. Man muß aber, glaube ich, doch ehrlicherweise immer die Anzahl der geringfügig Beschäftigten dazu sagen. Die hat nämlich immerhin vom Vorjahr auf heuer um 11,6 Prozent - nämlich im März um 2.849 - zugenommen. Und ich glaube, daß das nicht Ziel einer Wirtschaftspolitik sein kann, einer Wirtschaftsförderung, einer Arbeitsmarktförderung, daß wir immer mehr geringfügig Beschäftigte haben oder sogenannte Selbständige, die auch nicht wirklich von dem leben können, was man dann „den Arbeitsplatz“ nennt.

Und daher glaube ich, man sollte bei dem Thema schon auch darüber diskutieren, worum es geht: Es geht darum, daß viele Betriebe nach wie vor kapitalschwach sind. Und daß bei uns ganz einfach die Lohnkosten zu hoch sind in der Relation zu den Lohnnebenkosten. Und dazu hat die Wirtschaftskammer gestern eine interessante Statistik ins Internet gestellt. Da ist zwar Österreich an der sechsten Stelle, wenn es um den Stundenlohn geht, um die Arbeitsleistung. Aber wir sind an der ersten Stelle, wenn es um die Lohnnebenkosten geht. Das heißt, nach dieser Statistik der Wirtschaftskammer, die gestern da ins Internet gestellt wurde, finden wir in Österreich - es ist gerundet - 50 Prozent Direktlohn im Gegensatz zum Gesamtlohn. Und es gibt Länder, wenn ich nur hernehme zum Beispiel Dänemark, wo dieses Verhältnis so ausschaut, daß beim Direktlohn dem Industriearbeiter 78 Prozent bleiben. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Naja, ich würde sagen, eine Statistik, die von der Wirtschaftskammer ausgegeben wird, also ich glaube das einmal aufs erste. (*LR Dr. Bauer: Es ist aber allgemein bekannt, daß das Verhältnis in den letzten 40 Jahren unverändert ist!*)

Ja, aber das Mißverhältnis ist da. Und wir reden ja heute über die Arbeitsplätze. Und wir reden darüber, wie können wir Arbeitsplätze schaffen oder Vollerwerbsarbeitsplätze besser absichern. Aber deswegen wird es ja nicht besser, nur weil es unverändert ist. Sagen wir ganz einfach, es geht um die Arbeitsplatzsituation. Und wenn bei uns im Waldviertel 15 Prozent Arbeitslose sind, dann müssen wir uns Gedanken machen. Deswegen wird ja heute da diskutiert. Ich verstehe schon, Herr Landesrat. Aber, Herr Landesrat, wenn Sie eine wissenschaftliche Abhandlung liefern wollen, hier ist genügend Platz, das zu machen.

(*LR Dr. Bauer: Das wäre wohl nicht angebracht, weil manche mich mißverstehen würden! Da könnte ich auch mehrere Vorlesungen halten!*)

Das glaube ich auch, daß Ihre Vorlesungen nichts erbringen. Daher würde ich gerne fortfahren und doch dazu kommen, daß es doch Lösungsansätze gibt. Die Lösungsansätze sind auch letztes Mal sogar von Kollegen Keusch hier erwähnt worden.

Es geht um Entsteuerung nicht entnommener Gewinne. Es geht ganz einfach um die Senkung von Lohnkosten. Und ich glaube, daß wir vom Land Niederösterreich durchaus bemüht sein können, Anstrengungen zu unternehmen in Richtung Steuerbefreiung oder Steuersenkung, sage ich einmal, für Betriebe in Bereichen, wo die Arbeitslosigkeit einen gewissen Prozentsatz überschreitet. Ich denke hier an das Waldviertel. Weil nur mit steuerlichen Maßnahmen offensichtlich hier etwas zu machen ist. Genauso sollten doch meiner Meinung nach Förderungsmaßnahmen gebunden werden an Betriebe, die bereit sind, über Fünfzigjährige nicht zu kündigen oder nachweisen können, daß sie es während der letzten Jahre nicht getan haben.

Ich darf daher zusammenfassend für die Demokraten feststellen, daß das Ziel jeder Wirtschaftsförderungs- und Arbeitsplatzpolitik sein muß, Vollerwerbsarbeitsplätze zu sichern bzw. die Zahl zu erhöhen. Und nicht durch irgend welche kurzfristigen Maßnahmen lediglich die Statistiken zu verbessern.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Keusch.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde schon ausgeführt, daß wir ja erst kürzlich zwar unter einer anderen Überschrift aber in etwa die gleiche Themenstellung behandelt haben. Und ich glaube, daß gerade dieses Faktum beweist, daß das Thema Wirtschaftsförderung, Beschäftigung, Arbeitsplatzsicherung die ganze Nation bewegt. Und das darf auch nicht verwundern. Denn letztendlich könnten wir direkt durch Arbeitslosigkeit, oder indirekt durch etwaige soziale Konflikte davon auch mit betroffen sein. Und genau das ist auch die Grundangst, das Unbehagen bei der Bevölkerung, daß diese Existenzbedrohung immer stärker wird. Und allein, meine Damen und Herren, deshalb, aber auch deswegen, weil die Arbeitslosigkeit kein unabwendbares Schicksal ist. Trotzdem es rückläufige Tendenzen gibt. Da bin ich mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Gratzner nicht ganz konform. Und ich kann das auf Grund der Statistik widerlegen. Also trotz einer rückläufigen Tendenz bei der Arbeitslosigkeit, wie ich behauptete, die immer noch zu hoch ist, die Arbeitslosigkeit, kann die politische Herausforderung unserer Tage nur die Schaffung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus als eine neue Vollbeschäftigung, wie wir Sozialdemokraten das nennen, sein.

Daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, wo es um die 16 Millionen Arbeitslose gibt, zu einem zentralen Thema der

Politik geworden ist und daß dieses Thema nicht nur, wie früher immer behauptet wurde, nationale Angelegenheit der Mitgliedstaaten ist, daß man auf europäischer Ebene dagegen nichts tun kann, dieser Sinneswandel ist meiner Meinung nach ein gewaltiger Schritt in die richtige Richtung. Und ich bin auch zuversichtlich, daß auf der europäischen Ebene von den sozialdemokratisch geführten EU-Großmächten durch eine koordinierte Wirtschaftspolitik diesem Problem beigegeben werden kann. Nämlich, die Arbeitslosigkeit innerhalb der Gemeinschaft massiv zu senken. Und diese Ansätze, von denen zum Beispiel die Parlamentarierin Stenzel gemeint hat, ich halte nicht viel von Beschäftigungspakten, solche Äußerungen treffen mich in dem Zusammenhang sehr, muß ich sagen. Denn gerade das Ergebnis dieser Bemühungen auf europäischer Ebene - das ist in der „Presse“ gestanden, kann man dort nachlesen - nämlich daß sich die Mitgliedstaaten verpflichtet haben, nationale Beschäftigungspakte auszubilden, die dann auch umzusetzen sind, deren Umsetzung auch kontrolliert wird, ist Beweis dafür. Betrachtet man nämlich die österreichische Zielsetzung und alles, was von Herrn Abgeordneten Dirnberger schon angeführt wurde, so beweist das doch, daß auf europäischer Ebene in dem Zusammenhang und auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten, der Nationalstaaten, in der Hinsicht etwas zu machen ist. Und daß hier auch Erfolge zu verzeichnen sind. Ich darf also, was die österreichische Zielsetzung eben anlangt, das Ziel nennen, 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze in fünf Jahren zu schaffen und die Arbeitslosenrate zu reduzieren um ein Prozent. Schlagender Beweis, daß es Erfolge gibt, ist die Jugendausbildung. Die Ausbildung in Lehrgängen und in Lehrlingsstiftungen. Das Problem hat der NAP tadellos bewältigt, würde ich meinen. Neu ist der „Territoriale Beschäftigungspakt“, der von den Ländern zu beschließen wäre. Und auch hier hat Niederösterreich „zugeschlagen“, unter Anführungszeichen, mit dem NÖ Beschäftigungspakt von 2000 bis 2004. Hat die Sozialpartner eingebunden und hat sich zur Zielsetzung gemacht, 20.000 zusätzliche Arbeitsplätze in fünf Jahren zu schaffen. Im speziellen im Bereich der Frauen, der Älteren, Behinderter, der Jugendlichen. Und hier darf ich auf den Kollegen Dirnberger zurückkommen, der gemeint hat, er muß zur Frau Bundesminister Hostasch „fair“ sein. Er hat gemeint, es ist in vielen Bereichen nichts geschehen. Ich darf sagen, naja, ich hätte mir im Bereich der Behinderten auch in Niederösterreich schon früher Maßnahmen gewünscht. Wir denken im Mostviertel, im Westen des Mostviertels schon einige Zeit an die Errichtung einer geschützten Werkstätte. Wir haben es auch einige Male eingebracht - bis jetzt leider kein besonderes Signal, Frau Landeshauptmannstellvertreter! *(LHStv. Prokop: Sozialministe-*

rium! Ablehnung des Sozialministeriums! Herr Kollege, Du weißt es!)

Ja, jetzt gibt es aber dann den TEP, den territorialen Beschäftigungspakt, Herr Magister. Und in dem ist vorgesehen, daß für Behinderte und bestimmte Problemgruppen, und ich hoffe, daß jetzt in dem Zusammenhang etwas getan wird. Es ist nämlich wirklich kein Thema, an dem sich die Abgeordneten, die Damen und Herren bestimmter politischer Guppierungen ereifern sollten. Sondern das sollte eigentlich, meine ich, eine gemeinsame Stoßrichtung sein. Das müßte politisch außer Streit gestellt sein. Und ich hoffe, daß dann die Mittel dafür flüssig gemacht werden. Es ist nämlich so, daß viele dieser Behinderten, wir haben uns das sehr genau angesehen und erhoben, daß viele resigniert haben. Daß sie gar nicht mehr als arbeitssuchend am Arbeitsmarkt aufscheinen. Und das ist eine bedenkliche Entwicklung, der es tatsächlich mit allen Möglichkeiten beizukommen gilt. Ich hoffe, daß aus dieser Initiative tatsächlich auch eine erfolgreiche wird.

Meine Damen und Herren! An dem Beispiel, nämlich EU-Initiativen und Umsetzung in den Nationalstaaten, wird deutlich, wie wichtig die Integration Österreichs in der Europäischen Gemeinschaft ist. Und ich meine, und das geht in die Richtung der F, es soll nicht so sein, wie Sie das immer jetzt insbesondere im Wahlkampf tun, Österreichs Position isoliert zu betrachten. Gerade an diesen Beispielen wird deutlich, wie wichtig die Integration des kleinen Österreich, das außenwirtschaftlich so abhängig ist, wie bedeutend das ist und wie wichtig für Österreich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wie schaut es in Zukunft aus? Was darf der Herr und die Frau Österreicher von der Zukunft oder vom nächsten Jahr, von heuer und vom nächsten Jahr erwarten? Und hier geben natürlich meiner Meinung nach, und ich kann - das habe ich schon gesagt - das beweisen, die Arbeitsmarktdaten von April schon Anlaß, ich würde fast sagen zur Freude, zur Zufriedenheit. Denn sie signalisieren die schon lange oder heiß ersehnte Trendwende am Arbeitsmarkt. Mehr Beschäftigte und parallel dazu einen Rückgang bei den Arbeitslosen. Und diese Tendenz wird von den Fachleuten auch als anhaltend bezeichnet.

Ich möchte Sie mit den Zahlen nicht allzusehr in Anspruch nehmen. Es ist so, daß wir 515.312 unselbständig Erwerbstätige haben. Das sind fast um ein Prozent mehr als im Vorjahr. Und dazu kommen noch diese über 27.000 *Mc jobs*. Das ist der einzige Wehrmutstropfen bei dieser positiven Entwicklung. Denn die sind, wie der Abgeordnete Grätzer angeführt hat, um über 11 Prozent, 11,6

Prozent, leider gestiegen. Diese geringfügig beschäftigten Mitarbeiter, Dienstnehmer sind also in der Anzahl gewaltig gestiegen.

Aber interessant ist, daß laut WIFO - und das ist ja nicht irgendwer - von Jänner bis April 1999 österreichweit 33.700 neue Jobs geschaffen wurden, und damit doppelt so viele, sagt das WIFO, als man eigentlich erwartet hat. Die Frauenarbeitslosigkeit ist seit sieben Jahren am Tiefstand, hat also den tiefsten Stand seit sieben Jahren erreicht. Das ist eine Problemgruppe und eine Entwicklung, die durchaus erfreulich ist. Seit Beginn der neunziger Jahre sind also mit 33.700 Frauen um 21 Prozent mehr Frauen in Beschäftigung.

Die Jugendarbeitslosigkeit hat auch abgenommen in der Altersgruppe der Fünfzehn- bis Fünfundzwanzigjährigen. Und bei der Zunahme der Arbeitslosigkeit bei den Fünfzigjährigen und älteren, da haben Sie, Herr Kollege Gratzner, die falsche Statistik erwischt. Denn hier hat sich der Zugang auf 2,4 Prozent verlangsamt. Ich sage ja nicht, daß die Gruppe überhaupt weniger geworden ist, der Fünfzigjährigen und älteren Arbeitslosen, aber die Tendenz der Zunahme hat sich verlangsamt. Und das ist schon ein positives Zeichen. *(Abg. Gratzner: Aus welchem Monat?)* Vom April.

Meine Damen und Herren! Daß einem diese Werte natürlich nicht in den Schoß fallen, glaube ich, brauche ich nicht besonders zu erwähnen. Das bedarf bestimmter Bemühungen. Und die waren in erster Linie natürlich kompetenzbedingt auf der Ebene des Bundes gegeben. Das ist aber auch der Beweis dafür, diese positiven Ergebnisse, daß die flankierenden Maßnahmen des Landes gegriffen haben. Man kann politisch denken wie man mag, das sind Fakten. Begründet sind diese hochkonjunkturellen Beschäftigungswerte in der Verlagerung der Konjunktur von der Exportwirtschaft, die durch die Einbrüche als da sind die Krise der Rußlandprobleme und die Krise in Lateinamerika, sich eben vom Export auf die Inlandsnachfrage konzentriert hat. Die Konjunktur wird also von der Inlandsnachfrage getragen. Insbesondere dadurch, daß es zu gestiegenem Masseneinkommen gekommen ist und dadurch kann auch der Konsum diese Nachfrageposition ausüben.

Und es ist eigentlich interessant, wie robust die österreichische Wirtschaft unter diesen Aspekten ist. Es ist nämlich für heuer immer noch mit einem Wirtschaftswachstum von 2¼ Prozent zu rechnen. Basis dafür oder die Indikatoren sind natürlich die niedrige Inflationsrate, die Realeinkommenssteigerungen durch KV-Abschlüsse über der Inflationsrate, das Familienpaket mit 12 Milliarden, die Steu-

erreform mit 17 Milliarden, ist also ein positives Klima, eine positive Stimmung in der Bevölkerung.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter! Jetzt das Schlußwort bitte!

Abg. KEUSCH (SPÖ): Ja, ich sehe schon. Damit verbunden natürlich auch die Steigerung des Einkommens. Ich darf noch einen Gedanken anfügen. Das ist der, daß gerade an dieser Problematik deutlich wird, daß Lohn- und Sozialdumping, wie es aus manchen Ecken der Wirtschaft kommt, das falsche volkswirtschaftliche Signal ist. Und daß es eigentlich ein gesellschaftspolitischer Selbstfaller ist. Denn gerade hohe Masseneinkommen garantieren unter der derzeitigen Wirtschaftssituation eine mögliche Nachfrage durch die Konsumenten und sind Basis für die derzeitige Konjunktur. Meine Damen und Herren! Ich wollte noch die Wirtschaftsförderung anführen. Wirtschaft fördern, die Fördertöpfe zu verwalten ist zu wenig. Herr Landesrat, da müßten wir einiges tun. Und zwar sollten wir nicht die Förderungen sozusagen am Bauchladen einhertragen, sondern man sollte wirtschaftspolitische Zielsetzungen vorgeben und die Förderungen darauf ausrichten. Herr Präsident! Ich warte, bis Sie mich abberufen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Das habe ich schon getan, Herr Abgeordneter!

Abg. KEUSCH (SPÖ): Dann darf ich noch sagen die Steuerproblematik, die Wertschöpfungsabgabe wäre wirklich auch umzusetzen. Das wäre ein direkteres Steuersystem und würde der derzeitigen Konjunktursituation auch noch förderlich sein. Herr Präsident! Ich bedaure, daß ich meine Ausführungen – aber das ist so ein imposantes und umfassendes Thema – daß ich meine Ausführungen nicht zu Ende führen konnte. Ich hoffe, es gibt umgehend wieder einmal Gelegenheit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich zu meinen Ausführungen komme, ein Wort zum Herrn Kollegen Dirnberger. Es ist wirklich interessant, wie Sie versuchen eine Wahlkampfrede abzuziehen, das Abstimmungsverhalten einzelner EU-Parlamentarier hier darzustellen. Indem Sie nicht begründen, warum wer wo dagegen gestimmt hat. Aber es sei mir auch gestattet, zu Beginn zu sagen, Sie sollten sich das Abstim-

mungsverhalten von der Frau Stenzel öfters anschauen. In der Frage der Atomkraftwerke hat nämlich die ÖVP-Fraktion geschlossen für die weitere Förderung der Atomkraftwerke im Zuge des EURATOM-Programmes gestimmt. Und das Tragische dabei war, daß die ÖVP das Zünglein an der Waage war. Das heißt, es lag an vier Stimmen, dann wäre dieses Programm nicht mehr gefördert worden. Aber Eure sechs anwesenden Abgeordneten haben alle zugestimmt. Also damit einmal so viel zur EU. Zu den beiden Aktuellen Stunden: Man merkt, daß Wahlkampf ist. Vor der Wahl entdeckt die ÖVP die Wirtschaft, die SPÖ die Senioren – Stichwort „Vranitzky-Brief“, es wird ja heute sicher auch noch darüber gesprochen werden.

Aber kommen wir zum Wirtschaftsstandort Niederösterreich. Die Daten in diesem Land sind gut, das haben wir schon gehört. Das bestreitet auch niemand. Man muß aber auch sagen, warum sie gut sind. Speziell im Wiener Umland boomt die Wirtschaft. Man muß aber auch sagen, und das ist hier auch schon angesprochen worden, daß in den Grenzregionen Probleme vorliegen. Es gibt Förderungsprogramme. Aber es gibt trotzdem Bezirke, ich denke da an Waidhofen, an Gmünd, wo wir eine Spitzenarbeitslosigkeit von 15 Prozent haben. Und damit können wir nicht zufrieden sein. Da kann man sich nicht da herstellen, Herr Kollege Dirnberger, wenn man selber aus diesem Bereich kommt, und hier alles schön reden. Und die Probleme in dieser Grenzregion werden sicher noch verstärkt wenn das passiert, was jetzt als guter Slogan klingt, wenn dieses Grenzland zum Kernland wird. Sprich, wenn die Europäische Union geöffnet wird und diese Bezirke dann wirklich inmitten liegen und mit einer Konkurrenz zu rechnen haben, die sie nicht verkraften werden. Deshalb glauben wir auch, daß für Niederösterreich diese Osterweiterung die größte Gefahr bedeutet. Und ich höre auch die Botschaft, wie immer vor Wahlen, daß jeder jetzt sagt, sehr behutsam und Übergangsfristen und, und, und. Herr Landeshauptmann, einmal bis 2008. Ich muß ganz ehrlich sagen, das wäre auch zu früh. Wir wissen aber auch, daß es Bestrebungen gibt, daß mit 2002 in einer ersten Tranche erweitert wird. Diese Bestrebungen gibt es in Brüssel. Da müssen wir wirklich vorsichtig sein. Und da appelliere ich auch hier wirklich an die NÖ Landesregierung, wie es bei dem Atomproblem passiert ist, wo es wirklich, glaube ich, Einhelligkeit gegeben hat, daß dieser Erweiterungsprozeß so nicht durchgeführt werden kann. So muß es auch bei den Arbeitsmarktdaten passieren. Das heißt, es kann so nicht sein, mit diesen unterschiedlichen Löhnen, mit diesem unterschiedlichen Bruttoinlandsprodukt, Bruttosozialprodukt, daß man mit diesen Staaten eine Gemeinschaft einget.

Wir hätten eine katastrophale Auswirkung auf die Landwirtschaft, die eben auch in diesen ländlichen Bezirken noch viele Menschen beschäftigt. Die Betonung liegt auf „noch“. Mit dem derzeit vorliegenden Agenda-Papier wird sich das rapid ändern. Wenn auch, und da sind wir wieder beim EU-Wahlkampf, die Frau Schierhuber durchs Land fährt und allen zu erklären versucht, daß dieses Agenda-Papier ein gutes Papier für die Landwirtschaft ist. Jeder praktizierende Landwirt weiß, daß das nicht der Fall ist. Getreidepreissenkungen um 15 Prozent halten wir nicht mehr aus.

Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Niederösterreich und speziell im Grenzland wären zum jetzigen Zeitpunkt katastrophal. Ich zitiere wieder die WIFO-Studie des Herrn Walterskirchen, die besagt, daß bis zu 150.000 Menschen hier seßhaft würden und bis zu 150.000 Menschen einpendeln würden nach Niederösterreich. Was das für den Arbeitsmarkt bedeutet, kann sich jeder ausmalen. Und eine Zahl noch: 6,5 Millionen Menschen sind theoretisches Pendlerpotential entlang der österreichischen Grenze. Deshalb sagen wir, hier muß man sehr behutsam sein. Und wenn man mit kleineren und mittleren Unternehmern spricht, dann muß man wirklich sagen, die haben große Angst vor dieser Konkurrenz. Ich habe erst gestern mit einem Bauunternehmer gesprochen. Für diese Branche wäre die Osterweiterung der Tod. Das sagt er so, ein Unternehmer mit 40 Mitarbeitern. Er sagt, er könnte nicht mehr bestehen. Sie wissen das jetzt schon, daß gegen die Tschechen und gegen die Polen, die auch und gerade in diesem Bereich fachlich sehr gut sind, die Konkurrenz nicht zu halten wäre. Das heißt, was sich in der Baubranche tun würde, wäre eine Katastrophe. Und da sagen wir, es wäre wichtiger, und das können wir hier von Niederösterreich aus machen, zuerst die Hausaufgaben zu machen. Es kann so nicht sein, daß in diesem Land junge Menschen keinen Job finden. Und sie alle sind konfrontiert und jeder kennt das aus dem Bekanntenkreis, daß immer wieder interveniert wird, weil Schulabgänger keinen Job mehr bekommen.

Jetzt ist wieder ein Mädchen bei mir gewesen. Aus der ganzen Maturaklasse haben zwei Mädchen einen fixen Job. Das ist, glaube ich, das Kernübel, wo man gemeinsam versuchen müßte, hier anzupacken. Die Lehrlinge, an Euch gerichtet. Euer Bundesvorsitzender hat sich ja da sehr stark gemacht mit seiner Lehrlingsoffensive. In Wahrheit hat das ganze viel Geld gekostet, es hat aber nichts gebracht. *(Abg. Keusch: Du wirfst anderen vor, daß sie Wahlreden halten!)* Er hat das Versprechen vor laufender Kamera abgegeben, daß bis Ende des Jahres kein Lehrstel-

lensuchender mehr überbleiben darf. Wieviel waren es, Herr Kollege Keusch? 6.000 junge Menschen, die einen Lehrplatz gesucht hätten, haben keinen bekommen. Und der ORF-Redakteur hat ihn auch gefragt. *(Abg. Keusch: Das ist nur der Neid!)*

Den 6.000 armen jungen Menschen bin ich das nicht neidig. Und der ORF-Redakteur hat gefragt: Herr Bundeskanzler, was ist, wenn sie dieses Versprechen nicht einhalten können? Können sich diese jungen Menschen bei Ihnen melden oder können sie die anrufen und so. Da ist er ausgewichen.

Das heißt, hier muß man wirklich versuchen, für diese jungen Menschen eine Perspektive zu finden. Und das geht auch. Man muß erstens einem Unternehmer das noch mehr schmackhaft machen, Lehrlinge zu nehmen. Man muß gesetzliche Bestimmungen, die wirklich im Weg sind, ausräumen. *(Abg. Jahrmann: Wer ergreift denn die Initiative? Was habt denn ihr gemacht für die Lehrlinge? Ihr kritisiert nur!)*

Ja, sitzen wir in der Bundesregierung bitte? Ihr tut immer so, im Land sitzt Ihr nicht in der Regierung, im Bund sitzt Ihr nicht in der Regierung.

(Abg. Hiller: Ihr sitzt in der Wohnbaugenossenschaft!)

Ja, Herr Kollege Hiller! Über Deine Befangenheit in gewissen Dingen werden wir uns heute auch noch unterhalten. Ich bin nie in einer Wohnbaugenossenschaft gesessen. Aber Du sitzt im Vorstand der Agrar Plus. Aber über die reden wir ja jetzt nicht. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Wie könnte man den Lehrlingen oder die Unternehmer dazu bringen, wieder mehr Lehrlinge aufzunehmen. Da muß man auch wirklich sagen, es gibt Gesetzesbestimmungen, die lehrlingsfeindlich sind. Eine Bestimmung: Der Bäckerlehrling darf erst die Backstube betreten, wenn die Arbeit gemacht ist. Das heißt, es gibt gesetzliche Bestimmungen, daß er ab einem gewissen Zeitpunkt erst die Backstube betreten darf. Ist völlig unsinnig. Sie werden keinen Bäckerlehrling erfinden. Der Elektrikerlehrling darf in den ersten zwei Lehrjahren nicht stemmen. Lehrlingsschutzgesetz. Bitte, das sind Gesetze, die im Nationalrat gemacht werden, schön in Eintracht „rot-blau“, die jeden Unternehmer dazu kommen lassen,... *(Unruhe im Hohen Hause.)*

„Rot-schwarz“! Das war auch kein „Freud'scher“. Vielleicht die zukünftige Regierungsform, aber noch nicht die jetzige. Wenn, dann aber „blau-rot“. Ich meine, das wäre uns lieber. *(Abg. Kurzreiter: Das war ein Freud'scher Versprecher!)*

Das war kein Freud'scher Versprecher, habe ich gesagt. *(Abg. Mag. Schneeberger: Jetzt wissen wir, warum wir die Aktuelle Stunde gemacht haben!)* Ich möchte das von meiner Redezeit abgezogen haben, die Zwischenrufe von Herrn Schneeberger.

Daß man wirklich dort die Gesetze entrümpelt. Weil so kann es ja wirklich nicht sein, daß man den Unternehmen es praktisch verbietet. Und gestern hat mir einer gesagt, er nimmt sich lieber eine ausländische Hilfskraft, weil dann treffen diese Bestimmungen nicht zu, und verzichtet deswegen auf den heimischen Lehrling. Und das ist das gefährliche bei diesen übertriebenen Gesetzen. *(Abg. Keusch: Nicht nur deswegen. Sondern weil er diesem zahlen kann, was er will!)*

Nein! Aber Du mußt einmal mit einem Unternehmer reden, was der Lehrling alles nicht machen darf. Jeder, der Elektrikerlehrlinge kennt, weiß bitte, der Elektriker kann sich keinen Lehrling mehr nehmen, Frau Landeshauptmannstellvertreter, auf Grund dieser Gesetzespassagen.

(LHStv. Prokop: Das hat sich ja alles geändert!)

Gut. Abschließend auch noch zu den kleineren und mittleren Unternehmen. Hier müßte endlich eine steuerliche Entlastung kommen. Eine Forderung jetzt wieder im Zuge der Betriebsbesuche: Die nicht entnommenen Gewinne dürfen nicht besteuert werden. Das ist etwas, was wir schon jahrelang sagen. Und das versteht niemand, wenn er Kapital in seinem Betrieb läßt, daß man das versteuern muß. Und ich glaube, wenn man sich dazu durchringen könnte, dann würde sich Arbeit wieder lohnen. Aber jetzt ist es so, daß jeder, der Kapital in seinem Betrieb läßt – und die österreichischen Betriebe haben ja die geringste Eigenkapitalbildung im gesamteuropäischen Wirtschaftsraum - ... Dann wäre es wieder besser. Zur Steuerreform hätte ich nichts gesagt, bitte. Das ist ja keine Reform, das ist ein Reförmchen. Weil das auch ein Wahlkampfpaket ist, wo wir uns erst anschauen werden, wer davon profitiert. Momentan schaut es so aus, daß das nicht der große Riß sein wird.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Klubobmann! Die Redezeit ist um.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Ich bin beim letzten Satz, Herr Präsident! Es kann nur soweit gehen, daß man mit den Steuern 'runtergeht, gesetzliche Bestimmungen, die gegen die Betriebe sind, aus dem Weg räumt, dann wird sich Arbeit wieder lohnen. Und dann wird es auch wieder Unternehmer geben, die Leute beschäftigen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Kurzreiter.

Abg. KURZREITER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dank der Tüchtigkeit und des Fleißes unserer NÖ Landesbürger, ich möchte sagen in allen Bezirken und in allen Landesteilen, haben wir in Niederösterreich sehr gute und erfreuliche Wirtschaftsdaten. Von seiten der Landespolitik geht es darum, vernünftige und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, unnötige Bürokratie abzubauen und Förderungsmittel so effizient wie möglich einzusetzen. Auch hier sind wir, glaube ich, gut unterwegs, gibt es schöne Erfolge. Es bedarf aber weiterhin aller Anstrengungen und der Konzentration aller positiven Kräfte in diesem Land, um Schwächen auszumerzen, neue Initiativen zu entwickeln und an einem attraktiven Wirtschaftsstandort Niederösterreich weiterzubauen.

Die grundsätzlich gute und positive Entwicklung unseres Landes ist aber leider nicht in allen Regionen in gleicher Form und gleicher Intensität vorhanden. Die Zukunft des ländlichen Raumes ist mir hier ein besonderes Anliegen, wobei wir dabei den strukturschwachen Regionen unseres Landes, wie den Grenzregionen im Norden und Osten, besonderes Augenmerk schenken müssen. Hier geht es darum, die Besiedlungsdichte aufrecht zu erhalten, eine weitere Abwanderung vornehmlich der jungen Menschen hintanzuhalten, Arbeitsplätze abzusichern und finanzschwache Kommunen noch gezielter zu unterstützen um die notwendige Infrastruktur erhalten zu können.

Dazu ein interessanter Aspekt. Die Grenzöffnung zum Osten hat sich ja in Summe positiv auf die österreichische Wirtschaft ausgewirkt. Die Exporte sind stark gestiegen, die Handelsbilanz mit diesen Ländern ist eine positive. Die unmittelbare Grenzregion hat davon aber leider nur wenig profitiert. Der Einkaufstourismus hat einen Kaufkraftabfluß bewirkt, damit für viele Betriebe negative Auswirkungen gebracht. Die Hoffnung bleibt zwar, daß sich die Situation einpendelt mit der Verbesserung der Standards in unseren Nachbarländern. Bis dahin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird es allerdings für manche unserer Betriebe zu spät sein. Die Forderung nach Steuererleichterung für Betriebe in der unmittelbaren Grenzregion – ich betone hier die unmittelbare Grenzregion – wäre eine sehr effektive Förderungsmaßnahme, wurde bisher leider von seiten des Finanzministers abgelehnt, was ich persönlich für sehr bedauerlich halte. Eine positive Entwicklung aller Regionen unseres

Landes müßte ein nationales Anliegen sein. Hier ist auch der Bund gefordert, wirksame Maßnahmen zu setzen. Das Land Niederösterreich hat hier der Situation Rechnung tragend ein Fitneßprogramm für die Grenzregionen beschlossen mit einem Finanzrahmen von 200 Millionen Schilling jährlich, fünf Jahre lang, also in Summe eine Milliarde, als notwendige Unterstützung für sinnvolle Projekte in der Region, um beschäftigungspolitische Impulse auszulösen und die Wirtschaft zu stärken.

Als erfreulicher Erfolg bei den Verhandlungen um die Agenda 2000 muß man den Beschluß über eine besondere Förderung der österreichischen Grenzregionen erwähnen. Von 2000 bis 2006 werden hier im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG jährlich rund 700 Millionen Schilling, in Summe 4,8 Milliarden, zur Verfügung stehen. Die spürbare Verringerung der österreichischen Nettobeitragszahlungen nach Brüssel um rund ein Viertel des Gesamtvolumens oder rund 14 Milliarden bis 2006 ist ein Erfolg und wird im Bundes- als auch im Landesbudget Entlastung und wieder etwas mehr Spielraum bringen. (Abg. Haberler: *Europasteuer! Was ist damit?*)

Die kommt nicht! Stellen Sie doch, Herr Abgeordneter Haberler, nicht etwas in den Raum, wofür überhaupt zur Zeit keine Wahrscheinlichkeit in dieser Richtung besteht!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Arbeitsplatzsicherung ist das Thema dieser Aktuellen Stunde. Wenn das Thema dieser Aktuellen Stunde die Arbeitsplatzsicherung ist, so gibt es, wie ich glaube, eine wichtige Berufsgruppe in Niederösterreich, für die wir große Sorgen hegen – die Landwirtschaft, die nach wie vor wichtige und notwendige Leistungen für unsere Gesellschaft erbringt. Ob es hier die Produktion von hochwertigen Nahrungsmitteln ist, die Pflege und Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft, ob als Investor, Auftraggeber für Gewerbe, Industrie und Wirtschaft, als wichtiger Siedlungsträger im ländlichen Raum. Die Frage ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie lange noch? Drei Jahre negative Einkommensentwicklung, Diskussionen um ein weiteres Absenken der Produzentenpreise ohne vollen Ausgleich erzeugen Verunsicherung und Zukunftsängste, welche bei der Berufsentscheidung unserer jungen Menschen deutlich sichtbare, leider negative Auswirkungen haben. (Abg. Waldhäusl: *Wer macht denn die Agrarpolitik? Fischler, Molterer, Blochberger!*)

Darüber hinaus, Herr Kollege Waldhäusl, wird viel zu wenig bedacht, daß jeder Arbeitsplatz, der in der Landwirtschaft verloren geht, den Verlust eines weiteren Arbeitsplatzes im sogenannten Agrarkomplex bedeutet, im vor- und nachgelagerten Bereich.

Bei Betriebsbesuchen in meinem Heimatbezirk haben mir Unternehmer aus den verschiedensten Branchen ihre Sorgen berichtet. Daß nämlich durch die rückläufige Investitionstätigkeit im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sie spürbare Auftragsrückgänge zu verzeichnen haben. Hier hat sich auch der Umstand ausgewirkt, daß man den Bauern eine berechnete und gerechtfertigte Forderung, nämlich die erforderliche Anpassung des Mehrwertsteuersatzes für ihre Produkte – wir haben hier im Landtag, glaube ich, insgesamt drei Resolutionen in diese Richtung verfaßt – vier Jahre lang vorenthalten hat durch das Veto des Finanzministers. *(Abg. Waldhäusl: Zwei hast Du abgelehnt!)* Dieser Umstand hat sich natürlich äußerst negativ auf die Bauern ausgewirkt, nämlich mit Einbußen von mehr als einer Milliarde Schilling im Jahr. Und dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren, ständig zu behaupten, mehr Beschäftigung zu schaffen sei das oberste Ziel sozialdemokratischer Politik, das scheint aus diesem Gesichtspunkt heraus widersprüchlich oder einseitig betrachtet.

Wenn es gelungen ist, in der letzten Phase der Agenda-Verhandlungen im Agrarbereich ganz schlimme Vorschläge wegzuverhandeln, zum Beispiel die jährliche Kürzung aller Ausgleichszahlungen, die ja im Raum gestanden ist - hier hat Minister Molterer entscheidenden Anteil, daß dieser Passus letztlich nicht zum Tragen gekommen ist - so wird es dennoch einen weiteren Druck auf die bäuerlichen Betriebe geben, dem sie nur dann standhalten können, wenn wir ihnen auch auf nationaler Ebene von Bund und Land die notwendige Unterstützung geben. Ihnen helfen, diese sehr schwierige Phase zu überstehen. *(Abg. Waldhäusl: Da können sie sich jetzt schon fürchten!)*

Daß es hier notwendig ist, durch ausreichende Kofinanzierung aller EU-Programme die Voraussetzung zu schaffen, daß kein Schilling in Brüssel liegen bleibt, ist, wie ich glaube, politisch auch außer Streit gestellt. Weitere wichtige und berechnete Forderungen, wie Absenken der Betriebsmittelpreise, nationale Kofinanzierung bei der ländlichen Entwicklung, Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen und andere Punkte, die ich hier der Kürze halber nicht erwähnen möchte, sind im Interesse einer positiven Einkommensentwicklung zügig umzusetzen. Die Teilnahme auch der bäuerlichen Bevölkerung an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung ist unverzichtbar. Die Bereitschaft der jungen Menschen, in der Landwirtschaft zu bleiben, in diesem Bereich Arbeitsplätze abzusichern und damit einen funktionsfähigen ländlichen Raum zu erhalten, ist, glaube ich, für eine gute Zukunft Niederösterreichs von eminenter Bedeutung. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Motz.

Abg. Mag. MOTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Wenn wir heute eine Aktuelle Stunde zum Thema „Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzsicherung“ hier abhalten, so geschieht das nur wenige Monate nach Übergabe des EU-Ratsvorsitzes an Deutschland. Bereits durch die Beschlüsse des Europäischen Rates in Amsterdam ist die Beschäftigungspolitik, die Arbeitsplatzsicherungsfrage, generell das Thema Arbeitslosigkeit ins Zentrum dieser Politik der Europäischen Union gerückt. Einer der Schwerpunkte der österreichischen Präsidentschaft war es ja, die Weiterentwicklung, die Festigung der europäischen Beschäftigungsstrategie voranzutreiben. Mit Milliarden schweren EU-Beschäftigungsprogrammen allein kann das Problem der Arbeitslosigkeit sicher nicht gelöst werden. Ganz abgesehen davon, daß die EU dafür auch das nötige Geld nicht hat. Neue Stellen werden nur in und nur von Unternehmen im Land geschaffen.

Die Beschäftigungspolitik bleibt in erster Linie also eine nationalstaatliche Aufgabe. Der wesentliche Beitrag, der aber auf europäischer Ebene geleistet werden kann zur Bewältigung dieses sicherlich großen gesellschaftlichen Problems liegt darin, daß die einzelstaatlichen Beschäftigungspolitiken koordiniert werden können. Daß ehrgeizige Zielvorgaben vorgenommen werden können und daß in einem permanenten benchmarking-Prozeß, dessen Bedeutung man gar nicht hoch genug schätzen kann, diese Initiativen koordiniert betrachtet werden. Für das Jahr 1998 wurde nun ein gemeinsamer Beschäftigungsbericht vorgelegt, der erstmals die Implementierung der in den nationalen Aktionsplänen gesetzten Maßnahmen erfaßt hat. Und diesem Bericht sind erste Erfolge des gemeinsamen europäischen Bemühens um die Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu entnehmen. So ist im Jahr 1998 die Beschäftigung in der Union um rund 1,7 Millionen Menschen gestiegen. Die Arbeitslosigkeit ist erstmals unter die Zehnprozentmarke gesunken. Und Österreich zählt in vier der insgesamt acht entwickelten Beschäftigungsindikatoren zu den Ländern mit den besten Werten. Wie EUROSTAT kürzlich berichtet hat, verzeichnet Österreich mit 4,6 Prozent die viertniedrigste Arbeitslosenquote in der Union. Dieses Ergebnis bestätigt schließlich und endlich die erfolgreiche Arbeit der Bundesregierung unter Kanzler Klima, unter Ministerin Hostasch, und stimmt für die zukünftige Entwicklung des österreichischen Beschäftigungsmarktes optimistisch.

Ein ganz wesentlicher Erfolg des österreichischen Ratsvorsitzes war es aber auch, in Weiterentwicklung der Strategie von Luxemburg die Vereinbarung über die Ausarbeitung eines Europäischen Beschäftigungspaktes zu entwickeln. Zu den wesentlichen Elementen dieses heute bereits angesprochenen Paktes sollen nun zählen: Erstens eine gesamtwirtschaftliche Perspektive, die mehrere Bereiche der Politiken miteinander verbindet. Nämlich eine Arbeitsmarktpolitik, eine Wirtschaftsreformpolitik und eine makroökonomische Politik, die Stabilität und Wachstum miteinander verbindet. Zweitens die Einbeziehung, die sehr wichtige Einbeziehung der Sozialpartner in die europäische Beschäftigungspolitik. Und drittens die Festlegung zusätzlicher überprüfbarer Ziele im Rahmen der nationalen Aktionspläne. Ich bin überzeugt davon, daß die künftige konsequente Umsetzung dieses Paktes, der ja in wenigen Tagen beim Gipfel in Köln beschlossen werden soll, ein Garant für eine weitere Verbesserung der Kennzahlen des europäischen wie des österreichischen Arbeitsmarktes sein wird. Und wenn die ÖVP-Spitzenkandidatin zur Wahl zum Europäischen Parlament, Stenzel, auch nicht viel von Beschäftigungspakten hält, wie sie gesagt hat, so ist den jüngsten Kommissionsprognosen zufolge ist Optimismus durchaus angebracht. *(Abg. Kurzreiter: Beschäftigungspakt bedeutet noch keine Arbeitsplätze!)*

Wir haben für das Jahr 2000 in den Ländern der Euro-Zone prognostizierte 2,9 Prozent die Inflationsrate wird heuer noch auf 1,3 Prozent zurückgehen, die Beschäftigung wird sowohl heuer als auch nächstes Jahr um jeweils 0,8 Prozent steigen. Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2000 auf 9,2 Prozent sinken, also nur mehr 14,5 Millionen Arbeitslose betragen. Dies im Vergleich zu einem Höchststand von 1994 mit 11,2 Millionen Arbeitslosen. Und wer zu dieser Zeit das Sagen in Europa gehabt hat, das brauche ich Ihnen hier nicht zu erwähnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese Zahlen, meine Damen und Herren, könnten noch besser aussehen, gelänge es europaweit auch das Phänomen der Schwarzarbeit koordiniert anzugehen. Es fehlen in Europa nach wie vor einheitliche Regelungen, einheitliche Sanktionen zu diesem Thema. Schwarzarbeit ist nicht nur deswegen ein Problem, weil sie Einkommensverluste für den Staat bedeutet, weil sie Einkommensverluste des sozialen Systems bedeutet. Schwarzarbeit bedeutet in erster Linie, und das muß man hier ganz deutlich sagen, auch Nachteile für den betroffenen Arbeitnehmer. Er genießt keinen Unfallversicherungsschutz und auch keine Altersversorgung. Wobei mir schon klar ist, daß weniger Schwarzarbeit nicht unbedingt bedeutet

Schaffung einer entsprechenden Anzahl von legalen Arbeitsplätzen. Aber hier muß doch kritisch festgestellt werden, daß der Anteil der Schwarzarbeit am Bruttoinlandsprodukt, je nach Mitgliedstaat, zwischen fünf Prozent und 20 Prozent beträgt.

Ich möchte aber auch einen anderen wesentlichen Faktor für die Förderung der Beschäftigung hier ansprechen. Es gilt in den Regionen unseres Landes verstärkt geeignete Rahmenbedingungen auch für unternehmerische Tätigkeiten zu fördern. Den Unternehmen müssen jene mittelbaren Hilfen zur Verfügung gestellt werden, die zur Maximierung des Outputs und der Beschäftigung einfach erforderlich sind: Telekommunikations-, Informationstechnologien, Basisinfrastruktur, Forschungsmittel. Und in dem Haus wurde schon öfter festgestellt, daß effiziente Verkehrswege, Verkehrssysteme für die Förderung der Wirtschaftsentwicklung von grundlegender Bedeutung sind und in Niederösterreich leider fehlen. Der Unternehmer ist auf kostengünstigen und zuverlässigen Zugang zu den Märkten für In- und Outputs angewiesen. Die künftigen Regionalentwicklungsprogramme müssen daher Verkehrsinfrastrukturvorhaben vorrangig fördern, mit denen Hindernisse für die Unternehmertätigkeit beseitigt werden können.

Meine Damen und Herren! Es mutet etwas seltsam an, wenn gerade die ÖVP in diesem Haus eine Aktuelle Stunde zum Thema Wirtschaftsförderung beantragt. Und ich frage Sie, wer stellt denn den Landesverkehrsreferenten? Wer stellt den Wirtschaftslandesrat hier in diesem Haus? Wenn Sie heute die Aktuelle Stunde nützen wollen um dem Haus Ihre allfällig vorhandenen Erfolgsbilanzen zu legen, tun Sie das bitte, wir sind sehr gespannt darauf. Aber bitte nicht in dem Stil jener Vereinnahmungspolitik, der manche Ihrer Presseaussendungen der letzten Wochen ausgezeichnet hat. Ich möchte aus Zeitgründen nur einen hier zitieren: Den Kollegen Kurzreiter vom 7. Mai mit seiner Aussendung mit dem Untertitel „VP-Niederösterreich macht das Grenzland für das nächste Jahrtausend fit“. Heute hat Kollege Dirnberger hier ähnliches von sich gegeben. Und man kann sich insgesamt des Eindruckes nicht erwehren, daß die ÖVP gerne hier das präsentiert, was andere, nämlich wir Sozialdemokraten, mit erarbeitet haben. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Kurzreiter: Herr Kollege, wenn Sie zuerst aufgepaßt hätten, wüßten Sie, daß ich gesagt habe, das ist eine Aktion des Landes Niederösterreich!)*

Ja, ich weiß schon, Kollege Kurzreiter. Ich habe genau gelesen, was Sie geschrieben haben. *(Abg. Kurzreiter: Seien Sie nicht so empfindlich!)* Ja, das werde ich bei Gelegenheit bei Ihnen auch erwähnen.

Die im Rahmen des Eurofitprogrammes in den nächsten fünf Jahren zur Verfügung gestellten 200 Millionen sind auf eine gemeinsame Initiative des Landeshauptmannstellvertreters Höger und des Landeshauptmannes Dr. Pröll zurückzuführen. Das möchte ich hier mit aller Deutlichkeit festgestellt haben. In dem Zusammenhang, Kollege Kurzreiter, möchte ich an den Resolutionsantrag von SPÖ und ÖVP erinnern, der hier in diesem Haus vor etwa einem Jahr beschlossen wurde. Nämlich wo die Landesregierung aufgefordert wurde, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um Verhandlungen zum Abschluß einer Vereinbarung nach § 15a B-VG zu erzielen. Das Ziel dieser Verhandlungen sollte sein, einen Abbau regionaler Entwicklungsunterschiede der verschiedenen Regionen Niederösterreichs im Hinblick auf die EU-Osterweiterung zu erreichen. Bis dato stellt sich das für die niederösterreichischen Grenzregionen so wichtige Vorhaben aber wenig erfreulich dar. Weder gibt es diesen entsprechenden Vertrag, noch scheinen Gespräche geführt worden zu sein. Und im Hinblick auf die Verhandlungen über die Verteilung der INTERREG-Mittel, aber auch unter dem Gesichtspunkt der neuen Zielgebiete ist das ein schweres politisches Versäumnis. Für Niederösterreich und seine weitere wirtschaftliche Entwicklung ist es auch von großer Bedeutung, rechtzeitig seine Ansprüche im Rahmen der beim Berliner Gipfel zugesagten 4,8 Milliarden Schilling für ganz Österreich, verteilt auf sieben Jahre, anzumelden. Derzeit ist diese Summe ja an keine Region gebunden. Und ich möchte hier klar feststellen, daß ein Großteil dieses Betrages in die NÖ Grenzregionen fließen muß.

Meine Damen und Herren! Eine gedeihliche Wirtschaftspolitik erfordert insbesondere aber auch den Abbau bürokratischer Hemmnisse und das Aufbrechen überholter Strukturen. Und auf dem Gebiet ist in Österreich in den letzten Jahren sehr viel geschehen. Wenn im Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung festgehalten wurde, daß Verwaltungsverfahren zu lange dauern, daß das für den Bürger unzumutbar sei und wirtschaftliche Nachteile auch die Beeinträchtigung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich bedeuten, so ist hier zu erwähnen, daß die Bundesregierung beispielsweise durch die Verwaltungsverfahrensnovelle 1998, die auf parlamentarischer Ebene unter Zuziehung, unter wesentlicher Zuziehung des Bundeskanzleramtes erarbeitet wurde, viele Erleichterungen gebracht hat. Beispielsweise auch den Entfall der Abgabentrachtung in Bundesstempelmarken. Die Gewerbeverordnungs-Novelle 1997 hat die Durchlässigkeit der verschiedenen Gewerbe ermöglicht. Der Zugang des Einzelnen zu einer Gewerbeberechtigung wurde generell erleichtert. Der Unternehmer darf

nun Leistungen erbringen, die über sein ursprüngliches berufliches Fachgebiet hinausgehen und muß nicht mehr zusätzliche Berechtigungen erwerben.

Das Inkrafttreten des Telekommunikationsgesetzes 1997 möchte ich noch kurz ansprechen, wo im Bereich der Telekommunikation die Schaffung möglichst flexibler rechtlicher Rahmenbedingungen für die Einführung von vollständigem Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt vorgesehen wurde. Insgesamt abschließend stellen all diese Regelungen Österreich attraktiver machen, so wie Klein- und Mittelbetrieben eine den Maßstäben der heutigen Zeit entsprechende Entwicklung ermöglichen sollen. Die Bundesregierung unter Kanzler Klima hat gute Arbeit geleistet. Und auf Grund dieser konsequenten Verbesserungen der nationalen Wirtschaftsstrukturen bin ich, was eine weitere Verbesserung der Situation am heimischen Arbeitsmarkt anbelangt, sehr optimistisch. Vor allem dann, wenn wir den sozialdemokratischen Weg, die Beschäftigung ins Zentrum der Politik zu setzen, weitergehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Nicht alles, was wichtig ist, ist aktuell. Nicht alles, was aktuell ist ist wichtig. Wichtig ist das Thema Beschäftigungspolitik. Wichtig ist die Situation am Arbeitsmarkt. Wichtig ist die Beschaffenheit des Wirtschaftsstandortes. Aktuell sind die kommenden Wahlen. Und der Erstredner, Abgeordneter Dirnbeger hat sehr anschaulich dokumentiert, daß dies eine „aktuelle“ Stunde ist und keine wichtige.

Trotz des Schweifens meiner Vorredner durch unterschiedlichste Themengebiete und politische Materien bin ich dennoch überzeugt, daß wir uns hier nicht auf einer Wahlkampfveranstaltung für die EU-Wahlen befinden. Daß wir uns nicht auf einem Bundesparteitag der SPÖ oder Landesparteitag der ÖVP oder gar auf einer lyrischen Lesung befinden. Sondern in einer Sitzung des NÖ Landtages. Und aus Respekt vor diesem Haus möchte ich auf das Thema eingehen und fordere Sie auf, die EU-Wahlkampfparolen der Grünen anderen Medien und unseren Plakaten zu entnehmen.

Die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich ist nach wie vor ein drängendes Problem. Trotz der Beschwörung, daß es jetzt eine Trendwende geben solle. Diese Trendwende wird zeitgerecht immer

wieder vor Wahlen ausgerufen. Ich kann mich noch erinnern an die einschlägigen Meldungen vor dem Landtagswahlkampf: Endlich eine Trendwende am NÖ Arbeitsmarkt. Heuer haben wir Bundeswahlen. Vor kurzem ging quer durch alle Medien: Endlich ist die Trendwende am Arbeitsmarkt da. Es werden in Aussendungen vor kurzem genannt: Wieder haben wir einen Rekordwert bei minus soundsoviel Prozent an Arbeitslosigkeit. Sehr praktisch in Zeiten vor der Wahl. Aber was heißt das wirklich für den Arbeitsmarkt? Wir haben uns diese Statistiken ein wenig genauer angeschaut, da es doch auffällt, daß immer rechtzeitig vor Wahlen die Arbeitslosenstatistik ein erfreulicheres Bild zeichnet. Und haben sehr wohl festgestellt, daß mit der einen oder anderen schönheitschirurgischen Maßnahme an der Statistik gearbeitet wird.

Wenn zum Beispiel jetzt betont wird, daß die Situation sich für Frauen sehr viel besser darstellt, muß ich ehrlich sagen, ich merke davon im oberen Waldviertel zum Beispiel nichts. Ganz im Gegenteil! Ich höre immer wieder Klagen von Frauen die sagen, okay, jetzt war ich Karenzgeldbezieherin. Ich kann aber keine Kinderbetreuung nachweisen, wie das AMS das von mir einfordert. Plötzlich gelte ich als nicht arbeitswillig und bekomme auch keine „Arbeitslose“ mehr, bin nicht mehr gemeldet in der Statistik. Oder: Arbeitssuchende, die einen Weiterbildungskurs vermittelt bekommen, den sie zwingend machen müssen, wenn sie weiter ihre „Arbeitslose“ beziehen wollen. Und der heißt das eine über das andere Mal, „wie bewerbe ich mich richtig?“ Wir haben Klagen aus allen Landesteilen, was diese Kurse angeht. Wo ich mir wirklich sinnvolle Weiterbildungs- und Ausbildungsmaßnahmen wünschen würde statt solcher Kurse, die rein dazu dienen, in der Zeit, während jemand sich im Kurs befindet, diesen nicht in der Arbeitslosenstatistik aufzuscheinen zu lassen. Die Bundesregierung hat es ja vor kurzem im *Jobcoaching*-Programm auf eine höhere Ebene gestellt, hier 40.000 Menschen auf die Art und Weise einmal kurzfristig aus der Statistik zu bekommen. Gefordert ist ganz simpel: Arbeitsplätze statt reiner Beschäftigungstheorie für Arbeitslose!

Und das Geld, das hier verwendet wird - obwohl es ja löblich ist, daß es Geld für eine Aus- und Weiterbildung von Arbeitslosen gibt - wäre sinnvoller eingesetzt in Maßnahmen, die tatsächlich dazu führen, Arbeitssuchenden zu Arbeitsplätzen zu verhelfen. Oder auch, Projekte abzusichern, wo heute Arbeitsplätze verloren gehen, die lange Zeit über das AMS gehalten werden konnten, um nur bedrohte Frauenprojekte in Niederösterreich oder bereits geschlossene Frauen- und Mädchenberatungsprojekte in Niederösterreich zu nennen.

Wir haben einen Trend am Arbeitsmarkt hin zu prekären Arbeitsverhältnissen, zu einem Steigen der Anzahl geringfügig Beschäftigter, der sich dann als ein Zuwachs an Beschäftigten interpretieren läßt. Einen Trend zu Teilzeitmodellen, von denen man kein eigenständiges Einkommen erwerben kann, so positiv in manchen Fällen die Möglichkeit auf Teilzeitarbeit sein kann. Und neuerdings haben wir eine neue Risikogruppe mehr mit der steigenden Altersarbeitslosigkeit. Und selbst dorthin exportieren wir jetzt schon die Teilzeitmodelle wider Willen, um irgendwie eine Verwaltung des Problems hinzukriegen. Wenn man es so unterm Strich betrachtet, Risikogruppe Frauen, Risikogruppe Jugendliche, Risikogruppe alte und ältere Menschen, bleibt eigentlich nur noch über, daß Männer mittleren Alters noch keine Risikogruppe sind. Und das kann ja wohl keine Perspektive für den Arbeitsmarkt sein! (*Beifall bei den Grünen. – Abg. Koczur: Sie reden sich sehr leicht, Frau Kollegin! Sie haben keine Verantwortung! Sie befinden sich in der angenehmen Situation daß Sie in der Loge sitzen!*)

Die Frage, die ich der Landesregierung stelle, und hier habe ich gleich die Vorschläge, Herr Klubobmann. Herr Klubobmann Koczur! Wir haben ein paar Vorschläge! Und ich wende mich jetzt nicht nur an die Landesregierung, sondern auch an Sie mit der Frage: Können Sie nicht ein paar 10.000 Arbeitsplätze brauchen in Niederösterreich?

„Wirtschaft schafft Arbeitsplätze“, ist so die gängige Devise. Ich würde es ergänzen um einen kleinen Beisatz: Wirtschaft schafft Arbeitsplätze - oder auch nicht. Man sollte seriöserweise dazu sagen, daß wir international seit den achtziger Jahren das Phänomen von *jobless growth* beobachten, einem Wirtschaftswachstum, ohne daß dadurch Arbeitsplätze automatisch entstehen - im Unterschied zu früheren Jahrzehnten. Das heißt ganz eindeutig, daß hier mit der Wirtschaftsförderung, mit Wirtschaftspolitik sehr gezielt umgegangen werden muß, will man auch Arbeitsplatzeffekte auslösen damit. Ich begrüße die Fördermaßnahmen für kleine und mittelständische Unternehmen, die in Niederösterreich gesetzt werden. Das halte ich für einen wichtigen Sektor. Ich sehe aber auch, daß in manchen Bereichen hier gegenläufige Trends vorhanden sind, die man eigentlich ausschalten sollte. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Herr Präsident, könnte man vielleicht meinen Worten etwas mehr Gehör auch bei der freiheitlichen Sektion verschaffen? (*Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.*)

Gegenläufigkeiten orte ich zum Beispiel dort, wo man gleichzeitig in der Nahversorgung versucht, Arbeitsplätze und Unternehmen zu halten, aber

dennoch nichts unternimmt, um boomende Großmärkte, Einkaufszentren oder, um es auf eine andere Ebene zu übertragen, kleine Kinos versus großer Multiplexkino, um das hier auf einen Nenner bringen zu können. Beides gleichzeitig geht nicht! Und daher ist manche Maßnahme dann im Bereich der Nahversorgung vielleicht nur eine Alibimaßnahme, die das Problem nicht lösen können.

Das, was gefragt ist in der Wirtschaftsförderung ist, statt einer Gießkanne, statt einer Förderung, die nicht an Arbeitsplatzeffekte gebunden ist, tatsächlich jene Zukunftsbranchen zu fördern, wo die 10.000 Arbeitsplätze, von denen ich gesprochen habe, zu holen sind. Ganz konkret seien zwei Bereiche hier exemplarisch genannt. Wir haben - und das ist aktenkundig, das wissen die Firmen, das wissen die Arbeiterkammern, das wissen die Wirtschaftskammern - ein eklatantes Defizit an ausgebildeten Fachkräften im Bereich Telekommunikation, Internet, Datenhighwayaufbau, in dem gesamten Bereich. Es gibt Unternehmen, die jederzeit sofort hundert qualifizierte Menschen hier einstellen würden. Warum gehen wir nicht her und verwenden Weiterbildungsgelder zu einer Ausbildung von Menschen, die diese Jobs ausfüllen könnten? Oder ein zweiter Bereich: Umwelttechnologie ist eine Zukunftstechnologie mit einer Zuwachsrate von 7 bis 8 Prozent jährlich, laut WIFO - keine grüne Angabe. Warum investieren wir nicht wesentlich stärker in Umwelttechnologien? Und in jene Sektoren, wo kurzfristig in Niederösterreich innerhalb von drei bis fünf Jahren 15.000 Jobs zu schaffen wären? 15.000 „Ökojobs“, wenn wir eine Offensive im Bereich Energie setzen, die Altlastensanierung beschleunigen, die wir ja sowieso machen müssen und wo wir in der Mitterndorfer Senke mehr als deutlich sehen, daß die Probleme sehr drängend sind. Oder in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, um nur einige Beispiele hier zu nennen.

Also wenn man etwas tun will, wenn man Arbeitsplätze schaffen will und sich auch neuen Ideen nicht verschließt, dann gibt es die Möglichkeiten. Aber ein dringender Appell, hier tatsächlich sich dem Thema zu widmen, der Situation der Arbeitslosen mit Respekt und Ernsthaftigkeit zu begegnen und nicht nur Kosmetik an der Statistik und eine künstliche Trendwende vor den Wahlen auszurufen. *(Abg. Koczur: Das tut außer Euch niemand!)* Im übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER *(FPÖ)*: Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vier Dinge sind es, die diese Aktuelle Stunde prägen. Und zwar von seiten SPÖ und ÖVP her. Zum ersten ist es der Weihrauch der Fraktionen, für die Bundesregierung von der roten Seite, für die Landesregierung von der schwarzen Seite. Das zweite, was immer wieder durchklingt, das ist die Angst vor dem Bürger, sprich vor der FPÖ im weiteren Sinne. *(Heiterkeit im Hohen Hause. – Beifall bei der FPÖ.)* Jetzt ist er wieder aufgewacht, der Herr Kollege Hiller, er wäre schon fast eingeschlafen gewesen.

Das dritte ist das Geplänkel, das Sie sich gegenseitig liefern. Das dritte ist das Geplänkel, das an jenes erinnert zwischen zwei Ehepartnern, die knapp vor dem Fünziger stehen und die draufkommen, daß eben eine Wahl vor der Tür steht und daß der Nachbar zuschaut. Und das vierte ist, und das ist auch symptomatisch für Euch, immer wieder der Kniefall vor der heiligen Kuh, sprich der EU, dem Ihr Sitzung für Sitzung hier huldigt. Und alles andere sind dann Rechenschiebereien. Ausnahmsweise muß ich meiner Vorrednerin hier bis zu einem gewissen Grad recht geben. Ein bißchen ein Tintenkiller hier, dort ein paar Zahlen weg, dort ein paar Zahlen dazu. Und gerade die Zahlen möchte ich einmal unter die Lupe nehmen und hier mit Ihnen gemeinsam durchgehen, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien.

Es stimmt schon, daß da am Papier steht: 33½ tausend Arbeitslose im Monat 5/99. Es stimmt schon, daß es am Jahresanfang unter Anführungszeichen „nur“ 51.000 waren. *(LR Gabmann: Ihr sitzt auch in der Regierung! – Abg. Kurzreiter: Auch von Ihrer Seite sitzt jemand in der Regierung! Nicht so drüberfahren!)*

Aber Sie vergessen eines, Herr Landesrat Gabmann! Sie vergessen wirklich eines: Nämlich daß alleine in Niederösterreich 23.000 Notstandshilfeempfänger nicht in den Zahlen enthalten sind. 23.000 Personen, die Sie einfach ignorieren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und Sie ignorieren ebenfalls, daß Schulabgänger bei diesen Zahlen nicht dabei sind, die keinen Lehrplatz, keinen Arbeitsplatz erhalten. Daß die Lehrstellensuchenden generell hier fehlen. Die nicht enthalten sind. Die der Herr Klubobmann Marchat schon angeführt hat. Und auch die Jungakademiker, die bisher keinen Job gehabt haben, zählen nicht in der Arbeitslosenstatistik mit. *(Unruhe bei Abg. Dirnberger.)*

Das heißt wirklich, mit Rechenschieber und Tintenkiller, Herr Kollege Dirnberger! Das sind Ihre Milchmädchenrechnungen, die Sie anstellen. Es stimmt ganz einfach nicht, daß die Arbeitslosigkeit so niedrig ist in diesem Land. Es ist die Realität,

daß wir im Winter auf 90.000 waren und daß wir jetzt nicht sehr weit darunter sind. Das heißt, daß wir 70.000, 75.000 Arbeitslose in Wirklichkeit in diesem Land haben. *(Abg. Kurzreiter: Sie glauben, es darf nicht stimmen, dann stimmts auch nicht! Es paßt nicht ins Konzept der FPÖ!)*

Und, Herr Kollege Kurzreiter, Sie beweisen es ja mit Ihren Zwischenrufen, wie nervös Sie werden. Daß die Leute draußen endlich einmal draufkommen, daß Ihre Zahlen nicht stimmen. Gehen Sie doch einmal mit offenen Augen durch das Land! Fahren Sie doch wieder einmal 'raus zu den Leuten! Schauen Sie sich das an! Führen Sie einmal einen Wahlkampf! Die sagen es Ihnen doch eh! 2,4 Prozent minus Nettoeinkommen von 1997 auf 1998, das ist die Realität in Niederösterreich. 2,4 Prozent! Wenn Sie die Inflationsrate dazurechnen, sind es reell 3,5 Prozent Einkommenseinbußen bei unseren Landesbürgern im Durchschnitt. Das sind die reellen Zahlen, die wir in diesem Land schreiben und die Sie hier der Bevölkerung zu verschweigen versuchen.

Oder – und das muß man auch wieder einmal sagen: Sie verschweigen auch, daß Sie in der Ausländerpolitik versagt haben. 27.600 wäre die Landeshöchstzahlenverordnung. 27.600 ausländische Bürger dürften einen Arbeitsplatz haben. Sie haben in Niederösterreich diese Zahl bereits um 21.000 überschritten. Das heißt um fast das Doppelte. Um 80 bis 90 Prozent überschreiten Sie diese Landeshöchstzahlen, die Niederösterreich vom Bund vorgegeben sind. Und da stellen Sie sich heraus und betreiben Schönwetterpolitik. Sagen, es ist alles so klaß, alles so niedrig, die Arbeitsplatzsituation ist so toll. In Wirklichkeit ist das wirklich nur Kosmetik unmittelbar vor Wahlen.

Warum machen Sie nicht endlich den Einwanderungsstopp, den wir Freiheitlichen fordern? Warum machen Sie nicht endlich einen Einbürgerungsstopp, der den Arbeitsmarkt entlasten würde? Warum schicken Sie nicht, wie es in den anderen europäischen Staaten ganz einfach der Fall ist – richtigerweise der Fall ist – jene ausländischen Mitbürger nach Hause, die über einen gewissen Zeitraum keinen Arbeitsplatz mehr in diesem Land finden? *(Abg. Dirnberger: Und Sie glauben, das ist die Lösung?)*

Das würde den Arbeitsmarkt einmal wirklich entlasten. Und das wäre wirklich eine Tat für die niederösterreichischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und genau dasselbe gilt für die Steuerpolitik. Ein bißchen Kosmetik da, ein bißchen Kosmetik dort, die Schwarzen müssen auch ein bißchen mitnaschen können auf Bundesebene, daß man einen

kleinen Erfolg noch vor der EU-Wahl oder vor der Nationalratswahl vorweisen kann. Und das wars dann schon wieder. Warum gehen Sie nicht her und setzen den Steuersatz einmal einheitlich herunter, etwa auf 23 Prozent, wie das die fairen Steuern der Freiheitlichen vorschlagen würden? Was würde das bedeuten? Steuerfreibetrag von 150.000,- pro Person und 75.000,- pro Kind. Damit würde man es den Unternehmern schlagartig ermöglichen, zusätzliche Arbeitnehmer einzustellen wenn die Lohnnebenkosten endlich einmal hinuntergehen würden. *(Beifall bei der FPÖ. – Unruhe bei Abg. Dirnberger.)*

Herr Kollege, hören Sie mir einmal zu, damit Sie überhaupt begreifen, worum es geht.

Was würde das für die Arbeitsmarktpolitik in diesem Land bedeuten in Wirklichkeit? Die internationale Wettbewerbsfähigkeit würden wir erhöhen, die Investitionen würden dadurch wieder steigen, auch von ausländischem Geld. Denn das wird zur Zeit intensiv abgezogen. Auch alleine durch den weichen Euro, durch diese Tatsache. Die Einkommen würden wieder steigen, die Kaufkraft würde steigen. Und schlußendlich hätte der Finanzminister und damit auch das Land, auch unser zuständiger Landesrat, höhere Steuereinnahmen als bisher.

Und genau darum geht es, meine Damen und Herren. Sie stellen sich hier her, dreieinhalb Wochen vor einer EU-Wahl, machen ein bißchen Wahlkampftheater und in Wirklichkeit geht's draußen im Land drunter und drüber. Denken Sie um, denken Sie an andere Lösungen! Machen Sie wirklich Politik für dieses Land! Wir Freiheitliche sind dazu bereit, in diesem Sinne, wie ich es hier vorgebracht habe. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Feurer.

Abg. FEURER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Wenn man die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation in Österreich betrachtet, darf schon festgestellt werden, daß wir momentan in einer relativ günstigen Situation sind. Das zeigen die Daten des Arbeitsmarktservices, das zeigt auch die WIFO-Prognose, die heute hier schon angesprochen worden ist. Und österreichweit können wir feststellen, daß allein im heurigen Jahr 34.000 zusätzliche Beschäftigte mit Monat April gegeben sind. Es ist also besonders erfreulich, daß mit April auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist. Österreichweit sind wir bei einer Arbeitslosenquote im April von sieben Prozent. Damit

haben wir bereits jetzt im April den Durchschnittswert des Vorjahres unterschritten. Es ist also anzunehmen, daß der Durchschnittswert wesentlich unter dem letztjährigen liegen wird.

Natürlich sagen wir Sozialdemokraten, denen sehr an der Beschäftigungspolitik liegt, daß es auch Wermutstropfen gibt in dieser Situation. Da ist nun einmal die Tatsache, daß von diesen zusätzlichen Arbeitsplätzen viele Teilzeitarbeitsplätze entstanden sind. Da ist natürlich auch festzustellen, daß es Arbeitsplätze gibt, die vor allen Dingen im Niedriglohnbereich liegen. Und es ist heute hier schon angesprochen worden und als drittes festzustellen, daß regionale Unterschiede bestehen. Und daher glaube ich, es muß uns bewußt sein, daß es viel zu tun geben wird, auch in nächster Zeit. Um nämlich dem Ziel der Vollbeschäftigung möglichst nahezukommen, daß wir dieses Ziel auch tatsächlich erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde hinsichtlich der Zahlen bereits einiges von den Vorrednern hier angesprochen. Aber entscheidend, glaube ich, für die relativ gute Situation ist, daß wir eine Steigerung des Realeinkommens feststellen können und damit natürlich auch eine verstärkte Nachfrage gegeben ist. Und in dieser grundsätzlichen Situation können wir feststellen, daß natürlich auch das Bundesland Niederösterreich und im besonderen, meine ich, hier auf hervorragende Zahlen verweisen kann. 6,1 Prozent der Arbeitslosigkeit ist etwas, was wir schon lange nicht erreicht haben. Und ich meine, daß sich das durchaus sehen lassen kann.

Natürlich gibt es auch in Niederösterreich positive und negative Seiten. Wenn man heranzieht, daß der Bezirk Horn mit 3,4 Prozent Arbeitslosenquote eigentlich fast der Vollbeschäftigung nahekommt und es eine Reihe von anderen Bezirken, wie Bruck, Korneuburg, Melk, Mödling, Scheibbs, Waidhofen a.d. Ybbs, Amstetten, Zwettl, Tulln und sogar Gänserndorf gibt, die mit 4,5 Prozent wesentlich unter der Niederösterreichquote liegen, so muß andererseits auch festgestellt werden, daß es andere Bezirke gibt, wo es nicht so gut läuft. Da ist an erster Stelle bei den Negativbeispielen der Bezirk Waidhofen a.d. Thaya mit 10,5 Prozent Arbeitslosigkeit, gefolgt von Gmünd mit 9,2 %, Baden mit 7,9 %, Neunkirchen mit 7 %, Wr. Neustadt mit 6,4 % und Krems mit 6,3 %. Diese Bezirke liegen über der Durchschnittsquote. Und daher gilt es, hier mit Maßnahmen anzusetzen, daß man auch den Menschen, die dort wohnhaft sind, entsprechende Verbesserungen zukommen läßt. Und ich kann das natürlich am besten an der Südregion beurteilen. Obwohl doch festgestellt werden muß, daß diese

Umstrukturierung von einem klassischen alten Industriebezirk zu einem modernen technologischen Bezirk noch nicht so ganz geschafft worden ist. Und, meine Damen und Herren, da wird es sicherlich noch Maßnahmen bedürfen, daß wir die Probleme dort lösen.

Wenn man die Leistungen und die Dynamik am Arbeitsmarkt ein bißchen betrachtet, die in der Vergangenheit erbracht worden sind, dann muß man sich einmal vorstellen, welche positive und negative Entwicklungen hier im Rahmen so eines Jahres vor sich gehen. Man muß sich vorstellen, daß allein im Jahr 1998 107.000 Menschen die Arbeit verloren haben, arbeitslos geworden sind. Das ist fast jeder fünfte der berufstätigen Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. Andererseits kann man aber auch wieder feststellen, daß 112.000 wieder eingegliedert worden sind in den Arbeitsprozeß. Und daß immerhin 62.000 davon durch das AMS vermittelt worden sind.

Es ist heute hier schon angesprochen worden, daß ein ganz großes Problem natürlich die über Fünfzigjährigen darstellen. Hier finden wir eine Zunahme. Und ich anerkenne die Initiativen des Landes gemeinsam mit der Bundesregierung, diese Wiedereinstellungsprämien hier zu gewähren. Aber ich glaube, man müßte auch nachdenken, wie könnte man sicherstellen, daß diese Über Fünfzigjährigen gar nicht arbeitslos werden. Daß man hier wirklich Anreize schafft, daß man gerade diese Altersgruppe in den Betrieben behält. Das wird eine ganz wichtige Aufgabe sein, damit wir nämlich die vier wichtigen Ziele in der Arbeitsmarktpolitik auch erreichen. Das ist, die Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern, die Erhöhung der Arbeitsmarktchancen für die Frauen zu ergreifen, vor allen Dingen, heute schon angesprochen, die Integration von Behinderten und natürlich die Verbesserung der Chancen für ältere Arbeitnehmer.

Und wenn man sich die Summen, die für die Arbeitsmarktpolitik in Niederösterreich im heurigen Jahr aufgewendet werden, vor Augen führt, so sind das 1.475.000.000,- S. Und es gilt, diese Geldmittel, die bedeutend sind, auch entsprechend anzuwenden. Damit man sich hier nicht mit falschen Federn schmückt: Natürlich, der Großteil dieser Mittel kommt schon vom Bund. Es sei aber hier durchaus zugebilligt, daß das Land auch hier dazu zahlt, damit eben diese aktive Arbeitsmarktpolitik begangen werden kann.

Erlauben Sie mir vielleicht noch zur NÖ Südregion einige Dinge anzusprechen. Ich habe schon gesagt, wir haben dort das Problem, daß wir uns technologisch neu positionieren müssen. Hier wer-

den vor allen Dingen Technologiezentren ein wichtiger Bestandteil sein. Daß man nämlich Dienstleistungen anbietet um eben Betriebsgründungen zu ermöglichen, bestehende Gründungen auszubauen. Hier wird es vor allen Dingen auf die Qualität dieser Dienstleistungen ankommen. Und für uns im Süden Niederösterreichs sind drei Technologieschwerpunkte interessant. Das ist natürlich die Medizintechnik, wo im Bereich Wr. Neustadt schon sehr viel entstanden ist mit Hilfe des Landes, mit Hilfe der Fachhochschulen, mit Hilfe der Stadt Wr. Neustadt. Es ist außerordentlich positiv.

Ein zweiter Bereich - das ist auch heute schon angesprochen worden -, der sehr expandiert, ist der gesamte Bereich der Telematik, der Telekommunikation, der ganzen Informationstechnologien. Hier haben wir, das müssen wir zugeben, noch einen gewissen Rückstand zu anderen Industriestaaten, wenn man etwa die USA oder beispielsweise Schweden betrachtet. Hier wäre ein wichtiges Betätigungsfeld. Und ein dritter Bereich ist für mich natürlich die Umwelttechnologie, wo es gerade vielleicht im Bereich des Einsatzes von erneuerbaren Energien Möglichkeiten gäbe, das eine oder andere Projekt zu starten. Das zu betrachten wäre auch wichtig aus aktuellem Anlaß, vor allen Dingen hinsichtlich des Regierungsbeschlusses der tschechischen Regierung hinsichtlich des Weiterbaues von Temelin. Wir werden dort nicht glaubwürdig sein, wenn wir nicht vorzeigen in Österreich, daß wir bereit sind, einen Weg zu gehen mit sauberen Energien, mit erneuerbaren Energien. Und ich meine daher, wenn wir in der EU durchbringen wollen, daß Temelin nicht in Betrieb geht, dann müssen wir hier absolut außer Streit stellen, daß wir bereit sind, es anders zu machen.

Ich sehe, Herr Präsident, das Licht blinkt. Ich will heute besonders diszipliniert sein und möchte damit schließen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es heute darum geht, daß wir andenken, wie wir die Wirtschaftspolitik in der Zukunft gestalten wollen, an dieser Schwelle zum neuen Jahrtausend. Da gilt es, neue Maßnahmen zu setzen, vielleicht manche Trägheit zu überwinden, besonders Phantasie zu entwickeln, damit nämlich die jungen Menschen in der Zukunft auch wieder Arbeit finden in Niederösterreich und das womöglich in allen Regionen unseres Landes. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Gabmann.

LR GABMANN (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Die wirtschaftspolitische und arbeitsmarktpolitische Situation hat sich, wie wir alle gemerkt haben, weltweit in den letzten 10, 15 Jahren geändert und verändert. Und selbstverständlich ist das nicht spurlos an Europa und an Niederösterreich vorbeigegangen. Faktum ist, und das haben wir alle zur Kenntnis zu nehmen, daß sich die Welt um uns geändert hat in atemberaubendem Tempo. Wir müssen uns darauf einstellen, die Konstellationen in Europa haben sich verschoben und wir alle sind in einen unheimlichen Globalisierungsprozeß eingebunden, in dem ganz einfach der Wettbewerb immer härter und immer brutaler wird. Und das wirkt sich natürlich auf den Arbeitsmarkt aus.

Und trotz dieser schwierigen Situation, meine Damen und Herren, verzeichnet Niederösterreich wieder, was die Arbeitsmarktdaten betrifft, und das wurde heute schon von sehr vielen Rednern gesagt, eine exzellente Stellung. Wir haben exzellente Werte! Und das beweist, daß Niederösterreich auf der Überholspur ist, was den Bundesländervergleich betrifft. Aber es gibt keinen Garantieschein dafür, daß in Zukunft Dauerarbeitsplätze gehalten werden können. Es gibt keinen Garantieschein dafür, daß diese Wirtschaftskonjunktur weiter gehalten werden kann. Trotzdem glaube ich, meine Damen und Herren, daß es so etwas wie ein solides Sicherheitsnetz gibt. Und dieses solide Sicherheitsnetz ist eine gute Wirtschaftspolitik. Eine gute Wirtschaftspolitik, die wir seit vielen Jahren in diesem Bundesland Niederösterreich betrieben haben. Und wir haben hier wirklich unheimlich viele Akzente und Initiativen gesetzt. Was haben wir gemacht in Niederösterreich? Wir haben gesagt, es gibt neue Aufgaben, es gibt neue Herausforderungen in diesem Europa und in diesem Bundesland Niederösterreich. Und neue Aufgaben und Herausforderungen kann man nicht damit lösen, indem man halbherzig an diese neue Situation herangeht. Sondern indem man mit Engagement, mit Einsatz, mit vielen neuen Aktivitäten und Initiativen versucht, gemeinsam einen neuen Weg zu gehen. Und neue Aufgaben und Herausforderungen kann man nicht lösen, indem man alles schlecht macht und alles mies macht, sondern indem man, wie in einer Familie, ganz einfach zusammenrückt, die Probleme anspricht, sich gegenseitig Mut macht und versucht, eine Offensivstrategie einzuleiten. So wie wir das in Niederösterreich gemacht haben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wir haben natürlich auch in Niederösterreich versucht, immer, ständig Veränderungen in der Wirtschaftspolitik vorzunehmen, weil sich auch die Welt geändert hat. Und wir haben nicht nur gesagt, die Firmen müssen ihre Strukturen ändern, modernisieren, ausbauen, um ein *upgrading* der Produkte und der Verfahren einzuleiten. Sondern wir haben in Niederösterreich auch gesagt, wir werden in der Wirtschaftspolitik Veränderungen vornehmen um den Unternehmern die Hände freizumachen, etwas zu unternehmen. Um optimale Rahmenbedingungen einzuleiten.

Wir müssen, und das ist Faktum, uns ständig neu positionieren. Wir müssen besser sein als andere, wir müssen schneller sein als andere, wir müssen verlässlicher sein als andere, daher müssen wir ständig Veränderungen vornehmen. Damit die Menschen auch Freude an der Leistung haben. Damit man Erfolge hat. Damit man mit Mut und Zuversicht in die Zukunft gehen kann. Diese Veränderungen tun natürlich auch weh. Aber wir haben in der Wirtschaftspolitik einiges weitergebracht. Ich darf Ihnen einige Beispiele nennen. Denken Sie an das Budget. Vom Jahre 1990 bis 1999 haben wir sowohl im „Wirtschaftsfonds“ als auch im „Fremdenverkehrsfonds“ erhebliche Zuwächse im Budget. Da ging es nicht darum, meine Damen und Herren, mehr Förderungen und Haftungen und Zinszuschüsse auszuschütten. Sondern da ging es diesem Land auch darum, nach außen hin zu signalisieren, diesem Land ist die Wirtschaft sehr viel wert. Denn nur über die Wirtschaft und über das Wirtschaftsressort kann man im Wege der Umwegrentabilität einen Wertschöpfungseffekt auch für andere Ressorts erreichen.

Zweiter Punkt – Eigenkapitalbasisverbesserung. Wir haben in Niederösterreich als einziges Bundesland ein Beteiligungsmodell. Ein Beteiligungsmodell, mit dem wir in der Zwischenzeit 962 Millionen Schilling den klein- und mittelständischen Firmen zur Verfügung gestellt haben, die allein ein Investitionsvolumen von vier Milliarden Schilling ausgelöst haben. Wir haben mit der Betriebsansiedelungsgesellschaft ECO-PLUS 715 Projekte unterstützt, die ebenfalls 3,8 Milliarden Schilling an Investitionsvolumen ausgelöst haben. Wir haben mit der Betriebsansiedelungsgesellschaft ECO-PLUS als Landesentwicklungsgesellschaft 596 Unternehmen in den letzten 10 Jahren hier angesiedelt, die wiederum 14.300 neue Arbeitsplätze geschaffen haben. Wir haben mit unserem neuen Projekt Regionale Innovations- und Gründerzentren nach dem Modell Wr. Neustadt nunmehr in allen Landesteilen Niederösterreichs derartige Zentren installiert und werden neben der vorhandenen Infrastruktur auch das *Coaching* über die RIZ-Holding

übernehmen, was natürlich für die Gründer ein sehr wichtiger Punkt ist. Und wir haben im Tourismus unheimlich viel weitergebracht. Denken Sie an die Privatisierung der Niederösterreich Werbung. Denken Sie an die neuen Förderprogramme. Denken Sie an die Gemeinschaftsprojekte, die wir gestartet haben: „Weinherbst“, „Landfrühling“, „Incentive 2000“, „Wirtshausaktion“, „Welcome-Ticket“, unheimlich viele Aktivitäten und Aktionen. Und wenn wir uns heute die Kennzahlen anschauen, die wirtschaftspolitischen Kennzahlen dieses Bundeslandes Niederösterreich, da können wir stolz sein, meine Damen und Herren. Wir können als Niederösterreicher stolz sein auf diese Zahlen. Das Wirtschaftswachstum ist besser als in allen anderen Bundesländern. Die Beschäftigtenzahlen ständig steigend, Nächtigungszahlen ständig steigend. Die meisten Unternehmensneugründungen aller Bundesländer. Meine Damen und Herren! Das ist schon ein Beweis, daß die Wirtschaft in diesem Land funktioniert. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist aber auch ein Beweis dafür, daß die Wirtschaftspolitik stimmt in diesem Land und daß man Vertrauen in dieses Land hat. Daß man Vertrauen in den Landeshauptmann, in die Landesregierung hat. Daß man hier in diesem Land gerne investiert, daß man sich wohl fühlt und daß man Gäste hat, die immer wieder kommen, weil es in diesem Land so schön ist und weil man sich wohl fühlt. Und gerade diese positive Botschaft, die wir belegen können, meine Damen und Herren, diese sollte man auch sagen. Wir haben keinen Grund unser Licht unter den Scheffel zu stellen. Diese Botschaft sollte man auch sagen, wenngleich wir natürlich auch Problemfelder haben: Alte Industriegebiete, Grenzlandproblematik – keine Frage. Wir müssen nachjustieren. Auch das werden wir schaffen. Wir müssen besser sein und schneller sein.

Wie schaut das aktuelle Szenario aus für uns in Niederösterreich? Meine Damen und Herren! Wir sind ein interessanter Wirtschaftsstandort. Wir sind heute so, daß wir Westkompetenz haben. Weil sehr viele westeuropäische Länder, Betriebe und internationale Konzerne und auch unsere heimischen Betriebe gerne aus dieser gesicherten Position eines EU-Landes die Ostmärkte bearbeiten. Wir haben aber auch auf der anderen Seite Ostkompetenz. Deshalb, weil wir Andockregion zur Europäischen Union geworden sind. Wir haben seit vielen Jahren, noch zu Zeiten des Eisernen Vorhanges, traditionell, wirtschaftlich, touristisch, gesellschaftspolitisch und natürlich auch familiär gute Kontakte und daher das Vertrauen in unser Land. Daher Westkompetenz und Ostkompetenz - eine hervorragende Ausgangsposition für uns!

Und wenn wir in die Zukunft blicken, meine Damen und Herren, da haben wir uns sehr viel vorgenommen in diesem Bundesland Niederösterreich. Wir sind sehr ehrgeizig. Wir wollen und wir werden unter die Top ten-Regionen Mitteleuropas gehören. Unter 270 Regionen. Und das können wir nur erreichen, wenn wir gerade auch die klein- und mittelständische Wirtschaft massiv unterstützen. Denn gerade diese Phase dieses Globalisierungsprozesses, des verstärkten Wettbewerbs hat uns einmal mehr deutlich gemacht, meine Damen und Herren, bewußt gemacht, wie wichtig dieser Mittelstand heute für unsere Gesellschaft und die gesamte Wirtschaft geworden ist. Und das ist die beste Arbeitsplatzpolitik, meine Damen und Herren. Und nicht der Bundeskanzler, und nicht die Bundesregierung, und nicht die Nationalräte, keine Organisation kann Arbeitsplätze schaffen: Nur die Unternehmerinnen und Unternehmer können Arbeitsplätze schaffen! Das müssen wir wissen. *(Unruhe bei der FPÖ. – Beifall bei der ÖVP.)*

Wir dürfen uns daher, meine Damen und Herren, alle gemeinsam nicht fragen, wie können wir leistungsfähige Betriebe behindern und verhindern? Sondern wir sind hier auch aufgerufen, Gesetze zu novellieren, zu vereinfachen. Nicht die Hände in die Tasche zu stecken und umzuverteilen, sondern leistungsfähige Betriebe ganz einfach zu forcieren. Möglicherweise Gesetze zu vereinfachen, abzuschaffen. Und vor allem in den Export zu gehen. In den Export zu gehen, damit auch die klein- und mittelständische Wirtschaft Arbeitsplätze aufbauen kann. Und damit löst sich der Arbeitsmarkt, meine Damen und Herren, von selbst.

Und selbstverständlich müssen wir die Infrastruktur ausbauen. Telekommunikation, Verkehrsinfrastruktur, dieses Paket von Landeshauptmann Dr. Pröll mit Bundesminister Dr. Farnleitner: 15 Milliarden für die Infrastruktur! Für uns ganz wichtig und natürlich auch zeitgemäß. Oder die EU-Erweiterung, meine Damen und Herren. Wir sind das einzige Bundesland Österreichs, das nunmehr dieses Fitneßprogramm ins Leben gerufen hat. Wo der Landeshauptmann gesagt hat, wir wollen für die Regionen an der Grenze 200 Millionen Schilling, und das gebunden auf fünf Jahre, zur Verfügung stellen um die Infrastruktur zu verbessern. Auch ein wichtiger Schritt! Oder Tourismus, meine Damen und Herren: Wir haben ein neues Leitbild in Auftrag gegeben. Wir befinden uns heute in keinem Käufermarkt, sondern in einem Verkäufermarkt. Daher stellen wir die Frage an die Gäste, was erwarten sie von diesem Land Niederösterreich, oder was erwarten sie nicht von diesem Land Niederösterreich? Und danach werden wir unsere Schwerpunkte anlegen und setzen. Und natürlich planen

wir eine Umstellung der Regionen in Destinationen, um noch professioneller in Zukunft zu arbeiten. Und Professor Smeral, ein Tourismusexperte, hat gesagt, wenn Niederösterreich in dieser Intensität, in dieser Form weiterarbeitet, wird es in den nächsten 10 Jahren zusätzliche 15.000 Arbeitsplätze in Niederösterreich geben.

Ich glaube also, daß wir eine gute Ausgangsposition haben. Wir haben eine günstige geographische Lage, wir liegen im Herzen Europas, wir sind Kernraum in Europa. Das ist vielleicht heute noch eine Vision. Aber ohne Visionen geben wir Hoffnung auf Fortschritt, Hoffnung auf Weiterentwicklung auf. Das dürfen wir nicht! Ich glaube also, wenn wir diesen Weg auch in Zukunft fortsetzen, Strategien verfolgen mit dem Blick nach vorne, zusammen arbeiten und Qualität und Verlässlichkeit in den Vordergrund stellen - und das mit klaren Zielen - dann werden wir auch in Zukunft erfolgreich sein. Wir müssen nur, meine Damen und Herren, an uns selbst glauben. Wir müssen an unsere eigene Kraft glauben, an unsere eigenen Betriebe, an unsere eigenen Menschen. Es geht um dieses Bundesland Niederösterreich. Es geht um unsere Betriebe. Es geht um unsere Menschen. Daher dieser feste Glaube an uns selbst. Und wir dürfen nicht nur in Richtung Westen blicken. Wir dürfen auch nicht nur in Richtung Osten blicken, da gebe ich Ihnen schon recht. Wir haben heute in diesem Bundesland Niederösterreich die Aufgabe, internationale Akzente zu setzen. Und da geht es, meine Damen und Herren, nicht mit Pessimismus und Lamentiererei und Miesmacherei weiter, sondern da müssen wir gerade als offensive Politiker, die etwas herzuzeigen haben in diesem Land, sagen, wir wollen mit Engagement, mit Einsatz, mit Aufbruchstimmung, mit Eigeninitiative, mit Verantwortungsbewußtsein für dieses Land etwas weiterbringen. Und das mit entsprechendem Mut und Selbstbewußtsein.

Niederösterreich hat in der Wirtschaftsförderung, in der Tourismusförderung die richtigen Akzente gesetzt. Der Beweis liegt auf der Hand, die Zahlen beweisen dies. Wir werden uns weiter bemühen, diesen Trend fortzusetzen, unsere Wirtschaft weiterhin zu fördern und damit natürlich auch Arbeitsplätze zu sichern. Und darin, glaube ich, darin sehe ich den politischen Grundkonsens in dieser heutigen Debatte. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzsicherung“ für beendet.

Die Abgeordneten Koczur, Auer u.a. haben gemäß § 35a LGO einen Antrag auf Abhaltung einer weiteren Aktuellen Stunde mit dem Thema „1999 internationales Jahr der Senioren – Seniorenpolitik in Niederösterreich“, Ltg. 257/A-8/9, eingebracht. Gemäß § 35a Abs.4 LGO wurde beantragt, die Aktuelle Stunde am Beginn der Landtagsitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung:)* Danke. Gegenstimmen? Ich stelle fest, einstimmig angenommen!

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde gemäß § 35a der Geschäftsordnung. Ich mache neuerlich darauf aufmerksam, daß gemäß § 35a Abs.6 der Geschäftsordnung die Redezeit des ersten Antragstellers und der Mitglieder der Landesregierung auf 15 Minuten und die der übrigen Redner auf 10 Minuten beschränkt ist. Ich weise die Damen und Herren des Hohen Hauses darauf hin, daß eine Minute vor Ende der Redezeit das Licht am Rednerpult zu blinken beginnt. Am Ende der Redezeit leuchtet das Licht ohne zu blinken. Und dann schreitet der Präsident oder die Präsidentin ein.

Die Abgeordneten Koczur, Auer u.a. haben den Antrag **Ltg. 257/A-8/9** betreffend „1999 internationales Jahr der Senioren – Seniorenpolitik in Niederösterreich“ eingebracht. Ich ersuche Herrn Klubobmann Abg. Koczur, als ersten Antragsteller zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. KOCZUR (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.)

Als die „Frauen und Männer der ersten Stunde“, wie man treffend die Zeit nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges genannt hat, an die Arbeit gingen und Österreich aus Schutt und Trümmern neu entstanden ist, dachten sie wohl kaum daran, daß dieses Land innerhalb weniger Jahrzehnte auf die Überholspur gelangen und sich mit seinen meßbaren Wirtschaftsdaten im Spitzenfeld der Industriestaaten der Welt finden würde. Gleiches gilt auch für den Sozial-, Gesundheits- und Wohlfahrtsbereich. Eine Vielzahl positiver Maßnahmen hat in dieser Zeit auch dazu geführt, daß die Lebenserwartung der Österreicher deutlich gestiegen ist. Während diese in den fünfziger Jahren für Männer 62 und für Frauen 67 Jahre betrug werden Männer heute durchschnittlich 74 Jahre und Frauen 80 Jahre alt. Diese Entwicklung wird sich weiter fortsetzen und, das ist sicherlich die

notwendige Erkenntnis daraus, im Sozial- und Gesundheitsbereich gewaltige Herausforderungen für die Politik bringen.

Die Politik, meine Damen und Herren, ist deshalb gefordert, weil entgegen mancher Betrachtungsphilosophie, die davon ausgeht, daß sich der Staat möglichst wenig in die Lebensbelange seiner Bürgerinnen und Bürger einmischen möge, weil ja Angebot und Nachfrage alles bestens lösen und man für bestimmte Notlagen sowieso Mittel zur Verfügung hat. Eben diese viel gelästerte Politik hat die Aufgabe, die Lebensbedingungen der Menschen bestmöglich und nicht nur nach den globalen Gewinnmaximierungswünschen sowie der zielzierten ausschließlichen Eigenvorsorge zu gestalten. Eine verantwortungsbewußte Gesellschaft, die auch als „human“ bezeichnet werden will, wird daran gemessen, ob sie auch den Problemen einzelner Gruppen sowie jenen, die aus dem Arbeitsprozeß ausgeschlossen oder ausgeschieden sind, Verantwortungsbewußtsein entgegenbringt. Es muß das Recht jedes Einzelnen sein, daß ihm die Gesellschaft bei der Bewältigung seiner besonderen Situation zur Seite steht. Das gilt auch und ganz besonders für die ältere Generation, die nach einem Leben voll Arbeit, auf der die nachfolgenden Generationen aufbauen können, in der Lage sein muß, ein dem gesellschaftlichen Entwicklungsstand angemessenes Leben zu führen. Diese Grundsätze können natürlich nicht isoliert auf österreichische Verhältnisse angewendet werden. Wir sind, auch wenn das in manche Köpfe noch nicht ganz Eingang gefunden hat, seit nahezu einem halben Jahrzehnt Europäer geworden und bringen uns - und darauf bin ich eigentlich sehr stolz - als kleines Land mit großem internationalen Ansehen aktiv in die Neugestaltung dieses unseres Kontinentes, aber auch in internationale Entwicklungen ein. Die Sozialdemokraten kommen daher mit der Beantragung einer Aktuellen Stunde im NÖ Landtag der Aufforderung der Vereinten Nationen nach, die das Jahr 1999 zum Internationalen Jahr der Senioren erklärt hat, uns mit dieser wichtigen Materie zu beschäftigen.

Die niedrige Geburtenrate und der medizinische Fortschritt haben zu einer Umkehr der Alterspyramide geführt, sodaß in den Prognosen bis zum Jahr 2025 mehr als ein Drittel der EU-Bürger im Pensionsalter sein wird. Die Altersgruppe der Über Achtzigjährigen wird in vielen Mitgliedstaaten anteilig am stärksten zulegen und somit den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften neue Herausforderungen bringen, denen wir uns ehestmöglich zu stellen haben. Die Verbesserung der Voraussetzungen für ein längeres gesundes und aktives Leben, eine angemessene Versorgung und Betreu-

ung der älteren Generation sowie die Sicherung eines seniorengerechten Lebensumfeldes sind daher wichtige Aufgaben der Politik.

Lassen Sie mich auf einige wichtige Problem-bereiche der älteren Generation und der Seniorenpolitik ein wenig näher eingehen. Was bedeutet Seniorenpolitik? Sie bedeutet sicherlich zum einen die Sicherung eines längeren gesunden und aktiven Lebens. Es ist daher die Aufgabe, neben der umfassenden Gesundheitsvorsorge auch die psychische, physische und soziale Leistungsfähigkeit der älteren Menschen zu sichern. Dabei ist zum Beispiel der Sport, die körperliche Betätigung ein wichtiges Instrument zur Erhaltung der Gesundheit, der Leistungsfähigkeit sowie zur Verhinderung der Ausgrenzung, und zur Erholung. Seniorenpolitik, meine Damen und Herren, bedeutet auch, angemessene Versorgung und Betreuung zu haben. Mit der Überalterung der Bevölkerung wächst auch der Bedarf an sozialen und Gesundheitsdiensten. Insbesondere steigt der Bedarf an Hilfs-, Pflege- und Fürsorgebedarf. Statt stationärer Pflege sollten Rehabilitation und ambulante Behandlung im Vordergrund stehen. Und bei der Konzeption des sozialen Netzes ist es notwendig, die Familien, Angehörige, Freunde, Nachbarn und das gesamte nähere soziale Umfeld in Zukunft stärker miteinzubeziehen.

Seniorenpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren, bedeutet auch seniorengerechte Wohnungen, seniorengerechte Lebensumgebung und seniorengerechte Verkehrseinrichtungen. Wohnungspolitik, Raumplanung und Verkehr müssen noch stärker, vor allem auch im kommunalen Bereich auf die Bedürfnisse der älteren Menschen ausgerichtet werden.

Seniorenpolitik bedeutet aber auch die Sicherung des Einkommens der älteren Menschen. Voraussetzung für die Eigenständigkeit älterer Menschen ist daher ein ausreichender Lebensstandard. Die Senioren müssen einen gerechten Anteil an der volkswirtschaftlichen Entwicklung bekommen. Und von stärkerer Bedeutung wird in Zukunft sicherlich eine flexible Kombination von Arbeit und Ruhestand sein. Zu beachten gilt es, daß mit der zunehmenden Lebenserwartung der Bevölkerung ein immer größerer Teil der Kaufkraft von den älteren Menschen ausgeht. Und wenn wir heute gehört haben, daß gerade im Fremdenverkehrsbereich vieles in Bewegung geraten ist, was wir positiv bemerken in diesem Land, dann darf ich feststellen, daß die ältere Generation in den Zwischensaisonen heute einen Stellenwert erlangt hat, den wir eigentlich zufrieden zur Kenntnis nehmen können.

Seniorenpolitik bedeutet aber auch die Verbesserung der Bildungs-, der Sozialmitgestaltungsmöglichkeiten älterer Menschen. Ältere Menschen sollen die Möglichkeit haben, die ihre Belange betreffenden Entscheidungsprozesse zu beeinflussen und mitzugestalten. Auch über die demokratisch gewählten Volksvertretungen sollten ihnen direkte Mitgestaltungs- und Einflußmöglichkeiten geboten werden. Weiters ist besonders darauf hinzuweisen, daß ein nicht unwesentlicher Teil der ehrenamtlichen Tätigkeit im Land und in den Gemeinden von älteren Menschen wahrgenommen wird. Um diesen nur ansatzweise dargestellten Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es, glaube ich, auch eines Ausbrechens aus traditionellen Denkmustern. So ist der Gesundheitsvorsorge ein ganz besonderes Augenmerk entgegenzubringen. Die Aufklärung muß bereits im Kindesalter beginnen, um von der heutigen Reparaturmedizin zu einer verantwortungsbewußten Einstellung zur eigenen Gesundheit zu kommen. Verstärkte Kooperation von Wissenschaft, Politik und Medien ist erforderlich. Wir müssen darüber hinaus im politischen Handeln die heutigen Strukturen der Arbeitswelt und die Stellung der älteren Menschen auf dem Arbeitsmarkt überdenken. Jedem Bürger muß auch in Zukunft eine optimale gesundheitliche Betreuung zukommen. Die Versorgungsstrukturen, Kostensenkungspotentiale in Verbindung mit den notwendigen Freiräumen für effizientes Entscheiden im gesamten Gesundheitswesen und entsprechende Sanktionsmaßnahmen bei Nichtbeachtung der gemeinsam entwickelten Vorgaben müssen unser Handeln noch deutlicher als bisher bestimmen. Die Tatsache, daß, wie wir heute schon gehört haben, stabile Beschäftigungsverhältnisse zunehmend schwinden werden, erfordert es, daß die Politik zeitgerecht über die Finanzierungsmöglichkeiten der Beitrags- und Abgabenaufbringung im Sozial- und Gesundheits- sowie Pensionsbereich diskutiert und zu Entscheidungen kommt.

Sehr geehrte Damen und Herren! In diesen nur andeutungsweise dargelegten Bereichen werden die Sozialdemokraten Niederösterreichs noch stärker als bisher ihre Arbeit auf diese neuen Aufgaben konzentrieren und werden das Internationale Jahr der Senioren dazu nützen um die Anliegen der älteren Generation im Land Niederösterreich und in den Gemeinden stärker bewußt zu machen. Und wir werden heute in den weiteren Wortmeldungen auch eine Reihe von Vorschlägen dazu zur Diskussion stellen. Im übrigen, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir sehr gut beraten sein, die politischen Zielvorstellungen im engsten Einvernehmen mit den Organisationen, die als Interessensvertretungen der älteren Generation sehr er-

folgreich tätig sind, abzustimmen. In diesem Sinne bitte ich Sie, verstärkt in Zukunft auch auf die Belange der älteren Generation einzugehen. Wir alle werden einmal in diese Bevölkerungsgruppe eintreten. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Präsident Mag. Freibauer.

Präs. Mag. FREIBAUER (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst möchte ich feststellen, daß es eine gute Idee des Klubs der Sozialdemokraten war, die Senioren in Niederösterreich zum Thema einer Aktuellen Stunde zu machen. Es wird aber nicht genügen, über die Probleme und Anliegen der älteren Mitbürger hier im Landtag zu diskutieren. Notwendig ist es, die gute Seniorenpolitik in Niederösterreich weiterzuentwickeln, noch besser und noch menschlicher zu gestalten. Diese Aufgabe haben wir ständig und nicht nur im internationalen Jahr der Senioren wahrzunehmen.

Heute wird sicher noch darüber gesprochen werden, daß es einen großen Anteil der Senioren gibt an der Gesamtbevölkerung. Für uns steht fest, daß die Probleme der Senioren daher in Zukunft nur gemeinsam mit den Senioren und nicht gegen die Senioren zu lösen sind. Rund 30 Prozent aller Wähler bei der letzten Landtagswahl in Niederösterreich - vor einem Jahr also - rund 30 Prozent der Wähler waren Senioren. Von den 56 Abgeordneten hier im Landtag wurden daher 18 Frauen/Männer mit den Stimmen der Senioren gewählt. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Ältester in Ihrer Mitte möchte ich Sie daran erinnern, daß dem so ist. Als gewählte Vertreter der NÖ Bevölkerung sind Sie daher nicht nur Vertreter der Arbeitnehmer oder der Bauern, nicht nur Vertreter der Wirtschaftstreibenden und der Jugend, 18 Abgeordnete wurden mit den Stimmen der Senioren gewählt. Die Senioren erwarten daher eine gute Politik für alle Generationen im Land Niederösterreich.

Zu den Generationen eine Anmerkung. Sie wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir derzeit nicht mehr von drei Generationen reden in unserer Gesellschaft, sondern von vier Generationen. Wobei die Altersgrenzen nicht genau festgelegt sind. Dennoch findet sich jeder in einer der vier Generationen.

Die erste Generation, das sind die jungen Jungen. Sie sind übrigens hier im Landtag nicht vertreten. Deshalb habe ich mir als Präsident des Landtages vorgenommen, daß sie, die Jungen

wenigstens in der Zusammenarbeit zwischen Jugend und Landtag zu Wort kommen sollen. Die zweite Generation, das sind die „alten Jungen“. Sie stehen im Berufsleben, sie beherrschen die Politik usw. Die dritte Generation, so zirka - und das kann man nicht genau sagen - 60 bis 80 Jahre alte Menschen nennen wir die „jungen Alten“. Das sind heute gesunde, aktive Menschen mit großer Erfahrung. Das wirkliche Alter fängt dann ungefähr mit 80 Jahren an. Aber auch drei Viertel aller über Achtzigjährigen leben alleine ohne jegliche fremde Hilfe. Diese Generation ist die vierte Generation, die „alten Alten“ sozusagen. Aber es kommt bei all diesen Einteilungen wirklich nicht auf den Jahrgang an.

Zu diesen vier Generationen und zu dem hohen Anteil an Senioren möchte ich feststellen: Es gibt nicht zu viele alte Menschen in unserem Land. Was uns fehlt, das sind die Jungen! Und wenn wir eine gute Politik für die Senioren der Zukunft machen wollen, dann müssen wir anfangen mit einer guten Politik für die Familien. Das ist das Fundament für eine zukunftsorientierte Sozialpolitik. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Und ich freue mich, daß ich feststellen kann, daß die Politik im Land Niederösterreich, die Familienpolitik, die Sozialpolitik und damit die Seniorenpolitik auf dem richtigen Weg ist. „Mit Herz und Verstand“. Dafür verantwortlich zum Beispiel eine Liese Prokop und die NÖ Landesregierung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich will heute kein materielles Forderungsprogramm für die Senioren in Niederösterreich präsentieren. Denn wir freuen uns, daß in Niederösterreich die Anliegen der Senioren bereits hohen Stellenwert haben. Ich nenne nur drei Beispiele. Erstens: Mit großen Anstrengungen werden die Arbeitsbedingungen für ältere Arbeitnehmer mit Hilfe des Landes verbessert. Die *Comeback*-Aktion wird dazu beitragen, daß ältere, arbeitswillige Leute nicht vorzeitig pensioniert werden. Zweitens: Die medizinische Versorgung, die sozialen Hilfen bis hin zum Pflegeplatz nehmen ganz besonders auf die älteren Menschen in unserem Land Rücksicht. Drittens: Die Seniorenorganisationen werden von den Gemeinden und vom Land Niederösterreich gefördert und unterstützt. Und es gibt viele weitere positive Ergebnisse der NÖ Seniorenpolitik.

Was können die Senioren da noch auf ihrer Wunschliste haben? Wir Senioren sind der Meinung, daß unsere Gesellschaft, unsere Familien und Vereine, unsere Gemeinden, unser Land und unser Staat nicht auf das Wissen und auf die Erfahrung, auf den Einsatz der älteren Menschen verzichten können. Die Senioren wollen daher ganz einfach gleichberechtigte Partner sein. Nicht durch

Vormünder betreute Mitbürger, sondern Bürger, die mitgestalten, mitentscheiden. Vor allem dort, wo es um die Anliegen der dritten und vierten Generation geht. Als Beispiel nenne ich wieder ein paar Schwerpunkte:

Bei der Aufstellung der Kandidaten durch die politischen Gruppierungen sollen auch Kandidaten der Senioren Berücksichtigung finden und echte Chancen erhalten. Wie es in vielen Gemeinderäten schon der Fall ist, soll es auch bei Landtagswahlen und Nationalratswahlen sein. In allen Einrichtungen für die soziale Sicherheit, also insbesondere in den Krankenkassen und Pensionsversicherungsanstalten sollen auch Vertreter der Senioren mit Stimmrecht und Antragsrecht vertreten sein. Es darf keine Benachteiligung der älteren Menschen geben, wenn Entscheidungen über Angelegenheiten der älteren Menschen getroffen werden.

Bei Personalvertretungswahlen und bei allen Kammerwahlen gibt es in Österreich das Briefwahlrecht. Der Nationalrat wird daher aufgefordert, dringend aufgefordert, endlich die Verfassung so zu ändern, daß auch bei Gemeinderatswahlen, Landtagswahlen und Nationalratswahlen das allgemeine Briefwahlrecht eingeführt werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)* So wie sich das ja in vielen anderen EU-Ländern schon bestens bewährt hat.

(Abg. Kautz: Bei der Ärztekammer!)

Bei der Ärztekammer gibt es übrigens nur mehr Briefwahl und kein Wahllokal mehr. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Das liegt wieder an anderen Dingen.

Wenn Sie nun als Politiker, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, über die Anliegen der älteren Mitbürger nachdenken, dann vergessen Sie bitte nicht, daran erinnere ich noch einmal, 30 Prozent der Wähler sind Senioren. Vielleicht finden Sie dann eine Möglichkeit, die wenigen Forderungen der Senioren schneller zu erfüllen. Forderungen, die übrigens kein Geld kosten, sondern nur guten Willen im Sinne der Menschenrechte. Nämlich keine Diskriminierung auf Grund des Alters oder des Berufes.

Wenn Sie darüber hinaus nun auch in Ihrer Familie an das Verhältnis oder besser an die Partnerschaft von Jung und Alt denken, dann ist das eine weitere Hilfe für Ihren Einsatz und für Ihre Entscheidungen als Politiker. Es gibt – und das ist erforscht – einen Überhang von Hilfe und Unterstützung von Alt zu Jung. Und es ist den Jungen auch voll bewußt, daß die Älteren ihnen weit mehr Zeit und Hilfe schenken als umgekehrt.

Bei den Pensionen ist es ja so, daß die Jungen im Arbeitsprozeß die Beiträge für die Pensionen der

Älteren zahlen. Aber es gibt auch einen beachtlichen Geldfluß, neben allen Leistungen, die unbezahlbar sind, von den Großeltern an die Kinder und an die Enkelkinder. Im Ernstfall kann sich in unseren Familien fast jeder auf Hilfe irgendwo im Kreis der Familie verlassen, darauf hoffen und darauf zählen. Und so bin ich überzeugt, daß auch das Land Niederösterreich auf keinen Landesbürger vergißt, wenn er im Alter Hilfe braucht. Unser Land ist da wie eine große Familie. Eine Insel der Menschlichkeit, des Wohlstandes und der Sicherheit in einer großen, weiten Welt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine geschätzten Damen und Herren!

Im Gegensatz zum Herrn Präsidenten Freibauer bezeichne ich es heute nicht als eine gute Idee, sondern eher als etwas Ironie, meine sehr geehrten Damen und Herren der Sozialdemokratie, daß Sie die Seniorenpolitik in unserem Lande im Rahmen einer Aktuellen Stunde, wo es eine Beschränkung der Debattenbeiträge, wo es eine Beschränkung der Redezeit gibt, einfach abgehandelt wissen möchten. Wenn ich den Ausführungen des Herrn Klubobmannes Koczur gefolgt bin, gehört habe, daß die Sozialdemokratie mit dieser Aktuellen Stunde einer Aufforderung der Vereinten Nationen nachgekommen ist, dann stimmt mich das eigentlich sehr traurig. Es zeigt aber auch, welchen wirklichen Stellenwert Sie, meine Damen und Herren der SPÖ, den älteren Menschen, ihrer großen Zahl und ihrer oft schweren persönlichen Schicksalsgeschichte einräumen. Ich kann mir nur vorstellen, daß Sie diese Aktuelle Stunde beantragt haben, um vielleicht angesichts der bevorstehenden Wahlgänge bei den Senioren Ihre oft irreführende und wahrheitswidrige Wahlpropaganda in der Vergangenheit vergessen zu machen. Ich glaube, das wird Ihnen aber nicht gelingen. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Auer: Das hat vom Inhalt nichts zu sagen!)*

Hohes Haus! Frau Kollegin Auer! Das war nur die Einleitung. Wissen Sie, wenn man so ein großes Foul wie Sie gegenüber den Senioren macht, dann bekommt man im Fußballsport die rote Karte. Und ich zeige Ihnen auch heute die rote Karte vom Rednerpult. *(Hält Konvolut hoch. – Beifall bei der FPÖ.)*

Hohes Haus! Zur Sache: Am Ende dieses Jahrhunderts beträgt die Lebenserwartung, die durchschnittliche Lebenserwartung sicherlich 20

Jahre mehr als noch vor einigen Generationen. Und das, meine ich, ist eine große Errungenschaft, die aber zusammen mit der abnehmenden Geburtenhäufigkeit gesehen werden muß und die auch zu einem dramatischen Anstieg des Anteiles der älteren Menschen an der Bevölkerung geführt hat. Ich habe mir die Zahlen aus Niederösterreich geben lassen. Laut Volkszählung 1991 haben in Niederösterreich mehr als 307.000 Landesbürger und Landesbürgerinnen das 60. Lebensjahr überschritten. Ende 1998 waren es bereits 350.000. Und ich glaube eben, daß diese Entwicklung eine sehr aktive Seniorenpolitik erfordert. Eine aktive Seniorenpolitik, die sich mit den prioritären Anliegen der älteren Generation auseinandersetzt.

Wir verstehen unter einer aktiven Seniorenpolitik eine Politik, die ganz einfach sehr eng mit anderen Sparten vernetzt ist. Der Herr Klubobmann Koczur hat das andeutungsweise, wie er es selbst und wörtlich gesagt hat, bereits aufgezählt. Wir sehen eine Vernetzung mit der Arbeitsmarktpolitik, mit der Familienpolitik auf Grund des herrschenden Umlagesystems bei der Pensionsversicherung. Wir sehen eine Vernetzung mit der Gesundheitspolitik, mit der Sozialpolitik hinsichtlich der Fragen des Pensionsrechtes und Pflegewesens mit der Wohnungspolitik. Aber auch mit der Kulturpolitik, mit der Verkehrspolitik, seniorengerechte Verkehrsmittel. Weiters mit der Sicherheitspolitik. Ich sehe hier ein ganz wichtiges Senienthema in Anbetracht der Kriminalitätsrate in der Gewalt gegen Alte. Und so gesehen meine Damen und Herren bitte ich mein Wort „Ironie“ verstanden zu wissen. Denn mit Andeutungen, und das werde ich sicherlich nicht machen, kann man die Seniorenpolitik nicht in 90 Minuten abhandeln. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich meine, wir alle sind den betagten Mitbürgern, die viel zum Aufbau des Landes und damit zu unserem Wohlstand beigetragen haben, Dank und Solidarität schuldig. Und diesbezüglich unterscheide ich nur einmal zwischen der Seniorenpolitik auf Landesebene und jener auf Bundesebene. Ich bin sehr froh darüber, daß wir in Niederösterreich in den vergangenen Jahren das Sozialbudget immer einstimmig beschlossen haben und so gemeinsam zu unserer Verpflichtung gestanden sind, das soziale Netz zu sichern, abzusichern, und dort, wo es notwendig ist, auch weiter auszubauen.

Ich greife hier nur einen Bereich der Sozialpolitik im Land heraus. Im Zeitraum von 1993 bis 2002 werden aus dem Sozialbudget ungefähr rund 4 Milliarden Schilling für das umfassende und dem Bedarf angepaßte Investitions- und Ausbauprogramm der Pensionisten- und Pflegeheime zur Verfügung gestellt. Dadurch werden mehr als 2.000

Pflegebetten neu geschaffen. Unseren älteren Menschen steht damit ein regional ausgewogenes, aber auch qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot zur Verfügung.

Anders sehe ich aber die Seniorenpolitik auf der Bundesebene, wo für uns Freiheitliche ganz einfach die Unabhängigkeit der älteren Menschen durch die Bereitstellung von Einkommen ein prioritäres Anliegen ist. Hier erinnere ich, ich habe es Ihnen schon gezeigt, an einen Brief, der Wahlkampfgeschichte gemacht hat. Am 7. Dezember schrieb der damalige Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky an die sehr geehrte Frau Soundso unter anderem: Die SPÖ will die Pensionen sichern usw. Meine Damen und Herren! Was geschah? Die Wahl war vorbei, der unlautere Brief hatte seine Schuldigkeit getan. Die Korrespondenz aber ist mit anderen Absendern weitergegangen. Sechs Monate später wurde die Frau Soundso von der Pensionsversicherungsanstalt über eine rund dreiprozentige Pensionskürzung informiert!

Oder, meine sehr geehrten Damen und Herren der Sozialdemokratie: 1997 wurden die verschiedenen Änderungen des Pensionsrechtes von der Bundesregierung als die große Pensionsreform gefeiert, die die Finanzierung der Pensionen weit über das Jahr 2020 hinaus ohne weitere Einschnitte sicherstellen würde. So die Aussage des Bundeskanzlers Mag. Viktor Klima. Und der Herr Bundeskanzler versuchte damals den Österreicherinnen und den Österreicherinnen in einer Inseratenwelle – das habe ich bitte leider nicht färbig, sondern nur schwarz-weiß *(zeigt Papier)* – in einer Inseratenwelle mit einem sehr ernsten Blick einzureden, gerechte Pensionen für alle. Tatsächlich jedoch haben sich die damals beschlossenen Maßnahmen trotz massiver Pensionskürzungen in einigen Bereichen in erster Linie als eine Geldbeschaffungsaktion für das Bundesbudget erwiesen. Es ist heute eindeutig klar und errechnet, daß die drei Belastungspakete der österreichischen Bundesregierung der Bevölkerung 147 Milliarden Schilling an Belastungen gebracht haben. Herr und Frau Österreicher haben rund fünf Prozent ihres Nettoeinkommens verloren, was insbesondere die älteren Menschen hart getroffen hat.

Wir Freiheitlichen fordern daher einerseits eine verfassungsrechtliche Garantie der bestehenden Pensionen und andererseits, daß bei den jährlichen Teuerungsanpassungen der Pensionen der Schwerpunkt auf Fixbeträge zu legen ist. Keinesfalls darf es aber zu einer weiteren versteckten Pensionskürzung, wie dies im Sozialministerium andiskutiert wird, insbesondere durch die Einführung eines Lebenserwartungsfaktors kommen. Wir

lehnen eine derartige Altensteuer eindeutig und klar ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und auf Landesebene ist ein Seniorenförderungsmodell für Zuschüsse, Frau Landesrat, bei Heilbehelfen anzustreben. Denn ich höre immer wieder, daß sich verschiedene ältere Menschen nicht immer die von ihnen benötigten Heilbehelfe leisten können. Ich habe heute in der Zeitung bereits gelesen, daß es Ihr Anliegen ist, Frau Landeshauptmannstellvertreter, Tagesheimstätten für Pflegebedürftige zu schaffen. Ich glaube, der Weg ist sehr richtig und wir alle im NÖ Landtag sind diesbezüglich gefordert, ganz einfach Überlegungen anzustellen, wie die Errichtung und der Betrieb solcher Tagesheimstätten gefördert werden kann, wie die Förderung aus dem Sozialbudget, aber auch aus Wohnbaumitteln erfolgen kann.

Denn ich bin der Meinung, ich habe hier mehrere Gespräche geführt, daß es ganz einfach ein Gebot der Stunde ist, pflegenden Angehörigen die Belastung zu erleichtern. Und letztendlich ist mir auch ein Herzensanliegen die Förderung von Partnerschaften für Pensionisten- und Pflegeheime sowie für Heimbewohner. Denn wir sollten ganz einfach nicht vergessen, daß das Klima, das wir heute für unsere älteren Mitbürger in Heimen schaffen, vielleicht unser eigenes Morgen prägen wird. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Vladyka.

Abg. VLADYKA (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich kann den Kollegen Rambossek beruhigen. Für uns Sozialdemokraten ist die Seniorenpolitik eine umfassende Politik. Und mit der Einberufung der heutigen Aktuellen Stunde sollte ein Startschuß erfolgen für eine umfassende Diskussion zu dieser umfassenden Materie. Also wir werden sicher noch des öfteren Gelegenheit haben, über dieses wichtige Thema zu reden.

Heute möchte auch ich hier die Seniorenpolitik von Niederösterreich etwas beleuchten. Und ich möchte gleich kurz darauf eingehen, was heißt älter werden überhaupt? Heißt älter werden Vereinsamung, Krankheit, Leid, Armut? Oder Würde, Gesundheit, Zufriedenheit, Glück? Ich glaube, auch diese Dinge muß man einmal näher beleuchten.

Es ist sicher als großer Reichtum zu bezeichnen, daß immer mehr Menschen immer älter werden. Und sicher auch ein Verdienst unserer guten Gesundheits- und Sozialpolitik. Laut einer Studie für Alterswissenschaften wird allein in Niederöster-

reich die Zahl der 75- und Mehrjährigen um 75 Prozent und jene der 85- und Mehrjährigen um 132 Prozent im Zeitraum 1991 bis 2021 bereits steigen. Diese beiden Zahlen sagen uns aber, daß die Politik mehr denn je gefordert ist, für Rahmenbedingungen für ein Erleben des Alters in Würde verstärkt Sorge zu tragen. Das heißt, Ziel und Inhalt unserer Seniorenpolitik müssen sein Unabhängigkeit, Selbständigkeit, Teilhabe, Mitwirkung, Versorgung, Betreuung, Selbstverwirklichung und Menschenwürde. Es ist natürlich unbedingt erforderlich, auf die spezifischen Bedürfnisse unserer älteren Generation einzugehen. Denn gerade diese Generation war es, die unser Land nach dem Krieg unter großen Entbehrungen wieder aufgebaut hat. Und ihr ist es zu verdanken, daß wir heute in diesem schönen Land in Sicherheit und Wohlstand leben können. Und so ist es begrüßenswert, daß auch das Land Niederösterreich zusätzliche Schwerpunkte im Jahr der älteren Menschen für einen Dialog zwischen den Generationen gesetzt hat. Wichtig ist aber auch – und das wurde auch schon kurz angesprochen –, daß wir das Bild vom Alter korrigieren. Denn der Großteil der jetzigen Pensionistengeneration und ganz besonders die zukünftige ältere Generation unterscheidet und wird sich verstärkt in ihren Sozialisations- Kultur- und Wertemustern ganz fundamental von jenen der sogenannten Kriegsgeneration unterscheiden.

Wir haben es im nachberuflichen Leben mit einem enormen Freizeitpotential zu tun und mit einem höheren Aktivitätsniveau. So gibt es zum Beispiel eine Meinungsbefragungsstudie des Pensionistenverbandes, die sich schwerpunktmäßig mit der Lebenssituation der jungen Alten, also der etwa sechzigjährigen Frauen und Männer beschäftigt hat, die diese Veränderung sehr deutlich zeigt. 80 Prozent der Befragten sind mit ihrem derzeitigen Leben sehr zufrieden, was ihre Wohnsituation, ihr Familienleben, ihre Sozialkontakte und ihre Freizeit betrifft. Der hohe Zufriedenheitswert begründet sich im materiellen Wohlstand – zum Beispiel haben 80 Prozent einen eigenen Pkw – aber auch damit, daß sich dieser Personenkreis keineswegs als alt fühlt. Aber immerhin ordnen sich 15 Prozent der Befragten selbst im armutsgefährdeten Bereich ein. Eine der größten Zukunftsbefürchtungen ist die Arbeitslosigkeit der eigenen Kinder bzw. Enkelkinder. Auch eine negative Veränderung der finanziellen sowie der gesundheitlichen Situation fürchten vier von zehn Befragten. Betreffend Freizeitaktivitäten und Mobilität ist Reisen, der Besuch von Kulturveranstaltungen und sportliche Tätigkeiten in der Beliebtheitskala ganz oben zu finden. Und beachtenswert ist auch der hohe Wert, den die Weiterbildung einnimmt. Ebenfalls wichtig sind Fitneßaktivitäten sowie Kur-, Gesundheitsurlaube und Gesel-

lichkeit. Bemerkenswert ist auch, daß rund 80 Prozent der Befragten über ein Auto im Haushalt verfügen, 84 Prozent auch noch selbst damit fahren.

Auch sind bis auf einen geringen Teil der Befragten grundsätzlich alle an Politik interessiert und stehen dieser auch sehr kritisch gegenüber, speziell die Pensionssicherung betreffend. Den Generationenvertrag auf privater Ebene stufen 93 Prozent als gut funktionierend ein, in öffentlicher Hinsicht befürchten mehr als die Hälfte, daß in absehbarer Zeit ein Generationenkonflikt zwischen Jung und Alt ausbrechen könnte. Bemerkenswert ist – und das haben wir auch heute schon gehört – daß in hohem Maße die Eltern oder die ältere Generation ihre Kinder und Enkelkinder nicht nur finanziell unterstützt, sondern auch überaus hoch beteiligt ist an der Mithilfe im Haushalt. Sei es Krankheitspflege, Kinderbetreuung, Garten und wo immer sie gebraucht werden sind sie da. Und daß es umgekehrt leider Gottes nicht so ist. Betreffend der Vertretung der älteren Generation ist die Mehrheit der Auffassung, daß ihre Interessen in einem unzureichenden Maße vertreten werden. Viele meinen, daß sie von der Politik und ihren Repräsentanten schlechter behandelt werden als jüngere Menschen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon dieser Kurzauszug aus der Studie zeigt die Situation der jungen Alten sehr deutlich. Und hier sind wir gefordert, diesen Menschen professionelle Hilfe in allen wichtigen Lebensbereichen zu bieten, alle möglichen Formen der Freizeitgestaltung zu unterstützen und die Einbindung im Bildungs- und Diskussions- sowie im Informationsbereich nicht nur zu fördern, sondern auch zu fordern, wo es diese nicht gibt. Gehen wir hinaus! Setzen wir Aktionen mit den Schulen, um schon dort frühestmöglich gemeinsame Wege zu finden um den Dialog zwischen den Generationen zu fördern! Etwa in Form von gemeinsamen Projekten, gegenseitiges Lehren und gegenseitiges Lernen. Öffnen wir die Seniorenheime und setzen dort mit der Jugend Aktionen. Gemeinsame Feste, Vorträge usw. Binden wir die ältere Generation verstärkt in die Politik ein. Und hier kann das Land Niederösterreich ein Zeichen setzen. Die Sozialdemokratie wird daher bei der nächsten Sitzung im Landtag einen Antrag stellen auf Schaffung eines Seniorenbeauftragten auf Ebene des Landes Niederösterreich. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige, entscheidende Sache. Man kann hier wirklich den Stellenwert der älteren Generation dadurch noch viel viel mehr erhöhen. Das wäre ein Anreiz dazu.

Auch auf kommunaler Ebene gibt es viele Möglichkeiten wie die Schaffung von Seniorentreffs, von runden Tischen für Senioren mit Vertretern der

Politik etc. Mit der Unterstützung von Aktionen, die auf kommunaler Ebene großteils schon geschehen, ob das jetzt Muttertags-, Weihnachts-, Urlaubsaktionen oder sonstige Aktionen sind. Aber auch das lebenslange Lernen mit den Möglichkeiten, Kurse in Volkshochschulen zu besuchen oder auch die Studienlehrgänge an Universitäten sind ein sehr wichtiger Faktor, gerade auch für diese Generation.

Aber eines ist auch wichtig: Hören wir ganz einfach zu wenn es um Probleme geht, die die ältere Generation betreffen. Das schönste Geschenk kann keinem älteren Menschen helfen, wenn er Probleme mit der Fortbewegung hat und Gehsteige nicht entsprechend abgesenkt wurden zum Beispiel. Oder versuchen wir, Lösungen mit der Wirtschaft zu finden für jene, die nicht mobil sind und in ihrem Umkreis keinerlei Möglichkeit haben, sich selbst mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln zu versorgen. Und so gäbe es viele Beispiele, die wir hier vor Ort verstärkt zu erkennen haben und erkennen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch den zunehmenden Alterungsprozeß in unserer Gesellschaft ist es auch notwendig, künftige Entwicklungen und Maßnahmen zu dokumentieren, um den Anforderungen an die Pflegevorsorge für unsere Menschen in Niederösterreich sinnvoll zu begegnen. Verstärkte Förderungen von Vorsorgeuntersuchungen, der moderne Ausbau der Krankenhäuser sowie die Ausweitung der Pflegedienste gehören ebenso dazu wie die Schaffung von Sozialzentren. Kurzzeitpflegeplätzen und Tagesheimstätten. Und hier kann ich voll Freude berichten, daß eine diesbezügliche Einrichtung seitens der Volkshilfe in Bruck a.d. Leitha kurz vor der Fertigstellung steht. Einen alten Baum verpflanzt man nicht. Die Idee unseres Landeshauptmannstellvertreters Höger mit der Schaffung von Sozialzentren bringt dies genau auf den Punkt. Menschen können in Würde und Fürsorge in ihrer gewohnten Umgebung ihren Lebensabend genießen. Auch mit den mobilen sozialen Diensten, dem Heim- und Gartenservice wird jenen, die Hilfe brauchen, vor Ort rasch und unbürokratisch geholfen. Gerade im Pflegebereich war und ist die Schaffung des Pflegegeldgesetzes und damit verbunden die Pflegegeldleistung von enormer Wichtigkeit. Die Menschen, die Pflege im Sinne des Gesetzes benötigen, können sich diese aussuchen und so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden gepflegt werden. Wenn eine Pflege vor Ort nicht mehr möglich ist, so stehen noch die Landes- Pensionisten- und Pflegeheime zur Verfügung.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Frau Abgeordnete, bitte den Schlußsatz.

Abg. VLADYKA (SPÖ): Alles in allem eine sinnvolle Strategie. Und mit den zusätzlichen finanziellen Leistungen, etwa der Krankenhilfe, Hilfe zum Lebensunterhalt, Behindertenhilfe usw. hat das Land Niederösterreich sich sicher bemüht, auf die Bedürfnisse der älteren Menschen einzugehen. Aber wir dürfen nicht stehen bleiben, wir müssen den Menschen die Angst vor der Zukunft nehmen, damit Älterwerden auch wirklich Jungbleiben bedeuten kann. Und so möchte ich mich abschließend bei all jenen Vereinen und Institutionen, vor allem auch bei den Pensionistenverbänden für ihre großartige, wertvolle und oft unbedankte Arbeit zum Wohle der älteren Generation ganz herzlich namens meiner Fraktion bedanken und sie einladen, auch weiterhin gemeinsam mit uns für unsere Mitmenschen da zu sein. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Egerer.

Abg. EGERER (ÖVP): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Vielleicht vorweg einmal ein paar Sätze zu meinen Vorrednern. Ich bin sehr überrascht, daß der Herr Kollege Dkfm. Rambossek so positiv über die NÖ Seniorenpolitik gesprochen hat, wenngleich er eigentlich etwas abschweifend von der Pensionsreform auch gesprochen hat. Das Thema heute ist ja die NÖ Landespolitik.

Zu meiner unmittelbaren Vorrednerin, der Frau Kollegin Vladyka möchte ich sagen, Frau Kollegin, Sie haben sich auch sehr positiv geäußert. Aber es gibt im Land bei uns bereits das Seniorenreferat, das mit den Seniorenorganisationen gemeinsam und koordiniert die einzelnen Veranstaltungen durchführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vereinten Nationen erklärten das Jahr 1999 zum Jahr der älteren Menschen. Wir alle wissen, daß der Anteil der Menschen an der Gesamtbevölkerung ständig steigt. Die Entwicklung der Medizin, die Forschung sowie der steigende Lebensstandard sind in erster Linie verantwortlich und ein Trend dazu. Mit dem Motto „Jahr der älteren Menschen“ soll nun ganz speziell auf die Lebenssituationen unserer älteren Mitbürger aufmerksam gemacht werden. Auf ihre Bedürfnisse, auf ihre Anforderungen. Aber auch auf die Erwartungen und Wünsche, die sie an unsere Gesellschaft stellen. Vor allem muß einmal die Solidarität zwischen Jung und Alt erhalten bleiben. Das gegenseitige Verständnis füreinander, damit unsere Gesellschaft nicht zu einer Konfliktgesellschaft wird. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr stark verändert. Die Lebensform der Großfamilie beispielsweise, wo Jung und Alt

noch unter einem Dach beisammen wohnten, wird eigentlich immer seltener. Das ist vielleicht noch eher im ländlichen Raum möglich. Aber im städtischen Bereich ist es fast nicht mehr anzutreffen. Aber auch die Familienstrukturen haben sich größtenteils geändert. Die immer häufiger werdende Berufstätigkeit beider Ehepartner ist sicherlich ein wesentlicher Grund auch für diese Entwicklung. Die berufsbedingte räumliche Entfernung spielt ebenfalls eine große Rolle. Oft ist der Wohnsitz von Jung und Alt weit voneinander entfernt, sodaß der Kontakt auf gelegentliche Besuche beschränkt werden muß, was ich leider in meiner eigenen Familie auch feststellen muß.

Senioren wollen meist ihre Selbständigkeit so lange wie möglich erhalten. Und sie gestalten sich auch ihren Lebensraum nach ihren Bedürfnissen und nach ihren Vorstellungen. Sehr viele beginnen beispielsweise meistens erst im Pensionsalter zu reisen. Sie engagieren sich im öffentlichen Leben, helfen mit in Vereinen, in Organisationen, soweit es natürlich ihre gesundheitliche Lage zuläßt. Seniorenveranstaltungen zeichnen sich meiner Erfahrung nach immer durch sehr guten Besuch aus. Immer wieder durch gutes, aktives Mittun. Und ich glaube, meine Damen und Herren Kollegen werden dem zustimmen: Ich gehe sehr gerne zu Seniorenveranstaltungen, die sind immer bestens besucht. Für viele Teilnehmer sind diese Veranstaltungen aber auch immer wieder ein Ansporn zu neuen Aktivitäten. Denn aktiv und fit bleiben, das wünschen sich alle. Eine Aktion, die seinerzeit unter dem Motto „Älter werden, jung bleiben“ vom Land Niederösterreich gestartet wurde, hat damals schon wesentlich dazu beigetragen, daß unsere älteren Mitbürger ihr Leben vermehrt nach ihren eigenen Wünschen und Bedürfnissen ausrichten können.

Finanzielle Unterstützung gibt es für Seniorenurlaube, für die verschiedensten Arten der Haus- und Heimhilfe, der mobilen Pflege wie sie zum Beispiel NÖ Hilfswerk, Caritas, Volkshilfe und andere Einrichtungen anbieten. Genauso wie unsere Pflegeheime. Das Bild der Senioren hat sich entscheidend gewandelt. Immer mehr ältere Menschen sind heute bis ins hohe Alter hinein aktiv. Die Wirtschaft hat diesen Trend auch längst erkannt. Der Markt stellt sich zunehmend darauf ein. Senioren sind heute eine Zielgruppe. Die Angebote werden daher auch immer umfangreicher. Vor allem auf dem Freizeitsektor, in den Bereichen Sport, Reisen, kulturelle Veranstaltungen. Dies alles wird für Senioren immer mehr und immer umfangreicher angeboten. Die moderne Medizin trägt zwar das ihrige zum Wohlbefinden unserer Senioren bei, doch viele ältere Menschen wollen auch selbst aktiv, bewußt aktiv noch jung bleiben. Ärzte verordnen heutz-

tage oft Bewegungstherapien. Daher haben sich auch die Sportvereine darauf eingestellt und kann man heute einen steigenden Zulauf von älteren Menschen bei den Sportvereinen verzeichnen. Unter dem Motto „Sport kennt keine Altersgrenzen“. Oder „Wellness–Wege auch für Ältere“. Hier gibt es ein breites Angebot eigens abgestimmt auf Senioren. Die Sportunion beispielsweise veranstaltet gemeinsam mit dem Seniorenbund und anderen Institutionen eine ganze Seminarreihe mit dem Ziel, die Bedeutung des Sports für ältere Menschen hervorzuheben. Der Seniorensport soll nicht nur gefördert werden, sondern noch mehr als bisher in das Bewußtsein der Menschen gelangen. Sportliche Betätigung in sinnvollem Ausmaß und vor allem unter fachkundiger Anleitung fördert natürlich auch das Wohlbefinden in jedem Alter und ist besonders wichtig für die Vorsorge gegen Krankheiten. Die Gesundheit betreffend hält die Seniorenstelle des Landes gemeinsam mit dem NÖ Gesundheitsforum sogenannte „Gesundheitstage“ ab, in denen in den verschiedensten niederösterreichischen Regionen Themen behandelt werden, die alte Menschen ansprechen und mit denen alte Menschen immer wieder konfrontiert werden. Zusätzlich werden als Ergänzung Gesundheitsprojekte für ältere Mitbürger durchgeführt, die jeweils ganz auf spezifische Krankheiten abgestellt sind. Beispielsweise Wirbelsäulengymnastik, Schlaganfallvorsorge etc.

Auf kulturellem Gebiet wird in es Niederösterreich heuer erstmals einen Literaturwettbewerb für Senioren geben. Alle Niederösterreicher und Niederösterreicherinnen über 70 Jahre sind aufgerufen, unter dem Thema „Lebensgeschichte älterer Menschen in Niederösterreich“ sich zu beteiligen. Die Werke werden dann einer Öffentlichkeit vorgestellt. Und hier kann ich wieder aus eigener Erfahrung sagen, daß gerade auf diesem Sektor sehr viele versteckte Talente in unserem Land schlummern. Und so manche Veranstaltung wird durch selbst verfaßte Gedichte oder Reime verschönert, und diese können sich hören lassen. Ein österreichischer Dramatiker wird auch ein Theaterstück zum Thema „Alt sein in Österreich an der Schwelle des 21. Jahrhunderts“ verfassen. Und auch dieses wird hier bei uns in St. Pölten zur Auf-führung gelangen. Theater und Konzerte sind eigentlich immer wieder ein sehr großer Anziehungspunkt für Senioren. Theaterbesuche machen Senioren sehr gerne.

Das NÖ Bildungs- und Heimatwerk präsentiert ein reichhaltiges Seniorenbildungsangebot. Veranstaltet werden, um nur einige Beispiele zu nennen: Gesundheitswochen, Kultur- und Erlebnisfahrten, Frauengespräche, Seniorentanzen, bis hin zu Ge-

nerationsfesten, wo Jung und Alt gemeinsam spielen, tanzen und musizieren. Und für mich ist gerade dieses letztere sehr wichtig. Denn alte Menschen können zweifellos eine wertvolle Bereicherung für Kinder und Jugendliche sein. Und ich glaube, da werden Sie mir recht geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ausgehend von der Bevölkerungsentwicklung beschäftigt sich das Zentrum für Alterswissenschaften an der NÖ Landesakademie mit Themen und Problemen, die dieser Trend mit sich bringt. Angefangen von Psychologen über Mediziner bis hin zu Therapeuten und Pflegepersonal werden Leute mit praktischer Erfahrung im Umgang mit älteren Menschen zusammenarbeiten. Und ich glaube, das ist der springende Punkt: Leute mit praktischer Erfahrung. Immer neue Erkenntnisse können dadurch auch gewonnen werden und gesellschaftspolitische Schwerpunkte gesetzt werden.

Ein Thema, mit dem wir uns auch auseinandersetzen müssen und zu dem es eine eigene Fachenquete geben wird, ist die Hospizbewegung. Sie sorgt dafür, daß die Würde der Menschen bis zuletzt gewahrt bleibt. Und ich glaube, auf diesem Sektor ist noch einiges zu tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Senioren haben einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Sie haben dazu beigetragen, daß wir heute in einem schönen Land leben, wohnen und arbeiten dürfen. Nicht zuletzt deshalb sind wir gefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß auch der Lebensabschnitt dieser älteren Generation die entsprechende Achtung und Aufmerksamkeit erhält. Das Land Niederösterreich hat ein breites Spektrum an Angeboten für alle Senioren, sei es jetzt für die noch etwas jüngeren, die rüstigeren unter ihnen, oder eben die Hilfs- und Pflegebedürftigen. Und wir werden uns auch weiterhin bemühen, auf die Wünsche und Bedürfnisse unserer Senioren einzugehen und ihrem wichtigen Stellenwert in unserer Gesellschaft gerecht zu werden. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Jahrmann.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN (*Grüne*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Altenpolitik ist Thema der Zukunft, genauso wie Jugendpolitik. Die Zahlen, die bisher schon genannt wurden, denen ich nur eine hinzufügen möchte, sagen das ganz deutlich. 1991 waren 20 Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre alt. Im Jahr

2030 werden es 32 Prozent sein. Ein Drittel unseres Lebens sind wir alt.

Die Politik hat die Aufgabe, das „Leben im Alter“ - wobei ich das eigentlich fast nur mehr unter Anführungszeichen setzen möchte, denn dazu müßte man das einmal genauer definieren - Politik sollte jedenfalls dazu beitragen, daß das Alter lustvoll, sinnvoll, qualitativ, kontaktfreudig, echt gelebt werden kann. Und kein, wie man das so schön sagt, „Altenteil“ ist.

Und vielleicht zum Nachdenken, ohne mit erhobenem Zeigefinger agieren zu wollen, ein Thema, das im Altendasein vielleicht auch nicht ausgespart bleiben sollte, das ist das Thema der Sexualität. Stellen Sie sich einmal einen Siebzig-, Achtzig-, Neunzigjährigen vor, denken Sie an Johannes Heesters. Dem wird von der Regenbogenpresse als Mann bis heute noch so etwas wie ein erotisches Attribut, „der Filou der Senioren“, beigemessen. So etwas ist in unserer Gesellschaft, in unseren Moralvorstellungen für eine Frau kaum möglich. Denken Sie an Wilma Degischer. Die hat das Attribut der Grande Dame des Burgtheaters. Gusti Wolf, um einen zweiten Namen zu nennen, gilt als agil und rüstig. Aber der Unterschied in unserem eigenen Denken, der sollte uns vielleicht ein klein wenig anregen dazu, ein bißchen nachzudenken, wie es in unserer Gesellschaft mit dem Denken bestellt ist.

Es geht um mehr Integration, es geht um mehr Selbstverständlichkeit im Zusammenleben, es geht ums Dazugehören von alten Menschen. Da geht es natürlich auch um neue Familienmodelle. Und da ist die Frage zu stellen, ist die Kleinfamilie der heutigen Zeit eine für immer allseits gültige Lebensform? Man sieht ja aus der Realität, das dem eben nicht so ist. Da geht es um ganz neue Dinge wie Nachbarschaftshilfe, Wohnprojekte und vieles mehr. Und die Frage der Mobilität und der Verkehrspolitik, der Raumplanung ist schon angesprochen worden. Nur, meine Damen und Herren, wir müssen uns auch darüber im klaren sein, das Gegenteil ist der Fall! Unsere Politik ist eben nicht seniorengerecht! Es ist heute nicht mehr möglich für alte Menschen, sich ohne Auto selbst zu versorgen. Weil sie ganz einfach die Nahversorgung nicht mehr haben, die sie früher zur Verfügung hatten. Weil nicht zuletzt die Politik durch Ihre Raumplanungspolitik ihnen diese Möglichkeiten genommen hat.

Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, Frau Kollegin Egerer: Die Pensionen sollte man nicht losgelöst sehen von Seniorenpolitik – im Gegenteil! Sie sind integrierter Bestandteil auch für

Niederösterreich. Und auch Niederösterreich kann etwas dazu tun, die Bundesregierung aufzufordern, etwas zu ändern. Wir beschließen ja auch heute einen späteren Antrag, wo die Landesregierung überhaupt erst etwas prüfen soll, ob sie dann mit dem Bund in Verhandlungen treten soll. Ich meine doch, daß das damit zu tun hat. Das Motto muß nur lauten: Pension für Hunderttausende statt Hunderttausend für eine Pension. Damit sind wir bei der Finanzierbarkeit und bei einer der Ungerechtigkeiten dieses derzeitigen Pensionssystems. Die Schwächen sind klar: Es ist unüberschaubar. Es ist mit und ohne Durchrechnungszeiträumen, es ist mit und ohne Ruhensbestimmungen, es sind unterschiedliche Staatszuschüsse, es ist ungerecht. Die Bundesbeiträge - ich nenne ein Beispiel - bei den ASVG-Versicherten betragen etwa 40 Milliarden, obwohl die um ein Vielfaches mehr sind als etwa die Selbständigen, die trotzdem 30 Milliarden als Bundeszuschüsse lukrieren. Oder: Das Gesamtpensionsvolumen für ASVG-Versicherte, die 66 Prozent der Pensionsbezieher ausmachen, macht rund 60 Prozent aus. Bei den nur 15 Prozent betragenden Pragmatisierten sind es 30 Prozent am Gesamtpensionsvolumen. Hier kann ja wohl etwas nicht stimmen.

Es gibt eine Gesetzesflut von verschiedenen Gesetzen, was die Pensionsregelungen betrifft. ASVG, BSVG, FSVG, GSVG, MVG, die Notare, die Regelungen für die verschiedenen Beamtengruppen, Landes-, Gemeindebedienstete, Post, Bahn und so weiter und so fort. Und, meine Damen und Herren, es gibt eine halbe Million Menschen, die überhaupt keine Pensionsbezieherinnen sind. Das sind meistens Frauen. Das sind meistens Menschen, die zum System enorm viel beigetragen haben durch Kindererziehung, durch Haushalt, durch unbezahlte soziale Leistungen. Und das sollte man berücksichtigen. Und daher ist es, glaube ich, wesentlich, über ein anderes, ein neues Pensionsmodell zu diskutieren.

Ich nenne einige Eckpunkte dieses Modells. Ein soziales, partnerschaftliches, transparentes, einfaches harmonisiertes Pensionssystem. Es soll aufkommensneutral sein. Das heißt, die 360 Milliarden, die derzeit zur Verfügung stehen, sollen beibehalten werden. Aber sie sollen anders verteilt werden. Und es sollte auch darüber diskutiert werden, eine Pensionsobergrenze für alle, was öffentliche Pensionen betrifft, einzuziehen, weil das eben anders nicht finanzierbar ist. Dies sollte ein zweistufiges Modell sein. Bestehend aus einer Grundsicherung im Alter, von, ich denke hier etwa an einen Betrag von 8.000,- Schilling für alle. Als Solidarleistung für alle. Finanziert durch erstens eine monatliche Pflichtversicherung für alle Erwachsenen etwa

in der Höhe von 200,- Schilling, durch die bisherigen Bundeszuschüsse und eben durch diese Höchst Pension, die alle maximal erreichen können. Das heißt, wir haben einen gleichen Zuschuß von 8.000,- Schilling, den der Bund zuschießt. Unabhängig davon, was vorher war. Und die zweite Stufe wäre eine erwerbsabhängige Versicherungspension im Umlageverfahren. Also nachdem, was man tatsächlich eingebracht hat. Aber ohne Versicherungszeiten, sondern ganz einfach versicherungsmathematisch errechnet. Hier könnte man einiges an Ungerechtigkeiten einsparen. Ich denke nur etwa daran, daß Bundesbeamte einen Zuschuß von etwa im Durchschnitt 14.000,- Schilling monatlich bekommen zu ihrer Pension, Arbeiter und Angestellte einen Zuschuß von etwa 1.100,- Schilling. Das kann auf die Dauer nicht gut gehen. Das heißt, dieses Modell würde bewirken vor allem für Frauen eine bessere Vorsorge im Alter, eine Vermeidung von Altersarmut - ein großes Problem unserer Zeit, ein nahtloses Anschließen oft an Arbeitslosigkeit. Wir hätten ein einheitliches Pensionssystem. Ich glaube, mit diesen Ungerechtigkeiten sollten wir endlich Schluß machen. Wir bräuchten nur den Mut dazu, einmal wegzukommen von der eigenen Klientelbefriedigung. Eine klare Trennung zwischen auf der einen Seite einer Solidaritätskomponente und auf der anderen Seite einer Versicherungskomponente und vieles mehr. So viel zum Pensionsbereich.

Das nächste ist etwas ganz wesentliches, meiner Ansicht nach, ist natürlich der Betreuungs- und Pflegebereich. Da gibt es die stationäre Betreuung. Und ich stehe gar nicht an zu sagen, daß da in den letzten Jahren sehr viel getan wurde. Wir haben ja unlängst erst ein sehr schönes Pflegeheim eröffnet. Hier gab es einen Aufholprozeß. Und dennoch ist natürlich ganz klar zu sagen, daß stationäre Betreuung nur der Ausnahme-, aber nie der Regelfall sein kann und sein soll. Denn es gibt eben sehr sehr viele andere Möglichkeiten, die besser sind für alte Menschen. Die lebensnäher sind. Ich nenne etwa die mobilen Hilfen. Und ich kann mir und Ihnen es nicht ersparen darauf hinzuweisen, daß ich es eigentlich für nicht mehr ganz zeitgemäß halte, daß auch hier die Parteienlandschaft ihren Einzug gehalten hat und Volkshilfe und Hilfswerk in Wirklichkeit genau dasselbe tun mit genau demselben Engagement, mit genau derselben Berechtigung. Und sie gehören zwei verschiedenen Parteien an. Ich frage mich, wozu, meine Damen und Herren? Vor einigen Jahren war es noch üblich, daß die beiden Gruppen je nach ihrer Stimmenstärke im Gemeinderat die Zuwendungen von der Gemeinde

bekommen haben. Das kann doch nicht mehr zeitgemäß sein in unserer heutigen Zeit. *(Beifall bei den Grünen und Abg. der FPÖ.)*

Wir brauchen, meine Damen und Herren, neue Ideen. Projekte für integratives Wohnen etwa. Mehr-Generationswohnungen. Betreutes Wohnen. *(Abg. Sacher: Haben die Grünen auch so eine Organisation? Da redet offensichtlich der Blinde von der Farbe!)*

Nein, das glaube ich nicht, Herr Kollege Sacher. Ich denke, daß ich mir da schon einiges dazu überlegt habe. Ich kenne das. Wir beziehen selber diese Leistungen. Ich glaube nur, daß es wesentlich ist, auch das anzusprechen. Es ist nicht mehr zeitgemäß.

Es gibt hier eine wesentliche Möglichkeit, Arbeitsplatzoffensiven zu starten in diesem Dienstleistungsbereich. Auch für Zivildienstler. Aber auch im Sozialbereich, wo man sehr sehr viel ausbauen kann. Und die Tagesheimstätten, die die Frau Landeshauptmannstellvertreter heute gefordert hat, wären in mancher Hinsicht eine Möglichkeit. Ich halte sie für längere Zeiten, für einige Wochen und Monate für durchaus möglich. Ich halte sie für nicht praktikabel, was die stundenweise „Aufbewahrungsstätte“ für alte Menschen betrifft. Ich glaube, daß das keinen Sinn hat. Hier wäre es viel besser, mobile Hilfsdienste zu organisieren.

Am Schluß der Rede steht das Blinklicht, am Schluß des Alters das Sterben. Sterben müssen wir alle. Keiner denkt gern daran, keiner redet gern davon. Ich glaube aber, daß wir auch diesbezüglich eine neue Philosophie brauchen. Eine Art Gestaltung der letzten Tage und Wochen eines Menschen, um diese letzte Lebenszeit so angenehm wie möglich zu gestalten. Um das Abschied nehmen zuzulassen. Etwas, was jemand gern getan hat, zuzulassen und ermöglichen. Die Angst nehmen, die Schmerzen lindern. Niemand muß heute mehr Schmerzen leiden. Institutionen zur Sterbegleitung in Niederösterreich sind zu fördern, sind sinnvoller und attraktiver zu machen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Herr Abgeordneter, ich bitte um den Schlußsatz.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Ich bin fertig. Damit wären wir, und das ist mein Schlußsatz, bei der Frage der Sterbehilfe. Das ist eine offene Diskussion und eine andere Geschichte. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schimanek.

Abg. SCHIMANEK (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Die Sozialdemokratische Fraktion hat diese Aktuelle Stunde beantragt. Offenbar nimmt man sie aber doch nicht so ganz ernst, weil es sind sehr wenige von ihnen da. Das ist schade. Das darf ich nur so gleich eingangs feststellen.

Ich selbst stehe auch schon knapp an der Schwelle zum Seniorenzeitalter und freue mich daher, feststellen zu können, daß ich mit den meisten der Ausführungen von Herrn Klubobmann Koczur oder von Herrn Präsident Freibauer konform gehe. Die Leistungen des Landes Niederösterreich sind für die Senioren durchaus beachtenswert. Besonders die der ÖVP: Wir wissen ja, daß die ÖVP einen sechzigjährigen Präsidenten in Pension geschickt hat um einem 62jährigen Platz zu machen. Das ist jetzt nicht etwas Negatives, lieber Edi, sondern meine persönliche Wertschätzung für Dich, die kennst Du ja.

Ich möchte mich in meiner Wortmeldung auf einen kleinen Bereich beschränken. Und zwar auf den Bereich der Pflege. Und zwar auf den Pflegebereich in Heimen. Die NÖ Politik ist grundsätzlich richtig angelegt. Dezentrale Pflegeheime, das wissen wir. Es ist für jemanden, der in ein Pflegeheim muß weil es nicht mehr anders geht, unheimlich wichtig, daß er das Gefühl haben kann, daß hinter dem Hügel sein Kirchturm ist. Und daß er nicht weiß ich wohin verfrachtet wird. Das ist ganz einfach für ihn wichtig und auch für die Angehörigen, die natürlich auch immer wieder den Besuch abstraten können, schneller und öfter. Unbestreitbar ist aber, daß der Pflegebereich bei uns künftig immer wichtiger werden wird. Ist auch heute schon angesprochen worden.

Die Experten haben festgestellt, wenn heute ein Mädchen geboren wird, dann wird das Mädchen eine Lebenserwartung von in etwa 100 Jahren haben. Das bedeutet ja nicht gerade wenig. Und auch wir Männer bzw. unsere Nachfolgenerationen werden sicherlich eine höhere Lebenserwartung haben. Daher brauchen wir auch künftig weitaus mehr Vorsorge im Pflegebereich, in Pflegeheimen. Wobei ich wiederum feststellen muß, und da gehe ich auch konform mit meinen Vorrednern, daß der Pflegebereich vornehmlich im Familienverband gefördert werden muß. Dort gehört er auch hin. Aber es geht halt leider nicht immer so.

Die derzeitige Finanzvorsorge, so scheint es auch in Niederösterreich, österreichweit ist in diesem Bereich die Finanzvorsorge für die Pflege von morgen in Heimen aber äußerst gering. Vielmehr scheint es, als würde man mit alten Menschen sehr gute Geschäfte machen. Ich möchte da nur ein Beispiel sagen. Es ist ein „G'rieß“, das wissen wir alle, um den Pflege- und Krankentransport. Ich nenne hier nur Orth a.d. Donau. Die Frau Landeshauptmannstellvertreterin hat ein Pflegeheim in Orth a.d. Donau eröffnet. In Orth a.d. Donau gibt es, das wissen alle, eine hervorragend besetzte ASBÖ Geschäftsstelle mit hervorragenden Mitarbeitern. Flugs war auch schon das Rote Kreuz dort und hat natürlich - doppelt gemoppelt - dort auch eine Dienststelle hingestellt. Weil man natürlich mit dem Transport aus diesem Pflegeheim gutes Geld machen kann. Das ist nicht sehr sinnvoll! Herr Abgeordneter Fasan hat das richtig gesagt. Es ist nicht sehr sinnvoll, wenn man in Dreifachpackungen Pflege und Betreuung anbietet. Wobei ich sagen muß, manche Angebote sind ja nicht gerade das Ideale für ein Hilfswerk oder für Volkshilfe etc. Aber da gibt es Hilfswerk, Volkshilfe, Caritas. Sie alle bieten mit großem Engagement auch alle das gleiche an. Das kann nicht sehr sinnvoll sein. Es kann noch weniger sinnvoll sein, wenn man Geld, das eigentlich für den Bereich der Betreuung notwendig ist, in riesigen Plakatwerbungen investiert um die Leute aufmerksam zu machen, was es da alles gibt.

Also ich glaube, hier sollte man ein bißchen umdenken. Die Zukunft erfordert von uns in der Politik nicht nur ein Bereitstellen der Budgetmittel, sondern auch ein Umschichten. Weil mit dem gegenwärtigen Geld wird es zu wenig sein. Und vor allem ein sorgsames Einsetzen dieser Budgetmittel für die Pflegevorsorge von morgen in Heimen. Ich möchte hier ein Beispiel anführen: Dänemark. Viele von Ihnen werden das kennen. Dänemark hat ein ungeheures Defizit im Sozialbereich, speziell im Pflegebereich. Aber Dänemark leistet sich das. Es ist ein sozialdemokratisch regiertes Land. Und ich glaube, auch wir in Österreich und in Niederösterreich müssen es uns leisten, ein solches Defizit, weil die ältere Generation einfach ein Recht darauf hat, daß sie bestmöglich medizinisch, aber auch bestmöglich im Pflegebereich, und wenn es notwendig ist, in einem Pflegeheim versorgt wird.

Die bestmögliche medizinische Versorgung, naja, mit der Rufbereitschaft in den Spitälern haben wir das ja nicht so wie wir uns das eigentlich vorstellen. Und auch die bestmögliche Versorgung in Pflegeheimen ist nicht gegeben, meine Damen und

Herren. Ich erinnere nur an Hollabrunn. Da hat der Landesrechnungshof festgestellt, daß die notwendige Rundumbetreuung, 24-Stunden-Betreuung für Pflegefälle, nicht gewährleistet ist auf Grund der Situation im Personalbereich. Können Sie sich vorstellen, ein Pflegefall, der sich nicht rühren kann, ein „Mutter!“ oder ein Vater, der im Bett liegt, kann sich nicht rühren und der hat das Glas Wasser am Nachtkastl stehen. Und er läutet und es kommt niemand. Und die Zunge wird immer dicker und die Lippen werden geschwollen. Das ist ja schlicht und einfach ein Skandal! Hier müssen wir etwas ändern. Und wir haben auch die Verpflichtung dazu, daß wir unseren Altvorderen, vielleicht auch ich selber, ich nehme auch für mich das Recht in Anspruch, sollte es einmal notwendig sein, daß ich in ein Pflegeheim komme, daß ich die bestmögliche Rundumbetreuung habe. Und daher würde ich wirklich einen Aufruf an alle Fraktionen richten und sagen: Nehmen wir uns alle bei der Nase! Versuchen wir, zu unseren Alten zu stehen, wenn sie einmal in einem Pflegeheim sind. Wir haben die Verpflichtung dazu. Und ich möchte sagen, daß wir vielleicht auch angesichts des internationalen Jahres der Senioren es auf unsere Fahnen schreiben sollten. Es muß möglich sein, in einem Wohlstandsland wie Österreich, aber auch in Niederösterreich, in Würde alt werden zu dürfen. Auch wenn es in einem Pflegeheim ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Wir haben sehr wohl und bewußt heute diese Aktuelle Stunde eingebracht um das Thema Senioren zu bereden und in Schwung zu bringen. Und einige Wortmeldungen vor mir haben mir sehr wohl gezeigt, daß viele davon reden, aber wenig wissen, was sich im Seniorenbereich abspielt. Ich werde dann noch darauf zurückkommen. Im Volksmund sagt man, es redet ein Blinder von der Farbe. Und das wurde leider hier dokumentiert. Daher sehe ich mich bestätigt darin, daß wir diese Aktuelle Stunde beantragt haben.

Senioren. Wer ist Senior? Bevor ich auf die Fragen eingehe, will ich ein paar Themen anreißen. Ich sage, wir haben heute eigentlich von jenen gesprochen, die aus dem aktiven Arbeitsprozeß ausgeschieden sind, von den Pensionisten. Wenn ich es von der sportlichen Seite betrachte, dann ist man mit 35 Senior. So ist das. Die Wirtschaft betrachtet das auch so. Leider! Lesen Sie eine Tageszeitung: Stellenangebote - Höchstalter 35

Jahre. Das heißt, ab 35 Jahren gehört man zum alten Eisen, wird abgeschrieben. Gleichzeitig will diese Firma aber, daß der mit 35, Höchstalter 35 Jahre, die Erfahrung eines Sechzigjährigen hat und vielleicht nur das Gehalt eines Lehrlinges will. Das ist auch eine Art „Seniorenpolitik“, die anzuprangern ist, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Und wenn ich heute in einer Tageszeitung lesen muß, daß die Frau Stenzel sagt, die Sicherung von Arbeitsplätzen ist kein sozialdemokratisches Monopol, das ist eine christlich-soziale Verpflichtung, dann muß ich feststellen, daß offenbar sehr wenig christlich-soziale Unternehmer vorhanden sind. Oder sie weiß nicht wovon sie gesprochen hat. Das will ich dazu nur gesagt haben.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir haben viel Positives über diese Seniorenpolitik schon gehört heute. Wir wissen, es gibt ein gutes soziales Netz, es gibt gute Betreuungen. Die Senioren sind praktisch eine Freizeitindustrie geworden. Aber was bringt das Älterwerden noch mit sich? Die Frage, wie verbringe ich meine Tageszeit? So lange sie mobil und aktiv sind, funktioniert das. Die nächste Frage ist aber schon, wie versuche ich nicht zu vereinsamen? Je größer die Gemeinde, je größer die Stadt umso größer ist die Gefahr zu vereinsamen. Und da sind wir aufgerufen, Aktionen zu setzen. Da sind wir da oder müssen wir da sein, um Organisationen aufzubauen um diese Vereinsamung hintanzuhalten.

Und der Senior, den ich vorher gemeint habe zwischen 35 und 60, der hat natürlich das Problem des Arbeitsplatzes, teilweise auch Einkommensverlust. Ich weiß wovon ich rede. Wenn du heute 40, 45 Jahre alt bist, hast du fast keine Chance mehr, in Betrieben unterzukommen. Und da müssen das Land und das AMS und der Bund wieder Einstiegshilfen geben, damit diese Menschen noch eine Chance am Arbeitsmarkt haben.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich nur zwei Dinge noch anbringen, die wir tun müssen. Ich habe schon einmal hier von dieser Stelle aus einen Antrag eingebracht, daß in jenen Gebieten, die neu aufgeschlossen werden, ab einer gewissen Wohnungsanzahl unbedingt notwendig vorgeschrieben werden muß ein Nahversorger. Der muß mitgebaut werden. Da muß versucht werden, auch mit der Genossenschaft oder mit jenen, die das bauen, den Druck auszuüben, daß erkannt wird, daß dort ein Nahversorger gebaut wird. Und wir müssen mit allen Handlungen, bei allen Gesetzen darauf achten, daß diese auch seniorengerecht sind. Denn als Junger denkt man nicht daran. Da kann die Stiege höher sein, da kann die Tür schmaler sein und härter aufgehen. Aber mit

steigendem Alter muß man das beachten. Und ich glaube, hier ist es unbedingt notwendig, die Gesetze, die wir beschließen, auch seniorenrecht auszuführen.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich zu einigen meiner Vorredner etwas sagen. Der Herr Präsident ist da. Er sprach über das Wahlrecht, er meinte die Briefwahl. Und er redete auch davon, daß wir sie nicht bevormunden sollten. Ich glaube, die ältere Generation wünscht keine Bevormundung. Und daher glaube ich auch, eine Briefwahl wäre eine Bevormundung. Denn viele jüngere Menschen würden dann die Älteren bevormunden und diese Briefwahl für andere vielleicht durchführen. So lange sie die Briefwahl nicht haben - und wir haben Beispiele gesehen, was herauskommt mit der Briefwahl, zum Beispiel bei der Ärztekammerwahl - soll das persönliche Wahlrecht auch persönlich ausgeübt werden können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir kennen Erfinder. Aber keine Erfinder von guten Angelegenheiten wie einen Madersperger oder ähnliches. Wir kennen Erfinder der „Blutschokolade“, wir kennen Erfinder des „Blätterjoghurts“, wir kennen die Erfinder der EU-Steuer und wir erkennen die Erfinder der Altensteuer. *(Abg. Marchat: EU-Steuer, das seid ihr!)*

Man kann auch so reden, daß man irgend einen Satz aus dem Zusammenhang herausnimmt und dann groß plakatiert. Die Bevölkerung weiß ja nicht, wie der gesamte Zusammenhang ist. Und das ist genau die polemische Politik der Freiheitlichen. Und da bin ich auch schon bei Herrn Landesrat Schimanek, Entschuldigung, Abgeordneten Schimanek. Die Frage der Pflegeheime. Das mag es vielleicht irgendwo einmal gegeben haben. Aber ich besuche seit sieben Jahren regelmäßig ein Pflegeheim. Und schon früher unregelmäßiger, weil ich nur zu Besuch hingekommen bin. Nur: Solche Zustände, wie er sie geschildert hat, gibt es normalerweise nicht. Es mag vielleicht in einem blauen privaten Pflegeheim sein - die haben auch Wohnbaugenossenschaften gegründet und sind abgestürzt, vielleicht kann es dort auch so sein. Aber in normalen Landes-Pflegeheimen findet das so nicht statt! *(Abg. Marchat: Es gibt keine blauen Landespflegeheime!)*

Naja, das wäre eine Arbeit.

Damit, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich schon zum Schluß kommen, aber trotzdem noch einige Anmerkungen hinzufügen. Wenn hier davon gesprochen wird, daß die Volkshilfe und das Hilfswerk und die Caritas unnötig sind.

Sie sind nicht unnötig! Die ältere Generation braucht diese Hilfsorganisationen. Aber die Grünen und die Blauen reden nur dort von Verbesserungen, wo sie nicht präsent sind. Und dort, wo sie zu bequem sind, älteren Menschen zu helfen. *(Abg. Marchat: Das hat ja niemand gesagt! – Abg. Mag. Fasan: Er faßt das immer so auf!)*

Ich habe sehr wohl gehört von Mag. Fasan, das ist unnötig, das sollte man zusammenlegen. Das sind freie Vereine. Da habt Ihr noch nicht einmal gewußt daß es eine FPÖ gibt, hat es schon die Volkshilfe gegeben. Das sind freie Vereine, die schon immer da waren und die sich der älteren Generation sehr wohl und sehr notwendig annehmen. *(Abg. Hiller: Das ist Anpatzerpolitik!)*

Ja, wir sind es ja gewohnt. Nur sind wir es von den Blauen gewohnt. Daß die Grünen auch schon im selben Fahrwasser fahren, das tut mir leid. *(Abg. Mag. Fasan: Wir sind gegen den Parteiproporz und nicht gegen diese Institutionen! Das wissen Sie ganz genau!)*

Lieber Herr Kollege! Sie können auch einen Verein gründen. Sie können auch Altenpflege machen. Nur müssen Sie dann etwas arbeiten, nicht nur kritisieren. Und das bedeutet Arbeit. *(Beifall bei der SPÖ und Präs. Mag. Freibauer.)* Ich persönlich fahre am Samstag wieder in Neunkirchen mit „Essen auf Rädern“. 110 Portionen trage ich aus als Bürgermeister. Sie habe ich noch nie dabei gesehen! *(Beifall bei der SPÖ und Präs. Mag. Freibauer.)*

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, komme ich schon noch zu einem Thema, der Volkspension. Die ganze Pensionsdiskussion gehört vielleicht auch dazu zur Altendiskussion. Nur so, Herr Kollege Fasan, wie Sie über das Pensionsrecht reden, kann nur reden, wie ich schon gesagt habe, ein Blinder von der Farbe. Denn es gibt verschiedene Dienstgeber, es gibt verschiedene Pensionsrechte. Und Sie müßten es eigentlich wissen, daß man in bestehende Verträge nicht eingreifen kann. *(Abg. Mag. Fasan: Gegenteiliges habe ich nie behauptet!)*

Und wenn heute ein junger Pragmatisierter eine Pensionsregelung trifft, wird die in 30 Jahren wirksam. Und das kann nicht der Sinn und Zweck einer Pensionsreform sein. *(Abg. Mag. Fasan: Das ist besser als nie!)*

Und an die Freiheitlichen gerichtet, meine sehr geschätzten Damen und Herren, und damit bin ich schon am Schluß: Das Pensionsrecht und die Pensionsvorsorge in Österreich ist ein Verdienst der großen Koalition. Und die sind auch in Zukunft Garant, daß es Pensionen in dieser Form weiter gegeben wird. *(Beifall bei der SPÖ und Präs. Mag. Freibauer.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop.

LHStv. PROKOP (ÖVP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zuallererst sagen, ich freue mich, daß dieses Thema zum Thema einer Aktuellen Stunde wurde. Ich halte es für so wichtig und für enorm zukunftssträchtig. Weil die Zahlen, die zum Teil schon genannt wurden, tatsächlich nicht nur Realität sind, sondern Zahlen sind, mit denen wir leben müssen. Und in manchen Köpfen sind sie noch immer nicht drinnen. Daher danke ich herzlich als zuständige Referentin im Rahmen der Landesregierung für diese Aktuelle Stunde, für die Möglichkeit, auch hier darüber zu sprechen. Ich gebe dem Kollegen Dkfm. Rambossek nicht allzu oft recht, aber ich gebe ihm recht, daß es schwierig ist, in dieser kurzen Zeit dieses breite Thema auch tatsächlich abzudecken. Ich werde mich bemühen, wirklich nur auf ganz wenige Punkte einzugehen. Ich möchte aber eines sagen: Es war diese Stunde wirklich höchst sachlich, höchst positiv und höchst zukunftssträchtig.

Es ist eigentlich einem Abgeordneten, einem neuen Abgeordneten, der jetzt nicht im Saal ist, vorbehalten geblieben, es ins Demagogische hinüberzuführen. Und ich muß eines sagen, ich verwehre mich im Namen unserer Mitarbeiter, im Namen von mehr als 3.000 Mitarbeitern in den Landes-Pensionistenheimen dagegen, daß eine derartige Darstellung hier von dem Rednerpult aus gegeben wurde. Jeder, der im damals noch Kontrollamt tätig war, weiß genau, wie diese Prüfungen erfolgt sind und was in den Berichten steht. Man weiß, welche Zeiten überbrückt werden, wann die Berichte hierher kommen. Man weiß, daß Hollabrunn eine neue Pflegeeinrichtung war. Wir hatten genug Personal, wir hatten nicht genügend Pflegepersonal. Und es gibt kein Problem, daß in der Nacht nicht Menschen da wären. Bitte, ein Glas Wasser kann auch eine Pflegehelferin oder sogar eine Aufräumfrau reichen. Diese Art der Darstellung, meine Damen und Herren, ist unter der Gürtellinie. Das verdienen sich unsere Mitarbeiter nicht und das entspricht absolut nicht der Arbeit in unseren Pensionistenheimen! *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und Abg. Gratzner.)*

Die Vereinten Nationen haben dieses Jahr 1999 zum internationalen Jahr der älteren Menschen ausgerufen. Wobei als Untersatz dabei steht, das Verständnis zwischen den Generationen ist wichtig. Ich glaube, genau das soll es auch sein, und nicht bloß Pflege, Altwerden, Sterben. Das ge-

hört auch dazu. Das gehört zu unserem Leben. Aber tatsächlich ist Älterwerden ein wertvoller Teil in unserem Leben - wir alle wollen älter werden -, in der Chance des Menschseins. Man hat ein bißchen an Weisheit gewonnen, man hat ein bißchen Erfahrung. Man hat dann auch vielleicht die Möglichkeit, das oder jenes zu tun, was man vorher nicht konnte.

Und es gibt Gottseidank nicht „den älteren Menschen“. Es ist hier schon gesagt worden. Es gibt mehr als 300.000, die über 60 Jahre sind. Präsident Mag. Freibauer hat versucht, in verschiedene Schichtungen zu gliedern. Ich möchte sagen, es gibt ihn nicht, „den älteren Menschen“. Es gibt den Sechzigjährigen, der noch voll im Berufsleben steht. Es gibt einen Sechzigjährigen, der begeistert durch die Welt fährt. Und es gibt den Sechzigjährigen, der schwer pflegebedürftig in einer Einrichtung liegt und intensivste Hilfe braucht. All das ist der ältere Mensch. Es ist die Großmutter, die auf die Enkerln aufpaßt, die man in der Arbeit braucht, bis hin zu allen diesen Bereichen. Und ich glaube, daß diese Menschengruppe, die durch die Ausrufung dieses Jahres damit im Zentrum des Interesses steht, in Zukunft nicht nur eine enorm wachsende Gruppe ist, sondern eine Gruppe, die einen gewaltigen Faktor an der Gesamtbevölkerung in ganz Europa ausmachen wird.

Diese Entwicklung, dieses Bevölkerungswachstum wirkt sich nicht nur bei den älteren Menschen aus, sondern tatsächlich trifft diese Entwicklung alle Menschen. Die Erwerbstätigen vom 20. bis zum 60. Lebensjahr, aber auch die Jugend. Dieses Thema ist so elementar, daß davon alle Generationen, alle Lebensbereiche, ich würde sagen unsere gesamte Gesellschaft direkt betroffen ist. Es ist hier in einigen Punkten angeschnitten worden. Wir müssen es so breit sehen. Die demographische Entwicklung läßt sich vielleicht, ich möchte ein bißchen von der umgekehrten Alterspyramide weggehen, sie läßt sich aber in dieser Richtung vielleicht so veranschaulichen, daß man schrittweise von dieser ehemaligen Alterspyramide zu einem Bevölkerungsbaum kommt, dessen Krone eine immer wachsende ist. Es gibt ja auch die Spitze oben. Also die Krone ist immer wachsend, das sind die Alten. Das sind unsere alten Menschen. Sie wird immer breiter. Wir haben derzeit 230.000 über 65. Es ist immer die Frage welche Statistik ich hernehme. Also über 65, das ist die nationale und internationale Statistik, daß man 65jährige erfaßt, haben wir 230.000. Im Jahr 2011, also in einer absolut überschaubaren Zeit, werden es um 45.000, also fast 20 Prozent, mehr sein. Und das wird sich auf Grund der gesundheitlichen, auf Grund des sozialen Fortschrittes auch weiter so

entwickeln. Bei den Frauen beträgt derzeit, auch eine ein bißchen andere Statistik, ich habe die letzte Zahl, das Durchschnittsalter 81 Jahre, bei den Männern sind es 74. In zehn Jahren, also 2011 wird es bei den Frauen 83 sein und bei den Männern, meine sehr geehrten Herren, 78. Also die Männer holen auf. 78 wird dann dieses Durchschnittsalter sein.

Bei den über 85jährigen, also diese hoch betagten, wie sie in der Wissenschaft genannt werden, wird diese Zuwachsrate sogar 40 Prozent betragen. Und ein Zusatzproblem, ich betone es immer wieder, ist, daß immer mehr dieser Menschen als Einfamilienhaushalte, als Singles leben, außerhalb eines Familienverbandes. Also dadurch immer mehr anfangs leichte und dann intensivere Hilfen brauchen.

Und dieses Szenario hat, und ich möchte es jetzt versuchen, wirklich nur in zwei Konsequenzen zu analysieren, wobei das viel breiter ist. Ich möchte betonen, ich kann damit nicht in der kurzen Zeit alles komplett referieren. Das eine, und da muß man darauf auch eingehen, ist sicherlich, daß mittelfristig eine weitere Pensionsreform notwendig ist. Heute gibt es Umfragen, wonach bereits vier Fünftel, also 80 Prozent der befragten Österreicher sagen, daß sie bezweifeln, daß ihre Pension vom Staat auch weiterhin in dieser Form ausbezahlt werden kann. Und heute sind im Bereiche der privaten Pensionsversicherung 60 Prozent der Personen, die eine private Versicherung abschließen, unter 30 Jahre. Auch das sind Tatsachen, an denen wir nicht vorbeigehen können.

Wenn aktuell auch auf Grund des guten Wirtschaftswachstums, wie in der ersten Aktuellen Stunde schon gesagt wurde, und der sinkenden Arbeitslosendaten kein akuter Handlungsbedarf besteht, so ist das gut so. Aber wir müssen an der Weiterentwicklung der Pensionsreform arbeiten. Und das im Interesse aller Generationen. Das müssen langfristige Blickwinkel sein. Die zweite fundamentale Konsequenz aus dieser demographischen Entwicklung, das betrifft uns im Land persönlich und unmittelbar. Auch hier steigt durch die Lebenserwartung die Pflegebedürftigkeit der älteren Menschen. Auch das ist selbstverständlich. Und hier ist wirklich von manchen, die über Heime gesprochen haben, sehr viel Unwissenheit, auch von jenen, die vielleicht einmal drinnen waren, gesagt worden. Ich würde wirklich alle einladen, und vor allem jene, die heute hier über die Heime gesprochen haben, würde ich auch zu mancher Enquete einladen, zu manchen Eröffnungen einladen, um sich die Einrichtungen anzuschauen.

Diese Zahlen, ich möchte jetzt zwei Zahlen einmal nennen. Im Landesbudget 1994 wurden für die Pflege, für den Aufwand in den Pflegeheimen, Pflegegeld, für die sozial und sozialmedizinischen Dienste 2,2 Milliarden aufgewandt. Heuer, also fünf Jahre später, sind es um 47 Prozent mehr, ist das auf 3,3 Milliarden gestiegen. Und diese Zahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Ausgaben – hier sind nicht die Kranken und Behinderten dabei, das sind ausschließlich die Ausgaben für die alten Menschen, es ist bereits ein Anteil von 6,5 Prozent am Gesamtbudget – und diese Ausgaben werden sich auch weiter entwickeln.

Ich bin immer dankbar, wenn hier tatsächlich auch bei der Diskussion im Landtag eine gewisse Einheit und Einhelligkeit herrscht. Denn ich bin überzeugt, daß eine Sozialpolitik, die diesen Namen überhaupt verdient, daß sie nur dann gemacht werden kann, wenn wir uns weiterhin bemühen, jenen Menschen, die fremde Pflege brauchen, die sich selbst nicht oder deren Familien ihnen nicht mehr helfen können, daß wir ihnen diese Hilfe angeeignet lassen. Und diese Entwicklung ist nicht reversibel. Diese Entwicklung geht einfach weiter. Sie wird weiter wachsen, wenn ich die Daten noch einmal in Erinnerung rufen darf. Eine Politik, die sich sozial, die sich christlich, die sich human nennt, der muß es auch bewußt sein, daß diese Ausgaben auch im nächsten Jahrhundert weiter steigen werden. Das trifft das Landesbudget, aber das trifft natürlich auch die Umlagen im Haushalt der Gemeinden, die unsere Partner in diesem Bereich sind.

Wir haben, und darauf können wir Niederösterreicher wirklich stolz sein, weil hier wirklich die anderen Bundesländer auf uns schauen, alle miteinander, wir haben bereits vor 20 Jahren begonnen, systematisch an diesem Bereich zu arbeiten aus einem Blick auf die nationalen und internationalen Daten auf die wir ausgerichtet waren. Denn manche Daten waren ja damals schon bekannt, vielleicht nicht so öffentlich bekannt. Und wir haben in der Zeit begonnen, eine wissenschaftliche Begleitung aufzubauen. Und wir haben insbesondere vor zehn Jahren, kann man sagen, begonnen, uns hauptsächlich bei den großen Ausgaben darauf zu konzentrieren auf das, was die Menschen selbst nicht organisieren können. Dort, wo sich die Menschen selbst nicht mehr helfen können. Wir haben diese Ausgaben bewußt in die Bereiche der Pflege aufgenommen. Das alles, was heute richtig angerissen wurde, die Vielfalt des Wohnens. Ich freue mich, daß die Frau Abgeordnete Vladyka den schönen Satz, „einen alten Baum soll man nicht verpflanzen“ verwendet hat. Das war das Motto des

„Katzelsdorfer Modells“ im Jahr 1984. Als wir damals angefangen haben, als die Wohnbauförderung noch nicht darauf abgestimmt war. Dieses Modell hat sich in vielen Gemeinden durchgesetzt. Wir haben die Seniorenwohnungen, mit denen wir einfach in den Dörfern seniorengerechte Wohnungen bieten. Wir haben das Wohnbaugesetz darauf abgestimmt. Wir haben im Bereiche der Freizeit so viele Aktivitäten, das geht über die Erwachsenenbildungseinrichtungen, über die Sportvereine. Es geht natürlich und insbesondere in Bereiche der Seniorenorganisationen, denen ich allen auch für diese Arbeit danken will. International erleben wir die Diskussion um die Universalität des dritten Alters. All das sind Dinge, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. In Niederösterreich gibt es ein Projekt einer Seniorenakademie. Auch das sind Dinge, die einfach angenommen werden müssen.

Wir haben uns in der Landespolitik intensiv auf diese Bereiche zu begeben. Das wollen wir alles mit unterstützen, aber frei sich entwickeln lassen. Aber wir haben uns vor allem dorthin begeben, daß wir die Hilfe geben, die der Einzelne sich selbst nicht mehr organisieren kann. Und Pflegevorsorge muß weiter geschehen. Wir müssen diesen Weg auch weitergehen. Wir wollen, und das ist ganz entscheidend, wir wollen auch weiterhin den Menschen die Entscheidung überlassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier ist die Frage der Träger der sozialen Dienste. Und wir haben es ganz bewußt, als wir damals die Richtlinien gestaltet haben, als wir damit begonnen haben - das ist schon mehr als 20 Jahre her - gesagt, hier soll Konkurrenz sein. Denn die freie Wahl, wir wollen nicht verordnen, in dieser Stadt sind die und in jener Stadt sind die, oder es soll überhaupt nur eine Art geben. Dann wird wieder verwaltet. Dann haben wir ein Monopol. Und der alte Mensch, der sich nicht mehr helfen kann, hat sich dessen zu bedienen. Wir wollen hier die gesunde Konkurrenz. Wir wollen hier die verschiedenen Träger. Allerdings müssen diese Träger auch die Verantwortung übernehmen, daß sie nicht nur in den interessanten Ballungsräumen, sondern auch am flachen Land diese Angebote bieten. Und wir haben daher die Möglichkeit, daß der Mensch mit seinen Angehörigen sehr weitgehend entscheiden kann, ob er zu Hause betreut werden will oder in einer Einrichtung. Die ambulante Pflege ist enorm wichtig. Wir haben das im ersten Altenplan deutlich gesagt und den Ausbau gefordert. Wir haben ihn, wie kein anderes Bundesland, flächendeckend erreicht. Es werden mehr als 10.000 Menschen ambulant betreut. In den Einrichtungen auch 10.000 Menschen. Es ist ungefähr die gleiche Zahl. Und wir haben Qualitätsstandards erreicht, die an-

dere Länder nicht haben. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube nicht, daß wir ein Bundesgesetz brauchen um diese Qualitätsstandards wieder festzulegen. Ich glaube auch nicht, daß wir einen Seniorenbeauftragten hier brauchen. Ich glaube, daß der Seniorenbeirat ein sehr gutes Instrument im Lande ist, mit dem wirklich in kooperativer Art und Weise zusammengearbeitet wird.

Wir müssen auch weiterhin neue und zusätzliche Angebote ausbauen im Rahmen der Heime, im Rahmen der Hauskrankenpflege. Weil die Menschen es benötigen. Aber auch, weil manches einfach koordinierbar sein muß. Wir werden die ambulanten Dienste in dieser Richtung mit den stationären stärker vernetzen. Und hier kommt die Kurzzeitpflege, hier kommt die Frage der Tagesbetreuung, der Hospizbewegung, der Sterbebegleitung. Am 30. Juni haben wir hier im Landtagssaal eine Tagung. Ich darf Sie alle dazu einladen. Auch das ist etwas sehr sehr Wichtiges.

80 Prozent, mehr, 82 Prozent unserer Pflegebedürftigen werden von den Familien betreut. Zum Teil mit Hilfen, aber zum Teil auch alleine. Dieses Instrument, wenn ich so bezeichnen darf, diese Stärke und Kraft des Landes müssen wir aufrecht erhalten. Das heißt, wir müssen die Familien unterstützen mit flankierenden Maßnahmen, aber sie auch begleiten auf ihrem Weg in der Pflege.

Abschließend möchte ich auf das Bild des Altersbaumes noch einmal zurückkommen. Die breite Baumkrone wird nur dann auch einen Sturm aushalten können, wenn wir den Stamm stärken und die Wurzeln stärken. Das sind insbesondere die Familien, das ist aber auch unsere Wirtschaft, unser Wirtschaftswachstum. Das sind möglichst wenig Arbeitslose. Und damit schließt sich eigentlich der Kreis zur ersten Aktuellen Stunde. Wir können in diesem gesamten Rahmen die Zukunft nur bewältigen, wenn wir diese Gesamtheit auch als Ganzes begreifen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Werte Abgeordnete! Somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „1999 internationales Jahr der Senioren – Seniorenpolitik in Niederösterreich“ für beendet.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich beabsichtige, die Geschäftsstücke **Ltg. 253/A-1/14** und **Ltg. 255/A-3/15** wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche daher zuerst den Herrn Abgeordneten Dr. Prober zu Ltg. 253/A-1/14 und danach

Herrn Abgeordneten Mayerhofer zu Ltg. 255/A-3/15 zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Hintner, Weninger, Roth, Gebert u.a. betreffend Verkehrsverbindungen zwischen Wien und Niederösterreich.

In der Vergangenheit wurden und derzeit werden zahlreiche Maßnahmen gesetzt, um den öffentlichen Verkehr zwischen Wien und Niederösterreich attraktiver zu gestalten. Dazu gehören etwa der Ausbau der Südbahn, die Einführung von Doppelstockwaggons, der Ausbau an der Flughafenschnellbahn, der Ausbau und die Modernisierung der Badner Bahn und anderes mehr. Neben diesen Maßnahmen sollte in Hinkunft unter anderem auch über weitere Formen nachgedacht werden, die eine bessere Anbindung der beiden Bundesländer und eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs ermöglichen. Der Verkehrs-Ausschuß hat das getan und ich stelle daher den Antrag des Verkehrs-Ausschusses (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag der Abgeordneten Hintner, Weninger u.a., mit dem die NÖ Landesregierung ersucht wird, im Sinne der Antragsbegründung im Zusammenwirken mit dem Bund und dem Land Wien weitere Schritte zu unternehmen, um den öffentlichen Verkehr zwischen Wien und Niederösterreich möglichst attraktiv zu gestalten und insbesondere die Verlängerung der Wiener U-Bahn in das Wiener Umland auf ihre Realisierung bzw. Machbarkeit zu prüfen, wird genehmigt.“

Ich ersuche die Frau Präsidentin, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Mayerhofer um den Bericht.

Berichterstatter Abg. MAYERHOFER (FPÖ): Hoher Landtag! Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Marchat, Mayerhofer, Haberler, Hrubesch, Dkfm. Rambossek, Rosenkranz, Schimanek und Waldhäusl betreffend Verlängerung der Wiener U-Bahnlinien auf niederösterreichisches Gebiet und begleitende Maßnahmen.

Die bevölkerungsreichen Bezirke rund um Wien leiden unter dem starken Individualverkehr,

der vor allem auch durch die hohen Pendlerbewegungen von und nach Wien hervorgerufen wird. Die täglichen Staus auf der Südosttangente und auf den Stadteinfahrten von Wien belasten die Umwelt in beträchtlichem Ausmaß. Um diesen enormen Individualverkehr im Ballungsraum einzudämmen, ist es unbedingt erforderlich, das öffentliche U-Bahnnetz der Stadt Wien auf NÖ Gebiet auszudehnen. Dabei sollten bei den zu errichtenden Endstellen großzügige Parkmöglichkeiten geplant werden. Die Annahme der öffentlichen Verkehrsmittel ist für die Pendler umso attraktiver, je näher zu deren Wohnsitz bzw. Arbeitsplatz geeignete Umsteigstellen errichtet werden.

Im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte ist eine gute Verkehrsinfrastruktur eine immer wichtiger werdende Entscheidungsgrundlage für Betriebsansiedlungen bzw. für den Ausbau bestehender Betriebe. Es ist daher im Sinne der Erhaltung des derzeitigen Stellenwertes des Wirtschaftsstandortes Wien-Umland, der Sicherung der Lebensqualität und des Umweltschutzes dringend notwendig, seitens der öffentlichen Hand geeignete Schritte zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Ballungsraum rund um Wien zu setzen. Daher (*liest:*)

„Antrag des Verkehrs-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Marchat, Mayerhofer, Haberler, Hrubesch, Dkfm. Rambossek, Rosenkranz, Schimanek und Waldhäusl betreffend Verlängerung der Wiener U-Bahnlinien auf niederösterreichisches Gebiet und begleitende Maßnahmen:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der vorliegende Antrag wird abgelehnt.“

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich ersuche, die Debatte darüber zu eröffnen und eine Abstimmung durchzuführen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Ich danke den Berichterstattern. Als erste Wortmeldung liegt mir die Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Gratzer vor.

Abg. GRATZER: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Thema Verkehr zwischen Wien und Niederösterreich hat uns ja schon oft befaßt. Ich selbst habe ja lange im Bezirk Mödling gewohnt, als sozusagen Leidtragender dieser Verkehrssituation, und habe diese Staus, um die es heute auch geht, miterlebt. Und wenn man sich die Antragsbegründung durchliest vom Antrag Weninger und Hintner oder

umgekehrt, dann muß man natürlich auch heute hier durchaus sagen, daß sehr viele Maßnahmen ja in der Zwischenzeit ergriffen wurden. Daß aber offensichtlich der zunehmende, nach wie vor zunehmende Pkw-Verkehr ganz einfach dafür sorgt, daß sich die Situation in dieser Gegend überhaupt nicht bessert. Und daher wird es notwendig sein, hier Maßnahmen zu treffen. Und ich kann mich den gewünschten Maßnahmen nur anschließen.

Es ist ja ganz interessant, wie sich die Lösungsansätze ändern. Denn ich erinnere mich zurück. Es waren ja seinerzeit, so 1993, 1994 beginnend, der Landtagsbegeordnete Uhl und ich, die diese Forderung immer wieder erhoben haben, gerade als Mödlinger. Und der Abgeordnete Präsident Ing. Eichinger war ein erbitterter Gegner der U-Bahnverlängerung in diesen Bezirk. Und in etlichen ÖVP-Zeitungen bin ich damals immer hingestellt worden als einer mit einer Wahnsinnsidee, wie kann man nur draufkommen, die U-Bahn nach Niederösterreich zu verlängern. Das sei doch alles Humbug. Mittlerweile ist das ein gemeinsamer Antrag und ich sehe das als sehr positive Entwicklung. Wenn ich mich an diese Zeit zurückerinnere, da man noch über manche andere Idee gelacht hat. 1994 war ein Antrag hier herinnen im Landtag, das war damals ein bißchen lustig, der Pepi Wagner hat ihn vorgetragen, wir haben ihn vorher gemeinsam formuliert. Ich habe ihm damals sozusagen die Infrastruktur zur Verfügung gestellt, damit wir ihn einbringen haben können. Der Antrag hat damals gelautet: „Die Landesregierung wird aufgefordert, die Planung und Entwicklung einer öffentlichen Kabinenbahn in Hochlage im Bezirk Mödling in Angriff zu nehmen.“ Nun ja, heute, einige Jahre später, heißt es halt nicht mehr Kabinenbahnen in Hochlage, sondern *Cableliner*. Ein bißchen moderner ausgedrückt und schon ist es eine aktuelle Forderung, bei der wir sehen, daß sie wahrscheinlich irgendwann, vielleicht sogar heuer noch, in Angriff genommen wird. Und das ermuntert mich, noch eine dritte Forderung, die ich selbst einmal eingebracht habe, die allerdings abgelehnt wurde - da gibt es eine eigene Studie dafür - nämlich „Park, ship and ride“ vielleicht doch noch in Erinnerung zu rufen. Das war jene Überlegung, weil ja nicht nur die Wiener Südeinfahrt immer von Staus betroffen ist, sondern auch die Nordeinfahrt von Wien nach wie vor von Staus betroffen ist, daß man gesagt hat, ein großer Parkplatz in Korneuburg, einer in Klosterneuburg. Man fährt dann mit dem Schiff von Klosterneuburg über Korneuburg zur U6 bei der Nordbrücke und zur U1 bei der Reichsbrücke. Ich bin nach wie vor überzeugt, daß diese Idee auch irgendwann einmal in das Stadium der Realisierbarkeit kommen wird. Denn ich bin das selber mit einem Boot einmal durchfahren, von Korneuburg

bis zur U6. Ich glaube, sechs Minuten sind wir gefahren. Das ist eine durchaus attraktive Zeit. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Sechs Minuten! Mit einem Schiff geht das. Ich gebe zu, wir haben in Klosterneuburg nicht angelegt. Daher muß man da noch ein paar Minuten einkalkulieren. Was auf der ganzen Welt üblich ist, nämlich mit dem Schiff zu fahren, wird vielleicht auch einmal in Niederösterreich und Wien anders gesehen werden. Vorerst ist es abgelehnt. Und was mich doch etwas nachdenklich gestimmt hat bei dieser Ablehnung: Die großen Experten, die diese Verkehrsmöglichkeit abgelehnt haben, haben zwar festgestellt, das ist alles unmöglich. Dieselben Experten haben allerdings bis zum heutigen Tag keine Lösung gefunden für die Nordeinfahrt Wiens, daß dort die Staus weg sind. Also sie waren unheimlich gut beim Ablehnen. Aber beim Finden von Lösungen weniger, denn bisher haben sie noch nichts gefunden.

Nun, heute ist das Thema dieses Antrages die Verlängerung der U-Bahnen in das Umland von Wien bis nach Niederösterreich. Und, so leid es mir tut, muß man bei dem Antrag sagen, er geht halt daneben. Daneben insofern, weil hier die Landesregierung beauftragt wird, eine Untersuchung einzuleiten über die Durchführbarkeit des Ganzen. Und ich frage mich, wieso soll man jemanden beauftragen mit einer Untersuchung, wenn bereits die Ergebnisse vorliegen.

Wir haben alle seit zehn Tagen ungefähr wie ich glaube - vielleicht bin ich ein bißchen später dran, daß wieder wer etwas früher hat wie bei den Arbeitsplatzstatistiken - diesen Bericht in Händen. Das ist der Tätigkeitsbericht der PGO, der erfahrungsgemäß im Landtag auch beraten und beschlossen wird. Und der wird auch normalerweise zustimmend zur Kenntnis genommen. Und dieser Bericht hat auf Seite 59 ein ganz interessantes Untersuchungsergebnis, und zwar unter Punkt 4.5: „U-Bahnverlängerungen ins Wiener Umland“. Da steht: Schon mehrmals wurden von politischer Seite U-Bahnverlängerungen von Wien ins Wiener Umland gefordert. Zuletzt eine Verlängerung der U4 von Heiligenstadt nach Klosterneuburg. Auf Antrag von Niederösterreich wurde daher in der Geschäftsstelle der PGO vereinbart, eine gemeinsame fachliche Grundlage mit Hilfe des regionalen Verkehrsmodells der Firma Regional Consulting zu erarbeiten. Dann kommt der genaue Bericht. Da steht nämlich: Die Zweckmäßigkeit allfälliger weiterer U-Bahnverlängerungen auch über die Landesgrenze hinaus war Gegenstand der im Rahmen der PGO durchzuführenden Untersuchungen. Dann wurde sehr eingehend alles untersucht. Und man kommt zu dem Schluß, daß

eben die Konkurrenzierung von S- und U-Bahn in periphere Stadtgebiete aus volks- und betriebswirtschaftlichen Gründen zu vermeiden wäre.

Das heißt, es sind die U-Bahnverlängerungen da drinnen bereits untersucht von der PGO. Und sie werden abgelehnt. Man soll sie vermeiden. Das Beschlußorgan der PGO hat die Ergebnisse der Untersuchung zur Kenntnis genommen. Und vielleicht noch zur Erläuterung, wer die Beschlußorgane der PGO sind: Von NÖ Seite sind da drinnen, die das schon zur Kenntnis genommen haben und die Durchführung bereits zuerst veranlaßt und dann zur Kenntnis genommen haben, der Herr Dr. Erwin Pröll als zuständiger Verkehrsreferent und Herr Mag. Wolfgang Sobotka. Somit richten wir heute einen Antrag an Regierungsmitglieder, die sich schon längst entschieden haben, daß das abzulehnen ist. Und daher habe ich eben gesagt, daß der Antrag daneben geht.

Aber das muß ja nicht das Ende bedeuten, nur weil sich die Landesregierung scheinbar schon festgelegt hat. Nur stimmt der Antrag in der Form nicht, weil es, glaube ich, nicht richtig wäre, jemanden, der uns gerade in der Woche einen Bericht vorlegt mit einem Ergebnis, daß man den beauftragt, dasselbe noch einmal zu überprüfen. Aber ich möchte doch hier noch eine Möglichkeit in Erinnerung rufen: Der Landtag beschließt ja das Budget. Der Landtag beschließt die Verkehrskonzepte. Und der Landtag beauftragt auch Regierungsmitglieder. Das würde ja eine großartige Möglichkeit bieten, um vielleicht die PGO zu veranlassen, Planungen in die richtige Richtung zu veranlassen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Erber.

Abg. ERBER (ÖVP): Sehr geehrter Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich melde mich zu Wort und zwar um einen Resolutionsantrag einzubringen. Dieser Resolutionsantrag hat das Ziel, einen schlanken Staat zu schaffen und hat das Ziel, dezuregulieren. Und zwar darf ich ihn kurz zur Verlesung bringen. Es geht dabei um die Untersuchung, da das Führerscheingesetz derzeit verändert wird. Und es geht dabei um die Untersuchung, wo ich der Meinung bin, daß junge Männer zur Stellung müssen, dort eine ausgezeichnete Untersuchung genießen und in kurz darauffolgender Zeit den Führerschein erwerben. Ich bin der Meinung, daß diese Untersuchung des Bundesheeres auch Gültigkeit haben sollte, um die Lenkerberechtigung zu bekommen. Ich darf diesen Antrag kurz zur Verlesung bringen (liest:)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Erber, Muzik und Mayerhofer zum Antrag der Abgeordneten Hintner, Weninger u.a. betreffend Verkehrsverbindungen zwischen Wien und Niederösterreich, LtG. 253/A-1/14, betreffend Änderung des Führerscheingesetzes.

Das derzeitige Führerscheingesetz sieht vor, daß vor Erteilung der Lenkerberechtigung der Antragsteller der Behörde ein ärztliches Gutachten vorzulegen hat, aus dem hervorgeht, ob der Antragsteller zum Lenken von Kraftfahrzeugen gesundheitlich geeignet ist. Zur Erstellung dieses Gutachtens sind nur gewisse, in eine Liste eingetragene Ärzte für Allgemein Medizin berechtigt.

Üblicherweise wird der Führerschein kurz vor bzw. nach Erreichen des 18. Lebensjahres erworben. Dieser Zeitpunkt kreuzt sich zumindest bei der männlichen Jugend mit der Ableistung des Präsenzdienstes. Zur Feststellung der Tauglichkeit ist eine intensive medizinische Untersuchung vorgesehen. Diese Untersuchung umfaßt auch jene Bereiche, die auch im Zuge der Erlangung der Lenkerberechtigung geprüft werden, bzw. ist diese in einigen Punkten zumindest sehr ähnlich.

Die derzeitige Gesetzeslage ermöglicht es jedoch nicht, daß die Untersuchung anlässlich der Feststellung der Wehrtauglichkeit auch als Gutachten für die Zulassung zur Führerscheinprüfung anerkannt wird. Für den Prüfungswerber ergeben sich dadurch zeitliche und finanzielle Mehraufwendungen durch die doppelte Untersuchung. Sollten auf Grund dieser Untersuchung Zweifel über die gesundheitliche Eignung bestehen, muß die Möglichkeit gegeben sein, eine neuerliche Untersuchung beim Amtsarzt vorzunehmen.

Es ist daher anzustreben, daß die Untersuchung zur Feststellung der Wehrtauglichkeit innerhalb einer zeitlichen Fristung auch als eine Voraussetzung zur Erlangung des Führerscheines anerkannt wird. Da eine umfassende Änderung des Führerscheingesetzes derzeit in Ausarbeitung ist, wäre anzustreben, daß diese Anregung bei der Novellierung berücksichtigt wird.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere Herr Landeshauptmann Dr. Pröll, wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und um eine Änderung des in Novellierung befindlichen Führerscheingesetzes im Sinne der Antragsbegründung zu ersuchen.“

Meine Damen und Herren! Ich denke, Bundesheer und Führerschein, eine Untersuchung reicht. Das ist ein Schritt zur Deregulierung. Und ich ersuche Sie, diesem Resolutionsantrag Ihre Unterstützung zu geben. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Weninger.

Abg. WENINGER (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Vorerst zum Resolutionsantrag, den der Abgeordnete Erber referiert hat. Selbstverständlich werden wir Sozialdemokraten diese Forderung unterstützen. Aber ich möchte trotzdem festhalten, das kann nicht Anlaß dazu sein, daß vielleicht irgend jemand aus einer Fraktion in ein paar Tagen auf die Idee kommt, unter dem Motto, daß nur Männer zur Stellung gehen und dadurch das ärztliche Attest beim Führerschein machen, über diesen Umweg vielleicht zu fordern, daß auch Frauen zum Bundesheer gehen müssen, und die Stellungspflicht für Frauen einführen zu wollen. Ich bin genau bei dieser Frage sehr vorsichtig.

Zum Kollegen Gratzner: Ich gebe Dir vollkommen recht. Die Diskussion um die U-Bahn ist schon eine sehr alte und lange. Es hat auch immer wieder Vorstöße im NÖ Landtag gegeben. Leider ist die Umsetzung nicht zufriedenstellend in Angriff genommen worden. Und deshalb glaube ich, daß wir uns heute weniger auf einen Vaterschaftsstreit einlassen sollen, wer da als erstes irgendeinen Antrag eingebracht hat. Tatsache ist, daß die Region südlich von Wien ein Verkehrsproblem hat und diese Verkehrsproblematik nur durch eine enge Anknüpfung an das Wiener Verkehrsnetz im Bereich des öffentlichen Verkehrs gelöst werden kann.

Beim Studium des Ergebnisses dieser Untersuchung, die die Planungsgemeinschaft Ost vorgelegt hat – und ich gebe Dir den guten Tip, lese auch das Protokoll dieser Sitzung, wo die von Dir zitierten Regierungsmitglieder dieses Ergebnis zur Kenntnis genommen haben – geht es meines Erachtens eher darum, zu erklären, warum etwas nicht möglich ist. Und ich sehe es nicht als Auftrag des Landtages, hier in diese Richtung mit vorzustoßen. Sondern ich gehe davon aus, daß der NÖ Landtag heute mit einer relativ großen Mehrheit oder sogar einstimmig sich dafür aussprechen wird, daß die Landesregierung beauftragt wird, Möglichkeiten zu suchen, die die U-Bahnverlängerung und

alles, was damit zusammenhängt, in das Wiener Umland ermöglicht. Und daß damit die Debatte eine neue Intention bekommt und ein neuer Schritt gesetzt wird.

Mir persönlich geht es in der heutigen Debatte vor allem darum, eine gewisse Sensibilität für die Verkehrssituation im Wiener Umland zu erreichen. Und auch, politisches Verständnis dafür zu erreichen, daß diese Verkehrsproblematik im Wiener Umland nach einer dringenden politischen Lösung schreit. Auch ein politisches Verständnis dafür, daß die Zeit ein- für allemal vorbei sein muss, und ich glaube, jeder in diesem Haus hat das erkannt, daß die Verkehrsplanung gerade in diesem Ballungszentrum an Gemeinde-, Bezirks- oder Landesgrenzen endet. Aber auch ein politisches Verständnis dafür, daß der NÖ Landtag heute ein klares Bekenntnis dazu ablegt, daß die Hürden, die Grenzen, die noch immer in der Verkehrsplanung, in der Verkehrsstruktur zwischen dem Bundesland Niederösterreich und Wien stehen, ein- für allemal abgerissen und überwunden werden müssen. Weil wir für diese Region ein großräumiges, großstädtisches Verkehrskonzept brauchen. Aber auch politisches Verständnis dafür, daß die bisherigen landespolitischen Instrumentarien anscheinend nicht dazu geeignet waren, die Verkehrsproblematik im Wiener Umland zu lösen.

Ich möchte aber einleitend doch, um dieses Bewußtsein zu schärfen, einige Prognosen der Verkehrsentwicklung erwähnen. Weil gerade das Wiener Umland jene Region in unserem Bundesland ist, die in diesen prognostizierten Verkehrsentwicklungen als erste Region und als die Region, die das am stärksten verspürt, zu bezeichnen ist. Laut gestrigem „Kurier“ wird bis 2010 mit einem Zuwachs im Pkw-Verkehr von 20 Prozent, bis 2030 um mehr als 40 Prozent gerechnet. Für Österreich bedeutet das, daß wir in den nächsten Jahren eine Million mehr Pkws auf unseren Straßen haben werden. Und dies bedeutet, daß der Fahrzeugbestand viermal so schnell wächst wie die Bevölkerung unseres Landes. Dazu kommt, daß neben dem steigenden Individualverkehr der Güterverkehr sich in den nächsten Jahren verdoppeln und der Transitverkehr sich verdreifachen wird. Und ohne einer grundlegenden Umorientierung der Verkehrspolitik wird das Güterverkehrsaufkommen bis 2015 ungefähr 530 Millionen Tonnen ausmachen. Und von diesen 530 Millionen Tonnen werden 415 Millionen Tonnen auf der Straße transportiert werden, wenn wir als Politiker nicht rechtzeitig umsteuern und entgegensteuern.

Nachdem wir diese Fakten kennen ist es notwendig, daß wir Impulse setzen, um die Weichen in eine richtige Richtung zu stellen. Und ich betone das deshalb in der heutigen Debatte, weil der Lebensraum des Wiener Umlandes auch einer der wichtigsten Wirtschaftsräume nicht nur unseres Bundeslandes sondern ganz Österreichs ist. Und diese prosperierende Wirtschaftsregion auch mit ihrem hausgemachten Verkehrsaufkommen ist die Region, die von all diesen Entwicklungen als erste und am stärksten betroffen wird. Ziel der Verkehrspolitik muß es also sein, so viel vom Gütertransport als nur irgendwie möglich von der Straße auf die Schiene zu bekommen und so viele Pendler als nur irgendwie möglich dazu zu motivieren, auf die Benützung des eigenen Autos zu verzichten und auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen um die Straßen wieder freizubekommen für den nach wie vor notwendigen Individualverkehr. Ich appelliere daher wirklich an alle Fraktionen des Hauses, diese verkehrspolitische Strategie und diese Vorstellung als Grundthese anzunehmen. Unser Ziel: Den Pendlern ein attraktives öffentliches Verkehrssystem anzubieten, damit man sie motivieren kann, dieses auch tatsächlich zu nutzen, und gleichzeitig alles daran zu setzen, möglichst viele Güter im Gütertransitverkehr von der Straße auf die Schiene zu bekommen.

Derzeit – und das ist auch eine Frage des Wirtschaftsraumes und der Wirtschaftsattraktivität des Wiener Umlandes - ist die Verkehrssituation im Süden Wiens eher eine Zumutung, eine Belastung als eine Unterstützung für die Wirtschaft und auch für die Lebensqualität der Bewohner. Jeder von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, kennt die täglichen Staumeldungen südlich A2, A21, Rückstau bis Vösendorf, bis Mödling, bis Guntramsdorf, manchmal, montags, sogar bis Baden.

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

Trotz zugegebenermaßen, das hat Kollege Gratzner bereits angesprochen, in den letzten Jahren vorgenommener Maßnahmen im Bereich des Straßenausbaues. Ich erinnere an den Ausbau der A2, der jetzt im Sommer in Angriff genommen wird, die Intensivierung des Taktverkehrs auf der Südbahn, Viertelstundentakt, den geplanten siebeneinhalb Minutentakt auf der Badner Bahn, den zögernden, aber doch Ausbau der Park and ride-Anlagen im Bereich der Südbahn. All diese Maßnahmen haben aber nicht dazu geführt, daß sich die Verkehrssituation in der Region entspannt, sondern sie spannt sich von Tag zu Tag mehr an.

Wir haben zirka 150.000 Fahrzeuge am Knoten Vösendorf Tag für Tag. Das ist das Fünffache der sogenannten „Transithölle Brenner“. Wir haben an Spitzentagen zirka 15.000 Pkws Richtung Shopping City Süd. Bei Großereignissen wie Eröffnung eines Möbelhauses bricht sowieso der Verkehr im ganzen Bezirk zusammen. Und wir haben - atypisch für die Pendlersituation - zirka 40.000 Pendler, einen Pendleraustausch mit Wien. Das heißt, tagtäglich pendeln 40.000 Wiener Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Bezirk Mödling aus um dort ihre Arbeit zu verrichten, und gleichzeitig 40.000 aus der Region in die Bundeshauptstadt hinein, um dort ihrer Arbeit nachzukommen. Das sei mit aller Deutlichkeit betont, weil es immer wieder Diskussionen gibt, so nach dem traditionellen Muster, in der Früh fahren die Leute hinein in die Stadt und am Nachmittag, am Abend fahren sie wieder 'raus aus der Stadt. Auch das ist im Bezirk Mödling und im Wiener Umland anders.

Wir haben aber auch – zugegebenermaßen – auf Grund der hohen Lebensqualität auf Grund des überdurchschnittlichen hohen sozialen Niveaus in unserem Bezirk sehr viel hausgemachten Individualverkehr. Und wir werden in diesen Tagen, unter Anführungszeichen „feiern“ können, daß das 80.000 Kraftfahrzeug angemeldet wird. Bei einer Bevölkerung von 120.000 macht das einen Schnitt von 0,7 Kraftfahrzeugen pro Person, vom Baby bis zum Uropa gerechnet. Auch das muß man als Politiker dieser Region mit eingestehen. Wie also umgehen mit diesem Problem?

Es gibt den einen oder anderen, der wehmütig klagt über die gute Zeit, als noch der 360er nach Mödling gefahren ist oder die elektrifizierte Eisenbahn Mödling mit Hinterbrühl verbunden hat. Man kann diesen abgerissenen Gleisen nachweinen, man kann auch der Idee des Pepi Wagner nachhängen. Tatsache ist, daß für die Region des Wiener Umlandes eine großstädtische Verkehrsinfrastruktur notwendig ist. Es ist, und ich habe mir das gestern angeschaut auf der Internet-Seite des Verkehrsverbundes Ostregion, es ist tatsächlich so, daß man von Radlbrunn – das ist rein zufällig gewählt – von Radlbrunn mit öffentlichen Verkehrsmitteln schneller in Wien ist mit weniger Umsteigen als man von der Gemeinde Wienerwald im Bezirk Mödling nach Wien braucht. Von Radlbrunn braucht man 1,36 Stunden nach Wien und muß dreimal umsteigen. Von der Gemeinde Wienerwald - 20, 22 km von der Stadtgrenze entfernt, direkt an der Autobahn gelegen - braucht man 1,40 Stunden und muß viermal umsteigen. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Ich glaube, daß dieses Beispiel sehr deutlich zeigt, daß es natürlich im Verständnis der Pendlerinnen

und Pendler eine Zumutung ist für eine Distanz, die trotz Verkehrschaos in 30, 35 Minuten mit dem Auto bewältigt werden kann, umzusteigen auf öffentliche Verkehrsmittel, wo ich 1,40 Stunden brauche, wenn ich jeden Anschlußzug, jeden Anschlußbus pünktlich erreiche, um von der Gemeinde Wienerwald im Bezirk Mödling nach Wien zu kommen. Ich möchte nicht unterstellen, daß das ein Motiv ist, daß vielleicht der zuständige Landesverkehrsreferent zu wenig Verständnis für die Verkehrsproblematik im Wiener Umland hat. Aber es ist doch ein bezeichnendes Beispiel für die aktuelle Situation.

Zur U-Bahndiskussion: An und für sich ist es ja seit Jahren die plakative Ausrede, naja, die U-Bahn wäre nicht schlecht, aber die Wiener sind ja dagegen. Ich glaube, daß Sie beide Positionen auch in dem Ergebnis der Studie der Planungsgemeinschaft Ost wiedergefunden haben. Mir liegt allerdings, und daraus zitiere ich gerne, eine Aussage des Klubobmannes Hatzl vor, der in einer Aussendung vom 26. Jänner 1999 erklärt: Im übrigen – so Hatzl – habe Wien mit dem Gedanken der Verlängerung von U-Bahnlinien in das Umland keinerlei Probleme. Nur müsse – so Hatzl – in diesem Fall die NÖ Landesregierung so wie Wien bisher mit der Bundesregierung einen diesbezüglichen Investitions- und Finanzierungsvertrag abschließen. Zudem müßte vorher klargelegt werden, welche Gesellschaft bzw. Einrichtung die laufenden Betriebskosten für die U-Bahn auf niederösterreichischem Gebiet übernehme. Ich glaube, mit dieser Aussage ist auch dieses Argument, daß sich die Wiener gegen eine Erweiterung der U-Bahnlinien in das Umland querlegen, hinfällig. Natürlich ist es Tatsache, daß die Finanzierung von seiten des Landes Niederösterreich zu erfolgen hat.

In der PGO-Studie wird davon gesprochen, daß die Investitionskosten und der Finanzierungsbedarf zu hoch sind. Es wird von Investitionskosten von fünf Milliarden auf Wiener Gebiet und von 2,9 Milliarden auf niederösterreichischem Gebiet gesprochen, wenn alle sieben untersuchten U-Bahnlinien tatsächlich verwirklicht würden. Viele Experten bezweifeln daher auf Grund dieser Kosten die Rentabilität einer U-Bahnverlängerung. Und genau diese Argumentation wird immer dafür verwendet um die Diskussion abzuwürgen. Und wir haben das den Medien in den letzten Tagen auch entnehmen können, daß trotz gemeinsamer Antragstellung hier im Haus die skeptischen Aussagen dazu in den Medien überwiegen.

Ich glaube, wir sollten hier aber nicht das Ende der Debatte setzen, sondern mit konkreten Lösungsansätzen beginnen. Deshalb möchte ich drei

konkrete Vorschläge einbringen. Das erste ist: Die bestehende Badner Bahn muß als Stadtbahn oder U-bahnähnliches Nahverkehrsmittel geführt werden und direkt an das innerstädtische Wiener Verkehrssystem angeschlossen werden. Dazu ist es notwendig, die Badner Bahn von Wien bis Baden kreuzungsfrei zu führen. Gleis und Wagenmaterial sind so auszustatten, daß sie mit dem Wiener U-Bahnnetz technisch kompatibel sind. Und im Bereich Vösendorf-Siebenhirten ist die Badner Bahn direkt an das Wiener U-Bahnnetz anzubinden. Mit diesem realistischen und auch finanzierbaren Vorschlag würden die Bezirke Baden und Mödling ein leistungsfähiges Nahverkehrsmittel erhalten, das den Vergleich mit internationalen Metropolen nicht scheuen müßte.

Der zweite konkrete Punkt ist der Einsatz von Mehrsystemfahrzeugen, den sogenannten Tramtrains. Diese könnten auf den bestehenden Bahnstrecken, zum Beispiel auf der Franz Josefs Bahn Richtung Klosterneuburg, auf der Westbahn Richtung Purkersdorf/Neulengbach, aber auch in Richtung Schwechat und Korneuburg bedarfsorientiert eingesetzt werden und eine effiziente Nahverkehrslösung bewirken.

Eine kurze Bemerkung noch zu dem angesprochenen *Cableliner*. In den letzten Wochen entnehme ich diversen APA-Aussendungen, daß vor allem Mandatare der Österreichischen Volkspartei diesen *Cableliner* als Allheilmittel preisen. Nicht nur, daß man sich nicht mit fremden Federn schmücken soll, weil der *Cableliner* eine Privatinitiative der Eigentümer der SCS ist und ein betriebsinternes Verkehrsmittel ist, das den Verkehr am Gelände der Shopping City Süd gestalten soll. Grundsätzlich ist dieser *Cableliner* recht putzige Idee. Ich habe nur die eine große Sorge, nachdem dieser *Cableliner* ja auch als Attraktion für die Shopping City gedacht ist, daß allzuvielen niederösterreichische und österreichische Autofahrer mit dem Auto in die Shopping City fahren, damit sie dort irgendwann einmal *Cableliner* fahren können. Und das ist, glaube ich, nicht der Gedanke, den wir unterstützen sollten. Grundsätzlich kann ich mich aber damit anfreunden, diese private Initiative auch von seiten des Landes zu unterstützen und eine direkte Anbindung an die Badner Bahn zu forcieren. Damit wäre in Kombination mit meinem Vorschlag über die Attraktivierung der Badner Bahn eine Verbindung auch von Wien Richtung Shopping City Süd möglich und würde zumindest für einen Großteil der Bediensteten die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel möglich machen.

Der dritte Punkt der notwendigen Sofortmaßnahmen ist jener, der den Pendlern auch einen

finanziellen Anreiz geben soll, vom geliebten Auto auf die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen. Die Kernzonenerweiterung ist ein politischer Wunsch. Die erste Außenzone des VOR tarifmäßig in die Kernzone 100 zu integrieren und die weiteren Außenzonen um je einen Tarifsprung herabzubrechen, diese Maßnahmen würden laut Berechnungen des Verkehrsverbundes Ostregion und der NÖ Arbeiterkammer einen jährlichen Finanzbedarf von rund 70 bis 100 Millionen Schilling ausmachen. Davon sind jedoch abzuziehen jene Einnahmen, die nicht mitkalkuliert sind. Die entstehen würden durch zusätzliches Passagieraufkommen beim Verkauf von Jahreskarten, wenn mehr Pendler als bisher die öffentlichen Verkehrsmittel im Bereich des VOR benützen würden.

Diese drei Hauptforderungen ergänzt mit einem radialen Busliniensystem, ergänzt mit all jenen Maßnahmen, die die Gemeinden in der Region mit hohen finanziellen Aufwendungen bereits jetzt betreiben, seien es Citybusse, Taxisysteme etc., diese Kombination könnte dazu führen, daß mehr Pendler als bisher auch im direkten Nahbereich der Großstadt Wien vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen.

Es gibt in Niederösterreich rund 290.000 Personen, die Tag für Tag mit einer Durchschnittsfahrzeit von 112 Minuten vom Arbeitsplatz und wieder zurück fahren. Und in einer Studie, die die SPÖ Niederösterreich im Rahmen der Verkehrsaktion „Brennpunkt Verkehr“ in Auftrag gegeben hat, zeigt sich die Mehrheit der Pkw-Pendler von der mangelnden Flüssigkeit des Verkehrs betroffen und kritisiert die Mehrheit der Bahn- und Buspendler, vor allem die zu hohen Tickettarife und die zu geringen Frequenzen. Gleichzeitig erklären sich die Hälfte aller Autopendler bereit, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, wenn diese Frequenzen den Bedürfnissen der Pendler tatsächlich entsprechen und die Preise der öffentlichen Verkehrsmittel so sind, daß sich die Pendler auch bereit erklären würden, den subjektiven Eindruck, daß sie es im Auto bequemer hätten, durch die Kosten, die ihnen durch die Tickets im öffentlichen Verkehr entstehen, wettmachen zu können.

Abschließend: Das Wiener Umland braucht also ein großstädtisches Verkehrssystem, eine direkte Anbindung der bestehenden Bus- und Bahnlinien an das Verkehrssystem der Bundeshauptstadt Wien. Um dieses Ziel zu erreichen, beauftragt heute der NÖ Landtag mit Beschluß den Landesverkehrsreferenten Dr. Pröll, umgehend Planungen aufzunehmen, gemeinsame Lösungen mit Wien zu finden und die im Antrag formulierten Notwendigkeiten raschest umzusetzen. Und ich bin

guter Hoffnung und frohen Mutes, daß in Generationen nicht wieder junge Abgeordnete hier am Rednerpult stehen müssen und die Forderungen, die bereits Generationen vor ihnen erhoben haben, noch einmal erneuern müssen. Sondern wir sollen alles daran setzen, dieses Problem rechtzeitig anzugehen und auch umzusetzen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Hintner das Wort.

Abg. HINTNER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nachdem mein Kollege Weninger schon eine Grundsatzklärung zur Situation in Mödling und im südlichen Wiener Umland getätigt hat, möchte ich hier ein paar Schwerpunkte in meinem Debattenbeitrag anführen. Und ich möchte mich einmal zu allererst auf der Achse Perchtoldsdorf-Vösendorf-Mödling bewegen. Und zwar aus dem Grund, weil in diesem Gebiet von den 120.000 Einwohnern, die wir im Bezirk Mödling haben, zirka 74.000 Menschen leben. Und genau in diesem Bereich haben wir eine hervorragendst ausgebaute Schnellbahn, die Südbahn. Wir haben hervorragendst ausgebaute Buslinien, Viertelstundentakt, Halbstundentakt nach Wr. Neustadt. Wir haben dort hervorragende Buslinien, die im Bereich Brunn am Gebirge, Vösendorf, von Wien-Liesing den Bereich nach Mödling hier verbinden. Wir haben das alles. Nur, es ist schon angesprochen worden, wir haben 2,8, fast 3 Pkw pro Haushalt. Und wir haben nur in diesem Bereich, wenn man alles hier mitrechnet, 90 Prozent der Berufspendler, die auf dieses öffentliche Verkehrsmittel setzen. Und ich gehe jetzt immer von mir selbst aus und ich zeige es auch immer wieder: *(Abg. Hintner hält Dokumente hoch.)* Ich habe eine Jahreskarte, ich habe eine Monatskarte. Ich benütze das auch. Ich wohne ungefähr 10 Minuten Fußweg vom Bahnhof Mödling entfernt, also durchaus eine zumutbare Strecke, wie sämtliche Umfragen ergeben haben, was zumutbar ist, um ein öffentliches Verkehrsmittel zu erreichen. Ich setze mich dann in die Südbahn, in einen Eilzug oder Regionalzug und bin von Mödling in acht Minuten in Wien-Meidling oder in 12 Minuten am Wiener Südbahnhof.

Doch genau das, was Du jetzt gesagt hast, genau das tritt ein. Nämlich: Die Leute setzen sich viel lieber ins Auto und stauen. Und da gibt es noch so Dinge, bei der SCS etwa, wo sie zwei Stunden stauen, dann um die Parkplätze kämpfen. Also irgendwo ist da etwas, was vielleicht psychologisch erklärt werden muß. Und ich habe diese Verbesse-

rungen miterlebt, als der Viertelstundentakt, die Doppelstockwaggons gekommen sind. Und Du hast vollkommen recht, wenn hier gesagt wird, daß diese objektiv verbesserten Maßnahmen im Grunde genommen nicht gegriffen haben. Was heißt das? Soll ich die Leute nehmen - und ich rede vom „Speckgürtel“, wo wirklich alles gut ausgebaut ist - soll ich sie nehmen und in das öffentliche Verkehrsmittel hineinsetzen? Wie soll ich das tun?

Hier wurde eine Offensive verlangt, eine Verkehrsoffensive. Und es freut mich, daß das Land Niederösterreich im Juni damit beginnen wird, im Zuge des Ausbaues der A2 hier verstärkt auf diese Möglichkeiten aufmerksam zu machen bzw. auch der Verkehrsverbund Ostregion aufmerksam machen wird in einer Art Dreijahresphase, welche Möglichkeiten umzusteigen es hier gibt.

Und es wurden auch schon die Möglichkeiten erwähnt, die in diesem Bereich auch auf kommunaler Ebene ergriffen worden sind. Weil das kommt ja bitte noch dazu: Citybus, Anschlußtaxi. Wir haben *Carsharing* in Mödling. Wir haben die „Pdorf-Card“. Wir haben praktisch Leistungen der Gemeinden in Millionenhöhe, die zum Teil auch ganz gut angenommen werden, um die Bevölkerung weg vom Auto hin auf den öffentlichen Verkehr zu bringen. Und da, bitte, liegt der Hase im Pfeffer: Bei dem gesamten Bekenntnis unseres gemeinsamen Antrages, daß wir ganz einfach von Wien her weiterführende öffentliche Verkehrsmaßnahmen benötigen.

Wie kann das aussehen? Es wurden hier schon einige Aussagen zitiert. Ich darf ebenfalls noch mit Zitaten kommen: Es wurde von einem Abgeordneten der Sozialdemokratie, der Verkehrstadtrat Svihalek hier einmal kritisiert, der sich auch etwas für Pendler im Raum Wien überlegt hat und gemeint hat, naja, wir werden sie dann begrüßen mit Tee und Kuchen und Kaffee. Und ich habe es mutig gefunden, daß diese Aussage von einem sozialdemokratischen Kollegen kritisiert wurde. Aber genau dieser Kollege Hatzl hat dann zum sozialdemokratischen Kollegen ebenfalls in der Tageszeitung „Die Presse“ gemeint: Auch die Genossen bzw. Freunde in Niederösterreich sollten überlegen, bevor sie etwas fordern, was ganz sicher sehr viel kostet. Und wenn ich dann auch „Die Presse“ wieder zitieren darf: SP-Klubobmann Anton Koczur hält die Verlängerung der U-Bahn für schwer finanzierbar, detto Svihalek, detto Häupl. Und wir haben uns im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost zusammgefunden und der Herr Abgeordnete Gebert hat den Landtagsabgeordneten Schicker, ebenfalls SPÖ-Fraktion Wien, gefragt, wie es aussieht mit der U-Bahn und so weiter.

Allen Aussagen war gemeinsam, daß es derzeit in der Finanzierung - und dadurch ist es unsere Aufgabe, uns auch dafür etwas zu überlegen - schwer ist, hier eine gemeinsame Lösung zustande zu bringen. Wenngleich ich mich für eine Lösung natürlich ausspreche, weil wir zusammenkommen müssen. Aber eine verantwortungsvolle Verkehrspolitik bedeutet bitte auch eine verantwortungsvolle Budgetpolitik.

Die Realität, von der wir ausgehen, sieht so aus, daß wir, das Land Niederösterreich, im Zuge der Steuerreform ungefähr eine Milliarde Schilling verlieren werden. Daß wir gegenüber Wien um 8,5 Milliarden Schilling benachteiligt sind. Und daß sich der Bund im Bereich des Verkehrsverbundes Ostregion, wo er einen fünfzigprozentigen Anteil hat, überlegen sollte, daß wir dieses Geld bekommen. Und gerade wir Mödlinger könnten darauf pochen, weil jeder dritte Schilling des Landes Niederösterreich an den Bund ist ein Mödlinger Schilling. Ja, der Bund hat sich jetzt bereit erklärt, daß man halt zumindest Inflationsabgeltungen im Bereich des Verkehrsverbundes Ostregion machen wird.

Das heißt also, wenn wir uns über wünschenswerte Dinge hier den Kopf zerbrechen, dann müssen wir auch den Hebel ansetzen, wo wir als Land Niederösterreich mithelfen können. Und da sind im Zuge dieser Summen um die es geht, Umschichtungen zu wenig. Sondern es geht darum, wo wir das Geld herbekommen und wo die Prioritäten nicht nur in Niederösterreich, bitte, sondern auch mit dem Bund und mit der Europäischen Union gesetzt werden.

Ein wesentlicher Punkt in der Diskussion erscheint mir auch, es wurde auch schon aufgegriffen, das Verkehrsaufkommen in Wien. Weil mir kommt manchmal vor, wir reden alle über den Süden, ja, bei uns fährt alles in die Stadt. Es hat da jetzt ein Symposium gegeben „100 Jahre ARBÖ“, vom 7. Mai, wo davon gesprochen wurde, daß alleine in Wien um die 590.000 Menschen pendeln. Also das sind Pendelbewegungen, die natürlich innerhalb Wiens aber auch außerhalb Wiens ausstrahlen. Also das heißt, so wie manche hier meinen, eine Einbahnstraße ist es nicht. Und diese aktionistische Aktion der Grünen, einen Eisernen Vorhang hier durchzuschneiden, ja das entspricht ja dem, daß wir sowieso hier im Hause gemeinsam immer sagen, daß es eine gemeinsame Verkehrspolitik geben muß. Nur eines, ich weiß nicht, ob es auch so gesagt wurde: Es wurde auf jeden Fall in den Medien widergegeben. Also, eine gemeinsame Verwaltung von Wien und Niederösterreich wünsche ich mir nicht! Ich bin sehr froh, daß die Ketzergasse uns die niederösterreichische Art der

Verwaltung läßt. Aber sehr wohl brauchen wir Kooperationen im Bereich der Verkehrspolitik.

Ein Wort auch zum *Cableliner*. Der *Cableliner* ist bitte keine Gondelbahn, so wie es sich Pepi Wagner einmal vorgestellt hat in den Urplänen. Das heißt, wir fahren da hinauf zum Anninger in einer Gondel und das ist alles sehr lustig. Sondern der *Cableliner* kommt vom System her von den *Tram-trains* aus San Francisco. Diese Urstraßenbahn funktioniert eigentlich nach dem Seilzugprinzip. Und das ist nicht ein liebes Verkehrsmittel, sondern es hat eine Frequenz von alle 20 Sekunden Waggon mit 30 Personen. Und es kommt nicht von ungefähr, daß in Las Vegas dieser *Cableliner* schon steht. Das heißt, die können sich nicht liebe Verkehrslösungen leisten, sondern die brauchen auch ein taugliches Verkehrsmittel. Und über den Raumplaner Intrag hat sogar die Stadtgemeinde Wien 1997 eine Studie zum *Cableliner* für die Verbindungen von Kagran bis zur U6 erstellen lassen. Aber anscheinend können sich die verschiedenen administrativen Teile in Wien noch nicht einigen, weil sie das nicht so zusammenschließen können. Daß diese Maßnahmen oder diese Verkehrsmittel nicht die Lösung sein kann, ist vollkommen klar. Aber wenn man weiß, daß bei der SCS 8.500 Parkplätze sind, 4.000 Beschäftigte, und fast alle Beschäftigten kommen mit dem Auto, dann kann man zumindest hier versuchen, den Berufsverkehr wegzubekommen.

Ein wesentlicher Punkt erscheint mir auch die Frage der Zonen- und Tarifreform. Und das ist in der Tat ärgerlich. Denn es ist nicht einzusehen, daß es hier im Bezirk Mödling Gemeinden gibt, die zwei Fahrscheine in die Bezirkshauptstadt zu lösen haben, drei Fahrscheine, wenn sie nach Wien fahren wollen. Daß es hier Zonensprünge gibt von ein paar hundert Meter, die durch nichts argumentierbar sind. Und wir haben hier schon Zusicherungen, daß etwas geschehen wird. Die Frage der Finanzierung ist natürlich nach wie vor leider offen. Aber auch im Bereich des Services des Verkehrsverbundes Ostregion könnten wir uns hier manches überlegen. Denn wer schon vor solchen Automaten gestanden ist, weit und breit keiner da, der einem hilft, wenn man weiß, daß man in Wien Vorverkaufsfahrscheine in Trafiken lösen kann, in Niederösterreich kann man das nicht. Wenn man weiß, daß wir Fremdenverkehrsslots haben und Wienerwald-Wanderungen etc. propagieren und wir haben keine Möglichkeit, in eine Richtung zu wandern, mit der anderen vielleicht mit einem öffentlichen Verkehrsmittel mit günstigen Fahrscheinen zurückzukommen, dann kann das sicherlich nicht die richtige Entwicklung sein.

Wir müssen aber mit diesen Grundsatzentscheidungen, die wir heute fällen, auch eines im Auge haben: Wie zukünftige Entwicklungen in unserem Raum sich abspielen werden. Also das heißt, die Fragen der SCS Erlebniswelt oder weiter weg im Bezirk Baden von Magna Globe sind auch in Zusammenhang von Maßnahmen zu sehen, die wir heute im Bezirk im Bereich Mödling besprechen werden. Und ein Allerletztes zum Schluß. Auch die Tageszeitung „Die Presse“ hat im Zuge dieser Debatte geschrieben: „Mödling – Endstation Sehnsucht.“ Als Abgeordneter des Bezirkes Mödling kann ich Ihnen sagen: Mödling – eine große Sehnsucht, aber niemals Endstation der Verkehrspolitik dieses Landes! (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN (*Grüne*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf beginnen mit dem Resolutionsantrag des Kollegen Erber, dem wir nicht zustimmen können. Erstens einmal frage ich mich, worin besteht der Zusammenhang des Antrages zur Aufforderung des Landeshauptmannes bezüglich des Führerscheingesetzes mit den Verkehrsverbindungen in Niederösterreich im Wiener Umland? Wo ist der Zusammenhang, meine Damen und Herren? So weit hergeholte Anträge oder Resolutionsanträge haben wir, glaube ich, noch nicht gestellt. (*Abg. Marchat: Oja!*)
Ja, das können wir dann diskutieren.

Aber ich möchte mir einige inhaltliche Anmerkungen erlauben. Ich weiß nicht, ob dieses Zusammenfallen, das zeitliche Zusammenfallen zwischen der Führerscheineprüfung und dem Wehrdienstantritt unbedingt immer so sein muß. Ich halte das eher für eine willkürliche Annahme. Man kann einerseits um Aufschub ansuchen, man kann andererseits den Führerschein später machen. Das soll es geben. Stichwort aktive Senioren. (*Heiterkeit bei Abg. Roth.*)

Zweitens kommt dann doch irgendwo dem Bundesheer eine, ich möchte fast sagen „amtsärztliche“ Rolle zu, von der ich nicht weiß, wie ich das dann einordnen soll. Und drittens frage ich mich, was bedeutet denn das für den Wehrdienst oder für die Wehrdienstuntauglichkeit in bezug auf die Lenkertauglichkeit. Wird da aus der Führerscheinefrage ein Druckmittel bezüglich der Wehrtauglichkeit gemacht? Ich kann mich gut erinnern, als ich selbst bei der Stellung war wurde mir gesagt, also wenn du untauglich bist, dann sehe ich schwarz für den

Führerschein. Das wurde mir wörtlich gesagt. Wenn dem Vorschub geleistet wird damit, dann glaube ich, daß das kein richtiger Weg ist. Dies zum ersten.

Zum zweiten einige Anmerkungen zu den beiden Abgeordneten der Region. Ich bin sehr dankbar für viele Ausführungen. Der Kollege Weninger hat von dem enormen Transitaufkommen gesprochen. Das ist tatsächlich so. Das ist natürlich der Lkw-Transit. Wir können uns auch ganz klar sein darüber, daß wir mit dem gegenständlichen Antrag nicht den Lkw-Transit beseitigen, aber daß das doch in der Verkehrspolitik einen enormen Zusammenhang hat. Darin sind wir uns völlig einig. Nur glaube ich, wenn man nur in der Frage des öffentlichen Verkehrs ansetzt, dann ist es wieder zu wenig. Dann wird der Lkw-Transit, aber auch der Pkw-Transit, und der Kfz-Verkehr zusätzlich anwachsen. Das ist ja der Grund, warum wir sagen, es muß beidseitig gehen. Man muß die Investitionen im Straßenbau reduzieren und die Gelder dafür in den öffentlichen Verkehr stecken. Das ist gleich viel Geld, das sind die gleichen Investitionen, aber man muß sie umschichten. Und ich gebe dem Kollegen Hintner recht: Es ist nicht so einfach finanziell für das alles aufzukommen, daher muß man sich entscheiden.

Das, glaube ich, ist wichtig. Und dazu muß man auch den Mut haben. Meine Anmerkungen zu den Herren Hatzl und Svihalek erspare ich mir jetzt, weil ich ganz auf der sachlichen Ebene bleiben möchte. Die Pendleruntersuchung, die der Kollege Weninger genannt hat, dafür bin ich sehr dankbar. Auch das, meine ich, ist wesentlich. Die Umsteigebereitschaft auf den öffentlichen Verkehr ist da. Es ist nur eine Frage, wie weit ist man tatsächlich entfernt vom Bahnhof oder von der nächsten Möglichkeit, ein öffentliches Verkehrsmittel benutzen zu können. Das ist nicht bei allen gleich. Und es ist eine Frage des Angebotes, es ist eine Frage des Tarifs. Und darum geht es ja heute. Von der Finanzierung her muß man aber auch sagen, es ist dem Landeshauptmann ein leichtes, als Verkehrsreferent sich abfeiern zu lassen landauf, landab bezüglich eines 15-Milliardenpaketes für den Straßenbau, gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister. Es wird die GST-Studie präsentiert, beide Parteien präsentieren ihre Verkehrsprogramme, die großteils aus Straßenbauprogrammen bestehen. Wenn das der Finanzierungsschwerpunkt ist, dann darf man sich nicht wundern, daß für den öffentlichen Verkehr kein Geld da ist. Es wird die Finanzierungsfrage darauf hinauslaufen, was will man, wofür will man sich entscheiden? Zweimal wird man ein- und dasselbe Geld, glaube ich, nicht ausgeben können.

Und jetzt konkret zu diesem vorliegenden Antrag: Ich möchte vorausschicken, es sind beide Anträge, die gestellt worden sind, für uns vertretbar. Man kann ihnen die Zustimmung geben. Ich glaube aber auch, und damit möchte ich auf den Kollegen Gratzner eingehen, daß es auch eine Frage der Wertigkeit des Landtages ist, wie weit sich der Landtag auch hiermit auseinandersetzt. Selbst wenn der Landeshauptmann hier schon in üblicher Weise einen Vorgriff getätigt hat, was denn das Land so zu tun hat. Das Land geht bekanntlich seinen Weg. Die Landesregierung braucht vielleicht einen Anstoß. Zumindest einen Anstoß neuerlich zu prüfen. Vielleicht muß man noch einmal prüfen, daß vielleicht etwas Gescheiteres herauskommt. Vielleicht sollte man neu prüfen, neu überdenken.

Aber die bisherigen Maßnahmen, von denen einige hier angeführt wurden in dem Antrag, sind so eitel Wonne nicht. Und erlauben Sie mir einige Anmerkungen dazu. Der 15-Minutentakt von Mödling ist gut aber zu kurz. Er gehört ausgedehnt bis Wr. Neustadt. Die Doppelstockwaggons, ich kann mich gut erinnern, wie der Landeshauptmann gemeinsam mit dem ÖBB-Generaldirektor Draxler in Wr. Neustadt diese Waggons vorgestellt hat. Dabei wurde unter anderem wie üblich um den Semmering-Basistunnel gestritten, mit dem das ja wirklich nichts zu tun hat. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Es war so. Ich war dabei.

Sehen wir uns heute diese Doppelstockwaggons an. Die Klimaanlage funktionieren nicht oder selten. Man kommt sich vor entweder wie in einer Tiefkühltruhe oder in einer Sauna. Zu öffnende Fenster gibt es natürlich nicht, weil wir sind ja modern. Die Müllbehälter sind zu klein und zu wenig. Das, was Landeshauptmann Dr. Pröll als Umweltlandesrat seinerzeit in Sachen Mülltrennung gemacht hat, wird hier nicht durchgehalten. Die Sitzplätze sind zu eng für große Personen, es gibt zu wenig Stauraum. Das sind alles Dinge, die den Fahrkomfort schmälern. Und das sind alles Fragen, die sich ein Pendler stellt, bevor er einsteigt oder eben in das Kfz einsteigt. Und etwas ganz ganz wesentliches, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehört auch dazu gesagt: Die Züge leiden unter permanenter Verspätung. Das sind Dinge, die ganz einfach im öffentlichen Verkehr so nicht länger tragbar sind. Wenn Sie jemanden beauftragen damit, Ihnen ein Werkstück zu machen und der schließt dieses Handwerk verspätet ab, dann wird ein Pönale verrechnet oder abgerechnet. Ich schlage vor, wir sollten einmal Pönale auch abrechnen im Fahrpreis bei den Tarifen der ÖBB und der anderen öffentlichen Verkehrsmittel, wenn die nicht pünktlich kommen. Die Maschinenschäden bei diesen Doppelstockwaggons häufen sich. Man hat

das Gefühl, die Maschinen können dieses Gewicht nicht bewältigen und man hat dafür nicht vorgesorgt. Es kommt oft zu Ausfällen, es wird auf Schienenersatzverkehr umgestiegen. Nur wer wirklich pendelt, der weiß das auch, daß das alles passiert. Das sind die Probleme, die wir hier zu lösen haben.

Die Flughafenschnellbahn kommt, aber sie kommt zu spät. Und die Tarife sind zu hoch. *(Abg. Roth: Daran ist aber nicht Niederösterreich schuld!)* Das kann schon sein. Ich will nicht unterstellen, daß das nur niederösterreichische Schuld ist, aber insgesamt ist die Bereitschaft, in den öffentlichen Verkehr zu investieren, eben sehr spät gekommen. Ich glaube, insgesamt in der Bundes- und in beiden Landesregierungen. Hier hätte eben schon sehr sehr viel früher investiert werden müssen.

Im Straßenbau ist es anders. Da ist es selbstverständlich, da macht man es, da zieht man es durch. Oder haben wir jemals hier einen Antrag erlebt im Landtag, daß die Landesregierung aufgefordert wird zu prüfen, ob es nicht vielleicht notwendig wäre, eine B 301 zu bauen? Oder eine Nordautobahn zu bauen? Nein, wir haben Anträge gehabt, die das bejubeln. Und das ist der Unterschied. In unserem Denken herrscht nach wie vor ein Unterschied. Und wofür ich eintrete, ist, dieses Umdenken stärker zu forcieren.

Ich bleibe bei den Tarifen. Wenn man natürlich Klosterneuburg, Perchtoldsdorf außerhalb der Kernzone hat, wenn man die Shopping City außerhalb der Kernzone hat und wenn das eine enorme Tariferhöhung bedeutet, dorthin zu fahren, dann überlegt man es sich jedenfalls. Das ist das Kernproblem.

Bezüglich der U-Bahnverlängerung kann man diskutieren und prüfen. Es geht aber um mehr. Es geht um weitere Aufgaben des öffentlichen Verkehrs! Ich nenne einige Beispiele: Gemeinsame Linien mit Wien. Die Linie 71 endet, glaube ich, 800 Meter vor Schwechat. Dort ist sie aus. Warum die nicht verlängern? Es wäre sehr, sehr einfach. Der Herr Kollege Gebert würde sicherlich mit der Straßenbahn nach Wien fahren. Linie 67 über Leopoldsdorf nach Laxenburg – warum nicht? Die Linie 60 verendet irgendwo in Rodaun und geht nicht bis Perchtoldsdorf, obwohl der Kollege Dkfm. Rambossek so gerne mit der Straßenbahn nach Wien fahren würde. Also, ich meine, da gibt es durchaus Möglichkeiten, die man ergreifen könnte. Die Vorschläge bezüglich der Badner Bahn, die teilen wir natürlich. Na selbstverständlich wäre es wichtig, die Badner Bahn U-bahn-kompatibel zu machen und U-bahn-tauglich zu machen. Und sie

auf denselben Level zu bringen. Und die Erweiterung der Kernzone, na selbstverständlich ist es eine Forderung, die erhoben gehört. Sollte das, aus welchen Gründen auch immer, nicht möglich sein, hätte man natürlich bzw. als begleitende zusätzlich Maßnahme vielmehr könnte ich mir vorstellen billigere Dauerkarten, billigere Jahreskarten vorzusehen, um tarifliche Umsteigeangebote an die Pendlerinnen und Pendler zu machen.

80 Millionen, im Straßenbau - kein Problem. Das haben wir sofort verbaut in die nächste Autobahn. Das ist ein Betrag, der im Autobahnbau keine Rolle spielt, der ist keine Diskussion wert. Niemand wird diesen Betrag anführen. Im öffentlichen Verkehr ist das ein Gegenstand langjähriger Verhandlungen. Einen Schnellbahnring rund um Wien anstatt eines Autobahnringes rund um Wien! Wir haben uns einmal überlegt, die Schienen dafür sind eigentlich da. Vom Wiental über die bestehende Vorortelinie nach Norden bis zur Floridsdorfer Brücke, am Handelskai der Donau entlang - man kann dann dem Herrn Kollegen Gratzler winken, wenn er im Schiff fährt - bis zur Reichsbrücke oder bis Freudenau und dann in einen Bogen im Einzugsbereich Simmering und Schwechat Richtung Süden zur Donauländebahn, über die Verbindungsbahn durch Hietzing wieder bis zum Wiental. Warum planen wir nicht so etwas anstelle dieses sinnlosen Autobahnringes rund um Wien, der uns den Stau rund um Wien bringen wird? Das wäre einmal eine echte moderne Vision, die wir angehen könnten.

Bessere Städteverbindungen: 15-Minutentakt nicht nur zwischen Mödling und Wien, sondern von Wien bis Tulln, St. Pölten, Wr. Neustadt und Wolkersdorf. Auf der anderen Seite 30-Minutentakt-Ausweitung zwischen Wien, Krems, Hollabrunn, Mistelbach, Hainburg und Bruck a.d. Leitha etwa. Das wären innovative Maßnahmen für Pendlerinnen und Pendler. Wenn man ihnen diese Angebote schafft, und das zeigt die Untersuchung, die der Kollege Weninger zitiert hat, dann würden diese Angebote natürlich auch angenommen werden.

Und weil es mir ein Anliegen ist und wir gerade bei der ÖBB sind, frage ich mich, was in aller Welt bewirkt dieses Denken innerhalb der Österreichischen Bundesbahnen, die Grüne Bank, die Kilometerbank, also diese Vorverkaufsscheine, die man dann einlösen kann im Zug, abzuschaffen, ersatzlos zu streichen? Es gibt verschiedene Spekulationen, warum die ÖBB das tun will. Ich glaube, das Wesentliche ist, daß man zukünftig sehr sehr viele Waggons schaffnerlos führen will. Und daß man sich damit dieses Abrechnen ersparen will. Und da darf ich jetzt einen kurzen Querverweis auf die

Seniorenpolitik machen. Das ist eine typische seniorenfeindliche Maßnahme. Nebst allen anderen negativen Begleiterscheinungen dieser Maßnahme, die Grüne Bank ohne erkenntlichen Grund und in völlig sinnloser Weise abzuschaffen. Und wir werden uns dafür einsetzen, daß diese Kilometerbank erhalten bleibt. Gleich morgen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Jetzt noch einige Anmerkungen zu anderen Fragen, die bezüglich der Verkehrspolitik, aber auch der Planung, der gemeinsamen Planung zwischen Wien und Niederösterreich ganz ganz wesentlich sind. Es braucht eine bessere Kooperation zwischen Wien und Niederösterreich. Wien hat eine Art Enklavensituation. Bitte dieses Wort nicht falsch zu verstehen. Aber Wien ist ein Bundesland im Bundesland. Und man kann jetzt natürlich diese beiden Verwaltungsebenen nicht vereinheitlichen. Man kann nicht eine gemeinsame Verwaltung aufbauen, darin sind wir völlig einer Meinung. So war das auch nicht gemeint. Was aber wesentlich ist, ist bessere Kooperation. Kooperation auf Verwaltungsebene, Kooperation auf Wirtschaftsebene, Kooperation in der Raumplanung, das ist ganz wesentlich. Wir brauchen gemeinsame Netze, wir brauchen kompatible Netze. Das, was der Herr Kollege Weninger bezüglich der Badner Bahn gesagt hat, das muß auf allen Ebenen geschehen. Das geht natürlich in Bereiche bis ins Gesundheitswesen zum Beispiel hinein. Das ist ganz klar.

Wenn man sich gegenseitig nur aufrechnet wer die besseren Punkte cashet und das aufrechnet, dann wird das natürlich nicht zielführend sein. Wenn man versucht zu kooperieren, dann wird das sinnbringend. Wenn der eine Zitronensaft trinkt und der andere Milch, dann wird das, wenn es gleichzeitig genossen wird, eben nicht sehr kompatibel sein. Das sind zwei Bundesländer und man muß versuchen, diese - wir haben es bezeichnet als „die verrückte Grenze“ - man muß versuchen, diese Grenze zu überwinden. Wir brauchen eine Art Planungsministerium, um gemeinsam zu versuchen, Lösungen zu finden für gemeinsame Probleme. Oder Probleme, die einander bedingen. Das wäre ganz wesentlich. Wir brauchen ein Netz. Ein gemeinsames tragfähiges Netz etwa in der Sozialpolitik, in der Raumordnungspolitik, in der Verkehrspolitik. Dieser fiktive Stacheldraht, den wir durchschnitten haben, war für uns eine Art Symbol für eine Art – und bitte auch dieses Wort nicht falsch zu verstehen – „Eisernen Vorhang in den Köpfen“ zwischen Wien und Niederösterreich und in vielen politischen Ebenen. Und dieser fiktive Eisernen Vorhang der sollte raschest wegkommen. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Haberler das Wort.

Abg. HABERLER (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Es besteht die Tatsache, daß fast 400.000 Niederösterreicher Tag für Tag zum Arbeitsplatz pendeln müssen. Die überwiegende Mehrheit davon von Niederösterreich nach Wien. Das sind knapp 30 Prozent der gesamten Landesbevölkerung. Man muß sich aber angesichts der im Raum stehenden Anträge schon fragen, wie ernst nehmen die verschiedenen Parteien überhaupt Verkehrspolitik in unserem Land? Wie ernst nimmt es etwa die ÖVP, deren Verkehrsreferent, der Herr Landeshauptmann, wie schon so oft wenn es um Themen geht, die ihn politisch betreffen, wieder einmal durch Abwesenheit glänzt.

Und wie ernst ist ein Antrag zu nehmen, die Frage muß ich meinen Vorrednern schon stellen, der von diskutierten Vorschlägen spricht, der davon spricht, daß die Landesregierung das Ganze wieder einmal überprüfen soll. Und wo nicht klar drinnen steht, daß die Landesregierung Lösungen suchen soll, wie das im freiheitlichen Antrag der Fall ist. Und gerade darum geht es, meine Herrschaften.

Wir müssen in diesem Fall versuchen, langsam in die Zielgerade zu kommen. Gerade unter der Tatsache, und meine Vorredner haben das sehr schön ausgeführt. Das heißt, die Problemstellung ist jedem klar. Nur wollt ihr nicht hergehen und die Lösungen anpeilen. Etwa die Lösungen, und jetzt zählen wir sie noch einmal kurz auf: Etwa die Lösungen im Bereich südlich von Wien, wo wir es bereits im Jahr 2010 mit 170.000 Verkehrsbewegungen pro Tag auf der Südbahn zu tun haben. Das heißt, es ist jedem klar, daß es diese U6 nach Mödling hinaus geben wird müssen. Um die Megastaus, die es heute schon gibt, und die sich in den nächsten Jahren noch vervielfachen werden, in den Griff zu bekommen, abzubauen. Um den Streß, den volkswirtschaftlichen Schaden, den Umweltschaden, der dadurch entsteht, in Wirklichkeit abzubauen zu können und um eine noch größere Ausweitung in Zukunft verhindern zu können. Wie ernst ist es den Parteien damit? Ich glaube nicht sehr ernst, was ÖVP und SPÖ betrifft. Sie plakatieren zwar, etwa die SPÖ „Brennpunkt Verkehr“ *(zeigt Zeitungsausschnitt)*. Sie sind bereit, Lösungen zu bringen. Aber, Herr Kollege Weninger, genau wenn es um diese Lösungen geht, bringen Sie einen anderen Antrag ein, wo es um Diskutieren, um Überprüfen geht und wo es nicht um die Lösungen

geht. Um die Lösungen, die dieses Land und gerade der Bezirk Mödling, den Sie so viel zitiert haben, dringend brauchen würde, diese Lösungen. (*Abg. Weninger: Soll ich dir den Antrag von den Freiheitlichen im Gemeinderat vorlesen?*)

Und noch ein Punkt mehr, und da kommt bei mir der Verdacht auf, daß das Ganze wieder einmal nur mit Klubzwang und österreichweiter Akkordierung zusammenhängt und Sie hier nicht ganz die Interessen vertreten, die sie vielleicht sogar vertreten wollen, nämlich die der niederösterreichischen Bürger. Im Hinblick darauf, daß es einen Antrag gibt aus Wien, von der FPÖ Wien, den ihre beiden Parteien, nämlich die ÖVP und die SPÖ abgelehnt haben (*zeigt Unterlagen*). Der Landesobmann Schimanek hat etwa einen Brief an den Herrn Görg geschrieben bezüglich einer fünf- bis sechshundertmetrigen Verlängerung der U-Bahn im Norden, das heißt auf Seyring 'raus, auf NÖ Gebiet, daß man aus dem Wohngebiet im Bereich Großfeldsiedlung-Donaustadt, eine Verlängerung der U1, daß man auch hier herauskommt auf NÖ Gebiet. Und es wurde abgelehnt. Es wurde abgelehnt von Ihren beiden Parteien, von der großen Koalition in Wien. Das ist ganz einfach Tatsache. (*Abg. Weninger: Niederösterreicher vor der Stadtgrenze abfangen – Niederösterreicher abfangen!*)

Die Tatsache, daß wir im Süden das Problem haben, das ich angeführt habe. Die Tatsache, daß wir die U4 von Hütteldorf bis Auhof verlängert brauchen würden um die Westeinfahrt, wo sich ja das selbe Verkehrsszenario Tag für Tag abspielt, dementsprechend bedienen zu können, um das Industriegebiet im Bereich Auhof, das sich noch laufend ausweitet, um die Buslinienprobleme dort in den Griff zu bekommen. Ich komme noch einmal zur U1 zurück, wo es aus dem Norden Niederösterreichs pro Tag auch Zehntausende Einpendler gibt. Und langfristig wird wahrscheinlich auch die Anbindung bis Schwechat im Osten eine Frage sein, die man in Angriff nehmen muß, eine Flughafenanbindung und früher oder später auch, was die Verkehrsströme nach Osteuropa betrifft. Es ist ganz einfach ein Zick-Zack-Kurs, den Sie hier spielen. In Wien stimmen wir dagegen, in Niederösterreich reden wir dafür. Und konkrete Anträge, etwa der FPÖ, wie es heute hier der Fall ist, stimmt man dann wieder nieder, lehnt man ganz einfach ab. (*Abg. Weninger: Ihr seid niederösterreichfeindlich!*)

Die Finanzierungsfrage ist berechtigt. Auch hier gibt es von freiheitlicher Seite klare Vorschläge. Man sollte endlich die Zweckbindung der Mineralölsteuer wieder einführen. Denn von den 59 eingehobenen Milliarden sind insgesamt nur 24

Milliarden zweckgebunden eingesetzt worden. Der Rest versickert irgendwo im Budget, wird für andere Budgetposten verwendet. Ich darf daher wirklich an SPÖ und ÖVP den Appell richten, hier von der Politik abzugehen, die Sie bisher betreiben. Nämlich hier schön zu sprechen und auf der anderen Seite in Wirklichkeit die Projekte, die dringend in Angriff genommen gehören, zu verhindern. Und ich darf wirklich an Sie den Appell richten, im Verkehrsbereich und gerade in bezug auf den Ausbau der U-Bahnlinien nach Niederösterreich hinaus, die Politik zu betreiben, die für das Land notwendig ist, nämlich im Sinne der Bürger diese Vorhaben zu verwirklichen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Abgeordneten Gebert das Wort.

Abg. GEBERT (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hoher Landtag!

Zuerst einmal eine kurze Antwort an den Kollegen Haberler. Also so niederösterreichfreundlich war der FPÖ-Antrag im Wiener Gemeinderat nicht. Denn hier wird natürlich schon nur von Wiener Interessen gesprochen. Und zwar sollte ausgebaut werden, damit die Pkw und die Arbeitspendler schon an der Stadtgrenze abgefangen werden können. Das heißt, es ist schon sehr in die Richtung Eigenverantwortung für Wien gegangen. (*Unruhe bei der FPÖ.*)

Und hier gibt es den Gedanken, den Kontakt mit Niederösterreich aufzunehmen, überhaupt nicht. Ich wollte das nur sagen, weil der Antrag heute hier von Ihnen zitiert worden ist.

Im großen und ganzen, meine Damen und Herren, wurde ja heute schon sehr viel gesagt zum Thema Nahverkehr und speziell was die Konzeption der U-Bahnverlängerung in das Wiener Umland betrifft. Ich darf sagen, ich freue mich, daß wir ja bereits vor einigen Wochen und jetzt schon zum dritten Mal als Sozialdemokraten die Verkehrspolitik in Niederösterreich zum Mittelpunkt der Sitzungen machten und damit zum Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Damit meine ich, und das sage ich immer auch, daß das Thema Verkehr nach wie vor das Thema Nummer 1 in Niederösterreich ist. Und bevor wir nicht konkrete Problemlösungen haben, wird dieses Thema sicherlich nicht von der Tagesordnung kommen. Und speziell nicht, was das Wiener Umland betrifft. Weil dort der Schwerpunkt, der Brennpunkt des Verkehrs ist. Daher auch unsere Aktion in Niederösterreich, um die Öffentlichkeit einmal aufmerksam zu machen, daß hier wirklich Versäumnisse da sind und einiges nachzuholen ist.

Nun zu dem vorliegenden Antrag: Ich glaube, der Unterschied zwischen dem FPÖ-Antrag und dem gemeinsamen Antrag ist, daß die FPÖ meint, man soll alle U-Bahnlinien von Wien her verlängern nach Niederösterreich. Ich meine, daß – und da war ich schon einigermaßen auch skeptisch – daß man wahrscheinlich nicht überall das machen kann, aus wirtschaftlichen Gründen wahrscheinlich, aber in manchen Dingen wird es gehen. Die Problematik wurde hier schon aufgezeigt. Nämlich, daß wir viele Pendler haben, daß das Chaos auf den Autobahnen im Süden, aber auch schon bei uns im Osten, vorhanden ist. Und daß wir den Schwerpunkt wirklich auf den öffentlichen Verkehr legen müssen. Aber die Konzeption und die Strategie hat der Kollege Weninger im Zusammenhang mit Individualverkehr und öffentlichem Verkehr, glaube ich, sehr plausibel dargestellt. Und ich glaube, der Landtag kann das mehrheitlich hier sicherlich auch vertreten.

Was sagt nun der FPÖ-Antrag? Alle U-Bahnen in das Wiener Umland. Ich meine, es wäre zwar sehr ideal, wenn wir das zusammenbringen würden. Es wäre eigentlich die große Lösung, gebe ich schon zu. Aber ich glaube, daß so ein Vorschlag in der heutigen Zeit fast zu spät kommt. Weil man so eine Konzeption wahrscheinlich überhaupt, als der U-Bahnbau in Wien begonnen hat, schon mit konzipieren hätte müssen. Das gebe ich schon zu. Und daher glaube ich, daß man das sehr differenziert sehen muß heute. Und diese Differenziertheit geht aus dem gemeinsamen Antrag hervor. Ich glaube nämlich, daß, auch wenn die Studie der Planungsgemeinschaft Ostregion sagt, man kann hier nicht zustimmen aus finanziellen Gründen, so bin ich zutiefst überzeugt, daß eine Verlängerung der U6 nach Mödling tatsächlich möglich ist. Und ich glaube auch, daß wir diese Forderung hier ganz konkret erheben sollten. Ich bin auch sehr überzeugt, daß bei einer Adaptierung der Badner Bahn ebenfalls eine vernünftige Einbindung in das Wiener Netz, auch in das U-Bahnnetz möglich wäre.

Ich bin aber eigentlich nicht ganz der Meinung, daß man die U-Bahn nach Purkersdorf oder nach Klosterneuburg, nach Gerasdorf vielleicht aber nach Klosterneuburg kaum führen kann, weil hier wirklich Milliardenbeträge notwendig wären. Und hierfür gibt es ja Untersuchungen, Schätzungen. Und auch die PGO-Studie sagt das. Daher, glaube ich, sollte man nachdenken, sehr im Detail nachdenken, ob es nicht möglich wäre, das bestehende Schnellbahnnetz mit dem bestehenden U-Bahnnetz zu verknüpfen. Hier Schienensysteme zu erfinden, mehr Kombizüge einzusetzen. Ich glaube, das würde für Purkersdorf möglich sein, das würde für

Klosterneuburg möglich sein und sogar auch für Gerasdorf. Und hier könnte ich mir vorstellen, daß wir eine gute Lösung finden. Aus dieser Planungsstudie geht das nicht sehr genau hervor. Doch es gibt ja schon Diskussionen in Arbeitsgruppen, wo das unter Umständen auch möglich wäre. Und daher glaube ich, daß der Auftrag an die Landesregierung neuerlich erfolgen sollte, diese Dinge zu überprüfen, meine Damen und Herren Kollegen und Kolleginnen. Damit wir hier wirklich Sicherheit bekommen! Denn wenn wir das positiv erledigen könnten, meine Damen und Herren, würde das eine neue, eine gute Basis für ein Nahverkehrskonzept im Wiener Umland ergeben.

Was unseren Bereich in Schwechat betrifft, der schon angesprochen worden ist, glaube ich, daß mit dem Beschluß, die Flughafenbahn zweigleisig auszubauen und in einem Zehn- oder Fünfzehnminutentakt zu führen, hier eine Entscheidung getroffen worden ist. Und ich kann mir nicht vorstellen, daß man in die S7, in den Ausbau der S7 hier Milliarden investiert und gleichzeitig auch versucht, eine U-Bahnlinie, die U3 nach Schwechat zu bringen. Ich glaube, man wird niemanden finden, der das bezahlen kann. Überhaupt wenn es doppelt finanziert werden müßte. Und daher glaube ich, unser politischer Druck muß in die Richtung gehen, daß wir für die S7 – und hier müssen die Wiener das wirklich forcieren, wenn ich so sagen darf –, nun die erforderlichen behördlichen Genehmigungen erteilen um so rasch wie möglich mit dem Bau zu beginnen. Und Ziel muß es sein, daß im Hinblick auf Ausbaupläne des Flughafens zumindest bis zum Jahr 2002 diese S7 als wenn Sie wollen „schnelle S-Bahnlinie“ ausgebaut wird und wir damit diese geforderte schnelle Verbindung nach Wien haben.

Ich habe schon einmal darauf hingewiesen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Flughafenbahn müßte es natürlich auch möglich sein, spezielle „Airtrains“ einzusetzen, die bereits die Möglichkeit schaffen, in Wien Gepäck einzuchecken für den Flughafen. Weil dadurch eine große Zeiterparnis eintreten würde, aber gleichzeitig auch die Möglichkeit sich für viele Beschäftigte am Flughafen bieten würde, schnell zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen. Und damit die Parkmisere im Individualverkehr in unserer Gegend auszuschalten. Ich glaube, das wäre im Prinzip eine gute Lösung. Es gibt noch Ansätze, daß man unter Umständen die U-Bahn in Simmering mit der S7 verbinden könnte, weil die hier bis zur Simmeringer Hauptstraße, zum Zentrum nach Simmering, doch in einiger Zeit, bis zum Jahr 2000 gebaut sein soll. Hier könnte ich mir vorstellen, zumindest eine Einbindung zu überlegen. Das wäre natürlich eine tolle Angelegenheit.

Was nicht ausschließt, meine Damen und Herren, daß der Flughafen auf lange Sicht langfristig - eigentlich mittelfristig - eine Schnellverbindung haben muß zu einer internationalen Bahnverbindung. Und hier gibt es ja die Gespräche, und hier gibt es eine Projektgruppe, die bereits daran arbeitet, wie man eine sogenannte Hochleistungsbahn am Flughafen vorbeiführen könnte zu einer international angebundenen Ostbahn oder Südbahn.

Meine Damen und Herren! Ich möchte eigentlich sagen, daß natürlich mit der Problematik U-Bahn-, Schnellbahnausbau in der Form eigentlich ja noch nicht alles erledigt ist. Wir müssen wirklich trachten, daß zum Beispiel - bereits gesagt - die Badner Bahn wirklich so ausgebaut wird, kreuzungsfrei ausgebaut wird, damit sie in ein schnelles Netz eingebaut wird. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß als wichtig für den Pendlerverkehr der Ausbau der Aspang Bahn und der Pottendorferlinie durchgeführt werden sollte. Schon auch im Hinblick auf eine eventuelle Anbindung an den Flughafen. Und mein Verweis darauf, auch in der letzten Verkehrsdebatte, daß die S2 nach Gerasdorf, also nach Norden, weiter bis Mistelbach und Laa zweigleisig, schneller, in einem besseren Takt geführt, auch dazu beitragen würde, eine Entlastung zu finden. Daß die Bezirksbuslinien tangential verkehren sollten in Schwechat, aber auch in Mödling, Daß dies noch nicht Wirklichkeit geworden ist, hängt damit zusammen, daß ein Konzept über den öffentlichen Verkehr, das Professor Knizek einmal erarbeitet hat, leider aus finanziellen Gründen nicht durchgeführt werden konnte oder zumindest jetzt in der Schublade liegt. Ich glaube, daß man dieses Konzept wieder herausnehmen sollte. Und gemeinsam, Land, Bezirk, Gemeinden, hier trachten sollte, mit den ÖBB, mit Bahn, Bus, hier Lösungen zu finden. Ansätze gibt es zum Beispiel im sogenannten Ostbahnshuttle, der vorsieht, daß ein Zubringerbus-system an die Ostbahn angebunden wird und damit im großen und ganzen hier ebenfalls eine Hilfe für die Pendler erreicht wird.

Die Tarifsysteme, VOR-Systeme wurden bereits angeschnitten. Ich möchte dazu nur mehr sagen, es ist zum Verzweifeln, daß in der Richtung wirklich nichts weitergeht. Ich würde wirklich bitten und wir müssen, glaube ich, auch hier vom Landtag - wir haben ja das schon einmal hier beschlossen - nochmals darauf drängen, daß der VOR und alle Verantwortlichen auf diesem Gebiet nun endgültige Lösungen anpeilen, die eine Einbindung des Wiener Umlandes in die Kernzone 100 hier vorsehen. Weil hier tatsächlich Ungerechtigkeiten vorhanden sind und wirklich ein Umstieg dadurch ermöglicht würde.

Ich komme natürlich, wenn wir vom Verkehr im Wiener Umland reden, nicht umhin, auch den Individualverkehr anzuschneiden. Und ich darf hier feststellen, daß es für mich sehr erfreulich war, nachdem ich in der letzten Sitzung die Frage gestellt habe an den Landesverkehrsreferenten Dr. Pröll, wie er denkt über die B 301, über die offenen Fragen im Schwechater Bereich, über eine umweltgerechte Trassierung dieser B 301, was er darüber denkt und wie er unsere Forderungen im Schwechater Raum nach Errichtung des Rannersdorfer Tunnels hier unterstützen könnte. Er hat mir gesagt und zugesagt, er wird das unterstützen als Landeshauptmann, hat auch einen Brief an die Bundesregierung geschrieben. Er hat das aber so formuliert, daß er an den Bundeskanzler geschrieben hat, an den Finanzminister, und mitgeteilt hat, man möge, das heißt der Bundeskanzler und der Finanzminister mögen die Finanzmittel dem Bundesminister Farnleitner zur Verfügung stellen. Ich habe daraufhin gesagt, lieber Herr Landeshauptmann, sehr erfreulich. Aber dieses Ping-Pong-Spiel wird nichts bringen, wenn nicht die gesamten Verantwortlichen in der Richtung hier an einem Strick ziehen. Das heißt, daß auch der Herr Minister Farnleitner sagt, lieber Herr Bundeskanzler, lieber Herr Finanzminister, ich möchte haben, daß die B 301 in dieser und jener Form durchgeführt wird, legen sie bitte daher das Geld auf den Tisch. Das wäre eine gute Lösung. Und ich glaube und ich hoffe, daß der Herr Landeshauptmann es so gemeint hat. Und wenn nun bis zum Herbst in der Bundesregierung über diese Frage diskutiert wird und hoffentlich auch entschieden wird, dann haben wir das Problem erledigt. Und dann kann diese Straße relativ bald errichtet werden.

Ich darf dem Kollegen Mag. Fasan doch sagen, daß Umfragen ergeben haben, daß es nicht mehr zumutbar ist, daß der Ausweichverkehr von der Südosttangente in unseren Schwechater und Mödlinger Raum hineinkommt. Die Leute sind aufgebracht. Sie fordern von uns, sie verlangen von uns Politikern hier eine Lösung. Und ich komme nicht umhin, nach wie vor auf dieser Forderung zu beharren und Sie alle zu ersuchen, daß wir bald zu einer Lösung kommen.

Ich möchte abschließend eines sagen: Daß alle Fragen, die das Wiener Umland betreffen, was speziell den Verkehr betrifft, nur im Zusammenhang mit Wien und mit dem Bund zu lösen sein werden. Und darum meine ich, auf Initiative unseres Landesrates Dr. Bauer wurde ja vor eineinhalb oder zwei Jahren die Regionalkonferenz hier im Landtag beschlossen. Das heißt, es wurden Abgeordnete von Niederösterreich, Wien und Burgenland zu-

sammengefaßt, um die Fragen der Wirtschaftspolitik, der Siedlungspolitik, aber auch des Verkehrs zu diskutieren und hier politische Lösungen zu finden. Ich merke an, meine Damen und Herren, daß diese Arbeitsgruppen in dieser Regionalkonferenz bisher noch nicht die Gelegenheit hatten, im Landtag einen Abschlußbericht über ihre Arbeit zu bringen. Es wäre damit ein Impuls in diese Richtung gegeben. Und ich würde hier bitten, daß wir diese Regionalkonferenz nicht so im stillen Kämmerlein arbeiten lassen, sondern daß man sie auch politisch hier im Landtag und in der Öffentlichkeit aufwertet. Denn ich glaube, sie böte die Möglichkeit, mit Vertretern von Wien, Niederösterreich und Burgenland ein koordinierendes Investitionsprogramm für unsere Verkehrsfragen zu finden. Speziell nicht nur für den Bezirk Mödling und Schwechat, sondern für das gesamte Wiener Umland und, wenn Sie wollen, für ganz Niederösterreich. Und in diesem Sinne, meine Damen und Herren, glaube ich, sollte in Abänderung unseres Antrages, Frau Kollegin Roth, der Antrag des Verkehrs-Ausschusses gewertet werden. Und ich darf Ihnen sagen, die SPÖ-Landtagsfraktion wird diesem Antrag des Verkehrs-Ausschusses zustimmen. Und ich möchte auch Sie bitten, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Haberler gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. HABERLER (FPÖ): Danke, Herr Präsident! Herr Kollege Gebert! Es dürfte Ihnen ein grundlegender Irrtum widerfahren sein. Die Begründung, warum die Sozialdemokraten dagegen stimmen war die, daß wir alle U-Bahnlinien im Antrag drinnen haben. Das stimmt nicht, ich darf ihn kurz vorlesen, den Antrag *(liest:)* „Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung Verhandlungen mit der Stadt Wien sowie den zuständigen Stellen des Bundes über eine gemeinsame Realisierung von U-Bahnverlängerungen, insbesondere der U-Bahnlinie U6 über die Wiener Stadtgrenze hinaus auf niederösterreichisches Gebiet aufzunehmen.“ Ich glaube, damit steht Ihrer Zustimmung auch nichts mehr im Wege.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile der nächsten Rednerin, Frau Abgeordneter Roth das Wort.

Abg. ROTH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich wollte eingangs auch auf die ÖAMTC-Studie Bezug nehmen, die gestern in den Medien veröffentlicht wurde, kann mir das ersparen, weil der Herr Kollege Weninger das schon

gebracht hat. Möchte aber doch auf zwei wesentliche Sätze zurückkommen. Und zwar wird festgestellt, daß als Ergänzung zur Tatsache, daß, wenn Österreich mit einer Million mehr Fahrzeuge rechnen wird müssen, gesagt wird, von einem Trend weg vom eigenen Auto ist keine Rede. Und das bestätigt auch das, was der Abgeordnete Hintner berichtet hat: Daß in Teilen seines Bezirkes eine fantastische Ausstattung mit öffentlichem Verkehr gegeben ist, aber sie wird nicht angenommen.

Und ein zweiter Punkt, der den Straßengüterverkehr betrifft, ist auch, daß bei der Zunahme um 40 Prozent die Bahn keine brauchbare Alternative für dieses überproportional ansteigende Gütervolumen ist. Das sind für mich zwei wesentliche Sätze, nämlich auch beim Individualverkehr. Denn wenn ich heute sage, wir können unser Geld nur für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs investieren, dann gehe ich an den realen Bedürfnissen der Menschen vorbei. Und wir leben in einer Demokratie. Und es ist das freie Wahlrecht der Menschen, zu entscheiden, ob sie den öffentlichen Verkehr oder ihr Privatauto nehmen. Ob es jetzt klug ist oder nicht ist eine andere Frage, aber es ist Realität.

Ich möchte dazu auch sagen, daß ich in einer kleinen Ortschaft im Bezirk Schwechat wohne mit nicht einmal 2.000 Einwohnern. Und daß durch unsere Ortschaft täglich an die 26.000 Fahrzeuge fahren. Und ich habe Sie, Kollege Fasan, schon einmal zum Probeschlafen auf der Kreuzung B11 – B15 eingeladen. Und ich möchte sagen, daß das eine Belastung ist, der die Bevölkerung in dieser Region ausgesetzt ist, die nicht mehr ertragbar ist. Und für mich gibt es daher nicht nur einen Ansatz, sondern zwei Ansätze. Wir brauchen einen vernünftigen Ausbau der Straße und wir brauchen einen vernünftigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Wir kommen um eine Kombination dieser beiden Dinge nicht umhin. Und wenn ich mich jetzt auf den Bezirk Schwechat konzentriere in diesen Dingen, so kann ich nicht umhin – und das hat nichts mit Wahlterminen zu tun, das habe ich auch schon voriges Jahr beim Bericht zum öffentlichen Verkehr gesagt -, ich möchte doch mit Bedauern feststellen, daß ich im Bezirk Schwechat eines vermisste: Wenn ich nämlich der Bürgermeister einer derartig reichen Stadt bin und einer Stadt bin mit so einem kolossal wichtigen Wirtschaftsstandort und habe noch dazu in meiner Stadt den ehemaligen Verkehrsminister wohnen, der mir versprochen hat, daß die S7 1997 fertig ist, daß ich dann den späteren Bundeskanzler dort wohnen habe und momentan derartige Probleme habe mit der Ablöse, mit der Untertunnelung, und zusätzliche 800 Millionen brauche, dann bin ich als Bürgermeister dort

und gehe ich von der Schwelle des Bundeskanzlers nicht weg bis ich das durchgesetzt habe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und hier, meine Damen und Herren Genossen, fehlt mir das interne Lobbying der Sozialdemokraten. Und wir haben heute das getan, weil es leider nicht mehr anders geht. Da die Sozialdemokraten nicht in der Lage waren, bei ihrem Chef das durchzusetzen, muß Herr Landeshauptmann Dr. Pröll ran. Sie haben bewiesen, wenn er nicht eingreift, geht es nicht. Das heißt, er muß das jetzt tun was Ihr nicht geschafft habt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe diesen Antrag auch noch erweitert, den vorliegenden, Ltg. 253/A-1/14, weil es mir wichtig war festzustellen, daß es hier nicht nur, man könnte das falsch verstehen, um Ausbau, Verlängerung der U-Bahn in das Wiener Umland geht. Es geht ja nicht um einen Neubau oder um eine Verlängerung der U-Bahn, sondern es geht darum, vorhandene Trassen mit Mehrsystemfahrzeugen zu nützen. Und das hier zu dokumentieren und festzuhalten war mir wichtig. Denn wir wissen alle genau, daß der Investitionsbedarf für eine komplette Verlängerung gigantisch ist. Der würde 8 Milliarden betragen. Und die jährlichen Betriebskosten lägen bei 90 Millionen. Aber wir haben ja Systeme vorhanden, die benützbar sind. Das heißt, städtische Schienensysteme. Wir haben das S-Bahn-Schienensystem, wir haben die Vorortelinien und wir haben die Trassen der ÖBB. Und die sind ja vorhanden und die wären mehrfach nützlich.

In einer Arbeitsgruppe in der ÖVP beschäftigen wir uns seit zwei Jahren mit der Entwicklung dieser Mehrsystemfahrzeuge. Wir haben auch erreichen können, daß die Abschlußklasse des TGM sich in ihrer Abschlußarbeit mit dem Einsatz von Mehrsystemfahrzeugen beschäftigt. Wir konnten auch feststellen und in Erfahrung bringen, daß die EU Förderungen vergibt für Umsetzungsprojekte im Bereich von Mehrsystemfahrzeugen. Es ist also ein breites Feld, das hier noch genau geprüft und überarbeitet gehört, ob diese Möglichkeiten nicht doch sinnvoll wären. Und ich möchte auch darauf verweisen, daß in Deutschland in 15 Fällen dieses System bereits umgesetzt wird. Und zwar geht eine U-Bahn von Hamburg nach Schleswig-Holstein. Es gibt die Stadtbahn Köln – Bonn, in Sarbrücken, Darmstadt und Karlsruhe und noch einigen Städten mehr wird das schon eingesetzt und durchgeführt. Wo liegen die Probleme beim Einsatz dieser Mehrfahrzeugsysteme? Die Probleme liegen bei den Radreifenprofilen, bei der Stromspannung - die Straßenbahn bekommt den Strom von unten, die Bahn von oben - und in unterschiedlichen Spannungen. Und in der unterschiedlichen Höhe der Bahnsteige. Das sind aber Probleme, die technisch

lösbar sind und die man prüfen kann. Es geht auch um Kleinigkeiten: Daß die U-Bahn in Wien längere Züge hat, also mit sechs Waggons fährt, in das Umland fährt man mit nur vier Waggons. Das sind Kleinigkeiten, das ist alles machbar. Eine weitere schwierige Frage ist auch die Frage des Betreibers, die in unserem Fall wohl in Kombination der Wiener Linien und der ÖBB zu bewältigen wäre. Oder eine Alternative wäre, diese Möglichkeit komplett neu auszuschreiben im Zuge der Liberalisierung. Das wäre natürlich auch möglich. Ein weiterer Punkt ist die Kapazität in den NÖ Orten und in der Großstadt Wien, ist das Problem des Einfädels der Abzweigungsstrecke zur Stammstrecke. Aber auch das ist ein Problem, das lösbar ist, wie man in Deutschland sieht.

Die Frage stellt sich nun, inwieweit diese Lösungsansätze für das Wiener Umland Vorteile bringen. Und auch da war es mir wichtig, das einzubringen und genau festzuhalten, weil das vorerst nur für den Bezirk Mödling angeführt war.

Ich bin hier mit Dir, Kollege Gebert, nicht einer Meinung. Denn wenn Du von den Medien richtig zitiert wurdest, sagtest Du, Du kannst es Dir in anderen Bereichen vorstellen, aber nicht in Schwechat. Weil mit dem Ausbau der S7 und der U-Bahn bis Simmering das nicht notwendig wäre. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß das Fantasie macht, wenn man die U3 mit der S7 verknüpft. Denn man hätte dann eine komplette Verbindung von Wien-West über Wien-Mitte bis zum Flughafen. Also ich kann mir vorstellen, daß das sehr wohl sehr viel Fantasie macht. Denn wir wissen aus Studien, daß man die Pendler nur dazu bringt auf die Öffies umzusteigen, wenn man es ihnen bequem macht. *(Abg. Gebert: Es ist die Frage, ob die S7 von Simmering nach Wien-Mitte, wie es jetzt geplant ist, weitergeführt wird oder nicht!)* Eine Verknüpfung wäre natürlich vernünftiger. Aber es ist eine Frage, die zu prüfen ist und das wollte ich einmal festgehalten haben, daß das ein Punkt ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein zweiter Punkt, der auch nicht angeschnitten wurde, ist zum Beispiel: Die U1 endet jetzt am Reumannplatz. Ein dichtverbautes Wohngebiet, wo keine Parkmöglichkeit geboten ist. Wird dann weiter fortgesetzt mit der Linie 67 nach Rothneusiedl und Oberlaa. Und das wäre auch wieder ein typisches Beispiel für das Mehrsystemfahrzeug. Ich kann ja die U-Bahn verlängern durch dieses Mehrfahrzeugsystem und weiterfahren lassen auf den Schienen des 67er bis Rothneusiedl, wo auch Platz wäre für einen Parkplatz. Also man muß halt Phantasie haben und sich etwas einfallen lassen. Es ist vieles machbar. Und es würde sich, der Herr Bundesrat

Schöls ist jetzt da, er hat sich gleich sehr bedankt wie es geheißen hat, eine Fortführung oder Verlängerung in Purkersdorf ist nicht möglich. Eine Verlängerung der S45 und der S15 bis Purkersdorf ist eine Variante, die die ÖBB schon angedacht hat. *(Abg. Gebert: Ja, das habe ich auch gesagt: Möglichkeit der Verlängerung bis Purkersdorf! Nur bei der U-Bahn halte ich das nicht für möglich!)* Mir geht es darum: Du, mir geht es ja nicht darum daß man sagt, wir wollen eine Neutrassierung und eine Verlängerung der U-Bahn, sondern daß wir alle Möglichkeiten nutzen, denselben Effekt zu erzielen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das erwähnte Mehrsystemfahrzeug wäre auch auf den vorhandenen Trassen der U6, der Vorortelinie und der ÖBB Richtung Klosterneuburg-Tulln einsetzbar. Wäre genauso eine Möglichkeit. Die Trassierung ist da, es ist alles möglich. Wir müssen das nur für die Pendler möglich machen. *(Abg. Weninger: Wer sagt dem Pröll?)* Hören Sie nur aufmerksam zu. Es ist eine Verkehrsdiskussion, er ist natürlich da! *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe im Hohen Hause.)* Was tut er denn? Er hört zu. Was soll er sonst machen?

Es ist mir natürlich schon klar, daß all diese Projekte nur langfristig umsetzbar sind. Auch wenn es durch Synergieeffekte und eben eine wirtschaftlichere Umsetzung möglich ist, wird das nur sehr langfristig möglich sein. Aber trotzdem, ich bin zutiefst davon überzeugt, daß es möglich ist. Und wer nie über die Zukunft nachdenkt, wird auch keine Zukunft haben. Deshalb glaube ich, daß es sich lohnt. Mir war es aber trotzdem auch sehr wichtig das einzubringen. Und das ist zum Beispiel etwas, was hier im FPÖ-Antrag nicht enthalten war. Daher finde ich, daß unser Antrag viel umfangreicher ist und zu einer besseren Problemlösung beitragen würde. Und ich finde, Sie sollten dadurch keine Probleme haben, unserem Antrag zuzustimmen.

Die Ergänzung und Erweiterung, die ich eingebracht habe, war auch, daß geprüft wird, inwieweit die Busanbindung in unserem Bezirk noch verbessert werden könnte. Wenn man nämlich bedenkt, daß ein Verhältnis Individualverkehr – öffentlicher Verkehr auf der Strecke Wien-Flughafen von 20:80 Prozent gegeben ist, dann sind natürlich rasche Maßnahmen notwendig. Und eine Verbesserung des Busverkehrs wäre kurzfristig machbar und wird eine sehr gute Abhilfe schaffen. Und es wäre auch wichtig, diese Sache zu prüfen, wobei nicht nur der Radialverkehr, Kollege Weninger, wichtig wäre, sondern auch der Tangentialverkehr. Auch der wäre genauso wichtig. Also auch die Verbindung Schwechat - Mödling wäre sehr wichtig.

Ein weiterer Punkt, der auch angesprochen wurde, ist eine Abschwächung des Tarifsprunges bei den Zonengrenzen. Wobei wir, die sich damit befassen, ja wissen, daß es bereits eine Diskussion gibt. Der VOR bevorzugt die Zweizonenlösung, die ÖBB möchten das Wabenmodell. Welche Lösung immer auch getroffen wird, es sollte eine Lösung getroffen werden.

Ich habe noch eine Bitte, die habe ich vor einem Jahr durch einen Antrag dokumentiert. Der Kollege Gebert hat gesagt, er hat schon länger einen derartigen Antrag eingebracht. Wir sind verkehrsmäßig in Wien-Umgebung in einer Notsituation. Wir brauchen dringend Lösungen. Und es wäre daher notwendig, daß die finanziellen Mittel, die Steuermittel, die bei uns im Bezirk erarbeitet werden, bei uns im Bezirk auch eingesetzt werden. Ich kann nur teilen, wenn ich habe. Und wir haben im Bezirk Wien-Umgebung eine verkehrspolitische Notsituation und wir brauchen Hilfe. Und ich hoffe auf Ihrer aller Unterstützung bei diesem Antrag, daß wir die Situation im Verkehr im Bezirk Wien-Umgebung erleichtern und verbessern. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Gebert gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. GEBERT (SPÖ): Liebe Kollegin Roth! Meine Damen und Herren! Ich wollte, damit man nicht in Zwischenrufen das abklärt, doch sagen: Bei meinen Ausführungen habe ich nicht gesagt, daß es nicht eine kombinierte Möglichkeit gibt, nach Purkersdorf zu kommen, U-Bahn und Schnellbahn. Genauso wie nach Klosterneuburg. Ich habe nur gemeint, in diesen Bereichen wird es nicht möglich sein, eine eigene U-Bahnlinie zu führen.

Übrigens, die Vorschläge, die Du gemacht hast, Kollegin Roth, sind in der Planungsstudie, die heute Gegenstand einer Regierungssitzung war, auch enthalten. Aber ich glaube, wir wissen alle, daß das sehr negativ beurteilt worden ist. Aber ich bin dafür, so wie Du, daß wir das neu aufrollen und es neu untersucht werden soll. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Die Rednerliste ist erledigt. Wir seitens der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht?

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Ich verzichte!

Berichterstatter Abg. MAYERHOFER (FPÖ): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Verkehrs-Ausschusses, Ltg. 253/A-1/14:)* Das ist die Stimmenteinhelligkeit. Der Antrag ist somit angenommen!

Ich lasse weiters über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Erber, Muzik und Mayerhofer betreffend Änderung des Führerscheingesetzes abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Stimmenmehrheit. Dieser Resolutionsantrag ist somit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ und Abg. Gratzer; Ablehnung Grüne.)*

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Verkehrs-Ausschusses, Ltg. 255/A-3/15. Dieser lautet: „Der vorliegende Antrag wird abgelehnt.“ *(Nach Abstimmung über den Antrag des Verkehrs-Ausschusses:)* Das ist die Stimmenmehrheit! Dieser Antrag ist somit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, Abg. Gratzer; Ablehnung FPÖ, Grüne.)*

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek, die Verhandlungen zu **Ltg. 61/L-3** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich berichte über das NÖ Straßengesetz 1999.

Hoher Landtag! Die Projektgruppe für die De-regulierung der Landesgesetze hat bereits vor einiger Zeit unter anderem auch die Vereinfachung des NÖ Landesstraßengesetzes vorgeschlagen. Nunmehr liegt die Regierungsvorlage vor, die schon durch ihre Bezeichnung „NÖ Straßengesetz“ verdeutlicht, daß es sich hier um ein völlig neues Gesetz handelt, das den Kriterien der Vereinfachung, Übersichtlichkeit, Verständlichkeit und effizienten Vollziehbarkeit entspricht. Im Namen des Bau-Ausschusses stelle ich den Antrag über die Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Straßengesetz 1999 *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend NÖ Straßengesetz 1999 wird in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung genehmigt.

Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Herr Präsident, ich ersuche die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich eröffne die Debatte und erteile Herrn Mag. Fasan das Wort.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist schade, daß der Herr Landeshauptmann schon weg ist. Er war ja nicht bei der Verkehrsdebatte selbstverständlich anwesend, sondern bei einer Wortmeldung war er, ich weiß nicht, vielleicht zufällig, anwesend. Ich möchte das schon festhalten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Darf ich den Redner bitten, zur Landtagszahl zu sprechen!

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Bitte vielmals um Verzeihung, Herr Präsident!

Das Straßengesetz, das uns vorliegt, entspricht den Kriterien der Vereinfachung - so steht es im Motivenbericht - der Übersichtlichkeit, der Verständlichkeit und der effizienten Vollziehbarkeit. Das mag stimmen. Aber es entspricht einer ganzen Reihe von Kriterien überhaupt nicht. Es entspricht nicht den Kriterien des Lärmschutzes. Es entspricht nicht den Kriterien des Schutzes vor Abgasen und Emissionsbelastung. Es entspricht nicht dem Schutz vor unnötigen Enteignungen. Es entspricht nicht dem Kriterium der Planungsgenauigkeit, der Verkehrsvermeidung, der Verkehrsgerechtigkeit für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer. Sondern es entspricht nur den Kfz-Kriterien. Es entspricht nicht dem Kriterium der rechtlichen Gleichstellung zwischen Bürger und Straßenplaner und Straßenerhalter. Und insbesondere, weil wir es heute in der Aktuellen Stunde schon diskutiert haben, es entspricht in keiner Weise dem Kriterium einer Seniorengerechtigkeit. Sondern es entspricht dem Kriterium des Lenkrades und der Windschutzscheibe.

Wenn wir über Demokratie reden – und damit möchte ich noch ganz kurz zu dem kommen, wofür Straßen eigentlich da sind, nämlich für Straßenverkehr und für Kfz-Verkehr. Aber eben nicht nur. Denn es gibt auf Straßen, insbesondere auf Gemeindestraßen, auch andere Verkehrsteilnehmer und andere Bereiche, die diesen Verkehrsteilnehmern auch zugeordnet werden sollten. Und das geschieht eben nicht. Es gibt schon das demokratische Recht auf Individualverkehr. Da gebe ich der Kollegin Roth schon recht. Aber es gibt genauso das demokratische Recht auf Selbstversorgung, auf

Nahversorgung. Und dieses demokratische Recht ist durch die Verkehrs- und Raumplanung den Menschen schon lange genommen, die über kein Kfz verfügen. Das sollten wir uns, wenn wir über Demokratie diskutieren, schon auch vor Augen halten.

Ich darf einige Punkte herausgreifen, die mir ganz wesentlich erscheinen, wenn es um dieses Gesetz geht. Das Planen von Straßen. Straßen sind zu bauen und zu planen, oder sie sollen dem zu erwartenden Verkehr entsprechen. Da ist die erste schwere Crux in dieser Frage. Denn es geht nicht um den Verkehr, der irgendwann einmal prognostiziert wird. Und wir wissen alle, und die B 301 spricht ja hier eine klare Sprache, obwohl sie natürlich nicht dieses Gesetz betrifft. Es geht nicht um den zu erwartenden Verkehr. *(Abg. Roth: Der ist ja jetzt schon da! 30.000 Fahrzeuge!)*

Das ist schon richtig. Aber es soll in diesem Gesetz, ich rede von diesem Gesetz, es soll nicht um den zu erwartenden Verkehr gehen. Denn Prognosen orientieren sich meistens daran, was für Straßenwünsche man hat. Es ist die alte Henne-oder-Ei-Frage. Und die ist mittlerweile klar beantwortet. Das soll ja auch Sinn unseres Fachgespräches sein, dieser Frage nachzugehen und sie zu beantworten. Diese Frage ist geklärt: Die Straßen machen den Verkehr und nicht umgekehrt. Daher sollte hier in diesem Gesetz enthalten sein, nicht den zu erwartenden Verkehr, sondern den zu bewältigenden Verkehr. Es geht darum, daß Straßen den Verkehr, der da ist, bewältigen. Aber nicht daß sie, indem sie auf zukünftige Prognosen ausgerichtet sind, schon zusätzlichen Verkehr wieder anziehen und bewirken. Das ist eine alte verkehrspolitische, straßenverkehrspolitische Diskussion, in der wir diesen Standpunkt vertreten. *(Abg. Schimanek: Da brauchen Sie aber den Eisernen Vorhang, daß ja keiner 'rüberkommt!)*

Nein, das hat mit dem Eisernen Vorhang, Kollege Schimanek, das hat mit dem Eisernen Vorhang überhaupt nichts zu tun! Es geht darum, wofür wird geplant? Wird für zukünftige Prognosen geplant, die dann meistens schon Wunschvorstellungen sind oder wird dafür geplant, daß ein Gesetz dem Kriterium der Verkehrsgerechtigkeit und der Verkehrsvermeidung entspricht. Das ist der Unterschied. Und dem Kriterium der Verkehrsvermeidung entspricht dieses Gesetz in keiner Weise. Und der § 9 Abs.1 zeigt dies in seinem Text. Alle Verkehrsteilnehmer sollten Straßen gleichermaßen nützen. Auch das sollte in die Planung mit einbezogen werden. Ich denke an Fußgänger, ich denke an Radfahrer. Auch hier ist die Frage der Seniorengerechtigkeit ganz besonders wichtig.

Schutz der Nachbarn - § 10. Da geht es eigentlich nur um andere Grundstücke. Da geht es niemals um das Grundstück des Straßenbauers, des Straßenerhalters. Die Lärmschutzfenster sollen sich die Leute dort einbauen wo sie sind. Aber der Bereich der Lärmschutzwände, der Bereich von Grüngürteln und vieles andere, Möglichkeiten des Nachbarnschutzes auf dem Grund, auf dem die Straße errichtet wird, das soll – und so steht es auch in den Erläuterungen – nicht berücksichtigt werden. Und das halten wir für eine gewisse Ungleichheit, die wir nicht richtig finden. *(Abg. Jahrmann: Das ist eine rein technische Frage bitte!)* Ich glaube tatsächlich, daß man hier einiges viel viel besser machen könnte.

Enteignungen zugunsten des Straßenbaues. Ein bißchen scheint mir dieser Paragraph so zu sein, als leben wir in einer Zeit des Straßenmangels und nicht in einer Zeit des Mangels an unberührter Natur. Aber sei's drum. Es kann sogar heute noch, obwohl es in unserem infrastrukturell hoch erschlossenen Land kaum der Fall sein sollte, aber es könnte sogar heute noch die Möglichkeit eintreten, daß eine Enteignung auf Grund gewisser Umstände notwendig ist. Das wollen wir nicht absprechen, das könnte sein. Wir wollen diesen Paragraphen nicht zur Gänze hinausreklamieren. Aber es geht uns darum, daß hier nicht einmal klare Kriterien formuliert sind, wann denn eigentlich eine Enteignung gerechtfertigt ist. Das ist sehr sehr sorglos abgehandelt, meiner Ansicht nach. Und es war auch einer Intervention der Ingenieurskammer zu verdanken, daß zumindest einige Bestimmungen noch hineingekommen sind gegenüber dem ursprünglichen Entwurf. Es müßte die zwingende Notwendigkeit gegeben sein um Enteignungen durchführen zu können. Und das müßte dem Gesetz gemäß in einigen entsprechenden Kriterien auch festgeschrieben sein. Die Wirtschaftlichkeit als Kriterium allein wird wahrscheinlich zu wenig sein.

Wenn man die vermögensrechtlichen Nachteile ansieht und wenn man den Wert ansieht, der dann für die Entschädigungszahlungen herangezogen wird, dann frage ich Sie schon, ob es in unserer heutigen Zeit notwendig und sinnvoll ist, daß man sozusagen den Verkehrswert ablöst, aber alles, was jemand etwa in dreißigjähriger Zeit, indem er ein Haus mit eigenen Händen aufgebaut hat, sehr viel Idealismus, sehr viel Liebe da hineingesteckt hat und jetzt entschädigt wird, daß keinerlei – wie sagt man – Wert der besonderen Vorliebe nicht ersetzt wird. Ich halte das hier in diesem Zusammenhang für nicht richtig. Hier könnte man andere, menschlichere, humanere, vernünftigeren Regelungen finden und treffen.

Die Investition nach der Widmung, die nicht abgegolten wird, auch das halte ich für einen wesentlichen Mangel, meine sehr geehrten Damen und Herren. Denn was ist denn, wenn ein Straßenprojekt jahrelang geplant wird und diese Widmung jahrelang besteht? Kann ich dann mein Dach nicht mehr herrichten, wenn es mir hereinregnet, weil mir die Investition nicht abgegolten wird? Wie ist das denn zu verstehen? Sollen hier Slums entstehen am Rand von gewidmeten Gebieten, weil die Leute hier jahrelang nichts mehr investieren können, weil sie es nicht abgegolten bekommen? Dieser Gesetzestext läßt in dieser Frage sehr sehr vieles offen und kann in keinsten Weise unsere Zustimmung finden.

Und auch was die Möglichkeiten der Berufung gegen den Bescheid der Landesregierung betrifft, die klarerweise das festlegt, meinen wir, daß es nicht nur um die Neufestsetzung der Entschädigungen gehen kann, sondern auch grundsätzlich darum gehen muß, war diese Entscheidung der Landesregierung richtig? Es muß doch genauso die Möglichkeit im Gesetz vorgesehen sein, daß eine Entscheidung einer Behörde, also der Landesregierung, ganz einfach falsch war. Oder von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist. Und daß sie daher anfechtbar ist. Und daß eine Enteignung nicht durchgeführt wird, wenn beispielsweise ein Gericht oder eine andere Institution draufkommt, daß das eben nicht rechtens war. All das wird in diesem Gesetz nicht berücksichtigt.

Zur Frage der Bewilligung: Hier erscheint mir beim Antrag und bei den Planungsunterlagen ein wesentlicher Mangel zu sein. Es ist ja vorhin im § 11 die Rede von der Wirtschaftlichkeit gewesen bei der Enteignung. Jetzt, meinen wir, sollte die Wirtschaftlichkeit auch hier in diesem Paragraphen bezüglich der Bewilligung angeführt sein. Und zwar in Form einer Kosten-Nutzenrechnung. Es sollte auch nicht nur die ökologische Frage gestellt werden, sondern auch die ökonomische Frage, rentiert sich denn ein Straßenbauvorhaben überhaupt? Das wäre ganz bestimmt sinnvoll. Nicht nur bei Bundesstraßen. Wiewohl wir schon zugestehen möchten, daß eine UVP natürlich keine Kosten-Nutzenrechnung ist. Aber so eine Kosten-Nutzenrechnung sollte, zumindest bei Landesstraßen, auf alle Fälle auch durchgeführt werden.

Auch die Frage der zur Verhandlung zu ladenden Parteien, Nachbarn oder Anrainer, Personen ist nicht zu unserer Zufriedenheit gelöst. Wir meinen, daß ein Straßenprojekt weiter wirkt als nur bis zum unmittelbaren Nachbarn. Das heißt, man müßte sich hier vielleicht an der Gewerbeordnung orientieren und nicht nur die unmittelbaren Nach-

barn einladen. Und überdies ist es unverständlich, daß man zwar bei Landesstraßen zur Verhandlung die Umweltschutzbehörde einlädt, aber bei Gemeindestraßen nicht etwa die Umweltgemeinderäte oder einen Umweltgemeinderat, um hier eine gewisse Gleichheit zu schaffen. Das hat so, vielleicht, ich weiß es nicht, vielleicht hat das den Hintergrund, daß man sich denkt, naja, kleine Straßen, wird schon nicht so tragisch sein. Wir glauben das nicht. Denn das sind immerhin doch enorme Investitionsvolumina. Und wir haben gesehen, wie schwer man sich tut, im öffentlichen Verkehr zu investieren und wie leicht man sich immer wieder tut, im Straßenverkehr zu investieren. Das heißt, hier sollte vielleicht auch eine gewisse Gleichheit geschaffen werden.

Und dann ist die Frage der Parteien, die auch unbefriedigend gelöst wird. Denn es sind eben nicht nur Nachbarn, sondern es sind eben auch Luft- und Lärmanrainer, die durch eine Straße belästigt werden können und die dann subjektive Rechte auch einbringen können. Und wenn wir schon bei den subjektiv-öffentlichen Rechten sind, dann sehe ich da eine wesentliche Crux in diesem Gesetz. Daß man sich hier an der Bauordnung orientiert, an Dingen, die bei einem Straßenbau überhaupt keine Rolle spielen. Oder haben Sie schon einmal eine Straße gesehen, die Ihnen die Belichtung der Hauptfenster nimmt, wie hier als subjektiv-öffentliches Recht angegeben ist? Was ist denn das für ein subjektiv-öffentliches Recht? Ja, wenn man eine Lärmschutzwand baut vielleicht. Aber doch nicht das Straßenbauvorhaben! (*Abg. Jahrmann: In Dammlage, Herr Kollege! In Dammlage!*) Ja, vielleicht in Dammlage, kann schon sein. Aber das ist doch nicht das alleinige Kriterium. Warum sind hier nicht subjektiv-öffentliche Rechte bezüglich Abgasbelastung drinnen? Warum nicht bezüglich Lärmbelastung? Warum nicht bezüglich Wertverlust von naheliegenden Grundstücken? Die verlieren doch an Wert. Oder würden Sie so ein Grundstück kaufen? Wahrscheinlich nicht. Warum nicht der Verlust an Lebensqualität? Statt dessen hat man drinnen die Gewährleistung eines bestehenden Zustandes, die Standsicherheit und die Trockenheit. Als wäre das ein wesentliches Kriterium. Das sind Nebenkriterien, die hier angeführt sind. Die Hauptkriterien sind hier ganz einfach nicht angeführt.

Abschließend darf ich verweisen, das war eigentlich ursprünglich meine Anspielung, Herr Präsident, meine Damen und Herren, warum ich noch gerne dem Herrn Landeshauptmann etwas gesagt hätte oder geantwortet hätte auf etwas, was er vergangenen Sonntag gesagt hat: Wir finden in § 20 Abs.5 bei den Übergangsbe-

stimmungen die provisorische Bundesstraße nächst Gloggnitz bis zur Landesgrenze auf den Semmering hinaus. Die wird jetzt als Landesstraße geführt nach dem Bau der Semmering-Schnellstraße und nach dem S6-Vollausbau. Und es ist ja hochinteressant, was sich hier in den vergangenen Tagen abgespielt hat. Der Semmering, eine der wertvollsten Kulturlandschaften unseres Landes, vielleicht sogar ganz Europas, und die Semmeringbahn wurden zum Weltkulturerbe erklärt. Eine großartige Sache mit viel, viel Bemühung der Alliance for Nature, mit einer sehr, sehr guten Veranstaltungsreihe und einer sehr, sehr guten Veranstaltung, wo dem Semmeringer Bürgermeister diese Ehrung zuteil wurde. Und ich habe mir dort sehr sehr genau angehört, was der Herr Landeshauptmann gesagt hat. Er hat diese Region völlig zu Recht mit einer entsprechenden Bedeutung versehen. Er hat ihr die entsprechende ökologische Bedeutung beigemessen. Ganz so, wie ich es auch meine. Und er hat dort etwas gesagt, woran ich ihn gerne erinnert hätte. Er hat wörtlich gemeint: Hände weg von allem, was nur in irgend einer Weise in dieses Ambiente eingreift. Gemeint war natürlich der Basistunnel, das war klar. Und hier greife ich noch einmal die Doppelbödigkeit in der Landespolitik auf, was den Semmering und diese Verkehrsvorhaben betrifft.

Auf der einen Seite will man mit allen möglichen Mitteln einen Tunnel verhindern, das trifft unsere Zustimmung durchaus. Auf der anderen Seite macht man genau das Gegenteil von dem, was der Herr Landeshauptmann hier letzten Sonntag gesagt hat. Im selben Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgebiet, mit demselben Naturschutzgesetz, mit ökologisch ähnlichen Eingriffen, beim Gewässer weniger, dafür beim Erdaushub und vor allem, was die Abgase betrifft und Folgeerscheinungen dafür viel, viel mehr, macht man hier genau das Gegenteil von dem, was der Herr Landeshauptmann gesagt hat. Man greift in massivster Weise in dieses hochsensible Ambiente ein. Und es ist es mir wert, anlässlich dieses § 20 Abs.5 noch einmal darauf hinzuweisen, daß man hier mit einer Doppelbödigkeit agiert, die wir nicht goutieren. Wir meinen, entweder gleich oder eben ungleich. Beides wird sich nicht vereinbaren lassen. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Rupp das Wort.

Abg. RUPP (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Bevor ich zu meinen Ausführungen komme über das NÖ Straßengesetz 1999 möchte ich kurz, Mag. Fasan, auf Deine Wortmeldung eingehen. Du hast ganz genau angesprochen, daß

zum Beispiel bei den Planungen von Landes-, Gemeinde- oder Bundesstraßen Dir einiges fehlt. Der Lärmschutz wurde zu wenig beschrieben oder die Enteignung. Ich glaube, vom Innersten her – und die Praxis hat es uns in den letzten Jahren gezeigt – geht es nicht alleine um den Lärmschutz und die Enteignung, sondern ich glaube, es geht ja mehr darum, überhaupt den Straßenbau zu verhindern. Wir haben aber im Tagesordnungspunkt davor gesehen, was wir für eine Steigerung im Verkehr haben. Und ich glaube, wir alle spüren tagtäglich, daß es notwendig ist, bestimmte Straßenzüge auszubauen. Und gestatte mir nur einen Vergleich herzustellen. Ich glaube, wie das erste Mal der Vollausbau der S33 zwischen Krems und St. Pölten besprochen worden ist, war natürlich auch die Folgediskussion, daß die notwendige Brücke über die Donau errichtet wird bei Traismauer-Wagram in nördlicher Richtung bis Anschluß B3. Und es war Deine Kollegin, die Frau Mag. Weininger, die von allen Parteien, die im Landtag vertreten waren, die Meinung vertreten hat, die Straße ist nicht notwendig, die Brücke ist nicht notwendig. Und ich glaube, alle anderen haben auf Grund der Verkehrssicherheit, auf Grund der Verkehrssteigerung, auf Grund der Wirtschaftlichkeit gesehen, daß dieser Straßenzugvollausbau notwendig ist. Auch die notwendigen Lärmschutzwände werden verlangt. Aber auch der Brückenbau. Und wie zum ersten Mal einige Besitzer aufgeschrien haben, vielleicht aus finanziellen Gründen, um den Preis zu steigern, daß die nicht notwendig ist, war es sofort Eure Partei, die überhaupt das gesamte Straßenprojekt verurteilt hat. Ich glaube, man müßte so ehrlich sein und nicht sagen, der Lärmschutz ist nicht angezogen im Gesetz und die Enteignung ist nicht genau beschrieben worden, sondern Ihr seid immer gegen den Ausbau notwendiger Straßen!

Somit möchte ich überleiten, meine Damen und Herren, auf das neue Straßengesetz. Eines ist sicher richtig, das möchte ich auch von meiner Seite und von unserer Fraktion sagen, daß im Motivenbericht vom 23. Juni 1998 wirklich gute Zielsetzungen drinnen waren für das neue Straßengesetz, daß aber leider vieles davon nicht verwirklicht werden konnte. Und ich möchte nur auf einige Punkte kurz eingehen.

Das neue Straßengesetz beinhaltet 21 Paragraphen statt vormals 37. Und es sind dennoch sehr viele Änderungswünsche untergebracht. Wie Du gesagt hast, Herr Abgeordneter, es entspricht dem modernen Organisationsgesetz in bezug auf Vereinfachung, Übersichtlichkeit, Verständlichkeit, Effizienz und Vollziehbarkeit. Es ist bemerkenswert, daß es eine Wiederholung von Bestimmungen anderer Gesetze gibt um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden.

Die Erlassung von Bausperren ist im NÖ Raumordnungsgesetz 1976 und in der NÖ Bauordnung 1996 geregelt und konnte daher entfallen. Zahlreiche Gesetzesänderungen, zum Beispiel über Enteignungen, die im Motivenbericht enthalten waren, wie die Verordnung über Gemeindestraßen oder Wasserableitungen auf Straßengrund oder die Bestimmungen über Notstandsmaßnahmen bei Elementarereignissen oder die Wintersperren von Gemeindestraßen, die jetzt auch durch Verfügung der Gemeinde getroffen werden, bringen ebenfalls eine Vereinfachung.

Ich möchte aber auch auf die finanziellen Auswirkungen des neuen Gesetzes eingehen. Auf Grund der Einwendungen der beiden Gemeindevertreterverbände wurde ein Amtsentwurf dem Landtag vorgelegt, bei dem das Land die gesamten Grundaufbringungskosten zu tragen gehabt hätte. Im Motivenbericht vom Juni 1998. Für die Gemeinden wäre das sicherlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine großartige Erleichterung gewesen. Weil wir wissen, daß auch der ständige Ausbau und die Sanierung der Gemeindestraßen sehr viel Geld kostet. Aber auch die Sanierung der Landesstraßen innerhalb der Ortsgebiete. Leider gibt es keine Änderung bei dem Grundankauf bei der Errichtung einer Landesstraße innerhalb des Ortsgebietes oder bei einer Umfahrung dieses Gebietes. Es war vorgeschlagen im Motivenbericht 1998, daß auch der Grundankauf innerhalb des Ortsgebietes oder bei Umfahrungsstraßen vom Land bezahlt werden soll. Oder zumindest ist versucht worden, daß ein Kompromiß herauskommt, daß zumindest 50 Prozent beim Grundankauf vom Land getragen werden. Die Kosten einer Mehrbreite bei einer Asphaltierung einer Landesstraße innerhalb des Ortsgebietes sowie der Errichtung von Nebenanlagen sind ebenfalls weiterhin von der Gemeinde zu tragen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, alle, die auch mit der Kommunalpolitik zu tun haben, werden mir recht geben, daß es laufend Sanierungen gibt auf Landesstraßen und daß auch die Gemeinden bemüht sind, wie schon erwähnt, ein schönes Ortsbild zu erreichen. Daß eben an Landesstraßen innerhalb des Ortsgebietes Nebenanlagen wie Autoabstellplätze, Grüninseln, Bauminseln geschaffen werden und das sicherlich noch einmal ein schönes Ortsbild darstellt. Und da war man eben der Meinung bei den gesamten Vorverhandlungen, daß auch die Gemeinde zu diesen finanziellen Mitteln einen Beitrag leistet. Es konnte aber nun ein anderer Kompromiß erzielt werden und gefunden werden. Die Begründung von seiten des Landes auf Grund des Verfassungsgerichtshof-Erkenntnisses, und da wurde im Motivenbericht ein Beispiel

angeführt vom Land Oberösterreich, wo es natürlich auch einen Verkehrsverbund gibt, wo argumentiert wird, daß die Kosten durch das Verfassungsgerichtshof-Erkenntnis nur von den Gemeinden getragen werden könnten, diese Argumentation scheint für mich jedenfalls nicht schlüssig, da lediglich festgestellt wurde in diesem Erkenntnis, daß das Land Kosten übertragen kann. Keinesfalls wurde jedoch festgestellt, daß das Land die Kosten nicht tragen darf. Also da ist ein kleiner Widerspruch enthalten. Aber das war eben das Argument, daß man gesagt hat, daß innerhalb des Ortsgebietes oder bei Umfahrungsstraßen eben weiterhin die Gemeinden die Kosten zu tragen haben.

Die wesentliche positive Änderung im neuen Gesetz, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Schneeräumung auf Landesstraßen auch innerhalb des Ortsgebietes. Ich darf nur aus der Praxis sagen, und es wurde ja in den letzten Jahren auf Grund guter Zusammenarbeit zwischen Gemeinde- und Landesstraßenverwaltungen nicht überall mehr so durchgeführt, aber es war für die Bevölkerung unverständlich, wenn jetzt die Straßenräumung von der Landesstraßenverwaltung bei Beginn der Ortstafel den Schneepflug aufgehoben hat, durchgeführt ist, und am Ende, nach der Ortstafel, ihn wieder 'runtergesetzt hat. Und innerhalb des Ortsgebietes mußte die Gemeinde die Schneeräumung auf Landesstraßen vornehmen. Ich bin also froh, daß dieser Kompromiß jetzt zustande gekommen ist im neuen Gesetz, daß eben die Landesstraßenverwaltung mit der Schneeräumung auch durchfährt auf Landesstraßen innerhalb des Ortsgebietes. Wobei aber wieder ein kleiner Pferdefuß dabei ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, im neuen Gesetz, daß auf den Nebenanlagen die Schneeräumung von der Gemeinde durchgeführt wird, wenn es notwendig ist. Und wenn es notwendig ist, daß der Schnee auch abgeräumt wird, dann muß das ebenfalls von der Gemeinde durchgeführt oder bezahlt werden. Es ist so, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Zum § 17 wurde ebenfalls von meinem Vordner kurz Stellung genommen. Das sind die Beitragsgemeinschaften zur Errichtung einer öffentlichen Straße, eines Güterweges oder einer Naturstraße, die überwiegend einen bestimmten Personenkreis von Benützern zur Verfügung steht. Dazu möchte ich ebenfalls aus der Praxis einiges sagen, meine Damen und Herren. Es hat ja in den letzten Jahren schon viele solche Beispiele gegeben, daß speziell auf Güterwegen die Landwirte und im besonderen die Jägerschaft gekommen ist und gesagt haben, bitte, da möchten wir ein allgemeines Fahrverbot haben und daß nur Anrainer die Straße benutzen dürfen. Da möchte ich jetzt auf

den Gleichheitsgrundsatz kommen, weil ich der Meinung bin, daß auch die Steuerträger, alle Steuerzahler einer Gemeinde und eines Landes dafür Mittel aufbringen. Aber die Straße, und bleiben wir bei der Benennung Güterweg, daß auch dieser Güterweg dann für bestimmte Verkehrsteilnehmer nicht benützt werden darf, die vielleicht wirklich nur im Jahr ein- oder zweimal diesen Weg benützen wollen. Ich sage ein plausibles Beispiel: Wenn sie vielleicht Schwammerl suchen fahren wollen in einen nahegelegenen Wald, dann dürfen sie die Straße nicht benützen. So ist es im Gesetz drinnen. Weil der Gesetzgeber, das sind wir, in dem Fall das Land, meint, wenn da nichts dazubezahlt wird, dann kann man auch diesen Weg nicht benützen. Und da ist meine persönliche Meinung, daß jeder Steuerzahler, der in den Steuertopf der Gemeinde einzahlt, und wenn heute schon so Beitragsgemeinschaften sind, und die Gemeinde mit Sicherheit den größeren Anteil dieser Beitragsgemeinschaft zahlt und den kleineren Anteil die Anrainer, die Grundbesitzer, dann bin ich der Meinung, es ist unheimlich schwer, wenn man diesen kleinen Prozentsatz, der vielleicht im Jahr ein- oder zweimal den Güterweg benützt, dann vom Befahren ausschließt.

Ansonsten, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe ich auch im Ausschuß schon zum Ausdruck gebracht, ist das NÖ Straßengesetz 1999 ein Kompromiß, ein tragbarer Kompromiß, daher auch der gemeinsame Antrag. Und ich darf zum Schluß mitteilen, daß die SPÖ-Fraktion diesem Antrag die Zustimmung geben wird. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Novelle des NÖ Landesstraßengesetzes, die wir heute zur Beschlußfassung hier vorliegen haben, ist sehr ausführlich vorbereitet worden. Mein Vorredner, Herr Kollege Rupp, hat bereits erwähnt, daß wir fast ein Jahr in verschiedenen Gremien und Ausschüssen dieses Thema behandelt haben. Es ist heute den Gemeindevertreterverbänden und auch der Straßenbauabteilung zu danken, daß wir diesen Kompromiß erzielen konnten und daß mit diesem Gesetz auch den Erfordernissen des modernen Straßenausbaues Rechnung getragen wird.

Und ich darf dem Herrn Mag. Fasan hier klar widersprechen: Dieses Gesetz entspricht den Erfordernissen eines neuen Straßensystems in Nie-

derösterreich. Es erfüllt die Erfordernisse in Richtung Sicherheitsbauten. Ich denke hier an die vielen Kreisverkehre, Beruhigungszonen, Zebrastreifen, die wir in den Gemeinden auch auf Landesstraßen in den letzten Jahren errichtet haben. Wir nehmen Rücksicht auf Fußgänger, auf Radfahrer und auf Anrainer.

Das, was Sie in Ihren Argumenten verlangen, ist der Aufbau von Bürokratismus. Das ist die Verhinderung von Straßenbauten, das ist die Verzögerung. Und Sie sprechen jenen das Wort, die mit ihrem Auto stundenlang im Stau stehen und damit Abgase verursachen und die Umwelt belasten. Wir können die Umwelt dann entsprechend entlasten, wenn wir dafür sorgen, daß auf unseren Straßen zügig, rasch gefahren werden kann und daß wir nicht zusätzliche Belastungen schaffen indem wir Parkplätze statt Straßen haben.

Das neue Gesetz hat für mich zwei wesentliche Punkte, auf die ich kurz eingehen möchte. Das eine wurde auch von meinem Vorredner bereits erwähnt, die neue Regelung bei der Grundeinlösung beim Bau von Landesstraßen. War es bisher üblich, daß die Gemeinden den gesamten Teil leisten mußten, so wird es in Hinkunft eine Kostenteilung geben. Eine Kostenteilung, die auf der einen Seite die Gemeinden entlastet und auf der anderen Seite natürlich - einen Zahler muß es geben - das Land Niederösterreich belasten wird. Schätzungen der Straßenbauabteilung gehen davon aus, daß wir jährlich vom Land Niederösterreich einen Betrag von drei bis fünf Millionen Schilling brauchen werden, um diese Leistungen erbringen zu können.

Der zweite Teil, und der wurde auch bereits angesprochen, ist das Thema der Schneeräumung und der Streuung im Ortsgebiet. Hier ist es sicherlich gelungen, damit auch die Gemeinden zu entlasten, daß wir eine gewisse Gefahrenzone eliminieren. Und zwar ist das immer im Bereich der Ortstafeln gewesen. Wenn die Gemeinde schneller war und die Landesstraßenverwaltung vielleicht noch nicht geräumt hatte oder umgekehrt, so sind die Autofahrer oft an diesen Stellen in kritische Situationen gekommen. Das wird in Hinkunft ausgeschlossen sein, weil der NÖ Straßendienst die Räumung sowohl im Ortsgebiet, als auch auf der Landesstraße durchführen wird. Damit verbunden ist natürlich auch, daß der NÖ Straßendienst in Zukunft für die Schneeräumung und für die Streuung in den Ortsdurchfahrten mehr Aufwand haben wird. Schätzungen gehen in die Richtung, daß das dem Land Niederösterreich in Zukunft ungefähr 15 Millionen mehr pro Jahr kosten wird. Ein Beitrag, den das Land Niederösterreich zur Entlastung der Gemeinden leistet. Die Gesamtlänge, die in den

Ortsdurchfahrten an Fahrstreckenkilometern in Zukunft von der Straßenabteilung übernommen wird, beträgt 5.200 Kilometer. Eine beträchtliche Menge, die in Zukunft von unserem NÖ Staßendienst zusätzlich geräumt werden muß.

Diese Übernahme einer Aufgabe durch den NÖ Staßendienst veranlaßt mich auch, einen Blick in den Abschlußbericht des Winterdienstes 1998/99 zu werfen. Und hier sieht man ganz interessante Zahlen und auch einige Fakten, die uns belegen, daß der NÖ Staßendienst wertvolle Beiträge zur Sicherheit auf Niederösterreichs Straßen leistet. Wir räumen und säubern 390 Kilometer Autobahnen und Schnellstraßen, über 3.000 Kilometer Bundesstraßen und über 10.000 Kilometer Landesstraßen. Das ist mit Abstand das größte Straßennetz eines Bundeslandes. Und auch die Kosten, die durch diese Maßnahmen entstehen, sind beträchtlich. So kostet zum Beispiel 1 Kilometer Räumung und Schneefreihaltung auf der Autobahn in einer Periode 35.000,- Schilling. Ein gewaltiger Betrag. Auf Landesstraßen ist der Betrag mit 16.000,- Schilling deutlich niedriger. An manchen Wintertagen sind bis zu 1.800 Dienstnehmer unserer 64 Straßenmeistereien im Einsatz. Wir merken das als Autofahrer oft ja erst etwas später. Wenn wir um 7.00 Uhr oder um 6.00 Uhr ins Auto steigen, dann sind die Straßen geräumt, gestreut und wir können uns ruhig zum Arbeitsplatz bewegen. Wir können unsere Einkaufsfahrten erledigen und können uns auf Niederösterreichs Straßen sicher bewegen.

Der Winter 1998/99 brachte doch wesentlich höhere Schneefälle. Wir haben in Summe in Niederösterreich im letzten Jahr 177 cm Neuschnee gehabt, das ist um etwa ein Drittel mehr als in den Jahren davor. Eine Menge, die auch einen beträchtlichen Aufwand erfordert. Knapp 700 Millionen Schilling mußten aufgewendet werden, um Niederösterreichs Straßen schneefrei zu halten, zu streuen und sie sicher für die Autofahrer zu gestalten. Ich darf an dieser Stelle allen Mitarbeitern der Straßenbauabteilungen sehr herzlich danken, die ihren Einsatz oft von frühmorgens bis spät in die Nacht leisten und damit uns Straßen bieten, die dem Verkehrsaufkommen Rechnung tragen.

Mit dem neuen Gesetz, das wir heute hier mit hoffentlich großer Zustimmung beschließen werden, ist auch eines gewährleistet: Beim Ausbau des Landesstraßensystems in Niederösterreich ist auch in Zukunft eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, insbesondere den Bürgermeistern, den Straßenbauabteilungen, den Straßenmeistereien notwendig. Und ich glaube, daß diese Zusammenarbeit und dieses Zusammenwirken auch gewährleistet, daß wir die Straßen relativ

billig bauen können. Es gelingt den engagierten Bürgermeistern sehr oft, bei den Grundeinlöseverhandlungen relativ günstige Tarife zu erzielen und damit dem Straßenbau in Niederösterreich auch finanzielle Hilfestellung zu geben. Und wenn wir diese enge Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Bürgermeistern und dem NÖ Landesstraßendienst aufrecht erhalten, dann werden wir mit diesem Gesetz sicherlich eine Voraussetzung schaffen, daß wir auch in Zukunft Straßen bauen können, die unseren Verkehrsteilnehmern entsprechende Sicherheit geben können. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Rupp.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Landesrat Mag. Stadler das Wort.

LR Mag. STADLER *(FPÖ)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Zunächst einmal, und das haben alle Vorredner bereits ausgeführt, ist dieses vorliegende NÖ Straßengesetz Verwaltungsvereinfachung. Und ich erinnere an die Wortmeldung des Kollegen Gabmann von heute Vormittag, der gemeint hat, daß man mit Deregulierung auch Anreiz zum Wirtschaftsstandort Niederösterreich schaffen kann. Das ist richtig. Das tun wir schon seit längerer Zeit.

Deregulierung und Verfahrensvereinfachungen sind Anliegen, die natürlich ein Land, einen Standort attraktiver machen können. Dazu gibt es ja auch den Verfahrensexpreß, der bereits erfolgreich in gewerblichen Verfahren eingeführt wird - das wird es auch im wasserrechtlichen Verfahren in Zukunft geben - wo zumindest über 80 Prozent oder deutlich über 80 Prozent der Verfahren in gewerberechtlichen Angelegenheiten bei den Bezirkshauptmannschaften innerhalb von drei Monaten abgewickelt werden. Auch ein im Haus laufendes Projekt, das sich Erhöhung der Gesamteffizienz in der Verwaltung nennt, soll dazu dienen, die öffentliche Verwaltung straffer, effizienter und effektiver zu machen.

Meine Damen und Herren! Das ist meinem Ressortvorgänger auch mit der NÖ Bauordnung gelungen. Und ich möchte allein die Bürgermeister Niederösterreichs zitieren, die gesagt haben, daß das ein Meilenstein, ein großes Ziel war, dieses umfangreiche Gesetzeswerk zu entbürokratisieren, die Kosten zu senken, raschere Erledigungen zu ermöglichen und damit dem Bürger einfach näher zu kommen. Weil die Verwaltung schlichtweg besser funktionieren soll. Daher habe ich kein Verständnis gehabt, meine Damen und Herren, insbesondere von der Österreichischen Volkspartei, daß man meinem Vorgänger seinerzeit, ich habe es schon in meiner Antrittsrede gesagt, vorgeworfen hat, er hätte einen „Saustall“ hinterlassen.

Ich habe mir mittlerweile sein Ressort angeschaut. Ich nehme die Beamten des Hauses ausdrücklich in Schutz. Es ist überhaupt kein Saustall vorzufinden gewesen. Sondern gerade diese Entbürokratisierung und die heute auch zur Beschlußfassung vorliegende Novelle zum Straßengesetz ist ein Beispiel dafür, daß die Zielsetzungen der Verwaltungsvereinfachung und der Entbürokratisierung in seinen Abteilungen besonders ernst genommen wurden. Und die Vorredner haben das ja eindrücklich auch dargetan: Wenn eine Novelle am Schluß mehr als ein Drittel weniger an Gesetzesstoff hat, wobei aber nur von Paragraphen gemessen ist, der Gesetzesstoff, der reduziert wurde, ist sogar noch umfangreicher, er ist etwa halbiert worden, dann kann man davon reden, daß das ein Deregulierungsbemühen war, das jedenfalls erfolgreich war.

Und, meine Damen und Herren, diese Maßnahmen der NÖ Landesregierung zur Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes sind das eine. Und, Herr Präsident, gestatten Sie mir, ein wenig zu extemporieren. Das ist das eine. Und das ist in der Tat etwas, was den Wirtschaftsstandort Niederösterreich attraktiver machen kann. Nur, meine Damen und Herren von ÖVP und SPÖ, nicht Sie hier herinnen werden darüber entscheiden, ob diese Maßnahmen irgendwann einmal durch Maßnahmen, die der Bund treffen wird, konterkariert werden und in ihrem Ergebnis sogar wahrscheinlich aufgehoben werden. Wenn es, meine Damen und Herren, zur Osterweiterung kommt - und das ist genauso ein Überlebenssthema wie die Frage des Atomkraftwerkes Temelin - wenn es zur Osterweiterung kommt, dann können wir hier Deregulieren wie wir wollen. Wir können den Wirtschaftsstandort Niederösterreich attraktiver machen wie wir wollen, es werden die Probleme über die Grenze importiert werden wenn es zu einer überhasteten und frühzeitigen Osterweiterung kommt, meine Damen und Herren. Das ist der Punkt! (*Unruhe im Hohen Hause.*) Daher ersuche ich, ich habe bei allen Vorrednern, bei allen Vorrednern vermißt die Sorge, daß diese Probleme an den NÖ Landesgrenzen nicht Halt machen können, so lange diese Länder ungehemmten Marktzutritt erwirken. (*Abg. Kautz: Wir sind Europäer! Ihr seid es, die verhindern wollen!*)

Wissen Sie, Sie sollten aufhören mit dem Mißverständnis, zu glauben, daß die Europäische Union Europa sei. Es ist bezeichnend, daß Sie dann Zustimmung heischend zur ÖVP blicken. Diese Zustimmung der Österreichischen Volkspartei, meine Damen und Herren, in der Frage ist nicht so sicher. Weil die Österreichische Volkspartei selber mittlerweile sehr viel kritischer mit dem Thema Osterweiterung umgeht als es die „Genossenschaft“ tut.

Meine Damen und Herren! Ihre Partei macht nur kritische Anmerkungen zur Osterweiterung, wenn es innerhalb von Gewerkschaftsseminaren geht. Innerhalb von Gewerkschaftsseminaren, da sind sie sich einig. Innerhalb von Gewerkschaftsseminaren da sind sie sich einig, daß der Zeitablauf zur Osterweiterung zwischen 2017 und 2045 stattfindet. Das ist eine Schulungsunterlage des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, nehme ich an. (*Abg. Keusch: Es geht um den Schutz des Arbeitsmarktes!*)

Ich extemporiere: Mit all diesen Maßnahmen und Deregulierung wird keine Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich auf Dauer zu erzielen sein, wenn Sie das alles auf der anderen Seite mit einer überhasteten Osterweiterung kaputt machen. Und die Arbeitskräfte des Landes haben ja auch nichts davon, wenn mittelfristig nach einer WIFO-Studie - und das bitte ist die vorsichtigste Variante des Grafen Walterskirchen - nach dieser WIFO-Studie 300.000 Arbeitskräfte bei einer Osterweiterung zu erwarten sind. Meine Damen und Herren, das ist der Punkt! Und daher habe ich mir erlaubt, diese Anmerkung heute in der Debatte über die Deregulierung anzubringen.

Ich komme zurück zum Landesstraßengesetz. Meine Damen und Herren! Die Vereinfachungen, die im Gesetz vorgesehen sind, insbesondere die verfahrensrechtlichen Vereinfachungen, sind von einem Abgeordneten kritisiert worden. Herr Abgeordneter Mag. Fasan, ich verstehe das nicht! Wenn man ein Gesetz verschlankt und es einfacher macht, ohne daß man Bestimmungen in das Gesetz aufnimmt, die schon in einem anderen Zusammenhang in anderen Gesetzen geregelt sind, die nämlich anzuwenden sind, dann kann man doch daraus, bitte, der Landesregierung, die dieses Gesetz vorgelegt hat, keinen Vorwurf machen.

(*Präsident Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.*)

Ich bringe Ihnen ein paar Beispiele. Sie haben bekrittelt, daß es hier Verfahrensbestimmungen gibt, die es nicht einmal mehr möglich machen, die Gerichte anzurufen oder daß sozusagen der Instanzenzug bei der Landesregierung ende. Herr Kollege, das ist ein Mißverständnis! Für dieses Verfahren nach dem Landesstraßengesetz sind natürlich die Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes anzuwenden. Und es ist jedem, der den Bescheid über die Errichtung einer Straße als betroffene Partei anfechten will, sei es Landesstraße oder Gemeindestraße, natürlich unbenommen, den Instanzenzug bis hinauf zum Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof zu wählen.

Verstehen Sie? Das brauche ich nicht extra in ein Gesetz hineinzuschreiben, wenn das nach dem Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz bereits geregelt ist. Die subjektiven öffentlichen Nachbarrechte werden Sie irgendwann begrenzen müssen. Sie werden nicht sagen können, die nächsten fünf Parzellen der Nachbarn am Rande eines Straßenprojektes sind auch noch Nachbarn und Partei im Sinne des Verfahrens. Irgendwann einmal werden Sie das begrenzen müssen. Daß natürlich die heute zeitgemäßen Überlegungen des Umweltschutzes und des Schutzes der Lebensinteressen der betroffenen Bürger auch Eingang finden, das geht ja schon aus dem Regulativ hervor, wo genau im § 9 - ich bitte Sie, mitzulesen - festgelegt ist, daß Straßenprojekte natürlich auch umweltverträglich sein müssen. Ich möchte gar nicht darauf eingehen, für welche Straßen genau dann auch das UVP-Verfahren anzuwenden ist und für welche nicht.

Und besonders grotesk - Herr Kollege, seien Sie mir nicht böse, wenn ich das so deutlich nenne, besonders grotesk ist der Vorwurf hinsichtlich des nicht vorhandenen Lärmschutzes im Straßengesetz. Der Lärmschutz ist erstmals, Lärmschutzbauten sind erstmals zum Straßenbegriff oder Straßenprojekt ausdrücklich genannt worden. Das heißt, wenn Sie vielleicht mitlesen wollen, Sie können im § 4 dieses Gesetzes nachlesen, daß Lärmschutzwände - sie sind hier nämlich ausdrücklich erwähnt - auch Teile des Straßenbauwerkes sind. Und dann zu sagen, wenn der Nachbar nicht einverstanden ist, dann gibt es keinen Lärmschutz, das verstehe ich überhaupt nicht. Denn, meine Damen und Herren und Herr Kollege Fasan, wenn der Nachbar... (*Abg. Mag. Fasan: Das verstehen Sie halt nicht!*)

Oja, ich habe es so verstanden. Und offensichtlich nicht nur ich. Wenn der Nachbar, Sie haben das kritisiert, wenn der Nachbar, der sozusagen der Nutznießer des Lärmschutzprojektes ist, diesen Lärmschutzbau aber nicht will, dann werde ich ihn wahrscheinlich gegen seinen Widerstand dort nicht hinstellen müssen. Dann werde ich ihn nicht errichten. Ist das logisch? Das ist nachvollziehbar. (*Abg. Mag. Fasan: Das habe ich nicht gesagt!*)

Daher glaube ich, meine Damen und Herren, daß dieses Gesetz den Versuch, und zwar den erfolgreichen Versuch gestartet hat, möglichst kurz, prägnant und einfach einen an sich komplizierten Sachverhalt zu regeln, nämlich den Bau von öffentlichen Straßen, wie das früher und in anderen Ländern durch wesentlich kompliziertere Bestimmungen geregelt ist. Die aber deswegen auch nicht effektiver sind. Das sei nur am Rande erwähnt.

Meine Damen und Herren und Herr Kollege Fasan! Das, was in Ihrer Rede herauskam, das hat auch mein Vorredner bereits erwähnt, das war die Philosophie, man müsse Straßenbau betreiben, um Verkehr zu verhindern. Das ist eine zulässige, legitime, in der Demokratie auch häufig vorfindbare Auffassung ideologischer Natur. Aber seien Sie mir nicht böse, das kann nicht Maxime für das Handeln öffentlicher Körperschaften sein. Wenn ich das Bedürfnis nach Verkehr akzeptiere und als solches dieses Bedürfnis in Rechnung stelle, dann werde ich Regelungen brauchen, um diesem Bedürfnis auch zu entsprechen und Straßen in irgend einer Form zu errichten. Und zwar in geordneten Bahnen. Nach Kriterien, die im Gesetz vorzufinden sind. Die Kriterien, die Sie genannt haben, diese Prinzipien sind allerdings dem Straßenrecht völlig fremd. Es gibt kein Kriterium der Abgasreduktion. Das Kriterium der Abgasreduktion ist vielleicht ein Kriterium, das ins Kfz-Recht gehört. Abgasreduktion können sie am Auto vornehmen. Aber ich habe noch nie erlebt, daß eine Straße Abgase produziert. Sondern die Autos produzieren sie, die auf den Straßen fahren, meine Damen und Herren. Daher müssen Sie das im Kfz-Recht regeln! (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*)

Sie haben genannt das Kriterium der Nahversorgung. Wenn Sie keine Straßen errichten in den Dörfern dieses Landes draußen, dann werden Sie dort auch keine Nahversorgung gewährleisten können. Weil dann die Leute keinerlei Lebensstandard mehr haben und die Orte ja regelrecht entsiedelt werden. Das heißt, gerade aus dem Grund der Nahversorgung, aus diesem Grunde ist es vernünftig, ein behutsames Straßenbaurecht zu haben, das auch versucht, die Ortsbildgestaltung und die örtlichen Gegebenheiten mit einzubeziehen bei der Beurteilung eines Straßenprojektes. Auch die von Ihnen weiter genannten Kriterien habe ich kaum nachvollziehen können. Vielleicht sind Sie in der Lage, sie zu verdeutlichen. Das Kriterium der Verkehrsvermeidung ist, wie gesagt, kein Kriterium des Straßenbaus. Sondern der Straßenbau hat dem Bedürfnis nach Verkehrsverbindungen Rechnung zu tragen und hat dieses Bedürfnis in einer Form zu regeln, daß die Anrainerrechte und die Bürgerrechte nicht unter die Räder kommen.

Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Die vom Ausschuß beschlossene Abänderung hinsichtlich der Kostentragung bei der Umfahrung von Gebieten bzw. von Landesstraßen im Ortsbereich, die findet meine ungeteilte Zustimmung. Ich habe es im Ausschuß schon erwähnt. Weil die Gemeinden nur mit dem Überling der Kosten belastet werden. Und

für sehr vernünftig halte ich auch die Regelung, die man in diesem Abänderungsantrag getroffen hat hinsichtlich der Förderung von Güterwegen, weil sie genau den Richtlinien beim Güterwegebau entspricht.

Ich möchte mich, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, abschließend bei den Mitarbeitern der zuständigen Fachabteilung bedanken. Es ist hier anwesend der zuständige Hofrat Dr. Wagner. Ich darf ihn bitten, meinen Dank seiner Abteilung auszurichten. Es ist dies der Weg, den die Landesverwaltung aktiv unterstützt. Es ist der Weg der Deregulierung, der Vereinfachung und der Entbürokratisierung. Und wenn so etwas selbst aus der Verwaltung kommt, dann, glaube ich, ist der Verwaltung auch Anerkennung zu zollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Er verzichtet. Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Bau-Ausschusses:)* Danke. Gegenstimmen? Ich stelle fest, mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung Grüne.)*

Ich ersuche nun Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek, die Verhandlungen zu **Ltg. 252/V-11/4** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich berichte zur Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Regelung der Verwendbarkeit von Bauprodukten.

Mit der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen haben die Bundesländer für ihren Zuständigkeitsbereich die Bauproduktenrichtlinie der Europäischen Union (89/106/EWG) umgesetzt. Die Vereinbarung wurde von den Landeshauptleuten bei der Landeshauptmännerkonferenz am 20. Mai 1998 in Salzburg unterfertigt. Den Anhang zur Vereinbarung haben die Landeshauptleute nach Übermittlung durch die Verbindungsstelle der Bundesländer einzeln unterfertigt. Die diesbezügliche beglaubigte Abschrift wurde von der Verbindungsstelle übermittelt. Im

Namen des Bau-Ausschusses stelle ich den Antrag betreffend die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Regelung der Verwendbarkeit von Bauprodukten *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Regelung der Verwendbarkeit von Bauprodukten wird genehmigt.“

Herr Präsident! Ich darf ersuchen, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher sofort zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Bau-Ausschusses:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Ich stelle fest, einstimmig angenommen!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Ing. Hofbauer, die Verhandlungen zu **Ltg. 249/L-13** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Hoher Landtag! Ich berichte über die Änderung des NÖ Landwirtschaftlichen Schulgesetzes.

Das Schulzeitgesetz, BGBl.Nr. 45/1998 wurde geändert. Darin ist insbesondere der Beginn der Semesterferien geregelt. Weiters sind in diesem Gesetz Änderungen beim Eintritt in die Schule bzw. im polytechnischen Bereich vorgesehen. Weiters ist in diesem Gesetz auch berücksichtigt, daß es im Rahmen des Konsultationsmechanismus zu keiner Belastung des Landes Niederösterreich kommt. Ich darf daher im Auftrag des Landwirtschafts-Ausschusses den Antrag stellen *(liest:)*

„Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Landwirtschaftlichen Schulgesetzes.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Landwirtschaftlichen Schulgesetzes wird genehmigt.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER (*Grüne*): Herr Präsident! Hoher Landtag! Nach den etwas weit gen Osten und ins Grundsätzliche abschweifende Ex-temperationen des letzten Debattenredners und ohne zu wissen oder auch nur zu ahnen, wohin der Redner nach mir, der Herr Abgeordnete Waldhäusl uns führen wird, darf es jetzt wieder meine Rolle sein, zum Gesetz zu sprechen und bei der sachlichen Ebene zu bleiben.

Mit dem vorliegenden Gesetz werden einige Anpassungen vorgenommen, einige Verbesserungen durchgeführt, die zu begrüßen sind. Wir werden dieser Gesetzesänderung auch unsere Zustimmung erteilen. Ich habe aber zu vier Punkten eine kleine, auch mündliche Anmerkung mit einem Frühwarnsystem an einem Punkt, das sich jetzt nicht auf das Frühwarnsystem, das im Gesetz eingeführt wird, bezieht. Dieses Frühwarnsystem im Gesetz ist also eine Möglichkeit, nicht erst sechs Wochen vor Semesterende des zweiten Halbjahres auf einen möglicherweise negativen Abschluß in einem Fach hingewiesen zu werden. Das ist eine sehr begrüßenswerte Verbesserung. Ich denke, es ist aber auch an anderer Stelle notwendig, vorsichtig und mit viel Aufmerksamkeit zu verfolgen, wie sich die Dinge hier verändern werden.

Der erste Punkt: Wir haben eine Veränderung vorgenommen, oder wir werden das heute beschließen, die von einer ständigen Beobachtung der Mitarbeit der Schülerinnen und Schüler umstellt zu einer Feststellung der Mitarbeit. Ich hoffe, daß dahinter nicht eine Resignation der Lehrer- und Lehrerinnenschaft steht, die sich darauf beschränkt, die Tatsache, daß überhaupt mitgearbeitet wird, festzustellen und nicht mehr die Qualität der Mitarbeit zu untersuchen. Ich denke, wir sollten hier in einem angemessenen Zeitraum überprüfen, ob es zu Veränderungen oder zu Auswirkungen geführt hat, die wir vielleicht nicht wünschenswert finden, um allenfalls das noch einmal zu ändern.

Ein zweiter Punkt, dem man zwar in dieser Form zustimmen kann, wo ich aber doch denke, es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß gerade die neueren Forschungen unter Umständen und je nach Entwicklung der Dinge in der Schule auch in eine andere Richtung gehen könnten, ist jener, daß mit dem vorliegenden Entwurf für die Abänderung die Möglichkeit, reine Buben- oder reine Mädchenklassen zu schaffen, abgeschafft wird. Argumentiert wird damit, daß das heutzutage nicht mehr erforderlich wäre solche Klassen zu führen. Dem gegen-

über steht aber eine andere Beobachtung. Nämlich daß in manchen Fällen in gemischten Klassen immer wieder die Buben sehr stark dominieren auf Kosten der Mädchen. Daß man daher in manchen Schulversuchen, insbesondere derzeit im Amerikanischen Raum aus der feministischen Pädagogik bereits wieder dazu übergeht, in besonderen Situationen oder in manchen Fächern reine Mädchenklassen und reine Bubenklassen über einen bestimmten Zeitraum zu führen, um diese nachteiligen Effekte für Mädchen auszugleichen und sie besonders zu fördern wie etwa in naturwissenschaftlichen Fächern, wo auch eine unbewußte Bevorzugung seitens der Lehrerschaft - ohne böse Absicht, also eine wirklich unbewußte - für Buben machmal herauskommen kann. Also ich denke, das ist ein zweiter Punkt, wo wir mit großem Interesse und Sorgsamkeit verfolgen sollen, wie sich die Dinge entwickeln und allenfalls eine Adaption wieder vornehmen müssen.

Der dritte und letzte Punkt, der allerdings meine größte Sorge ist, ist die Lockerung des Werbeverbotes. An sich würden wir gerne die Auffassung vertreten, daß die Erhaltung und der zeitgemäße Betrieb und die Ausstattung einer Schule eine Aufgabe des Staates sein soll und sein muß. Allerdings, wenn ich mir die Praxis anschau, wie sich das für die Schulen niederschlägt, ist das eine Forderung, die aufrechtzuerhalten ich mir praktischerweise schwer tue. Daher können wir sehr wohl einer Lockerung, einer behutsamen Lockerung des Werbeverbotes dort zustimmen, wo es damit Verbesserungen für die Schulen und damit für die Schülerinnen und Schüler gibt. Etwa dadurch, daß sie damit wirklich eine moderne PC-Ausstattung oder andere Einrichtungen zur Verfügung gestellt bekommen. Ich glaube, daß es aber einen Bereich insbesondere im landwirtschaftlichen Schulwesen gibt, der besonders sensibel ist und wo wir achten müssen, daß hier keine Werbung dafür an den landwirtschaftlichen Schulen gemacht wird, das ist die Anwendung der Gentechnik.

In Niederösterreich gibt es eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Es gibt in manchen Regionen, wie dem Waldviertel, ein klares Bekenntnis zu einer Ökoregion und zu einer Nutzung der Marktnische von gesunden Produkten mit einer klaren Absage an die Gentechnik. Es sind aber genau hier finanzstarke Unternehmen, die durchaus Interesse haben und haben können, mit ihrer Werbung in die Ausbildung an die Schulen zu kommen. Und ich denke, das kann nicht im Interesse des landwirtschaftlichen Schulsektors sein, daß hier ohne eine dezidierte Politik, die in die Richtung geht, wir wollen unbedingt die Gentechnik - und ich bin überzeugt, daß wir das alle gemeinsam nicht wollen - daß sich

hier eine Verschiebung oder eine Akzentverlagerung über die Werbung in den Schulen einstellt.

Das heißt, wir stimmen dieser Lockerung des Werbeverbotes unter der Prämisse zu, daß es nicht zu einer Werbung für gentechnische Verfahren und gentechnische Produkte durch Firmen an den Schulen kommt. Und wir werden das von unserer Seite sehr aufmerksam verfolgen und gegebenenfalls Mißstände oder Verstöße gegen dieses von uns gewünschte Werbeverbot sehr aufmerksam aufzeigen. Das wars auch schon zum Schulgesetz. Und im übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. WALDHÄUSL (FPÖ): Werter Herr Präsident! Hohes Haus! Nachdem ich schon angekündigt worden bin, werde ich auch gleich das Wort ergreifen. Ich gehöre wahrscheinlich zu den einzigen hier in dem Haus, der einen Ankündigungskollegen hat oder eine –kollegin in diesem Falle. Freut mich sehr, ich bedanke mich bei meiner Waldviertler Kollegin dafür, gehe aber auf das andere nicht ein, was sie gesprochen hat. Ich glaube, das wesentliche war wirklich die Ankündigung meiner Rede!

In dieser Änderung des NÖ Landwirtschaftlichen Schulgesetzes ist außer der Änderung, wo der Beginn der Semesterferien um eine Woche verlegt werden kann, auch einiges andere enthalten. Einige Veränderungen, jedoch auch einige Verbesserungen.

Es ist unter anderem jetzt nicht mehr möglich, eine Aufnahme in die Klasse einer schulpflichteretzenden Fachschule ab dem 1. Jänner zu verbringen. Das heißt, es ist nicht mehr zulässig, während dieses Unterrichtsjahres hier einen Wechsel vorzunehmen. Eine weitere Änderung ist die Festlegung der Mitarbeit der Schüler im Unterricht. Anstelle der ständigen Beobachtung der Mitarbeit im Unterricht ist hier ein anderer Wortlaut gewählt worden. Ob das so sinnvoll ist, das möge jeder selbst feststellen und interpretieren.

Eine wesentliche Sache und eine positive Veränderung, meine werten Kollegen, ist sicherlich die Verständigungspflicht. Hier wurde bei Gefahr eines Nicht Genügend in einem Pflichtgegenstand der Passus eingebaut, daß jetzt nicht mehr sechs Wochen vor Ende des Unterrichtsjahres eine weitreichende Information an den Erziehungsberechtigten zu erfolgen hat, sondern ein Frühwarnsystem

wurde eingerichtet und zwar ab Beginn des zweiten Semesters. Und das ist sicherlich nicht nur im Interesse der Eltern, der Erziehungsberechtigten, sondern vor allem auch im Interesse der Schüler.

Ein weiterer Änderungsansatz ist im § 40 vorhanden, wo auf Grund des neuen modularen Schulmodelles, das wir in Niederösterreich jetzt in den landwirtschaftlichen Schulen auf Grund der Schulorganisationsverordnung haben, hier auf Grund der Praxisdauer ja eine drei- und eine vierstufige schulpflichteretzende Fachschule möglich ist. Müssen wir natürlich auch hier eine Änderung vornehmen. Und zwar, daß die Abschlußprüfung jetzt auch mit drei Jahren abgelegt werden kann, was bisher nur in der vierten Stufe möglich war. Das freut uns insbesondere, weil ja dieses module Schulsystem ja eigentlich Grundsätze unserer freiheitlichen Schulpolitik waren und auch gewährleistet hat, daß die Aufrechterhaltung sämtlicher landwirtschaftlicher Berufs- und Fachschulen das ermöglicht hat. Und das war ja schon eine freiheitliche Forderung, wo ich selbst noch gar nicht im Landtag war haben das meine Kollegen hier schon immer mit auch Unterstützung anderer politischer Gruppierungen, ich spreche hier speziell die SPÖ an, geschafft, daß sie hier wirklich im Interesse auch der Schüler, aber vor allem der Schulen positive Politik für dieses Land geleistet haben.

Eine weitere Änderung ist die Grundstufenabschlußprüfung. Da gibt es eine Begriffsänderung. Und der wesentlichste Inhalt dieses Gesetzesentwurfes, meine Damen und Herren, ist sicherlich die Lockerung des Werbeverbotes. Meine Vorrednerin hat ja hier angekündigt, daß sie da sehr viele Sorgen hat, daß im Bereich der Gentechnik hier Werbung an den Schulen stattfinden wird. In diesem Punkt muß ich sagen, stehen wir Freiheitlichen sicherlich auch auf dem Standpunkt, daß Gentechnik in Form von Werbung sicherlich in Schulen nichts verloren hat. Weil wir Freiheitlichen uns auch hier entschieden gegen Gentechnik aussprechen. Jedoch wird es nicht zu vermeiden sein, daß im Zuge von Schulunterrichtsstoff hier über Gentechnik gesprochen wird.

Soweit zu dem. Anders ist es natürlich bei genereller Werbung in dieser Berufsschule, wo ja die finanziellen Pflichten des Schulerhalters uneingeschränkt bleiben müssen, jedoch hier auf Grund dieser Lockerung eine gesetzliche Basis zur Kooperation mit der Wirtschaft eingegangen werden kann. Das hat natürlich sehr viele Vorteile, weil eben diese Werbung, und da gibt es ein paar Punkte, ob es jetzt die Zurverfügungstellung von Werbeflächen ist, über Inserate in Schulpublikationen bis zur Durchführung von Werbeaktionen und

vieles mehr, bis zur Zusammenarbeit in Projekten gibt es natürlich hier viele Vorteile. Der Schulerhalter kann hier sehr praxisnahen Unterricht betreiben und hat auch die Möglichkeit, daß er die Wirtschaft wirklich gut einbinden kann im Interesse des Unterrichtes. Daß natürlich hier vom Werbeverbot suchtähnliche Sachen, Alkohol, Drogen etc. ausgeschlossen sind, ist in Ordnung und soll auch so sein.

Im Ausschuß, meine verehrten Kollegen, habe ich den Abänderungsantrag gestellt, daß hier auch entschieden darauf hingewiesen werden sollte, daß die Werbung von politischen Parteien und deren Vorfeldorganisationen dezidiert ausgeschlossen werden sollte. Es wurde dieser Antrag abgelehnt mit der Begründung, daß es sowieso im Schulunterrichtsgesetz dieses Verbot gäbe. Ich möchte hier als Beispiel abschließend nur einen Fall erwähnen, der noch gar nicht lange zurückliegt. Und zwar habe ich das bei der letzten Landtagswahl erlebt in einem anderen Bereich, in keiner landwirtschaftlichen Berufsschule. Es geht hier um die Stadt Schrems. Hier hat in einer Berufsschule in einem anderen Bereich das dazu geführt, daß eine Partei Wahlwerbung betrieben hat. Sie hat im Eingangsbereich, dort, wo eigentlich die Werbeaktion nicht durchzuführen ist, ihr Wahlplakat angebracht. Da hat mich dann eine Lehrerin angerufen, die sicherlich nicht unserer Fraktion angehört, die aber sagt, das hat in einer Schule nichts verloren. Das Plakat ist leider Gottes zwei, drei Tage dort an der Wand gehängt. Und das zeigt schon, daß das möglich ist. Und wenn der Schulleiter hier nicht entschieden eingreift, daß dann eigentlich so etwas irgendwie doch stattfinden kann. Diese Werbung bei dieser Landtagswahl war dann letztendlich doch erfolgreich. Die Fraktion hat in Schrems dann ihr Mandat dort verloren, der Kollege sitzt jetzt nicht mehr im Landtag. Also hat es eigentlich auch wieder etwas für sich gehabt. Aber grundsätzlich, und eben jetzt wissen auch die Kollegen der SPÖ, um welche Fraktion es sich gedreht hat, die da plakatiert hat. Ich glaube, in diesem Sinne, daß wir alle gemeinsam das verhindern sollten. Gemeinsam schauen, daß diese Werbung nicht stattfindet. Selbstverständlich werden wir auf Grund der anderen entscheidenden Änderungen diesem Gesetz die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Honeder.

Abg. HONEDER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Landtagszahl 249/L-13, Änderung des NÖ Landwirtschaftlichen Schulgesetzes. Meine Vorred-

ner haben eigentlich schon sehr wichtige Punkte aus diesen Gesetzesänderungen Ihnen hier dargebracht. Ich glaube, das ist vor allem vor der Warte her notwendig. Wir haben das modulare Schulsystem im landwirtschaftlichen Schulwesen in Niederösterreich, das sehr sehr erfolgreich ist. Wo es eben darum geht, daß in den ersten beiden Jahren eine Grundausbildung durchgeführt wird und dann eine Spezialausbildung, je nachdem, zu der sich der Landwirt oder der junge Bauer eben hingezogen fühlt. Und das dritte Modul ist dann eben die landwirtschaftliche Meisterprüfung, die die Vorbereitung auf die Meisterprüfung beinhaltet.

Von dieser Überlegung her ist es notwendig, daß auch das landwirtschaftliche Schulgesetz entsprechend angepaßt wird. Daß es schlanker, effizienter wird, und daß man mit gewissen Anachronismen, die in diesem Schulgesetz enthalten sind, aufräumt. Es sind schon einige Dinge gesagt worden. Ich glaube, es kostet sicherlich dem Schulerhalter, dem Land Niederösterreich nicht mehr. Es gibt echte Verbesserungen für das Handling des Schulgesetzes im landwirtschaftlichen Schulbereich.

Wo gibt es Änderungen? In der Ziffer 3 des § 14 Abs.2. Da geht es um die Verlegungsmöglichkeit für die Semesterferien. Man wird das selbstverständlich nur dann tun, wenn das auch eine Hauptschule bzw. ein Gymnasium tut und wird das nicht im Alleingang machen. Ziffer 2 im § 10 Abs.1 betrifft die getrennte Errichtung von Schulen für Burschen und Mädchen, wie es die Frau Kollegin Weininger bereits angeführt hat. Ein Grund ist sicherlich der, daß heute bereits viele Mädchen als Betriebsführerinnen vorgesehen sind, die sehr wohl eine Burschenschule besuchen. Und ich glaube, die sind selbstbewußt genug um sich in der Burschenwelt entsprechend durchzusetzen. Es hat sich bereits bisher bestens bewährt und ist auch bisher nie angewandt worden, daß man hier getrennte Schulen für Burschen und Mädchen bzw. getrennte Klassen für Burschen und Mädchen führt.

In den Ziffern 11, 12, 13 und 14 des § 40a geht es eben um diese sogenannte Modularisierung, um die Anpassungsmöglichkeit. Es ist hier die Möglichkeit gegeben, wie der Kollege Waldhäusl gesagt hat, daß man bereits nach der dritten Schulstufe eine Abschlußprüfung ablegt. Und das ist dann wichtig, wenn ein junger Mensch sich in den gewerblichen Bereich hinein bewegen will. Das heißt, wenn er eine Lehre absolvieren will. Bisher war es nur nach der vierten Schulstufe notwendig oder möglich. Ab der vierten Schulstufe ist es selbstverständlich so, daß mit der Facharbeiterprüfung abgeschlossen wird. Es wird daher der Begriff

„Grundstufenabschlußprüfung“ durch „Grundausbildungsabschlußprüfung“ ersetzt.

In der Ziffer 4 im § 26 Abs.2 geht es um die Festlegung, daß ein Übertritt von einer schulpflicht- ersetzenden Schule in eine landwirtschaftliche Fachschule nach dem 1. Jänner nicht mehr möglich ist. Ich glaube, auch das ist aus pädagogischen Gründen entsprechend erklärbar. Und zwar deswegen: Wenn hier der Übertretende vier Monate mit dem Stoff hinten ist, dann ist das sicherlich aus pädagogischer Sicht nicht sehr sinnvoll.

In der Ziffer 5 geht es um die Eignungserklärung für Schulmittel, für Lehrmittel. Es war bisher so, daß in den neun Bundesländern es Schulbuchkommissionen gegeben hat, die ein Gutachten erstellt haben, ob ein Lehrmittel hier für den Unterricht tauglich bzw. zugelassen wird. Künftig wird es so sein, daß Niederösterreich die Eignungserklärungen anerkennt, wenn dies durch eine gemeinsame Schulbuchkommission, in der selbstverständlich auch ein Vertreter Niederösterreichs sitzt, anerkannt worden ist. Daß also auch Schulbücher und Lehrmittel, die andere Bundesländer anerkannt haben, von Niederösterreich selbstverständlich anerkannt werden.

Zu Ziffer 6 im § 36 Abs.1, das ist die Formulierung, die die Frau Kollegin Weinzinger schon genannt hat: Die ständige Beobachtung der Mitarbeit im Unterricht ist sicherlich auch ein Anachronismus. Das ist heute nicht mehr notwendig. Ständig beobachten muß man Kindergartenkinder, aber nicht Schüler, die 15, 16 Jahre alt sind. Und das ist durch die Formulierung ersetzt worden: Feststellung der Mitarbeit im Unterricht.

In der Ziffer 7 des § 37 Abs.4 geht es um das bekannte Frühwarnsystem. Bisher war es so, daß sechs Wochen vor dem Schulabschluß die Eltern informiert worden sind, wenn sich ein Schüler zielgerade auf ein Nicht Genügend zubewegt. Das ist jetzt nicht mehr so. Es ist notwendig und sicherlich eine Verbesserung, daß man hier am Beginn der Semesterferien, am Beginn des zweiten Halbjahres bereits die Eltern informiert, daß entsprechende Maßnahmen getroffen werden können; Nachhilfe bzw. andere. Ein Maßnahmenkatalog um das Nicht Genügend entsprechend verhindern zu können.

In der Ziffer 8 des § 37 Abs.6 ist erklärt, daß eigentlich dieses Frühwarnsystem keinen Rechtsanspruch darstellt. Wenn ein Schüler ein Nicht Genügend bekommt, so kann er nicht den Lehrer zur Verantwortung ziehen, wenn dieser ihn nicht entsprechend frühzeitig gewarnt hat. Der Lehrer kann eine Rüge bekommen. Aber es hat dies selbstver-

ständig keinen Bescheidcharakter, sondern nur einen Informationscharakter.

Zu Ziffer 9 und 10 im § 39 Abs.1 und § 40 Abs.2. Derzeit ist es so, daß in jeder Schulstufe das Verhalten des Schülers entsprechend zu benoten ist, das heißt, eine „Betragensnote“ in etwa im Zeugnis aufscheinen muß. In den Polytechnischen Schulen ist das nicht mehr so. Es wird auch im Landwirtschaftlichen Schulgesetz dieser Anachronismus abgeschafft. Es ist nicht sinnvoll, wenn speziell ältere Schüler, die bereits 30 und mehr Jahre alt sind, die auch landwirtschaftliche Schulen besuchen, daß man die noch mit einer „Betragensnote“ hier entsprechend beurteilt.

Ziffer 14 § 49 Abs.3: Das Werbeverbot an landwirtschaftlichen Schulen soll gelockert werden. Es ist selbstverständlich, daß man den Schulleitern die Möglichkeit geben soll, zusätzlich ein Körbergeld zu lukrieren. Es gibt sehr viele Möglichkeiten, den Schulen unter die Arme zu greifen. Vor allen Dingen ist es im PC-Bereich, im Computerbereich üblich, daß Firmen Computer zur Verfügung stellen um den Schülern entsprechende Lernmöglichkeiten zu geben. Im landwirtschaftlichen Schulbereich gibt es Versuchswirtschaften, wo in etwa 700 ha bewirtschaftet werden. Und da ist es selbstverständlich auch üblich, daß Maschinenfabriken ihre Produkte gratis zur Verfügung stellen und den Schülern die Möglichkeit geben, zu unterscheiden, welches Produkt ist gut, welches ist nicht gut. Selbstverständlich soll es dem Schulleiter überlassen werden, daß er entsprechendes Fingerspitzengefühl an den Tag legt, daß sich keine Firmen benachteiligt fühlen. Aber es ist sicherlich sinnvoll, daß man diese Möglichkeit eröffnet, daß das Land Niederösterreich selbstverständlich dem Schulleiter hier entsprechend hilft auch in finanzieller Hinsicht.

Bei der Ziffer 15 ist der letzte Satz eigentlich nur zu streichen, da dies im AVG ohnehin geregelt ist.

Ich glaube, die Schulen haben eine sehr sehr wichtige Aufgabe. Diese neue Gesetzgebung berechtigt oder ist dazu angetan, in den Schulen die Schul-Arbeit, die Ausbildungsarbeit entsprechend effizient zu gestalten. Ich glaube, sie haben eine sehr wichtige Aufgabe, die Schulen, für eine entsprechende Motivation der Schüler zu sorgen und auch das Selbstwertgefühl im landwirtschaftlichen Bereich entsprechend zu hegen.

Zur Frau Kollegin Mag. Weinzinger bzw. zur Gentechnik noch einen Satz. Ich glaube, es ist sicherlich so, daß an unseren Schulen naturnahe Produktion gelehrt wird. Es ist ein ganz ganz

wichtiger Ausbildungsgegenstand. Aber es ist notwendig, daß die Konsumenten diese naturnahen Produkte auch entsprechend finanziell honorieren. Das heißt, daß sie bereit sind, für diese Produkte entsprechend mehr Geld auszugeben. Wir sind hier im Konkurrenzkampf mit internationalen Konzernen, die natürlich gentechnikveränderte Nahrungsmittel sehr sehr billig auf den österreichischen Markt bringen. Es sei hier die Hilfe der Konsumenten wirklich entsprechend eingefordert in Österreich.

Abschließend darf ich Sie bitten, der Änderung des Landwirtschaftlichen Schulgesetzes die Zustimmung zu geben. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses:)* Danke. Gegenstimmen? Gibt es keine. Einstimmig angenommen!

Ich beabsichtige, die Geschäftsstücke **Ltg. 273/B-1** und **Ltg. 90/B-11** wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche daher den Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek, zuerst zu Ltg. 273/B-1, und anschließend Herrn Abgeordneten Hiller, zu Ltg. 90/B-11 zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich berichte zu Ltg. 273/B-1, Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.3 der XV. Gesetzgebungsperiode. Der Bericht enthält sechs Detailberichte und befindet sich in den Händen der Abgeordneten. Sehr geehrter Herr Präsident! Ich stelle daher namens des Rechnungshof-Ausschusses den Antrag *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Bericht Nr.3 der XV. Gesetzgebungsperiode des Rechnungshof-Ausschusses wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, daß den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Rechnungshof-Ausschusses entsprochen wird.“

Ich darf bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Ich bitte den Herrn Abgeordneten Hiller um die Berichterstattung.

Berichterstatter Abg. HILLER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte zur Vorlage Ltg. 90/B-11 betreffend Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahre 1997 über den NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds.

Hoher Landtag! Laut Beschluß des Landtages vom 7. Juni 1990 sind die Regierungsbeschlüsse aller Fonds des Landes Niederösterreich einer Prüfung durch einen befugten Wirtschaftsprüfer zu unterziehen. Mit Gesetz vom 26. Juni 1969, wiederverlautbart mit 19. Oktober 1972, novelliert am 8. April 1991 wurde der NÖ landwirtschaftliche Siedlungsfonds errichtet bzw. in den NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds umbenannt. Gemäß § 17 Abs.1 Punkt 3 und 4 erfolgte am 24. Juni 1998 die Beschlußfassung über den Rechnungsabschluß und den Tätigkeitsbericht durch das Kuratorium des landwirtschaftlichen Förderungsfonds.

Gemäß § 21 ist dem NÖ Landtag über die Gebarung und die Tätigkeit des NÖ Förderungsfonds zu berichten. Der Bericht liegt vor. Die Gebarung ist abgesichert durch 14 Landtagsbeschlüsse über eine insgesamt Haftungssumme von annähernd 1,5 Milliarden Schilling, von welchen in etwa eine Milliarde Schilling in Anspruch genommen wurde. Dieser Bericht trägt den Bestätigungsvermerk der INTERFIDES Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgmbH. Dieser lautet: „Aufgrund des Ergebnisses unserer Prüfung haben wir den als Anlagen 1 und 2 beigefügten Rechnungsabschluß des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds mit folgendem Bestätigungsvermerk versehen: „Der Rech-

nungsabschluß zum 31. Dezember 1997 entspricht nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtgemäßen Prüfung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung im Sinne der Zielsetzung des Fonds. Er vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Ertragslage des Fonds. Wien, am 9. April 1998. INTERFIDES Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgmbH.“

Ich darf daher folgenden Antrag stellen (*liest:*)

„Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds; Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahre 1997.“

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht über die Gebarung und Tätigkeit des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds im Jahre 1997 wird zur Kenntnis genommen.“

Herr Präsident, ich ersuche um die Einleitung der Debatte und um die Abstimmung.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Ich eröffne die Debatte zu beiden Geschäftsstücken. Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Lembacher.

Abg. LEMBACHER (ÖVP): Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch im Jahre 1997 hat der landwirtschaftliche Förderungsfonds durch seine Tätigkeit der Landwirtschaft in vielen Bereichen Unterstützung geben können. Ich werde einige Punkte aufzählen. Zum Beispiel im Güterwegebau, ein ganz wichtiger Bereich. Durch ihn war es ja möglich, Höfe zu erschließen und natürlich auch die Bewirtschaftung der Grundstücke den Landwirten zu erleichtern. Die Aufzuchtprämie für Rinder, um dem Preisverfall entgegenzuwirken, das war eine Summe von 15 Millionen Schilling. Den AIK-Zuschuß für Investitionen in der Land- und Forstwirtschaft, die Ausfinanzierung der für 1995 getätigten Agrarinvestitionen. Dies ist ein Betrag von über 12 Millionen Schilling. Auch wurden 1997 wieder fünf Millionen Schilling für die Agrar Plus zur Verfügung gestellt. Die Agrar Plus ist ja ins Leben gerufen, um den Bauern Hilfestellung zu geben, um Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten. Und mittlerweile sind sehr viele Projekte unterstützt, gefördert worden. Ich denke nur an 113 Biofernwärmeanlagen auf Hackschnitzel- und Strohbasis – ein ganz wichtiger Bereich auch für die Landwirtschaft. Unterstützt worden sind Projekte wie zum Beispiel die Mostgalerie Ardagger. Und wir haben uns selber überzeugen können, daß das sehr gut läuft, daß das wirklich

eine Möglichkeit ist auch für die Landwirte, ihre Produkte zu vermarkten. Wenn ich denke an den „Weinviertler Bauernkorb“, an die Direktvermarkter, wo auch Unterstützung gegeben wird, um eben finanzielle Hilfestellung und finanzielle Besserstellung zu erreichen. Auch an die Weinvermarktung, Aufbau der Gebietsweinmarken, Vinotheken, Bauernmärkte. Alle diese Projekte sind von der Agrar Plus unterstützt worden. Und sie alle sind wichtig für die Region. Und alle, die als Abgeordnete tätig sind, und ich glaube, vielen geht es so, wir sind ja interessiert, daß sich in der Region viel bewegt, daß Projekte umgesetzt werden. Und da braucht man ganz einfach Wissen, Know how, um eben auch diese Projekte einzureichen. Und fast die Hälfte des Gesamtaufwandes der Agrar Plus wird von dieser selbst schon wieder hereingeführt. Weil eben das Wissen auch weitergegeben wird, verkauft wird. Und so gesehen ist es auch sicher eine ganz gute Sache und ein guter Bereich.

Auch die Jungübernehmerförderung: 1,8 Millionen Schilling im Jahr. Auch wichtig, um jungen Bauern, und es sind ja leider, und das wissen wir ja, nicht mehr so viele, wie wir es uns wünschen, die bereit sind, Bauern zu werden, denen wird also Hilfestellung angeboten. Auch die Zuckerfabrik in Hohenau, auch ein Punkt, der immer wieder kritisiert wird, ist wieder unterstützt worden mit 1,5 Millionen Schilling. Und diese Unterstützung oder der Bestand der Zuckerfabrik Hohenau war sogar Haider so wichtig, daß er mit dem Hubschrauber eingeflogen ist. Er war aber dann bald wieder weg. Doch unterstützen und Hilfestellung kann man eben nur dann geben, wenn man etwas tut. Umgesetzt worden ist auch eine Hilfe im landwirtschaftlichen Förderungsfonds, wo 60 Prozent von der Landwirtschaft kommen und 40 Prozent auch für die Wirtschaft. Mit dabei ist auch die Förderung der Gebietsweinbaumarken, das habe ich schon gesagt.

Und was ganz besonders wichtig ist: Daß alle Beschlüsse in dem Kuratorium einstimmig gefaßt worden sind. Und ich kann da überhaupt nicht verstehen, daß nach eineinhalb oder zwei Jahren man draufkommt, was da alles nicht gepaßt hätte. Obwohl alle Unterlagen auf dem Tisch liegen und auf dem Tisch gelegen sind. Es ist halt leichter, das muß man sagen, Behauptungen in den Raum zu stellen unter dem Motto: Naja, es wird schon etwas hängenbleiben. Oder man kann den Landesrat ein bißchen „anpatzen“ und es wird schon etwas dran sein. (*Abg. Marchat: Frau Kollegin! Haben Sie den letzten Bericht auch gelesen?*)

Ja, und darf ich ganz kurz sagen, da sind einige Punkte enthalten. Es ist aber jetzt mittlerweile schon in der Sitzung am 10. Jänner sehr viele die-

ser Punkte ausgeräumt worden. Und da gibt es wieder einen einstimmigen Beschluß, durch den der Bericht des Herrn Raschauer zur Kenntnis genommen wird. Das muß man auch sagen. Und ein Wort gleich zu Ihnen, Herr Klubobmann Marchat: Weil Sie den Kollegen Dirnberger so stark kritisiert haben bezüglich wer und was. Er hat nicht gesagt wer und was und warum wer so abgestimmt hat bezüglich EU und Temelin. Doch Sie haben gleichzeitig, und das muß ich auch sagen, eine Behauptung in den Raum gestellt, die Frau EU-Abgeordnete Ursula Stenzel hat der Förderung von Atomkraftwerken zugestimmt. Das stimmt ja so nicht! Da ist es um den EURATOM-Vertrag gegangen. Und in diesem EURATOM-Vertrag geht es unter anderem auch darum, bei bestehenden Atomkraftwerken den Gesundheitsschutz, die Sicherheit der bestehenden Atomkraftwerke zu bewahren. Und dann geht es auch darum, jene Mitgliedstaaten, EU-Mitgliedstaaten, die sich dessen nicht so bewußt sind, wie wichtig Sicherheit ist, auch darauf aufmerksam zu machen. Und sie anzuhalten, sich auch den EU-Bestimmungen gemäß zu verhalten.

Doch nun komme ich zu einem anderen Abstimmungsverhalten. Weil der Herr Landesrat Mag. Stadler jetzt Temelin angeschnitten hat, die Osterweiterung usw. Es hat auch am 6. Mai 1999 einen Entschließungsantrag bezüglich Temelin gegeben. Und da gibt es einen Punkt 4, wo steht: „Das Europäische Parlament bekräftigt den in seiner Entschließung vom 11. März 1999 zur Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über Maßnahmen im Nuklearsektor für die beitragswilligen Länder in Mittel- und Osteuropa und die Neuen Unabhängigen Staaten ... geäußerten Standpunkt, daß souveräne Staaten das Recht haben, ihre Energieoptionen einschließlich der Nukleooption selbst festzulegen.“ Das heißt also, es darf kein anderer Staat hineinreden, auch in die Atompolitik auch der künftigen oder der osteuropäischen Staaten nicht. Und da war es, und ich habe mir dieses Abstimmungsverhalten geholt, der Abgeordnete Sichrovsky, der dafür gestimmt hat. Es waren aber auch die Mitglieder der SPÖ-Fraktion, die dafür gestimmt haben. Und die ÖVP hat dagegen gestimmt. Und warum? Weil wir der Meinung sind, daß wir sehr wohl mitzureden haben oder als angrenzender Staat das Recht haben mitzureden, wie es ausschaut bei Atomkraftwerken. Wie es um die Gefährdung steht, wie es um die Sicherheit steht. Und darum also auch dieses Abstimmungsverhalten. Und ich möchte Sie schon bitten, wenn Sie Behauptungen in den Raum stellen, dies dann auch wahrheitsgemäß zu tun.

Und nun wieder zurück zum landwirtschaftlichen Förderungsfonds. Es ist ja schon in dem Bericht angeführt, und der Herr Berichterstatter hat das schon gesagt, der landwirtschaftliche Förderungsfonds wird alljährlich geprüft von einer unabhängigen Steuerberatungsgesellschaft, der Interfides. Und auch da wird dem Fonds eine ordnungsgemäße Führung bestätigt. Und das Land hat für 1,49 Milliarden Schilling die Haftung übernommen durch 14 Landtagsbeschlüsse. Und wenn die Frau Kollegin Weininger dann kritisiert, daß Tilgung oder Rückzahlung zu gering sei, wir befinden uns immer noch in diesem Rahmen und sogar noch mit einer Milliarde Schilling darunter.

Wir wissen aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Landwirtschaft in Zukunft über Mittel des landwirtschaftlichen Förderungsfonds hinaus Unterstützung brauchen wird. Die Rahmenbedingungen müssen auch für eine zukünftige Landbewirtschaftung gegeben sein. Ich kenne Gebiete und bin mit Bürgermeistern des Waldviertels im Gespräch gewesen, die mir gesagt haben, sie seien in Sorge. Wer wird in Zukunft unsere Äcker bewirtschaften? Wie wird die Landschaftspflege ausschauen, wenn niemand mehr bereit ist dazubleiben? Ich glaube, wir müssen jungen Leuten wieder Mut machen und Hilfestellung geben, in der Landwirtschaft zu bleiben. Und wir müssen jenen, die da sind und die bereit sind, das zu tun, auch Unterstützung geben. Ich bringe daher einen Resolutionsantrag ein (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Lembacher, Kautz und Waldhäusl zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds, Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahre 1997, Ltg. 90/B-11, betreffend die Auswirkungen der AGENDA 2000 auf die Landwirtschaft, nationale Begleitmaßnahmen.

Nach dem Abschluß der Verhandlungen über die AGENDA 2000 beim Berliner Gipfel im März dieses Jahres ist es nunmehr notwendig, die dabei erzielte Einigung durch nationale Maßnahmen zu ergänzen, damit eine gesunde wirtschaftliche Basis für die landwirtschaftlichen Betriebe geschaffen werden kann. Die Bundesregierung hat daher in der kommenden Steuerreform einer langjährigen Forderung entsprochen und das Vorsteuerpauschale von 10 % auf 12 % angehoben.

Gerade die vom Institut für Wirtschaftsforschung präsentierten Einkommensdaten im Bereich

der Land- und Forstwirtschaft zeigen allerdings, daß neben dieser Maßnahme auch noch weitere Entlastungen notwendig sind. Insbesondere sind dabei folgende Maßnahmen vordringlich:

- Senkung der Betriebsmittelpreise, wie insbesondere für Tierarzneimittel oder Sondergenehmigung für landwirtschaftliche Maschinen
- Einführung eines Sockelbetrages bei der Bergbauernförderung
- Verbesserung des Umweltprogrammes
- Sicherstellung der Programme für die ländliche Entwicklung
- Entlastung der Bauern bei den Sozialversicherungsbeiträgen
- Marktentlastende Maßnahmen auf dem Schweinesektor (z.B. Ostexporte).

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung darauf zu drängen, daß die in der Antragsbegründung angeführten nationalen Begleitmaßnahmen für die Landwirtschaft im Rahmen des zwischen dem Bund und den Ländern abgeschlossenen Finanzierungspaketes für die Landwirtschaft möglichst rasch umgesetzt werden, sowie im Bereich der Sozialversicherungsbeiträge durch die Land- und Forstwirtschaft eine Entlastung unter Aufrechterhaltung der Finanzierbarkeit im Ausgabenbereich geprüft wird.“

Soweit der Resolutionsantrag. Und ich bitte Sie, die Damen und Herren des Landtages, diesem Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben, um auch der Landwirtschaft in Zukunft günstige Rahmenbedingungen zu ermöglichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Wir haben gegen die Zusammenlegung der beiden Punkte als einen Tagesordnungspunkt keinen formalen Einwand erhoben. Ich möchte aber zumindest zu Protokoll geben, daß wir es für eine unübliche Vorgangsweise finden, einen Bericht der Landesregierung gemeinsam mit einem Bericht eines Landtagsausschusses zu behandeln, da dies doch zwei sehr unterschiedliche Materien sind.

Und dann muß ich meine heute bislang geübte Disziplin ein wenig durchbrechen und zumindest auf die Anti- oder eher atompolitischen Äußerungen meiner Vorrednerin eingehen. Frau Abgeordnete!

Lassen wir die Kirche im Dorf! Es ist schon Tatsache, daß der EURATOM-Vertrag deswegen noch nicht reformiert ist, weil damals ÖVP-Abgeordnete für EURATOM gestimmt haben. Es ist Tatsache, daß der Hauptzweck von EURATOM die Förderung der Atomkraft innerhalb der EU ist. Und es ist eine Tatsache, daß das kleine Anhängsel unter dem Titel „nukleare Sicherheit“ den Zweck verfolgt, Nachrüstung von alten Reaktoren zu betreiben, die damit nicht vom Netz gehen, sondern noch länger am Netz bleiben. Aber seriöse Antiatompolitik erfordert eben intensive Beschäftigung. Diese Beschäftigung hat ja die ÖVP zuletzt wieder verweigert mit einer Ablehnung, einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der auch einmal definieren würde, welche konkreten Schritte die Landesregierung Niederösterreich gegen Temelin jetzt setzen wird. Soviel aber nur als kleiner Exkurs.

Wir haben vor uns liegen einen Gebarungs- und Tätigkeitsbericht und einen Rechnungshofbericht. Und wir haben noch alle in Erinnerung den Rechnungshofbericht über das Jahr 1996, das Jahr davor. Und da gibt es einen Punkt, wo ich jetzt meiner Vorrednerin zustimme, wenn sie sagt, auch 1997 war es möglich, der Landwirtschaft Unterstützung zu geben. Ich sage, 1997 noch! Bei dem Trend, so wie er aus den Berichten ablesbar ist, wird es ab nächstes Jahr nicht mehr der Fall sein können, wenn hier nicht Einschneidendes passiert. Und ich werde das im weiteren jetzt näher ausführen.

Als erstes möchte ich eine Wahrnehmung widerspiegeln, die der Rechnungshofbericht ausgelöst hat. Insbesondere wenn wir uns alle erinnern an die Debatte, die wir vor etwa einem halben Jahr hier geführt haben über die Prüfergebnisse des landwirtschaftlichen Förderungsfonds. Da fällt dann auf, daß sich dieser jetzt sehr dünne Bericht glatt liest, weil an mehreren Stellen ein simpler Verweis enthalten ist. Diesbezüglich wird auf die im Prüfbericht so und so enthaltenen Ausführungen verwiesen. Alle wirklich brisanten Punkte, die damals noch Gegenstand der Debatte waren, landen jetzt in so einem sanften Verweis! Und in Summe stellt sich der Eindruck ein, daß hier ein etwas schaumgebremster Bericht vorgelegt worden ist, der die Dramatik der Entwicklung in manchen Bereichen nur widerspiegelt und manche alten Kritikpunkte, die weiter bestehen, nicht mehr explizit nennt und damit auch der Landesregierung keine Stellungnahme abfordert oder keine Möglichkeit zu einer Stellungnahme gibt, wie denn inzwischen damit umgegangen worden ist. Ob denn inzwischen das Problem behoben ist, ob allfällige Darstellungen eingeholt worden sind oder ob das weiterhin anhält.

Ich darf ein paar Beispiele für anhaltende Mißstände nennen, die als gleichlautendes Prüfergebnis nicht mehr besonders hervorgehoben werden. Zum Beispiel die Berichte des Geschäftsführers im Kuratorium über Förderungen von über 200.000,- Schilling. Oder die Frage des Stellvertreters des Geschäftsführers, wo noch im letzten Prüfbericht des Rechnungshofes ein Gutachten des Verfassungsdienstes gefordert wurde, wo nicht nachvollziehbar und erkennbar ist, gibt es ein solches Gutachten nun? Ist die Frage gelöst? Offensichtlich nicht, wenn ich den Verweis richtig interpretiere, aber mir fehlt hier eine Stellungnahme dazu. Und ich fürchte eher, das Problem hält an. Oder die Kleinigkeit, daß die Landarbeiterkammer weiterhin Förderungen empfängt, obwohl sie laut Gesetz nicht zum Bezieherkreis der Förderempfänger zählt. Oder die Unvereinbarkeiten in der Agrar Plus, die weiterbestehen. Also hier gibt es eine ganze Reihe an Beanstandungen, die diesmal zu keinem eigenen Erkenntnis schriftlich niedergefaßt mit Stellungnahme der Landesregierung geführt haben. Sondern die ein wenig diskret verschwinden im Querverweis auf den letzten Bericht.

Dennoch sind noch eine ganze Reihe doch massiver Punkte auch aus diesem Bericht ablesbar. Nur ein paar exemplarische Punkte herausgegriffen, weil Sie sicher alle den Bericht mit, ich vermute sogar noch größerem Interesse gelesen haben als die anderen Rechnungshofberichte, die heute vorliegen.

Da wird etwa festgehalten, daß beim Voranschlag 1997, beim Beschluß des Voranschlages bereits absehbar war, daß die Bedeckung gar nicht gegeben ist. Bereits absehbar war, daß hier ein ordentlicher Fehlbetrag entstehen wird. Nichts desto trotz hat man relativ kühl und nonchalant einen Voranschlag 1997 beschlossen, ohne sich über so Kleinigkeiten wie millionenhohe Fehlbeträge zu äußern. Oder, wir haben schon eine alte Kritik an der Agrana in Hohenau. Die war nicht einmal veranschlagt, ist eigentlich kein Förderempfänger laut Gesetz. Die Bestandsgarantie, die der letzte Rechnungshofprüfbericht eingefordert hat, ist offensichtlich noch immer nicht da. Zumindest wurde sie mir nicht zur Kenntnis gebracht. Und ich darf nur zitieren, es heißt dazu im alten Prüfbericht in der Stellungnahme der Landesregierung: Mit der Firma Agrana werden Gespräche hinsichtlich einer Bestandsgarantie geführt. Bislang gibt es kein Ergebnis. Das war vor etwa einem Dreivierteljahr. Im jetzigen Prüfbericht lese ich nicht, ob es inzwischen Ergebnisse gibt, ob es eine Bestandsgarantie gibt oder nicht. *(LR Blochberger: Doch! Längst alles da!)*

Wenn Sie, Herr Landesrat, das schon wissen, dann

ist das zu Ihrem Vorteil, aber nicht zum Vorteil des Landtages, der es aus dem Bericht nicht herauslesen kann!

Oder, um einmal aus dem budgetären Bereich wegzugehen, bei der Maßnahme „Weinmarke“ frage ich mich, warum die Probleme hinsichtlich einer Wettbewerbsverzerrung im Zusammenhang mit dem EU-Recht erst im Nachhinein bekannt geworden sind. Kannte man das EU-Recht vorher nicht? Es löst in dem Fall keine negativen budgetären Auswirkungen aus, weil es eine Minderauszahlung war.

Oder wenn ich jetzt nur ein paar Punkte zitiere, die so den Tenor, nicht nur des Berichtes, und das ist ja das viel Schlimmere daran, der Arbeit im landwirtschaftlichen Förderungsfonds über die Jahre hinweg widerspiegeln:

Man verlangt, den allgemeinen Subventionsrichtlinien vermehrt Aufmerksamkeit zu widmen. Die Förderungsakten sollen besser dokumentiert werden. Oder beim Punkt AEK-Zuschuß: Die im Tätigkeitsbericht getroffenen Angaben stimmen mit den Fakten nicht überein! Zum Punkt Agrar Plus: Beim Punkt „Befangenheit des Geschäftsführers“ wird verwiesen auf den alten Bericht. Oder, ebenfalls Agrar Plus: Die Auszahlung der ersten Tranche erfolgte vor Beschlußfassung des Voranschlages. Oder beim NÖ Rinderzuchtverband: Ein Förderansuchen an den Fonds konnte nicht vorgelegt werden. Oder bei der Gebietsweinmarke: Die erfolgte Trennung zwischen Förderungsabwicklung und Auszahlung der Fördermittel verursachte vermeidbaren Verwaltungsaufwand. Oder bei der Winterbegrünung: Die Bewilligung von Förderungen darf nur auf Grund vollständiger Unterlagen erfolgen. Oder bei der Bundes-Noriker-Ausstellung: Zum Zeitpunkt der Auszahlung der Förderung waren wesentliche Entscheidungskriterien nicht bekannt.

Ich könnte jetzt in dieser Tonart weiterfahren. Das Bild, das sich hier ergibt ist ein ganz eindeutiges. Im landwirtschaftlichen Förderungsfonds wird offenkundig permanent, nicht nur als Ausreißer, einmal in den Jahren 1995/96 sondern auch weiterhin, gegen Förderungsrichtlinien verstoßen! Gegen den gesetzlich definierten Kreis der Förderbezieher. Wird schlampig gearbeitet, wenn ich es einmal salopp formuliere und mir den Eindruck hier vor Augen führe. Dazu kommt, und das ist das noch viel Gravierendere, wie es um das finanzielle Gebaren steht. Wie es um die Existenz des landwirtschaftlichen Förderungsfonds damit steht. Auch hier wird verwiesen auf den alten Prüfbericht, in dem es damals hieß, nur wegen der Landeshaftung muß der Fonds nicht als völlig überschuldet bezeichnet werden. Wir haben hier eine Situation,

daß von den Einnahmen, also von den Landesförderungen abzüglich der laufenden Annuitäten, die dann als frei verfügbarer Spielraum für die Maßnahmen, die für die Landwirtschaft wichtig sind als Fördermaßnahmen, gerade einmal rund 14½ Millionen bleiben, nicht einmal. Daß bei dieser Summe im Jahr 1997 ein Defizit von 65 Millionen Schilling erwirtschaftet wurde, obwohl, das interpretiere ich jetzt einmal aus einigen Zahlen heraus, man sich schon bemüht hat, da oder dort ein bißchen was einzusparen bei den Maßnahmen, die halt dann aus unterschiedlichen Gründen offiziell nicht zustande kamen. Das heißt, man hat im Jahr 1997 ein Drittel des Fondsvermögens verbraucht. Und das kritisiert der Rechnungshofbericht auch. Das, was völlig offen ist, und das war ja im alten Prüfbericht eingefordert worden, ist, wie soll denn das jetzt weitergehen mit diesem Förderungsfonds? Wenn das 1998 womöglich auch Trend war, und das wissen wir ja noch nicht, der Bericht liegt nicht vor, es gibt noch keinen Prüfbericht darüber, dann ist nur noch ein Drittel vielleicht vorhanden. Damit haben wir uns vielleicht über 1999 gewurschtelt. Im schlimmsten Fall wird der landwirtschaftliche Förderungsfonds für das Jahr 2000 keinen Bericht mehr über Gebarung und Tätigkeit ablegen, sondern nur noch einen Bericht über Gebarung. Denn Tätigkeiten kann er sich nicht mehr leisten!

Ein Ergebnis des alten Prüfberichtes war daher auch, daß Aussagen über die künftige Stellung des Fonds verlangt werden und der Landtag darüber zu informieren ist. Ich warte dringend auf diese Information! Und das kann ja wohl nicht nur als eine kleine Fußnote irgendwo abgetan werden um im jetzt vorliegenden Rechnungshofbericht zu lesen sein, man wird sich bemühen, aus dem Landesbudget 2000 etwas mehr Gelder zu lukrieren. Das ist keine Sanierung eines als solchen zu bezeichnenden Sanierungsfalles!

Unterm Strich bleibt: Für die wichtigen Maßnahmen in der Landwirtschaft, die ja meine Vorrednerin herausgestrichen hat, wie wichtig sie sind, gibt es eigentlich im Fonds kein Geld mehr. Weil über die letzten Jahre hinweg schlampig und schlecht gewirtschaftet wurde, um es auf einen Punkt zu bringen. Es ist nicht so, daß die öffentliche Hand oder die Steuerzahler oder die Politik der Landwirtschaft kein Geld gönnen würden. Es ist so, daß der zuständige Landesrat Geld dafür verwirtschaftet hat. *(LR Blochberger: Das ist stark!)*

Die Frage ist nun, was ist die politische Konsequenz daraus? Mißstände haben sich als System erwiesen! Und zwar regelmäßige Regelverstöße. Das ist das einzige, was wirklich regelmäßig stattfindet in diesem Fonds: Unvereinbarkeiten in den

Funktionen bleiben bestehen! Ich weiß schon, in Zeiten, wo ein Minister mit dem Satz „Ich habe nichts gewußt“ und „ich kann mich nicht erinnern“ sich von politischen Konsequenzen zurückzieht, ist es schwierig, politische Konsequenzen zu fordern. Aber ich denke, hier ist zumindest nicht einmal mehr die Ausrede möglich, ich habe nichts gewußt davon! *(LR Blochberger: Frau Kollegin! Sie wissen leider nichts! Null komma Josef wissen Sie! Das ist ein völliger Schwachsinn was sie hier produzieren!)* Ich weiß, daß 65 Millionen Defizit nicht so schwach sind! Null komma Josef ist das, was vom Fondsvermögen demnächst noch überbleibt, wenn man weiter so wirtschaftet. Herr Landesrat! Ich fordere Sie auf, gründlich nachzudenken und allfällige politische Konsequenzen aufrecht zu treffen!

Ich darf noch zu einem zweiten Prüfbericht, nachdem hier alles zusammengezogen ist in diesem Tagesordnungspunkt, Stellung nehmen. Zum Glück ein etwas erfreulicherer Punkt diesmal. Ich beziehe mich auf den Prüfbericht über das Landes-Pensionisten- und Pflegeheim in Tulln, wo zwar einige Beanstandungen angeführt werden, insbesondere im Bereich der Ausschreibungen, wo zu kritisieren ist, daß man wohl nicht eine – in diesem Fall – Reinigungsfirma 18 Jahre lang beschäftigen kann ohne auch nur ein einziges Mal auszuschreiben. Wo aber der Eindruck entsteht, daß die Anregungen sehr rasch aufgegriffen und umgesetzt worden sind. Und wo ich mich daher nur auf zwei bis drei Punkte konzentrieren möchte.

Das eine, das ist meine größte Sorge und offensichtlich auch eine große Sorge des Rechnungshofes in diesem Bericht: Hier sollen Pflegebetten abgebaut werden. Eine Umstellung soll erfolgen von Wohnbetten auf Pflegebetten. Eine Umstellung, nicht einen großen, überregionalen Kreis mitzuversorgen, den überregionalen Charakter des Heimes abzubauen. Und der Rechnungshof mahnt ein, das kann nur dann funktionieren, das kann nur dann durchgeführt werden, ohne Einbußen hinnehmen zu müssen, wenn es rechtzeitig die begleitenden Maßnahmen gibt. Begleitende Maßnahmen etwa im Bereich der Hauskrankenpflege oder ähnlicher Maßnahmen.

Das, was mich ein wenig zweifeln läßt daran, wie rechtzeitig die Maßnahmen geplant sind, ist ein Punkt, der ebenfalls im Prüfbericht genannt wird. Und zwar wird darauf hingewiesen, daß das Ausbauprogramm für die NÖ Landesheime am 3. Juli 1997 beschlossen wurde, es im nachhinein aber dann zu Abänderungen kam und man das Ganze noch einmal überarbeiten mußte. Weil nämlich nicht berücksichtigt worden war die eingeführte leistungsorientierte Krankenversorgung. Die aller-

dings schon seit dem 1. Jänner 1997 eingeführt war, also zum Zeitpunkt des Beschlusses schon ein halbes Jahr bekannt war, was man das ganz offensichtlich verschlafen hat oder womit man viel zu spät dran war. Ich urgiere daher, daß man die begleitenden Maßnahmen für diese Umstellung des Pensionisten- und Pflegeheimes Tulln rechtzeitig und nicht so spät angeht, wie offensichtlich 1997 das geschehen ist.

Zwei sehr positive Punkte, die wir anregen wollen und unterstützen wollen, daß sie über Tulln hinaus Schule machen, sind einerseits die gemeinsame Nutzung der Küche, die hoffentlich jetzt auch mit der Landes-Feuerwehrschule gemeinsam genutzt werden wird. Und eine biologische Beschaffung, eine gemeinsame Beschaffung, eine Einkaufsgemeinschaft, wo die Initiative des Krankenhauses Tulln angenommen worden ist, Umweltverträglichkeit als Beschaffungskriterium mit aufzunehmen und die Patienten, die Insassen, „die Pfinglinge“, wie es in dem Bericht so unschön heißt, mit biologisch wertvollen Produkten zu versorgen. Die zweite Idee, die zweite Initiative, die ebenfalls sehr zu begrüßen ist, wo auch der Rechnungshof anregt - und wir würden das gerne unterstützen - das nach einer Überprüfung der Ergebnisse auszuweiten auf alle Heime in Niederösterreich, das ist die Einführung eines ehrenamtlichen Besuchsteams mit einem Betreuer dazu. Das bringt eine wirkliche Innovation und auch eine Steigerung der Lebensqualität für jene Menschen, die in diesem Heim leben und gepflegt werden, mit sich. Wir sehen darin zwei sehr wichtige Anregungen und würden die gerne öfter in Niederösterreich finden. Soviel zum Tullner Bericht. Und im übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. WALDHÄUSL (FPÖ): Herr Präsident! Herr Landesrat! Werte Kollegen des Hohen Hauses!

Eingangs zu dem gestellten Resolutionsantrag ein paar Worte meinerseits. Es freut mich sehr, daß dieser Antrag jetzt auch mit mir mit von den drei Parteien getragen wird. Und es freut mich besonders, werte Kollegen, speziell von der ÖVP, daß hier wesentliche Punkte enthalten sind, die wir Freiheitlichen nicht nur seit kurzer Zeit, sondern seit Jahren – und ich werde das jetzt auch zeigen – fordern. Ich freue mich wirklich, weil es sich hier um einen Antrag im Interesse der Bauern handelt, der eben speziell in bezug auf die Auswirkungen dieser

beschlossenen Agenda 2000 eben hier doch eine Linderung bringen müßte und sollte. Denn, und das, glaube ich, kann man schon und muß man auch hier heute so sagen, diese Agenda 2000 in der beschlossenen Form mit den Kürzungen von 15 Prozent bei Getreide, mit den Kürzungen im Bereich der Milch mit Ende dieser Periode und vor allem im Bereich von Rindfleisch, das, meine Damen und Herren, bringt solche Verschlechterungen für die heimischen Landwirte und speziell für die niederösterreichischen, daß noch zu den bisher bereits eingetretenen Einkommenseinbußen der letzten Jahre - die Kollegin Lembacher hat ja das ganz genau dezidiert gesagt - hier eine verheerende Auswirkung auf die Landwirte in Österreich kommen würde. Und darum diese nationalen Begleitmaßnahmen. Diese Agenda 2000 ist beschlossen. Ich bin nicht glücklich darüber. Ich bin jedoch glücklich, daß hier und heute ein Antrag doch die Zustimmung finden wird.

Wenn ich eingangs davon gesprochen habe, daß sich hier freiheitliche Forderungen seit Jahren durchgesetzt haben, dann möchte ich ganz kurz im Zeitraffer ein paar Anträge, nur hier aus dem Landtag, nicht aus der Landwirtschaftskammer, alle diejenigen wurden überall gestellt, wo sie abgelehnt worden sind.

18. Juni 1998: Tierkennzeichnungsverordnung. Und dann schon einer, in dem es um die Betriebsmittel geht. 23. Juni 1998: Senkung der Dieselpreise; ÖVP, SPÖ abgelehnt! 23. Juni 1998 betreffend pauschalierten Mehrwertsteuersatz – was man ja in diesem Antrag Gottseidank jetzt positiv hervorgehoben hat, daß sich jetzt die Bundesregierung auf diese Steuerreform geeinigt hat – abgelehnt. 23. Juni 1998 betreffend nachwachsender Rohstoffe: Abgelehnt! Reduktion der Beitragsleistungen betreffend Europäische Union vom 25. Juni 1998: Abgelehnt! So geht es weiter. 12. November 1998: Senkung des Dieselpreises; ÖVP, SPÖ abgelehnt. 12. November 1998: Pauschalierter Mehrwertsteuersatz; ÖVP, SPÖ abgelehnt. 12. November 1998 betreffend wirtschaftliche und soziale Lage der NÖ Bauern infolge des aktuellen Preisverfalles von Schweinefleisch und Importstopp speziell bei Ostimporten, so wie es heute drinnen steht: Abgelehnt von ÖVP, SPÖ! 17. Dezember 1998 betreffend pauschalierten Mehrwertsteuersatz: SPÖ, ÖVP abgelehnt! 17. Dezember 1998 betreffend Senkung des Dieselpreises, Betriebsmittel: Abgelehnt ÖVP, SPÖ. 17. Dezember 1998: Die wirtschaftliche und soziale Lage niederösterreichischer Bauern infolge des aktuellen Preisverfalles von Schweinefleisch, Verhängung eines Importstopps besonders aus dem Osten: Abgelehnt von ÖVP und SPÖ! 25. Februar 1999: Wirtschaftliche und

soziale Lage infolge des aktuellen Preisverfalles von Schweinefleisch, Verhängung dieses Importstopps: Abgelehnt von ÖVP und SPÖ. Und so könnte ich jetzt weiter und weiter. Das ist noch so dick, es kommt doch immer wieder das gleiche. Es handelt sich hier immer wieder um unsere gestellten Anträge. Jeder, der mitgezählt hat, der weiß, daß betreffend Mehrwertsteuerpauschale, Dieselpreissenkung und Import von Schweinefleisch die ÖVP und die SPÖ hier in diesem Haus mindestens drei-, viermal diese Anträge abgelehnt haben. Umso mehr freut es mich natürlich heute, daß wir uns durchgesetzt haben und daß jetzt endlich eine Einigung erzielt wurde. Meine lieben Kollegen der anderen Fraktionen! Im Interesse der NÖ Bauern bedanke ich mich für Eure Einsicht, für die späte Einsicht, aber doch für die Einsicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn von der Kollegin Lembacher heute davon gesprochen worden ist in ihrem kurzen Bericht zum landwirtschaftlichen Förderungsfonds, daß da sehr viele positive Akzente gesetzt worden sind, sie hat gerade auf die Punkte verwiesen, wo sie ja annehmen könnte, daß da vielleicht ein wenig Kritik kommt, so hat sie dann auch noch gemeint, daß der landwirtschaftliche Förderungsfonds eine sehr wichtige Einrichtung ist, dessen Inhalt ja in Ordnung ist, wenn dieser Fonds richtig eingesetzt wird. Und trotzdem das Bauernsterben, die Entwicklung im landwirtschaftlichen Bereich natürlich nicht in Ordnung ist. Ich möchte das nur unterstreichen und natürlich schon die Frage dazu stellen: Warum ist es so und wer trägt die Verantwortung? Und ich lasse diese Frage im Raum stehen und antworte nur mit einem Satz: Kommissär Fischler, Landwirtschaftsminister Molterer, der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz Rudolf Schwarzböck, sämtliche Landesräte von Österreich – ich nenne hier natürlich unseren Landesrat Blochberger! Jeder kann jetzt entscheiden, ob diese Agrarvertreter in den höchsten Positionen vielleicht all die Dinge, die die Kollegin Lembacher hier heute kritisiert hat, verschuldet haben. Oder waren es die Minister der SPÖ, die gar nicht dort vertreten sind? Ich nehme nicht an, daß die SPÖ hier die Schuld trägt. Ich nehme an und ich wiederhole mich ungern, ich sage es noch einmal: Fischler, Molterer, Schwarzböck, Blochberger. *(LR Blochberger: Kennen tut er alle!)*

Die Viererbande! Ist nicht von mir, Herr Landesrat. Die Viererbande, das ist ein Ausdruck, der aus dem Parlament stammt. Und ich glaube nicht, daß wirklich in dieser Weise so ein schrecklicher Vorwurf hier mit Viererbande... Das könnte man ganz negativ sehen. Ich glaube ganz einfach, daß ihr eure Arbeit vielleicht ein bißchen wenig ernst genommen habt und dadurch diese Entwicklung im bäuerlichen

Bereich sich eigentlich so negativ entwickelt hat. Aber ich hoffe im Interesse der Bauern, daß so wie heute, wir haben ja da den Grundstein gelegt mit einem gemeinsamen Antrag, daß wir hier national abhelfen. Daß da schon – ich fange jetzt von unten an – Blochberger und Molterer und Schwarzböck mit uns, auch mit den Kollegen der SPÖ, hier die nationalen Begleitmaßnahmen durchbringen. Und daß ihr speziell in der Bundesregierung, wo Ihr ja beide das Sagen habt, das dann auch umsetzen werdet.

Aber auf was ich eigentlich kommen möchte war die weitere Wortmeldung der Kollegin Lembacher. Sie hat davon gesprochen, daß im landwirtschaftlichen Förderungsfonds sämtliche Förderungen und Beschlüsse einstimmig gewesen sind. *(Abg. Lembacher: 1997!)*

1997! Und das, liebe Kollegin, kann entweder jetzt nur sein, daß Du hier bewußt die Unwahrheit gesagt hast. Oder daß jemand Dir, nachdem ich annehme, daß Du Dir die Rede selbst schreibst, Dir das irgendwo „dazugefuzelt“ hat. Denn, liebe Kollegin, es geht eindeutig hervor, daß der Rechnungsabschluß 1997 nicht einstimmig gefaßt wurde, weil der Rechnungsabschluß 1997 aufgezeigt hat und auch der Rechnungsabschluß – sagt ja schon das Wort Abschluß – ist ein Beschluß. Und gerade darum, liebe Kollegin, gerade darum. Ich mache das ungern. Ich komme mir schon vor wie der Kollege Fasan. Ich bin schon oberlehrerhaft. Aber gerade darum ist dieser Beschluß nicht einstimmig. *(Beifall bei der FPÖ.)* Nachzulesen ist das Ganze im Protokoll der Sitzung des Kuratoriums vom 24. Juni. *(Abg. Dr. Prober: Jetzt wird es schon lächerlich!)*

Was lächerlich ist und was nicht, Kollege Prober, das werden wir heute noch sehen. Weil ich glaube, das Verhalten dieses Fonds nur als lächerlich zu bezeichnen, nur, das wäre zu wenig. Also warte, vielleicht komme ich auch noch zu Dir. Außer es gibt was Wichtigeres, dann werden wir uns heute auch noch mit Deinen Ausführungen beschäftigen.

Eine weitere Wortmeldung, Kollegin Lembacher, war, Du hast gesagt, daß der Bericht von Professor Raschauer in der Kuratoriumssitzung einstimmig zur Kenntnis genommen worden ist. *(Abg. Lembacher: Im Jänner!)*

Ich verweise jetzt erstens: Dieser Bericht, dieses Gutachten – und Du hast zitiert aus dem Protokoll – dieses Protokoll ist noch nicht genehmigt. Wird in der nächsten Sitzung genehmigt. Und in diesem Protokoll sind mindestens drei Formulierungen, die nicht richtig sind. Jetzt gibt es wieder zwei Möglichkeiten: Du warst bei dieser Sitzung nicht anwesend. Aber die Kollegen der SPÖ wissen genau, was wir gesagt haben. Und darum haben gerade die Kol-

legen der SPÖ gesagt, wir nehmen zur Kenntnis, daß das Gutachten von Professor Raschauer heute hier verlesen wird. Den Inhalt dieses Gutachtens werden wir nicht zur Kenntnis nehmen. Und das hat die Zustimmung aller gefunden. (*Unruhe bei Abg. Lembacher und LR Blochberger.*)

Nein, nein, nein! So einfach nicht! Du hast es voriges Jahr geschafft, daß Du Dich wieder 'rausgedreht hast. Du wirst es auch heuer wieder schaffen. Aber lassen wir die Kirche im Dorf. Herr Landesrat! Bleiben wir bei der Wahrheit. Das ist so, es kommt wieder ein Sonntag, da geht Ihr alle, vielleicht auch ich, wieder abspesen. Bleiben wir dabei und tun nicht lügen. Lassen wir die Wahrheit in diesem Raum. (*Abg. Dr. Prober: Ein Skandal! Solche Argumentationen sind dieses Hauses unwürdig! – Weiterhin heftige Unruhe bei Abg. Dr. Prober.*)

Lassen wir die Wahrheit, Kollege Prober! Unterstütz' nicht die Lügner, unterstütz' die Wahrheit! Wahnsinn, Kollege Prober? Das kann man vielleicht immer wieder auf die Personen beziehen, die das Wort nennen, aber sicherlich nicht auf die Personen, die in diesem Hause da herinnen angespannt meiner Rede folgen. Und darum komme ich schon weiter.

Es wurde auch darüber gesprochen - jetzt bin ich beim Aktuellen - warum dieser landwirtschaftliche Förderungsfonds so wichtig ist. Und noch einmal, Kollegin Lembacher: Du hast unter anderem den Güterwegebau zitiert und hast gesagt, daß der ganz ganz wichtig ist. Ich unterstreiche Deine Aussage. Ich führe aber dazu aus, daß gerade heuriges Jahr, wo die Budgetierung vorgenommen wurde zwar eine Förderung von Agrar Plus mit 5 Millionen Schilling gleichgeblieben ist, jedoch das Güterwegebudget, das so wichtig ist, wie wir ja alle sagen und auch Du, von 14 Millionen Schilling auf 7 Millionen Schilling halbiert wurde. Und Du stellst Dich da heute her und sagst, dieses Güterwegebudget ist so wichtig. Ich habe deshalb auch dem Voranschlag 1999 nicht zugestimmt. Und sogar der Kollege Kurzreiter, der hat sich schwer getan. Der hat sich wirklich schwer getan. Weil er ist ein ehrlicher Waldviertler, dem wirklich die Sorgen der Bauern am Herzen liegen. Und sogar der hat sich schwer getan, daß er da zugestimmt hat. (*LR Blochberger: Ist gar nicht abgestimmt worden!*)

Ich sage daher: Das Wegebudget wurde um 50 Prozent gekürzt, obwohl Förderungen wie zum Beispiel für die Agrar Plus gleichgeblieben sind. Aus dem NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds, aus dem Bericht selbst, geht eindeutig hervor, auf Grund der Intensität der Förderungen, wenn ich nur auf Jungübernehmer hinweise, daß das Bauernsterben leider weiter geht. Daß die Agenda 2000 sicherlich einiges an Negativem

bewirken wird und auch, daß die bevorstehende Osterweiterung sicherlich eine Gefahr und eine Bedrohung für die Bauern sein wird.

Ich möchte mich daher jetzt inhaltlich doch dem Wesentlichen widmen und beginne hier mit einigen Ausführungen aus dem Vorjahr. Das ist deswegen wichtig, weil im Rechnungshofbericht – und das hat die Kollegin Weinzinger ja bereits gesagt – immer wieder der Querverweis kommt, man sollte im Prüfergebnis des Vorjahres hier nachschlagen. Denn hier ist eigentlich inhaltlich genau aufgezeigt, wie der Landesrechnungshof dazu steht. Ich beginne bei ein paar Punkten des vorigen Jahres. Ist ja heute schon erwähnt worden von der Kollegin Lembacher, die hat genau die Punkte hervorgegriffen. Firma Agrana: Wir haben da voriges Jahr ein Problem gehabt. Heute ist andiskutiert worden das Problem der Bestandszusicherung. Und da hat sicherlich der Landesrat Blochberger recht, daß er sagt, diese Bestandssicherung gibt es bereits. Nur, es war ein Freiheitlicher, der in dem Kuratorium gesagt hat, so, wie das Schreiben von Dr. Konrad war, ist es zu wenig. Es muß eindeutig hier eine wirkliche Bestandsgarantie abgegeben werden, weil nur dann hat es Sinn hier zu fördern. Und ich habe bewußt auch gesagt, es hat Sinn. Und ich sage es noch einmal: Hier soll im Interesse der Bauern und auch der Arbeiter in der Region natürlich gefördert werden. Ich stehe auch dazu. Aber eine Bestandsgarantie muß man einfordern. Die haben wir auch eingefordert. Auf das andere bei dieser Firma werde ich später noch bei meinen Ausführungen ein wenig genauer eingehen.

Auf die Förderung der Landes-Landwirtschaftskammer, Landarbeiterkammer wird ja dann in dem Gutachten von Professor Raschauer genau eingegangen. Und auf das, was man voriges Jahr über die Förderung der Agrar Plus gehört hat, möchte ich natürlich auch später eingehen. Bereits voriges Jahr, werte Kollegen, ist über die finanzielle Lage gesprochen worden. Und da haben wir bereits festgestellt, daß nur auf Grund der Tatsache, daß die Rückzahlungsverpflichtungen für die Güterwegedarlehen ausgesetzt worden sind, die finanzielle Aufrechterhaltung, die Gebarung durchgeführt werden hat können. Ansonsten wäre der Fonds als überschuldet zu bezeichnen.

Das haben wir voriges Jahr bereits gehört. Auch im vorigen Jahr hat man, wenn man Zeitung gelesen hat, unseren Landesrat mit ganz ernstem Gesicht gesehen über all seinen Problemen, die er da gehabt hat. Und die Rücktrittsaufforderungen bis hin zu den Zitaten (*zeigt Zeitungsausschnitt*), Blochberger habe außerdem Geld an ihm nahestehende Institutionen verteilt. Wir haben das alles

voriges Jahr ganz genau diskutiert. Und das bedarf natürlich jetzt dessen nicht, daß ich alte Geschichten aufwärme. Es gibt ja genügend neue, die man heute hier wirklich ganz genau noch diskutieren kann. Und ich beginne daher jetzt mit dem Kern der heutigen Sache, dem Rechnungshofbericht, und zwar der Gebarung 1997. Und bereits bei der Zusammenfassung, Herr Vorsitzender Landesrat Blochberger, da beginnt es nicht mehr gut auszuschauen. Es wird klar und deutlich festgestellt, daß sich das Vermögen des Fonds um rund ein Drittel weiter verringert hat. Daß Mängel in der periodischen Darstellung festgestellt werden. Daß bei der Förderungsvergabe teilweise formale Mängel festgestellt wurden. Daß die Nachvollziehbarkeit bei einigen Förderungsfällen erst nach späterer Einholung zusätzlicher Unterlagen im Zuge der Prüfung möglich war. Daß generell in Zukunft bei Subventionsrichtlinien der Vergabe in Zukunft vermehrt bessere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Über unnötige Vorfinanzierungen von Förderungen, deren Bedeckung aus dem Landesbudget etc. etc.

Geht man dann in diesem Bericht ein wenig weiter, dann findet man den ersten Querverweis, und ich möchte den zitieren: Auf Grund der unmittelbar anschließenden Prüfung der Gebarung des Jahres 1997 und durch die Tatsache, daß sich gegenüber dem Jahr 1996 keine Änderung, wie zum Beispiel rechtliche Grundlagen, Aufgaben des Fonds usw. ergeben haben, wird im gegenständlichen Bericht auf die Darstellung des allgemeinen Teiles verzichtet und diesbezüglich auf den Prüfbericht des NÖ Landesrechnungshofes Nr. 3/1998 verwiesen. Das heißt im Klartext: Nur weil dieses Mal nicht wirklich alles genau so in der Härte wie voriges Jahr drinnen steht, ist es nicht da. Es ist sehr wohl da! Man muß nur den Querverweis lesen. Und dann stellt man fest, daß die Kritik doch auch wieder stattgefunden hat.

Die Kritik beginnt beim Kleinsten, daß auch 1997 nicht die gesetzmäßigen vier Kuratoriumssitzungen stattgefunden haben. Vierteljährlich wären sie einzuberufen. Daß der halbjährigen Berichtspflicht über Förderungen ab einer Höhe von 200.000,- Schilling nicht nachgekommen wurde. *(LR Blochberger: Da lerne ich noch etwas dazu!)* Der Vorsitzende Blochberger lacht. Er kennt alle seine Untaten und glaubt jetzt, das ist wie beim Beichten, er muß das alles jetzt über sich ergehen lassen. Versetzen Sie sich in die Lage eines Pfarrers. Der hört auch die Beichte ab und läßt sie über sich ergehen. Sie wissen, was kommt. Sie haben es ein bißchen leichter.

Es wird auch wieder eingegangen auf die nicht gerechtfertigte Förderung im Bereich der Landar-

beiterkammer. Es wird auch hier wieder querverwiesen hinsichtlich der Zulässigkeit und Abrechnung eben auf den Rechnungshofbericht des Vorjahres. Und wenn man dann ins Detail geht, dann kann man bei der allgemeinen Feststellung herauszitiieren, daß bei der Prüfung der Förderungsfälle des Jahres 1997 aufgefallen ist, daß der Fonds den für die Förderungsvergabe maßgeblichen allgemeinen Subventionsrichtlinien nicht die zu erwartende Aufmerksamkeit gewidmet hat. Naja, das hört sich noch nicht so schlimm an. Es ist halt nicht wirklich alles so ganz genau gemacht worden. Aber grundsätzlich könnte man sagen, es ist schon irgendwo in Ordnung. Wenn man weiterliest muß man feststellen, daß die Nachvollziehbarkeit der Förderungsfälle oft erst nach Einholung zusätzlicher Unterlagen bzw. auf Grund mündlicher Ergänzungen gegeben war. Und da sagt natürlich der Landesrechnungshof, daß die Sachverhaltsdarstellung in den Förderungsakten so zu gestalten ist, daß jeder einzelne Förderungsfall natürlich nachvollziehbar und überprüfbar sein sollte.

Das Güterwegebudget, Frau Kollegin, haben wir schon besprochen. 1999 wurde es gekürzt. Hier hat es die wenigsten Ungereimtheiten gegeben. Aber wenn ich jetzt punktuell nur auszugsweise die Agrar Plus hernehme, dann muß ich schon feststellen, daß auch hier der Landesrechnungshof wieder kritisiert hat, daß 1997 die Agrar Plus eine Förderung aus Fondsmitteln in der Höhe von 5 Millionen Schilling erhalten hat. Und zum Beispiel ist die Auszahlung der ersten Tranche erfolgte, bevor überhaupt eine Beschlußfassung des Vorschlages vorgelegen ist. Das ist aber noch das geringste bei Agrar Plus, weil das lassen wir uns nachher noch auf der Zunge zergehen, immer wieder, wie schön ÖVP und ÖVP, links - rechts, Hände in den Taschen, sich selbst da zusammenspielen. Das können wir ja alles noch machen heute. Wir haben ja heute Gottseidank Zeit genug, daß wir nicht um 2.00 Uhr in der Früh über so eine wichtige Sache reden, sondern daß wir heute wirklich um 20.28 Uhr momentan uns mit diesen Anliegen wirklich einmal ernsthaft auseinandersetzen können.

Die Landesregierung hat dann zugesagt, daß im Prüfbericht in Zukunft darauf natürlich geachtet wird, daß auch bei der Firma Agrar Plus der Geschäftsführer sich der Stimme enthält. Und das ist dokumentiert. Das heißt, unser Vorsitzender im Fonds enthält sich in Zukunft der Stimme. Er hat also bereits zugegeben, daß er sich auch vorher enthalten hätte sollen. Er gibt also zu, daß er bisher doch nicht rechtlich in Ordnung gehandelt hat.

Bei der Förderung des Agrana Zucker GesmbH Werkes Hohenau haben wir natürlich

nicht nur über die Standortgarantie zu sprechen, sondern auch über die Tatsache, wann hat sich wer der Stimme zu enthalten und wann ist wer für befangen zu erklären. Ich verweise hier jedoch noch einmal darauf, daß die Absicherung der Bestandsgarantie speziell von mir in den Kuratoriumssitzungen eingefordert wurde und dann doch einige Zeit später auch erfolgt ist.

Bei der Förderung des Verbandes der NÖ Rinderzüchter liegt einiges wirklich im Argen. Ein Förderungsansuchen an den Fonds konnte überhaupt nicht vorgelegt werden. Im Zuge der Prüfung wurde dann erst festgestellt, daß hier ein Kuratoriumsbeschluß herbeizuführen wäre. Abrechnungsunterlagen, stichprobenweise Prüfung der vorgelegten Unterlagen etc. waren nicht vorhanden.

Herr Vorsitzender Blochberger, es wird noch ärger: Bei der Winterbegrünung - auf die gehe ich dann noch ganz konkret ein - hat auch der Landesrechnungshof festgestellt, daß von neun Restförderfällen hier bei vier etwas im Argen liegt. Daß auch hier Unterlagen fehlten. Ich werde das ganz genau bringen, weil ich derjenige war, der diese Unterlagen urgiert hat. Der in Ihrer Abteilung war, der mitgeholfen hat beim Suchen, der dabei war wie nichts gefunden worden ist außer ein paar Schmierzettel. Und der dann auch urgiert hat, daß das bei der AMA dann eingefordert wird. Aber auf das kann man dann später kommen, weil das habe ich alles schriftlich. Und es ist wichtig daß man etwas schriftlich hat. Weil wenn man nichts schriftlich hat, dann gibt es einen Landesrechnungshof, der sagt dann, Förderungen sollen nur ausbezahlt werden, wenn Unterlagen vorhanden sind, Herr Vorsitzender Blochberger. (*Abg. Lembacher: Hättest Du sie den Bauern dann nicht gegeben?*) Als Ergebnis 14 nur ein Zitat - ich wiederhole mich: Die Bewilligung von Förderungen darf nur auf Grund vollständiger Unterlagen erfolgen.

Und das, meine Damen und Herren, geht weiter. Bei der Förderung der ÖBIOGEN - ich möchte nicht wirklich ins Detail gehen - hat der Landesrechnungshof festgestellt, Öbiogen ist eine ganz schwierige, verfahrenre Sache gewesen, die letztendlich doch, hoffe ich, zu einem positiven Ende gekommen ist. Da hat es eine Beratungsfirma gegeben. Und für die Tätigkeit wurde dann vom Fonds das Geld überwiesen. Und da wurde kritisiert - und das ist auch logisch - daß der Vorsteuerabzug in der Höhe von, es sind nur 15.791,- Schilling, aber doch, durch die irrtümliche oder falsche Überweisung - weil der Fonds ist nicht vorsteuerabzugsberechtigt, das ist klar - ... Ich glaube auch, daß der Vorsitzende Kollege Blochberger sich im Steuerrecht nicht so gut auskennt. Aber ich hätte mir er-

wartet, daß in der Förderstelle Leute sind, die im Steuerrecht doch etwas mehr bewandert sind. Und so Kleinigkeiten muß man auch erwähnen. Obwohl man natürlich nicht übersehen darf, daß die großen Dinge doch im Argen liegen.

Ich mache bei den Kleinigkeiten jetzt weiter, bei der Förderung der Bundes-Norikerschau. Das zeigt auch wieder, wie durcheinander hier etwas abgelaufen ist. Da hat es ein Förderansuchen gegeben, das hat auf einen Namen von einer Frau gelaundet. Dann ist bei der Abrechnung festgestellt worden, die 50.000,- Schilling Förderung könnten nicht gerechtfertigt sein, weil ein Fehlbetrag in der insgesamt Finanzierung von 51.000,- Schilling aufliegt. Dann hat man festgestellt, daß die wesentlichen Entscheidungskriterien nicht bekannt sind. Daß keine Unterlagen über die Rechtspersönlichkeit, über den Betriebsgegenstand vorliegen. Daß die Zeichnungsberechtigung bzw. die weiteren förderungsrelevanten Fakten fehlen. Und dann hat man sogar festgestellt, daß das ganze Geld gar nicht auf das Konto von der Frau überwiesen worden ist, sondern daß erst im Zuge der Prüfung festgestellt worden ist, daß das auf einen ganz anderen, auf einen Herrn Franz Kromoser und nicht auf die Frau Schneider überwiesen worden ist. Also Wahnsinn, Chaos pur. Was anderes kann man da in diesem Falle nicht sagen.

Das sind nur Kleinigkeiten. Aber sie sollen aufzeigen, meine Damen und Herren hier in diesem Raum, wie es wirklich aussieht in diesem Fonds. Und wenn es bei so Kleinigkeiten krankt, wenn man die auflisten kann von 1 bis 15, bis 20, dann braucht sich keiner hier wundern, daß es dann bei den Summen, wo es in die Millionen geht, nicht anders ist. Es wird noch ärger, und speziell auf das komme ich dann, die Leckerbissen, wenn die eigene Partei dann noch Vorteile davon hat.

Und darum komme ich jetzt zur letzten der Kleinigkeiten, bei der Vorfinanzierung von Zuwendungen. Bei den nationalen Maßnahmen, wo der Landesrechnungshof natürlich richtigerweise aufzeigt, daß diese gewählte Vorgangsweise der Vorfinanzierung ein finanzieller Wahnsinn ist. Da muß der Fonds Geld vorfinanzieren, welches das Land budgetiert hat. Das daliegt! Es kann nur deswegen nicht überwiesen werden, weil es formale Fehler bei den Regierungsbeschlüssen gibt. Und daher muß der Fonds zwischenfinanzieren. Das kann doch nicht so sein, daß ein Fonds nur deswegen, weil die Landesregierung säumig ist, hier im Regen steht! Natürlich kann man nicht erwarten, daß hier das Landesregierungsmitglied, das der Vorsitzende dieses Fonds ist, etwas sagt. Denn er kennt ja das Chaos in seinem Fonds, jetzt nimmt er es halt mit in

die Regierung. Und plötzlich sitzt er mitten im Chaos. Und das, meine Damen und Herren, muß ausgeräumt werden! Der Fonds darf nicht länger infolge von Versäumnissen der Regierung hier finanzielle Mindererlöse haben. Und das ist auch kritisiert worden und das war auch in Ordnung so. Und in Zukunft muß sich das ändern, das darf nicht so weitergehen. Und ich glaube, daß man da schon froh sein kann, daß der Landesrechnungshof auch dieses Mal wieder, vielleicht nicht in der ganzen Härte, aber mit Querverweisen doch all das aufgezeigt hat.

Und jetzt werde ich mich mit den Schmankerln dieses Berichtes beschäftigen, Herr Landesrat, wo Sie ja selbst und Ihre Partei da sehr schön drinnen verstrickt sind. Und da möchte ich schon drei Punkte erwähnen. Ich fange mit Agrar Plus an, weil Agrar Plus ist ja heute so lobend erwähnt worden. Und ich rufe in Erinnerung: Die Agrar Plus ist eine Beteiligungsgesellschaft, deren Hauptgesellschafter die NÖBIOGEN ist. Und wenn man dann weitergeht in diesen Unterlagen, dann sieht man halt, daß der Vorstand, der Obmann der Landtagsabgeordnete Franz Hiller ist. Der arme muß da heute sitzen da hinten und darf gar nicht kritisieren. Der darf nicht einmal dazwischenrufen. Er tut mir wirklich leid. Aber heute ist es ihm lieber, daß er ruhig ist. Weil er hat selber so viel Dreck am Stecken bei dem ganzen Spiel als Obmann, daß es gut ist, daß er heute hier sitzt. Und er weiß von seiner Kollegin, daß, wenn man da beim Rednerpult sitzt, wo das Mikrofon eingeschaltet ist, nicht schimpfen sollte. Weil es gibt ja eine Kollegin von ihm, die hat schon einmal geglaubt, sie kann alles so von sich geben. Und dann war das Saalmikrofon eingeschaltet. Und darum, Kollege Hiller, vergönne ich es Dir, daß Du Dir heute in die Zunge beißt. Weil Du so viel Dreck am Stecken hast, daß Du Dir wahrscheinlich zweimal die Zunge zerbeißen wirst.

Und der Aufsichtsratsvorsitzende natürlich Landesrat Franz Blochberger. Und da kann man dann schon sagen, wie ist es in diesem Bundesland möglich, daß ein Vorsitzender mitstimmt, daß ein Vorsitzender sich nicht für befangen erklärt, wenn er einer ÖVP-nahen Firma, einer Gesellschaft, 5 Millionen Schilling Förderung zuerkennt. Jedes Jahr. Auch 1999. Man kürzt zwar die Güterwege um 50 Prozent von 14 auf 7 Millionen, aber die Agrar Plus, na klar, die eigene Firma, wo wir schön brav dabei sind, da werden wir natürlich weiter fördern. Und was ist? Der Kollege Hiller sitzt dort und sagt kein Wort. Überhaupt nichts. Ist ja gut, wenn da das Geld fließt. Er sagt nicht einmal, daß er befangen ist. Erst jetzt, nachdem das Ganze aufgefliegen ist, weiß auch der Kollege Hiller, daß er befangen ist. Und jetzt sagt er, er wird nicht mit-

stimmen. Nur im Ausschuß weiß er nicht, daß er befangen ist. Dort stimmt er mit. Weil da hat er ja mitstimmen müssen, sonst wäre ja der Bericht nicht zur Kenntnis genommen worden. Und das ist natürlich schon ein Problem. Aber für den Kollegen Himmer nicht, Hiller, Entschuldigung. Ich verwechsle Dich immer mit Deinem Kollegen aus dem Bundesrat, wie er noch war, der Kollege Himmer. Der war auch so wie Du. Und wenn er dann gesessen ist war er ganz ruhig. Wenn er gewußt hat, daß er wieder einmal ganz tief mitten drinnen sitzt in der sogenannten..., dann hat er sich auch so verhalten wie Du. Mux-Mäuschen still. Aber schauen, daß das Geld fließt. Weil für unsere Freunde der ÖVP ist in diesem Lande alles möglich. *(Abg. Jahrmann: Wie persönlich geht es noch ab?)*

Ich fahre fort und möchte hier auf eine Förderung eingehen. Weil fünf Millionen Schilling sind ja nicht genug. Es hat im Jahre 1998 eine zusätzliche Förderung von 615.000,- Schilling für diese Agrar Plus gegeben. Die Agrar Plus hat ein Symposium veranstaltet. Und für 615.000,- Schilling war es nicht einmal wert, eine Kuratoriumssitzung einzuberufen. Es wurde die Variante des Umlaufbeschlusses gewählt. Das war so, daß man ein paar Tage Zeit gehabt hat bevor das Symposium stattgefunden hat. Also die haben genau gewußt, daß sie diese Förderung bekommen. Ich habe mich fürchterlich aufgeregt, weil ich glaube, daß ein Betrag von 615.000,- Schilling natürlich nicht in Form eines Umlaufbeschlusses und natürlich nicht mit den vorliegenden Unterlagen zu bestätigen ist. Und habe daher dann natürlich schriftlich die fehlenden Unterlagen urgiert und auch darauf hingewiesen, daß in dieser kurzen Zeit mit diesen Unterlagen und vor allem unter dieser Voraussetzung, daß man bereits weiß, daß hier eine Förderung gegeben wird für eine Veranstaltung, die – und da haben mich die Kollegen der SPÖ schon ein bißchen enttäuscht – eigentlich nur im Interesse der Landtagswahl war, wo eine Broschüre entwickelt wurde, wo es ein Familienfoto der ÖVP gegeben hat und kein einziger SPÖ-Politiker drauf war. Und ich habe es dem SPÖ-Klub auch geschickt. Nur, der SPÖ-Klub hat natürlich da leider Gottes auch mitgestimmt bei diesem Umlaufbeschuß. Das hat mich schon ein bißchen gestört. Es hat nur einen gegeben außer dem Vorsitzenden Blochberger - der hat sich da bereits enthalten - der wirklich dagegen war und das war ich. Ich habe hier die Zustimmung verwehrt.

Und genauso habe ich urgiert, daß die Unterlagen für die Förderung der Winterbegrünung 1994 nicht ausreichend sind. Daß hier Unterlagen fehlen. Und ich habe das ein paar Mal urgiert. Und bin dann selbst in die Abteilung und habe mich schlau

gemacht. Ich habe in dieser Abteilung angefordert - vorher schriftlich, dann bin ich hingegangen - die Förderungsansuchen für diese benannten Fälle. Gezeigt wurde mir dieses Blatt (*zeigt Liste*), wo die Namen der Förderungswerber draufstehen. Für fünf Förderungsansuchen hat es Unterlagen gegeben. Für vier Förderungsansuchen hat es handschriftlich so eine Telefonnotiz gegeben, wo auf einem Schmierzettel die Förderung genehmigt wurde. Auf einem Schmierzettel. Kollege Weninger, Du lachst. Ich weiß schon. Auf einem Schmierzettel wurden hier Hunderte und Tausende Schillinge... Ich weiß nicht, vielleicht ist es bei Euch in der Arbeiterkammer auch so üblich, weil Du so lachst. Ich hoffe nicht. (*Abg. Weninger: Ich bin nicht in der Arbeiterkammer und ich arbeite nicht mit Schmierzetteln!*) Ich hoffe nicht, daß bei Euch so vorgegangen wird, wie hier in diesem Bereich. Daß auf Schmierzetteln, Kollege Weninger, Förderungen vergeben werden.

Ich habe es dann angefordert. Und lange, lange später ist dann ein Schreiben gekommen, eine Faxnachricht von der AMA, wo darauf eingegangen worden ist, daß bei der Fruchtfolge-stabilisierung Herbst und dann die genauen Namen, daß es doch Unterlagen gibt. (*Zeigt Schriftstück.*) Sind wieder vertauscht worden. Nicht wieder genau die Namen, die gefehlt haben. Ich habe es dann aufgegeben. Es war nicht möglich, daß hier wirklich alles vorgelegt wurde. Und darum haben wir Freiheitlichen und ich im Kuratorium auch dann gesagt, so kann es nicht weitergehen. Und darum sagen wir Freiheitlichen auch heute wieder: Jetzt ist Schluß! Und Schluß ist auch damit, daß ein Gesellschafter der Agrana, der NÖ Bauernbund weiter sich Förderungen zusagt wenn er selbst Gesellschafter ist. Und da nützt die Ausrede nichts, daß man nur mit 0,9 Prozent beteiligt ist. Gesellschafter ist Gesellschafter. Aber wenn das ÖVP/ÖVP ist, ist es in Ordnung. Der Landesrat nimmt da die Förderung 'raus und steckt da die Förderung als Obmann 'rein. Diese Politik verurteilen wir Freiheitlichen. Wir haben für eine Parteipolitik und für Förderungen in Parteikreisen nichts übrig.

Ich möchte jetzt noch darauf eingehen, daß sich bereits bei der letzten Kuratoriumssitzung Landesrat Blochberger selbst für befangen erklärt hat. Weil er es einsieht. Er hat bei der Agrar Plus nicht zugestimmt. Er hat jedoch auch die Auffassung vertreten, daß Förderungen in Zukunft ab einer gewissen Beteiligung in Ordnung sind. Für uns Freiheitlichen sind auch in Zukunft Förderungen an parteinahe Gesellschaften abzulehnen und nicht in Ordnung.

Ich fasse daher jetzt abschließend zusammen: Agrar Plus. Mit dieser Beteiligungsgesellschaft, Obmann Landtagsabgeordneter Hiller, Vorsitzender des Aufsichtsrates Franz Blochberger. Agrana Hohenau: Beteiligter der NÖ Bauernbund, gleichzeitig Förderungsnehmer und gleichzeitig Förderungsgeber. Die Verfehlungen im Bereich der Winterbegrünung, wo noch immer Unterlagen fehlen, und viele weitere kleine Verfehlungen, die heute hier schon aufgezählt worden sind und die man noch um jede Menge ergänzen könnte.

Ich verweise aber auch hier auf ein Abstimmungsverhalten der SPÖ. Die in der Regierungssitzung noch keine Aussage getroffen hat über diese Vorkommnisse. Sie haben nur vom freien Landtag gesprochen. Im Ausschuß wurde Ihnen dann klar, daß irgendwann doch Landesrat Blochberger das Handwerk gelegt werden muß. Und sie haben im Ausschuß einen Antrag gestellt, daß es nicht zu einer Kenntnisnahme kommen darf. Heute im Landtag, haben wir schon gehört, wird sich diese SPÖ doch wieder zu der anderen Variante bewegen und wird heute doch zustimmen. Weil es kann ja nicht sein, daß man deswegen jetzt doch der ÖVP und und und... Typisch SPÖ-Politik. Es zeigt sich halt, daß nicht nur bei der ÖVP die Umfaller sind, wenn es um Verhandlungen geht. Sondern daß sie dann wahrscheinlich auch in den Reihen der SPÖ sind. Oder ich werde heute noch eines Besseren belehrt.

Der Landesrechnungshof jedoch hat seine Kritik aufrecht erhalten. Vielleicht nicht in der Härte. Er hat sie etwas zurückgenommen. Doch er hat weiterhin festgestellt, daß ungesetzliche Handlungen gesetzt wurden. Und daß der Vorsitzende dieses Fonds, der natürlich jetzt 'rausgeht, weil er glaubt wirklich, es ist besser er hört nicht alles. Wenn er ein bißchen politische Kultur hätte, wäre er hier sitzen geblieben. Denn es ist sein Ressort, es ist sein Bericht. Und es ist die Kritik, die ihm gehört. Nicht ich, nicht irgendwer hat das verschuldet. Er, Landesrat Franz Blochberger hat das zu verantworten! Er verläßt lieber als Landesrat hier den Saal. Besser wäre es wahrscheinlich, er würde irgendwann überhaupt die politische Bühne verlassen. Denn wenn er nicht Manns genug ist, hier zu sitzen und sich hier das anzuhören, dann hat er als Politiker und als Landesrat in diesem Bundesland nichts mehr verloren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber dieser Landesrat redet davon, bei anderen Kollegen reinen Tisch gemacht zu haben. Versäumnisse aufgearbeitet zu haben. Und ich werde

das jetzt gut bäuerlich werde ich das beenden. Wenn er, der Vorsitzende, ich bezeichne das alles als Bauernhof und er ist der Bauer. Dann würde ich einmal sagen, er sollte hier da sein, daß er merkt, wie groß der Saustall ist, den er angerichtet hat. Und ich sage auch jetzt, wir helfen ihm dabei, diesen Saustall auszumisten. Aber das geht nur, wenn man den Bauern endlich in Pension schickt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich werde mich auch mit dem landwirtschaftlichen Siedlungsfonds beschäftigen. Aber ich werde versuchen, sachlicher zu sein.

Bevor ich mich aber mit dem landwirtschaftlichen Siedlungsfonds beschäftige, hoffe ich, daß der Herr Landeshauptmann irgendwo im Haus einen Lautsprecher hat, und meine Fragen gleich beantworten kann. Und wenn nicht heute mündlich, so vielleicht morgen schriftlich.

Wir haben – und ich frage aus gegebenem Anlaß – am 29. April 1999 einen Dringlichkeitsantrag einstimmig beschlossen. Und darin steht unter Punkt 2: „Die Landesregierung wird aufgefordert, im eigenen Bereich sowie gegenüber den Stellen des Bundes darauf zu wirken, dass weiterhin alles nur mögliche unternommen wird, um den aus dem Kosovo vertriebenen Menschen in ihrem schweren Schicksal beizustehen.“ Und ein zweiter Absatz auch noch dazu.

Aus gegebenem Anlaß frage ich nun, und der Herr Landeshauptmann hat eine Pressekonferenz gegeben, die Medien sind voll davon, er möge mir vier Fragen beantworten:

Warum wurde das Flüchtlingslager in Stockerau geschlossen? *(Abg. Dirnberger: Stimmt ja nicht!)* Warum wurden die Flüchtlinge von Niederösterreich nach Wien ausquartiert? *(Abg. Kurzreiter: Es wurde ja nicht geschlossen!)* Er kann es mir sagen. Ich erwarte seine Antwort darauf. Nicht einmal fertig essen haben die Leute können, so rasch mußte das gehen. Warum? Wurden Ersatzunterkünfte angeboten? Und ist es geplant, noch weitere Unterkünfte zu schließen? Ich erwarte vom Herrn Landeshauptmann heute noch oder spätestens morgen Antwort darauf. Denn es wäre sicher obsolet des Herrn Landeshauptmannes, einen einstimmigen Beschluß dieses Landtages zu ignorieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich mich mit dem landwirtschaftlichen Förderungsbericht beschäftigen. Bevor ich zum Rechnungshofbericht komme wenige Anmerkungen zum Förderungsbericht.

Es ist natürlich Tatsache, daß in dem letzten Jahr ein Drittel des Fondsvermögens aufgebraucht wurde. Jetzt kann man sagen, der Fonds ist sicher keine Sparkasse. Dieser Ansicht gebe ich teilweise recht. Nur, es kann nicht so sein, daß das Fondsvermögen nur aufgebraucht wird, ohne zu wissen, wie es zu sanieren ist. Ich weiß schon, daß die Gelder des Landes nicht geflossen sind, so, wie man es haben wollte. Und ich weiß auch, und das ist der Fehler des Herrn Landesrates, daß man Gelder ausgegeben hat, obwohl es beim Land Kreditkürzungen gegeben hat. Den Institutionen, die von den Kreditkürzungen betroffen waren, hat der Fonds dann die restliche Differenz ausbezahlt. Ich hoffe nur, daß diese Fondsverminderung nur ein Jahr lang geschieht und daß man in den nächsten ein oder zwei Jahren wieder auf das Fondsvermögen zurückkommen kann. *(Abg. Keusch: Das wird sich nicht ausgehen!)*

Ich hoffe! Ich hoffe es, daß man hinkommen könnte. Weil sonst wäre es wirklich zum Nachteil der Landwirtschaft, zum Nachteil der Bauern.

Nun ein Satz, ich will wirklich nur einen Satz an den Herrn Waldhäusl verschwenden. Wenn er jetzt kommt und sagt, naja, die Anträge, die die F gestellt haben, die werden jetzt erfüllt damit. Naja, es ist so, daß manche sich nur herstellen und fordern, und teilweise nicht wissen wovon sie reden. Während die anderen eine Agenda 2000 verhandeln und ein Paket von 40 Milliarden Schilling als Begleitmaßnahme dazu mitverhandelt haben. Und mit diesen 40 Milliarden Schilling an Begleitmaßnahmen kann man einen Großteil der im Antrag gewünschten Forderungen erfüllen. Die einen arbeiten und die anderen reden. Beides kann in diesem Haus gut gehen. Nur, die, die arbeiten, sind mir persönlich lieber. *(Abg. Waldhäusl: Und was tust Du?)* Arbeiten – im Unterschied zu Dir! *(Abg. Waldhäusl: Seit wann?)* Seit ganzen 38 Jahren. Was ich mir bei Dir sicher nicht vorstellen kann.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren zum Bericht als solchen. *(Abg. Kautz hält 2 Konvolute hoch.)* Man könnte natürlich feststellen und sagen, daß diese Berichte gleich ausschauen, fast gleich dick sind und fast den gleichen Inhalt haben. Ich darf ein wenig zur Milderung beitragen, denn auch eines hat der Rechnungshof festgestellt: Daß die Differenz, die Zeitdifferenz zwischen den

beiden Prüfungen relativ kurz war und die Beanstandungen, die im ersten Bericht, also 1998 drinnen waren, jetzt im Bericht 1999 noch nicht ganz behoben werden konnten. Weil eine Überschneidung da war. Also diese Korrektur darf ich hier anbringen. Alles war nicht möglich. Daß das möglich gewesen wäre, dazu ist zu viel passiert, das will ich auch gleich dazu sagen. Nur muß man mit beiden Beinen am Boden bleiben.

Was mich stört – und jetzt komme ich noch einmal auf meinen Vorredner zurück – im letzten Protokoll vom 15. Februar 1999 steht unter dem Punkt Rechnungshof: Beiliegende Tischvorlage wurde von Hofrat Mag. Winter vorgelesen. Diese Tischvorlage, eine Kurzfassung von Prof. Dr. Raschauer's Gutachten, hat die Rechtsmeinung des Kuratoriums bestätigt und wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Das Vorlesen wurde einstimmig zur Kenntnis genommen, denn das Gutachten war nur auszugsweise zitiert! Der letzte Satz widerspricht dem vorgehenden. Bei Bedarf könnte das Gutachten von der Abteilung LF3 angefordert werden. Das heißt, wenn ich nur einen Teil des Gutachtens verlesen bekomme, kann ich das Gutachten nicht zur Kenntnis nehmen. Sie haben sich selbst widersprochen – bewußt oder unbewußt.

Nun darf ich mich ein bißchen mit dem Gutachten auseinandersetzen. Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich bin schon lange genug auf der Welt um auch zu wissen... *(LR Blochberger: Der Professor Raschauer war bei der Sitzung anwesend und konnte zu jedem Punkt befragt werden!)*

Herr Landesrat! Meine Kollegen vom Ausschuß haben mir heute mitgeteilt, daß sie das vollständige Gutachten bis heute nicht haben, obwohl sie dort ersucht haben es zu bekommen. Ich habe es, Herr Kollege, ich habe es! Weil ich es habe, kann ich mich ein bißchen auseinandersetzen damit. Denn ich bin genau dort, daß der, der das Gutachten anschafft, auch meistens das drin stehen hat, was er sich erwartet von dem Gutachten. Daß meistens auch das drin steht was ist. *(LR Blochberger: Das ist eine Unterstellung, Herr Kollege! Das heißt, der Gutachter wäre käuflich!)*

Lieber Herr Landesrat! Ich kenne verschiedene Gutachten – 2 und 3 – die total konträr sind. Jeder ist ein Fachmann... Herr Landesrat! Ich werde es ja auch gleich begründen, warum. Es gibt Gutachten. Wenn ich nur in den Verkehrsbereich gehe. Der eine Verkehrssachverständige meint, die linke Reichshälfte, und der andere meint, die rechte Reichshälfte. Beide sind Universitätsprofessoren, beide sind Honoratioren, nur haben sie andere Ansichten. Das ist auch im Raschauer-Gutachten möglich. *(Weiterhin Unruhe bei LR Blochberger.)*

Das ist so. Er braucht sich nicht gleich aufzuregen. Nur eines möchte ich schon sagen: Das Raschauer Gutachten geht davon aus, und ich bringe jetzt einen Vergleich, Herr Landesrat ... *(LR Blochberger: Das kann man doch einem Gutachter nicht unterstellen. Du stellst den Rechtsstaat in Frage!)*

Nein, ich stelle nicht den Rechtsstaat in Frage! Ich stelle den Rechtsstaat nicht in Frage. Ich habe gerade gesagt, jeder Gutachter hat eine andere Meinung. Das heißt, wenn es ein Raschauer-Gutachten gibt, so müßte es zumindest ein Gegengutachten geben, um feststellen zu können, gibt es zwei gleichlautende Meinungen oder gibt es auch andere. Und ich begründe das so: *(Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)* Ich komme aus dem Sportbereich. Wenn ich einen Profifußballer bezahle aus dem Verein heraus, so hat der Anhänger des Vereines, der zufällig auch Anhänger dieses Vereines ist, ein Profifußballer, nicht das Recht, auch Geld zu bekommen. Genauso funktioniert es nämlich da in dem Gutachten. Die Landes-Landwirtschaftskammer ist nicht förderungswürdig. Aber weil sie die Bauern vertritt, hat sie das Recht auf Förderung. Das gleiche: Wenn ein Fußballanhänger Geld bekommen muß, weil er auf den Sportplatz geht, weil die Spieler auch eines bekommen. Also so weit hergeholt sind hier die Fakten in diesem Gutachten, meine Damen und Herren. *(Abg. Kurzreiter: Der Vergleich hinkt aber schon sehr!)*

Nein, das ist nämlich genau die Wahrheit.

Lieber Herr Kollege! Ich will nur eines: Wenn man korrekt vorgehen will und das aus der Welt schaffen will, so möge bitte der Verfassungsdienst oder ein anderer sich dieser Sache annehmen, ein anderes Gutachten erstellen. Haben wir zwei gleiche Meinungen, so werden wir sie zur Kenntnis nehmen. Haben wir zwei differierende Meinungen, so werden wir weiter darüber diskutieren. Das wäre fair und korrekt. Aber nur zu sagen, ich habe ein Gutachten, und wenn der Herr „Raschauer“ heißt, muß es das richtige sein – so kann es bitte nicht gehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ein anderer Punkt, der mir persönlich bedenklich erscheint. Ich weiß und ich sage es immer und überall, daß ein Voranschlag teilweise Hausnummern sind. Ein Voranschlag ist das, was man plant, was man will. Es muß am Ende nicht das herauskommen. Ich glaube, soweit kann mir jeder folgen. Nur, wenn ich einen Voranschlag zu dem Zeitpunkt erstelle, wo ich schon weiß, daß ich Abgänge habe, so ist das mit böser Absicht passiert. Oder ich will meine Mitglieder, die diesen Voranschlag beschließen müssen, täuschen, wenn ich es weiß. Hier ist es erwiesen, daß zu einem Zeitpunkt, wo der Voranschlag beschlossen wurde, schon feststand, daß

zum Beispiel die Eigenmittel nicht vorhanden waren, die Ersparnisse nicht da sind. Warum hat man nicht den Mut und sagt, okay, das ist vorhanden, das haben wir, wir werden dieses Jahr einen Abgang verzeichnen? Ob ich es im Jänner erfahre oder im Dezember beim Abschluß, ist, meine Herrschaften, ist vollkommen egal. Doch ehrlicher ist es, wenn ich es im Jänner sage. Und damit sind wir bei der Ehrlichkeit angelangt.

Herr Landesrat, ich habe das letzte Mal versucht, einige Sätze zu sagen, um auch Verständnis Deiner Lage gegenüber aufzubringen. Nur glaube ich, Du hattest wirklich zwei Ohren: Bei einem ist es 'reingegangen, beim anderen 'raus. Wenn ich heute immer wieder lese in diesem Bericht, daß immer wieder sich auf das Personal ausgedredet wird. Herr Landesrat! Ich glaube nicht, daß Du in dieser Abteilung, im Fonds so schlechtes Personal hast. Das Personal im Fonds hat sicher die gleiche Qualität wie jedes andere Landespersonal. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Du je Leute bekommen hast, die woanders nicht fähig wären. Daher glaube ich, es ist eine Ausrede, das ist das Personal und dort haben wir einen Fehler gemacht, das Personal ist für die Fehler zuständig. *(LR Blochberger: Wer sagt das?)*

Im Rechnungshofbericht stehts drinnen. In der Antwort der Landesregierung steht es immer wieder, ein Fehler von dort, ein Fehler von da. Ich will das Personal aus dieser Sache herausgehalten haben. Sie machen das, was angeschafft wird. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und wenn, wie es hier drinnen steht, auf Grund einer Handnotiz ... *(LR Blochberger: Also bitte, das ist eine Unterstellung von Ihnen!)* Das steht da drinnen, Lieber Freund! Oder du hast diesen Bericht nicht gelesen, hast nur die erste Seite angeschaut. Hier steht drinnen, daß auf Handnotizen hin Gelder vergeben wurden.

Ich habe gar nichts dagegen, wenn es zum Zeitpunkt der Vergabe vielleicht nur eine Handnotiz gibt. Aber es muß am kürzesten und raschesten Wege sämtliche Unterlagen geben. Doch wenn dann am Jahresende noch immer keine Unterlagen da sind, dann muß ich mir schon etwas denken dabei, warum. Denn auf eine Handnotiz hin kann nicht der Hofrat und nicht die kleine C-Beamtin auszahlen. Auf Handnotiz wird ausbezahlt, wenn es der Landesrat anschafft! *(LR Blochberger: Es gibt keine Handnotiz von mir, keine handschriftliche Aussendung! – Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.)*

Von Dir nicht. Aber bitte, lies den Bericht. Da steht öfters drinnen: Keine Unterlagen, kein Ansuchen. *(LR Blochberger: Es gibt keine Handnotizen von mir in keinem Akt des Förderungsfonds!)* Vielleicht gibt es auch gar kein Ansuchen.

(LR Blochberger: Bitte mir das nachzuweisen!)

Vom Landesrat nicht – nein! Habe ich auch nicht gesagt. Ich habe gesagt, es gibt Handnotizen. Und auf Grund von Handnotizen zahlt niemand aus. Er zahlt erst dann aus, wenn diese Handnotiz von oberster Stelle, vom Landesrat abgeseget ist. Daß es Handnotizen von Dir sind, habe ich nicht gesagt. Es sind Handnotizen da. *(LR Blochberger: Ich habe auch keinen einzigen Akt abgeseget und keine Handnotiz!)*

Das ist noch viel schlechter! Herr Landesrat! Das ist noch viel schlechter!

Nun, es gibt ja zum Beispiel beim Rinderzuchtverband am 15. Jänner bei der AMA eine handschriftliche Notiz. Am 22. Jänner wurde angewiesen, ... *(LR Blochberger: Von wem bitte? Von wem ist die Handnotiz?)*

Von dem Sachbearbeiter, der dort das Telefonat entgegengenommen hat.

Am 27. Jänner wurde angewiesen und im Oktober und im November sind die restlichen Unterlagen für dieses Ansuchen nachgereicht worden. Also, daß man acht Monate, neun Monate braucht, um Unterlagen nachzureichen, obwohl schon vorher ausbezahlt war, Herr Landesrat, das ist nicht korrekt. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich will die einzelnen Punkte, die schon Frau Kollegin Weininger aufgezählt hat, die auch schon der Herr Kollege aufgezählt hat, nicht mehr nachplappern. Sie stimmen. *(Unruhe bei LR Blochberger.)*

Ich kann Dir einige sagen. *(LR Blochberger: Das ist eine schwache Argumentation! Ich habe tausende Akten.)*

Das glaube ich Dir. Wenn das Personal zu wenig ist, ist es Deine Aufgabe, Dich um mehr Personal umzuschauen. Und es wird sicher das Problem bei Euch geringer sein. Der Herr Landeshauptmann wird Dir sicher mehr Personal zugestehen. *(Beifall bei der SPÖ. – LR Blochberger: Sie hören Geisterstimmen! Ich habe nie gesagt, daß ich zu wenig Leute habe!)*

Dann muß es anständig funktionieren, muß es nachvollziehbar sein. Wenn die Akten unvollständig sind, wenn die Akten nicht nachvollziehbar sind, kann es nur Schlamperei sein. Das glaube ich nicht, weil unser Personal im Land arbeitet gut. Dann kann es nur Überforderung des Personals sein, wenn es tausende Akte sind, wenn man zu wenig Zeit hat zum Arbeiten. Da muß man schauen, daß mehr Leute herkommen.

Damit darf ich noch einmal auf ein Thema kommen, das mich ganz besonders aufgeregt hat. Ich bin ein Pferdenarr. Und die Noriker-Schau, ich

hätte sie mir sogar angeschaut. Doch daß man die Millenniumsfeier auch mit dem Geld des landwirtschaftlichen Siedlungsfonds bereichert, ist eine Facette. Und die zweite Facette, daß man das Geld an die falsche Stelle überweist. Die, die nicht einmal angesucht hat, bekommt dann Geld und die, die angesucht hat, bekommt kein Geld. Und darauf kommt man erst, wenn der Rechnungshof prüft. Also, Herr Landesrat, diese Sachen gehören abgestellt. Und ich hoffe, und ich kenne Dich schon lange genug, wenn Du willst, kannst Du diese Sachen abstellen. *(LR Blochberger: Das ist jetzt genau die Gemeinheit!)*

Aber ich habe das Gefühl, es ist unter Umständen ganz angenehm, wenn alles so links, rechts pendelt und nichts seinen geraden Weg geht. Weil vielleicht kann das eine oder andere beim links-rechts Pendeln auch dorthin pendeln, wo es nicht hinpendeln sollte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hofmacher.

Abg. HOFMACHER (ÖVP): Geschätzte Frau Präsidentin! Werte Mitglieder des Landtages! Es liegen uns zwei Geschäftsstücke vor. Zum ersten der landwirtschaftliche Förderungsfonds, der Bericht über die Gebarung und Tätigkeit 1997. Wir haben genug dessen gehört in den letzten Wortmeldungen. Und zum zweiten die Stellungnahme des Landesrechnungshofes über den landwirtschaftlichen Förderungsfonds.

Ich werde nicht auf alle Argumente eingehen, auf die man eingehen könnte. Aber ich finde die Aussagen eines Abgeordneten Waldhäusl sehr bedenklich. Der meint, wenn Landesrat Blochberger nicht anwesend ist, dann schadet das der politischen Kultur und Saustall und ähnliches. Oder Kollege Hiller, „Dreck am Stecken“. Ich sage, ich finde es als eine Degradierung des Landesparlamentes und als eine Niveaulosigkeit eines Mitgliedes des Landtages, solche Aussagen zu tätigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich zitiere einen Auszug aus dem NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds- und Siedlungsgesetz. Dessen Vorgaben bzw. gesetzliche Grundlagen haben wir in die Realität umzusetzen. Und zwar heißt es im § 1: „Zum Zwecke der Verbesserung der Agrarstruktur...“ Und im Abs. 2: „Das Ziel dieser Verfahren ist die Schaffung und Erhaltung solcher bäuerlicher Betriebe, deren Ertragnisse allein oder in Verbindung mit einem Nebenerwerb einer bäuerlichen Familie einen angemessenen Lebensunterhalt nachhaltig sichern.“ Und das ist der Sinn des Siedlungsfonds. Möge man dies kritisieren, wie das

Vermögen dort ist, aber hier muß den Bauern geholfen werden. Aufgaben sind ja genau definiert und beinhalten das Wesentliche in diesen zwei Sätzen, die ich bereits Ihnen zur Kenntnis gebracht habe. Daher ist angeführt, daß das Land sowohl Bürge und außerdem Zahler auf Grund verschiedener Landtagsbeschlüsse ist. Die meisten waren ja dabei, wie die diversen Beschlüsse gefaßt wurden Subventionen, sei es im Güterwegeausbau oder Telefonausbau, was die früheren Jahre betroffen hat oder die Vollelektrifizierung oder jetzt Maßnahmen aus dem ÖPUL. Ich werde nicht auf alles eingehen, denn das haben meine Vorredner bereits versucht zu dokumentieren. Ob Bauförderungen oder verschiedene Maßnahmen im Siedlungsverfahren. Und ich möchte schon anmerken, daß sicher eine Berechtigung besteht, wenn es um die Dotierung, wenn es um die Tilgung geht. Und daß dies sicher ein wichtiges Faktum ist. Und wir haben, um es nochmals zu zitieren, im Jahre 1997 erhaltene Landesbeiträge zu verzeichnen von 337 Millionen Schilling obwohl hier die Kapitaltilgung mit einbezogen ist und die Zahlungen.

Im Bericht ist abschließend festgehalten, das möchte ich auch zitieren, daß der Rechnungsabschluß 1997 mit dem abschließenden Ergebnis der pflichtgemäßen Prüfung und ordnungsgemäßen Rechnungslegung im Sinne der Zielsetzung des Fonds entspricht. Das heißt, daß man der gesetzlichen Vorgabe bei der Verwendung der Mittel sicher voll nachgekommen ist.

Die Landwirtschaft braucht natürlich die Maßnahmen. Ich bin froh darüber, daß es eine einstimmige Resolution geben wird oder zumindest eine mehrheitliche. Denn hätte man bei zukünftigen Maßnahmen - natürlich war es hausgemacht, wo Hausaufgaben zu erfüllen sind - doch hätte man das Instrumentarium des Förderungsfonds nicht - in anderen Bundesländern haben sie es nicht - dann müßte man dies wohl erfinden. Ich weiß aber, und sehr viele, die mit der Landwirtschaft zu tun haben, wissen es auch, daß eine Verunsicherung in der Landwirtschaft, daß eine Verunsicherung bei den Bauern sehr wohl gegeben ist. Und die Verunsicherung stammt nicht aus Niederösterreich, die Verunsicherung ist nicht österreichweit, nicht europaweit, sondern ich meine, daß die Verunsicherung weltweit ist. Und wir haben, weil es auch angesprochen worden ist, eine Hilfestellung den Bauern ja zukommen lassen beim Schweinemarkt. Wir reden nicht nur davon, von den Maßnahmen, sondern wir handeln. Wir setzen Maßnahmen. Und wir haben natürlich Veränderungen, die noch nie dagewesen sind in den Generationen. Und wir tragen politische Verantwortung. Und wir haben Maßnahmen, die noch nie dagewesen sind in der Strukturbereini-

gung. Man könnte aufzählen, bei den verschiedensten Verarbeitungsbereichen. Und es gibt große Diskussionen, was die Agenda betrifft. Aber auch hier möchte ich mich nicht im Detail verzetteln oder ins Detail eingehen. Ich meine aber nur, daß wir sicher keinen Anlaß zum Jubeln bei den Auswirkungen der Agenda haben. Aber wir haben hier einen vernünftigen Kurs eingeschlagen. Und zwar, daß für die Bauern mittelfristig verlässliche Bedingungen entstanden. Daß man die Orientierung weiß, wohin der Zug geht.

Und zum zweiten möchte ich schon betonen, weil es auch angesprochen worden ist, daß die unnachgiebige Haltung bei den Agenda-Verhandlungen, daß sich diese Haltung gelohnt hat. Möge man Kritik üben an einem Agrarkommissär Fischler wie man will. Ich gebe nur zu bedenken, was wäre, wenn ein Franzose dort als Agrarminister gestanden wäre? Dann gäbe es die Maßnahmen - ich könnte sie aufzählen - sicher nicht, die für uns letztlich doch zum Vorteil sind, daß sich natürlich österreichische Forderungen durchgesetzt haben. Wenn es schon angesprochen wird vom Kollegen Waldhäusl, dann möchte ich schon betonen, was Ihr Führer angekündigt hat: Eine fünfzigprozentige Kürzung der Förderungen, der Maßnahmen, welche die Landwirtschaft betreffen! Und wenn Anträge zitiert worden sind, Resolutionsanträge, wo ÖVP und SPÖ nicht mitgestimmt haben, dann erwähne ich auch, daß wir gemeinsam gearbeitet haben an den Problemen der Landwirtschaft. Wo andere polemisiert haben, in den Medien sich gut zu verkaufen versuchten, haben wir, die Großparteien gehandelt. Und ich gestehe auch, daß ich nicht unglücklich bin über das Ergebnis, das in Berlin von den Regierungschefs dort zustande gebracht wurde.

Meine Damen und Herren! Die österreichischen Forderungen, ich werde sie nicht einzeln erwähnen, man könnte in den verschiedensten Produktionsbereichen natürlich einiges zitieren. Aber der Sockelbetrag erscheint mir von besonderer Wichtigkeit, daß in der Agenda festgehalten ist, daß mit der Entwicklung des ländlichen Raumes der Sockelbetrag für die Bergbauern in Zukunft wesentlich erhöht werden kann. Und die Auswirkung der Maßnahmen auf die Erzeugerpreissituation? Ich weiß es, daß es schwierig ist, das abzuschätzen. Denn in Zukunft wird für uns natürlich ausschlaggebend sein das Mengenangebot unserer Produkte und die Entwicklung der Märkte, na selbstverständlich.

Meine Damen und Herren! Jetzt kurz eine Anmerkung vielleicht zum Rechnungshofbericht. Es gab Kritik von der Kollegin Weininger, die den

landwirtschaftlichen Förderungsfonds bzw. die interpretiert hat die Landwirtschaft und die fehlenden Mittel, die immer geringer werdenden Mittel. Frau Kollegin! Ich meine - Sie haben gemeint, der Landesrat hätte Geld verwirtschaftet -, der Herr Landesrat hat nur schnell gehandelt. Und ich sage immer, ich verwende auch den Slogan, wer schnell handelt, der hilft den Bauern doppelt. (*Abg. Waldhäusl: Das Bauernsterben habt Ihr verursacht! Da habt Ihr schlecht gearbeitet, wenn so viele Bauern sterben!*)

Ich meine, daß es Ihnen sicher hier an Information fehlt. Herr Kollege Waldhäusl, in weiterer Folge können Sie sich ja noch einmal melden.

Zum zweiten: Es wurde am 12. November 1998 von den Freiheitlichen bei einer Debatte zum Rechnungshofbericht verlangt, ein Untersuchungsausschuß soll eingesetzt werden, weil es eben gravierende Mängel und Rechtswidrigkeiten gegeben hätte. Das wird dem Geschäftsführer, Landesrat Blochberger vorgeworfen. Natürlich gab es dann das Gutachten, das auch des öfteren zitiert wurde, und ich zitiere einen Satz des Gutachtens, und zwar: Das Gutachten beinhaltet den Verwendungszweck, daß die Verwendung zweckentsprechend und keine Zweckänderung war. Und der Gebahrungsvollzug war korrekt. Er entspricht dem Vorschlag des vom Landtag zu berufenen Kuratoriums. Daher verstehe ich die Aufregung nicht. Vielleicht versucht man - das ist meine Meinung - vielleicht versucht man damit abzulenken. Ich schlage vor, oder ich würde den Freiheitlichen vorschlagen, vor der eigenen Türe zu kehren.

Zum Rechnungshofbericht über die Gebahrung des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds. Der beinhaltet auch eine Kritik. Und die Kritik sollte auch angebracht sein, na selbstverständlich. Wenn es heißt, die Förderung der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer ist auch erfolgt, wenn eine Deckelung über dem Landwirtschaftsfonds lag. Wir haben doch einen gesetzlichen Auftrag, wir sind gesetzlich verpflichtet, daß wir die Interessensvertretung entsprechend dotieren. Es wird in Zukunft auch nicht mehr der Fall sein, weil es eben im Budget schon vorgesehen ist. Und die Förderung der Landarbeiterkammer ist ebenfalls im Budget 1999 vorgesehen. Es sind im Bericht weiters angeführt die Kritikpunkte, das Kuratorium wird mit der Frage der finanziellen Lage des Fonds im Zuge des Rechnungsabschlusses befaßt. Also der Rechnungsabschluß wird bis Juni des nächsten Monats natürlich vorliegen. Und die Fondsverwaltung ist sicher bemüht, formale Mängel bei der Abwicklung zu beseitigen. Es wurde auch die Aufgliederung der Buchhaltung aus dem Landesbereich diskutiert und angemerkt. Dieses Problem wurde im Zuge des Pro-

jektes der Effizienzsteigerung eingebracht. Ein Ergebnis ist für die nächste Kuratoriumssitzung zu erwarten.

Meine Damen und Herren! Und jetzt zur Winterbegrünung, die von allen meinen Vorrednern ausgeführt wurde. In den Richtlinien, im Entwurf zum ÖPUL 1995, und das sei auch klar gesagt, waren ursprünglich zwei Begrünungsvarianten vorgesehen, nämlich: Begrünung mit Zwischenfrüchten und zum zweiten Einbeziehung von Hauptfrüchten in die Begrünung. (*Fortgesetzt Unruhe bei Abg. Waldhäusl.*)

Ich werde Dir die Antwort geben, Herr Kollege Waldhäusl. Du wirst es noch erfahren.

Lediglich bei den Hauptfrüchten wurden die Maßnahmen gestrichen. Und hier wieder wurde schnell mit 900,- Schilling den Bauern geholfen, wieder aus diesen Mitteln. Du sollst mich nicht immer unterbrechen, lieber Freund. Pro Hektar 900,- Schilling. Und das waren insgesamt 5.000 Förderungen, die die Begrünung betroffen haben. (*Abg. Waldhäusl: Wo sind die Unterlagen? Ohne Unterlagen!*)

Und im Jahr 1997 erfolgten neun Förderungen und eine Rückzahlung. In fünf Fällen hat dies der Landesrechnungshof bemängelt. Die Förderung als solche wurde ja nicht in Zweifel gezogen, das ist schon richtig. Und diese fünf bemängelten Fälle, die hier angeführt wurden, entsprechen einem Promille der gesamten Fälle. Und zur Durchführung der fünf Förderungsmaßnahmen waren zum Zeitpunkt der Anweisung sehr wohl mehr Unterlagen vorhanden, als auf dem handschriftlichen Vermerk, der immer zitiert worden ist, ersichtlich. Eine Anweisung hätte ohne die zusätzlichen Daten, die im Ansuchen ersichtlich sind, nicht durchgeführt werden können. (*Abg. Waldhäusl: Die Unterlagen fehlen noch immer!*)

Der handschriftliche Vermerk, Herr Kollege Waldhäusl, ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit, ist lediglich eine Notiz über eine Rückfrage bei der AMA und sonst gar nichts! Die Unterlagen waren zum Zeitpunkt der Auszahlung sehr wohl vorhanden. Und es darf noch einmal darauf hingewiesen werden und ein Dank unseren Beamten der Abteilung LF3, der Abteilung landwirtschaftliche Förderung ausgesprochen werden, daß im Jahre 1997 15.000 Einzelakten behandelt und positiv erledigt wurden.

Und nun zum nächsten was kritisiert worden ist, und zwar, daß nur drei Sitzungen stattfanden und ein Umlaufbeschluß eingeholt wurde. Es war dies, und das wurde auch zitiert, das Symposium Biomasseenergiezukunft in Niederösterreich. Der Weg ab dem 100. Heizkraftwerk. Das war eine

Veranstaltung mit internationalen Fachleuten aus der Schweiz, Dänemark, Deutschland sowie auch Experten aus Österreich. Überdies, muß ich dazu sagen, ist die Bedeutung der Biomasse für uns entsprechend beachtlich. Und daher wurde für dieses Symposium ein Umlaufbeschluß herbeigeführt um zum ersten Kosten zu ersparen. Und zum zweiten war kein weiterer Tagesordnungspunkt mehr vorhanden. Aber in Zukunft, so die Aussage des Vorsitzenden, werden natürlich vier Sitzungen durchgeführt. Es gab weitgehende Zustimmung, es erfolgte die Zustimmung bei den Sozialdemokraten, lediglich nicht beim Kollegen Waldhäusl.

Wenn die Agrara angesprochen worden ist, die Beteiligung des Bauernbundes, wieso ist das rechtswidrig und wieso soll dies verboten sein? Mit 0,91 Prozent! Es gibt eine Vereinbarung, daß bis zu 10 Prozent keine Befangenheit vorliegt. Das wissen sämtliche Mitglieder des Kuratoriums. Und bis 25 Prozent muß gemeldet werden, wenn 25 Prozent Beteiligung vorliegt. (*Abg. Waldhäusl: Ihr habt es selber beschlossen! Wenn es die ÖVP beschließt, ist es Gesetz – oder wie? In dem Land wundert mich nichts mehr!*) Bei der Agrar Plus ist das eine ehrenamtliche Funktion, die Herr Kollege Hiller dort ausführt. Und dort gibt es nicht einmal Fahrtkostenersatz. Und natürlich ist die Kritik, die angebracht wurde, vollkommen haltlos. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich stelle fest und das ist meine Meinung, daß – und ich bin überzeugt, daß die Mittel im landwirtschaftlichen Förderungsfonds zweckgebunden verwendet wurden – daß es Kleinkrämerei ist, wenn man so etwas zum Anlaß nimmt um zu kritisieren, um unseren Landesrat zu degradieren. Ich stelle fest, daß jeder Schilling im Förderungsfonds sinnvoll und zweckgebunden, wie es vorgesehen ist, der gesetzlichen Grundlage entsprechend verwendet wurde. Und daß kein Geld, verehrte Freunde, in dunkle Kanäle wie „Freies Wohnen“ zum Beispiel geflossen ist, sondern den Bauern voll und ganz zugute kam. Und daß Landesrat Blochberger seine Arbeit in diesem Fonds zu hundert Prozent leistet. Die ÖVP wird natürlich diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Waldhäusl gemeldet. Herr Abgeordneter! Ich ersuche Sie, den Gegebenheiten der tatsächlichen Berichtigung Folge zu tragen.

Abg. WALDHÄUSL (*FPÖ*): Frau Präsidentin! Werte Kollegen des Hohen Hauses! Ich melde mich zu einer tatsächlichen Berichtigung. Es wurde behauptet auch in bezug auf meine Person, daß bei der Abwicklung der Begrünungsförderung daß

diese fehlenden Unterlagen sehr wohl vorhanden waren. Und daß diese deswegen erfolgt ist. Ich zitiere hier die Stellungnahme der Landesregierung: Da die Abwicklung mit den übrigen Förderungsfällen konform erfolgte, geht die Fondsverwaltung nach Befragung des seinerzeitigen Sachbearbeiters davon aus, daß zum Zeitpunkt der Auszahlung der Förderung alle förderungsrelevanten Unterlagen vollständig vorhanden waren, und erst danach in Verlust geraten sind. Es läßt sich daher nicht nachvollziehen, ob sie auch zum Zeitpunkt der Förderung vorhanden waren. Und meine Behauptung ist daher richtig, daß sie noch immer nicht vorhanden sind. Und ich warte noch immer auf diese Unterlagen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN (*Grüne*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur einige Anmerkungen noch machen und dann aber darauf hinweisen, daß es noch andere Rechnungshofberichte auch gibt. Aber zunächst schon etwas, was mir aufgefallen ist, insbesondere jetzt bei der Rechtfertigungsrede des Herrn Kollegen Hofmayer. Also, eines müssen wir schon klarstellen: Es kritisieren nicht die Frau Kollegin Weininger oder der Herr Kollege Waldhäusl - Körpersprache ist auch eine Sprache -, sondern kritisieren tut schon der Rechnungshof. Also ich glaube, das sollten wir uns schon vor Augen führen. Geht es jetzt um die handschriftlichen Notizen? Ich will gar nicht sagen, natürlich kann man gelegentlich einmal als Bürgermeister im Wirtshaus eine Förderung zusagen. Aber dann wird am nächsten Tag das eben entsprechend aufgearbeitet. (*LR Blochberger: Wieso? Im Wirtshaus wird bei uns nichts zugesagt! Im Wirtshaus wird keine einzige Förderung zugesagt!*)

Schauen Sie in den Bericht auf die Seite 24. Ich rede nicht von einem Landesrat, sondern ich rede insgesamt von der Sache, wie so etwas laufen kann. Aber Herr Landesrat, schauen Sie in den Bericht auf Seite 24. (*Unruhe bei LR Blochberger.*)

Herr Landesrat, noch einmal: Wenn Sie wollen schauen wir dann gemeinsam ins Protokoll. Ich versuche das absichtlich so zu formulieren in Anspielung auf die Rede des Herrn Kollegen Kautz. Herr Landesrat! Es geht darum: Natürlich kann auch einmal eine mündliche Zusage zu einer Förderung führen. Aber, und ich zitiere Seite 24 des Rechnungshofberichtes: „Bei den restlichen fünf Fällen wurde als Grundlage für die Bearbeitung und Auszahlung der Förderung nur eine handschriftliche

Notiz des Sachbearbeiters der Abteilung usw. vorgefunden, ...“ Und erst im Oktober, das heißt Monate danach, wurden ergänzende Unterlagen eingeholt. Also ich meine, ganz irgendwie von irgend etwas in Australien reden wir nicht. Sondern wir reden schon von den Dingen, die da im Rechnungshofbericht stehen. Mir geht es auch nicht darum, daß diese Zusage so erfolgt ist, oder daß solche Zusagen auf diese Art und Weise erfolgt sind. Sondern daß man es dann hinterher nicht in die entsprechende Ordnung gebracht hat. Das ist es.

Und das als „Kleinkrämerei“ zu bezeichnen, Herr Kollege Hofmayer, wenn man diesen Bericht hier politisch interpretiert, das ist eine etwas gewagte Formulierung. Insbesondere dann, wenn man die Frage dieses 65 Millionen Kapitalzuschusses nicht einmal erwähnt in dieser Rechtfertigung. (*Beifall bei den Grünen.*)

So, und jetzt ist die Frage, wie bekommen wir den Bogen von dem Bericht über den landwirtschaftlichen Siedlungsfonds zu einem anderen Rechnungshofbericht, der auch nicht von schlechten Eltern ist: Das Kombiprojekt St. Pölten-West. Versuchen wir es mit dem Güterwegebau. Das Kombiprojekt St. Pölten-West beherbergt auch die Abteilung Güterwegebau. Und damit sind wir beim Kombiprojekt St. Pölten-West.

Ich möchte einleitend ein Zitat aus diesem Bericht bringen, weil das sehr sehr schön, als eine Art pars pro toto, als eine Art Teil fürs Ganze, also ein Symptom gezeigt werden kann. Entgegen den Verträgen und ohne daß das Land Niederösterreich damit befaßt worden wäre, wurde zwischen den beiden Projektgesellschaften Hypo-Leasing und NÖPLAN nachträglich eine dreiprozentige Grundstücksprovision vereinbart und dem Land Niederösterreich in die Leasingrate eingerechnet. Auch die eingeholte Stellungnahme der beiden Gesellschaften hat am konträren Standpunkt zwischen dem Landesrechnungshof und den Projektgesellschaften nichts geändert. Das ist einer der vielen, vielen Mißstände, die der Rechnungshof hier völlig zu Recht kritisiert als Symptom, wie dieses ganze 250-Millionen-Projekt abgelaufen ist. Da kommt aber noch dazu, daß der Finanzkontrollausschuß das ja schon seinerzeit geprüft hat und daß ein Teil dieses Berichtes nur eine Nachkontrolle ist. Und wieder wurde festgestellt, daß vieles eben nicht bereinigt wurde.

Beispiel: Es gab keine Vertragsgrundlagen für die Projektabwicklung. Ich darf wieder zitieren: „Zum seinerzeitigen Vorwurf, daß das Grundsatzübereinkommen zwischen dem Land NÖ, vertreten

durch die NÖ Landesregierung, und der Hypo-Leasing erst am 9. Juli 1991, also erst fünf Monate vor Bauende abgeschlossen worden sei und die Projektabwicklung bis zu diesem Zeitpunkt ohne formale vertragsrechtliche Grundlage erfolgt wäre, hat die NÖ Landesregierung nicht Stellung genommen.“ Und der Rechnungshof gibt an, daß das eben kein Einzelfall ist und spricht völlig zu Recht von einer freihändigen Vergabe. Also ich meine schon, das ist ja durchaus etwas, worüber man immer wieder diskutiert. Insbesondere bei dem einen oder anderen NÖPLAN-Projekt und auch in anderen Zusammenhängen. Wenn es etwa um EU-konforme Ausschreibungen geht, dann kommt der Herr Landeshauptmann sehr oft mit der Rechtfertigung, unsere Wirtschaft, unsere NÖ Wirtschaft, wir müssen sie stärken, wir müssen auf unsere Betriebe sehen. Ich glaube, daß hier in diesem Zusammenhang der Wirtschaft kein guter Dienst erwiesen wurde. Daß eher so ein gewisser Geruch der Mißwirtschaft oder der Freunderlwirtschaft entsteht, wenn man sich dieses Zitat vor Augen hält. Und die hanebüchene Ausrede der Landesregierung, meine Damen und Herren, daß man sich einfach aufs Vergabegesetz ausredet und auf die Änderung der ÖNORM 1993, als bräuchte es solche Dinge dafür, daß man bei einem 250-Millionen-Projekt einen schriftlichen Vertrag mit den entsprechenden Stellen herstellt, also das ist schon ein ganz ein besonderes Zeichen.

Weiters, ebenfalls schon vom Finanzkontrollausschuß festgestellt. Das Mehrfachbieten der Firma Traunfellner AG. Schon 1993 bzw. 1995 stellt ja der Finanzkontrollausschuß fest, die Traunfellner AG habe an den Ausschreibungen für die Erdarbeiten und die Straßen- und Hofflächen jeweils innerhalb zweier Arbeitsgemeinschaften teilgenommen. Einmal durch die Niederlassung in St. Pölten und im anderen Fall durch die Niederlassung Lilienfeld. Und dann weiter: „Die Beteiligung eines Unternehmens an mehreren Bietergemeinschaften hätte nicht ohne Konsequenzen bleiben dürfen.“

Und jetzt kommen wir zum nächsten Gutachten. Auch hier wurde ein Gutachten vorgelegt. Und dieses Gutachten, das hat auch so eine besondere Note. Es wurde nämlich dieses Gutachten zunächst einmal nur von der NÖPLAN ins Spiel gebracht, aber niemals vorgelegt. Trotz mehrfacher Urgezen des Rechnungshofes. Und in diesem Gutachten wurde angeblich festgestellt, daß dieses Mehrfachbieten durchaus in Ordnung sei. Und der Rechnungshof hat dann so lange dieses Gutachten von der NÖPLAN urgiert, bis das Gutachten vorlag. Und dann stellte sich heraus, daß eben nicht die NÖPLAN das Gutachten bezahlt hat sondern die

Firma Traunfellner AG. Womit wieder einmal über die Gutachten und über die Qualität, oder sagen wir nicht Qualität, sondern über die Subjektivität dieser Gutachten oder die Objektivität eine Aussage getroffen ist.

Und jetzt sind wir bei dieser Grundstücksprovision, die ich eingangs schon erwähnt habe. Ergebnis der Rechnungshofprüfung: „Die zwischen der Hypo-Leasing und NÖPLAN nachträglich vereinbarte Grundstücksprovision für die NÖPLAN in der Höhe von 3 % der jeweiligen Kaufpreise widerspricht sowohl dem Grundsatzübereinkommen als auch dem Geschäftsbesorgungs- und Werkvertrag.“ Und etwas später: „Die Hypo-Leasing ist seitens der NÖ Landesregierung aufzufordern, die Abrechnung umgehend entsprechend richtigzustellen und die Leasingraten unter Berücksichtigung der Zinsen neu zu berechnen.“ Die lapidare Antwort der Hypo-Leasing ist mehr oder minder „ja Leutn, sorry“. Nämlich, es wird auf den Syndikatsvertrag zwischen Land und Hypo-Leasing verwiesen, in dem das Land sich verpflichtet, die Hypo-Leasing schad- und klaglos zu halten. Und aus den angeführten Vertragspunkten, so wird festgestellt, ergibt sich eindeutig, daß die Projektgesellschaft alle ihr durch die NÖPLAN verursachten Kosten als Gesamtinvestition gegenüber dem Land, dem Mieter Land Niederösterreich, geltend machen kann. Und das Land ist ja vertreten im Aufsichtsrat und in der Generalversammlung der NÖPLAN. In beiden Organen sitzt ja das Land mehrheitlich drinnen und hat das genehmigt. Das heißt also letztendlich spielt die Hypo-Leasing oder die NÖPLAN, in dem Fall die Hypo-Leasing, den Ball an das Land zurück und mahnt die Verantwortung des Landes ein. Zumindest die rechnerische oder Abwicklungsverantwortung. Ich mahne aber die politische Verantwortung ein, wie denn das geschehen konnte. Wo, frage ich, ist das entsprechende Handeln der Landesregierung?

Die Mängelberichte: Sie lesen sich so wie eine Art Schilda-Bericht. Die Fassade wird sowohl von unten als auch von oben massiv durchnäßt. Der Unterputz ist zerstört, weil bei der Planung Schneefälle im Winter offenbar nicht berücksichtigt worden sind. Die Kanzleiräume der Straßenmeisterei sind im Bereich der Hochspannungsleitung angelegt. Der Bürotrakt wurde entlang der stark befahrenen Bundesstraße errichtet. Vielleicht sollte man zur Entlastung einmal eine Autobahn bauen, damit die armen Leute im Büro nicht so belästigt sind. Die Holzfußböden wurden mangelhaft ausgeführt. Die Gewährleistungs- und Haftungsverpflichtung der NÖPLAN bezüglich der schadhafte Fußböden ist rechtlich nach wie vor nicht geregelt. Also das ist schon etwas, was auch irgendwie an den landwirt-

schaftlichen Förderungsfonds erinnert: Daß es kaum etwas gibt, was in Ordnung war. Sonst wäre diese Mängelliste nicht so lang. Und bei den Gewerken ist es ganz ähnlich. Ich greife nur heraus den Straßenbau und die Hofflächen, die mangelhafte Ausschreibung, die unlautere Vergabe, wie der Rechnungshof sich ausdrückt. Insofern als daß man zuerst hochwertige Produkte ausgeschrieben hat und hinterher sie durch minderwertigere Produkte ersetzt hat. Und dann gesagt hat, die erfüllen ohnehin denselben Zweck. Also das ist ungefähr so, wie wenn, ich weiß nicht, ich habe Durst und ich habe Bier bestellt und bekomme Wasser. Und das erfüllt auch den Zweck, es löscht meinen Durst. Also, das ist schon etwas, das sehr sehr kritisch zu hinterfragen ist.

Wir sind bei der Erhöhung der Leasingzinsätze. Abschließend vielleicht noch, um auch hier in diesen finanziellen Abwicklungsbereich ein wenig einzutreten. Natürlich war hier das Grundübel der Leasingvertrag der Landesregierung mit der Hypo-Leasing selbst, der letztendlich ja das Ziel hatte, das Risiko der Hypo-Leasing zu minimieren. Sonst käme das ja nicht heraus. Trotzdem ist es, glaube ich, bedeutsam, diesen Teil aus dem Ergebnis 39 des Berichtes kurz anzusprechen: „Der LRH vertritt die Ansicht, daß die gewährte direkte Erhöhung des Leasingzinssatzes eine ungerechtfertigt hohe, über die Kapitalkostenanpassung anhand der Sekundärmarktrendite hinausgehende, Erhöhung der Mieten darstellt.“ Also auch hier sieht man, wie sich diese Bereiche auswirken. Und damit komme ich zur conclusio, zur Schlußfolgerung. Es ist dieser Bericht ein Musterbeispiel für Sorglosigkeit, Unklarheiten, Ungereimtheiten und Unaufrichtigkeiten. Die Verantwortungslosigkeit besteht nicht nur im rechnerischen, im rechtlichen eventuell vielleicht weniger, aber doch zumindest im politischen Bereich. Und diese Verantwortung wird nicht wahrgenommen!

Die Leasingfinanzierung, auch das stellt der Rechnungshof fest, die Leasingfinanzierung ist zu überdenken. Meiner Ansicht nach sollte man anhand dessen auch gleich die Zusammenarbeit mit der Hypo-Leasing einmal überdenken. Die NÖPLAN braucht ganz offenbar strengere Kontrollen. Denn sonst wären diese Ungereimtheiten nicht möglich. Und die Hypo-Leasing und die NÖPLAN zusammen, könnte man vielleicht sagen, machen was sie wollen. Beauftragen wann und wen sie wollen. Machen untereinander aus was sie tun. Und lassen sich vom Land das zahlen was sie wollen. All das geht aus diesem Bericht hervor. Es ist ein gutes Beispiel, wie stark lange permanente Macht ausübung solchen Auswüchsen doch Vorschub leistet. Und umso stärker ist unsere Forderung

nach einer wirksamen politischen Kontrolle in diesem Land.

Nun, meine Damen und Herren, zu einem ganz anderen Bericht. Wo es weniger darum geht, die Landesregierung primär aus dem Rechnungshofbericht zu kritisieren, wo es aber sehr wohl auch politische Schlußfolgerungen geben kann, was die Politik der Landesregierung betrifft. Und das ist das Darlehen- und Beihilfenwesen nach dem NÖ Sozialhilfegesetz. Zunächst einmal die Höhe des Budgets, vergleichen wir es einmal. Vergleichen wir diese 250 Millionen für dieses Kombiprojekt West mit den 11 Millionen, die jährlich für Darlehen und Beihilfen laut Sozialhilfegesetz aufgewendet werden. Das heißt, für die Ärmsten unserer Gesellschaft! Der Herr Landeshauptmann bezeichnet unser Land immer wieder vollmundig als die Insel der Menschlichkeit. Und in dieser Insel der Menschlichkeit stehen also 11 Millionen für Darlehen und Beihilfen zur Verfügung. (*Abg. Schittenhelm: 13 Milliarden!*)

Nein, Entschuldige, es geht hier, schau einmal in den Rechnungsbericht, um 11 Millionen. 11 Milliarden wäre vielleicht ein bißchen hoch, 13 – schön.

Ich zitiere den Bericht. Ein traurig geringer Betrag! Und wenn man sich aber die Klientel vor Augen hält um die es da geht - das sollte man nämlich tun - dann kommt man drauf, mit welcher Personengruppe man zu tun hat und wo tatsächlich Not herrscht in diesem Land. Und wo man Abhilfe schaffen könnte! Arbeitslose, Notstandshilfempfeänger, Sozial- und Jugendamtsklienten, Klienten des psychosozialen Dienstes, Obdachlose oder von Obdachlosigkeit Bedrohte, Resozialisierungsbedürftige, Klienten der Bewährungshilfe und vieles mehr. Wer Politik an der Basis betreibt und direkt bei den Menschen betreibt, der kennt diese Leute. Kennt sie noch und kann versuchen, ihnen zu helfen.

Eine Stellungnahme der Landesregierung zu einer Erwähnung des Rechnungshofes liegt mir besonders am Herzen, weil hier so klar gemacht wird, wie die Situation eigentlich ist, in der man sich hier befindet. Und wo die Sozialpolitik auf dieser Insel der Menschlichkeit ansetzen sollte: Zumeist, stellt die Landesregierung fest, wird die Hilfe zu einem Zeitpunkt beantragt, in dem für umfangreiche Erhebungen keine Zeit mehr ist, da die Delogierung oder die Versteigerung eines Hauses nur bei sofortiger Bezahlung eines Barbetrages eingestellt wird. Im Hinblick auf die hohen Kosten der Unterbringung von obdachlosen Familien in einer Obdachloseneinrichtung und vor allem von Kindern und Jugendlichen ist ein Darlehen oder eine Beihilfe schon im Hinblick auf den Kostenaspekt immer die effiziente-

ste Hilfestellung. Maßgeblich für die Entscheidung ist daher vor allem der Sozialbericht, der die Situation vor Ort wiedergibt. In den letzten Jahren war die Situation in der Fachabteilung auf Grund personeller Engpässe und einer Vielfalt von neuen Aufgaben so angespannt, daß der Aufsichts- und Kontrollpflicht gegenüber den Bezirksverwaltungsbehörden nicht im wünschenswerten Ausmaß nachgekommen werden konnte.

Also das ist natürlich schon sehr sehr bedeutsam, wenn es derartige Engpässe gibt und wenn derartige Probleme bestehen. Das heißt ja nichts anderes als daß wir im Sozialbereich einen Personalengpaß haben auf dieser „Insel der Menschlichkeit“. Und daß die Verwaltungsabläufe in unserem Sozialsystem, dieser Insel der Menschlichkeit, vielleicht überdacht werden sollten. Denn es geht ja dem Rechnungshof unter anderem auch darum, die Verwaltungsabläufe zu vereinfachen. Weil er ja feststellt, daß vieles, was derzeit bis in die Sozialabteilung der Landesregierung gelangt, vielleicht auch in den Bezirksverwaltungsbehörden erledigt werden kann und daher administrative Abläufe unterbunden werden können.

Es geht aber auch um den vorgegebenen Budgetrahmen, der bei aller Verwaltungstätigkeit eingehalten werden muß. Und der Budgetrahmen dieser Insel der Menschlichkeit, den stellt die Landesregierung so dar, und zwar speziell in bezug auf die Ansuchen um Sozialhilfe. Im Bereich der Beihilfengewährung ist die Anzahl der Anträge in den letzten Jahren massiv angestiegen. Die Beibehaltung der bisherigen Vorgangsweise ist zugleich auch ein Garant dafür, daß der vorgegebene Budgetrahmen eingehalten wird, sowie daß die Entscheidung unabhängig vom Einfluß vor Ort und landesweit nach einheitlichen Kriterien erfolgt. Es geht um den administrativen Aufwand, der entsteht, wenn sozusagen zwei Amtsbereiche gleichzeitig ein- und denselben Antrag prüfen.

Das Ansteigen der Anträge auf Sozialhilfe auf dieser Insel der Menschlichkeit ist ebenfalls beachtlich. Es wird angegeben vom Rechnungshof mit in den letzten Jahren um zirka 15 Prozent. Die Landesregierung gibt eine drastische Beschreibung der Situation ihrer Klienten, in der sich diese Menschen oft befinden. Insbesondere weil es darum geht, ob man Bedingungen formulieren kann oder soll, nach denen Kredite oder Darlehen zurückgezahlt werden sollen. Und hier wird gesagt und völlig nachvollziehbar und drastisch beschrieben: Auf Grund der angespannten finanziellen Situation der Familie kann jede noch so geringe weitere finanzielle Belastung wieder zu einer ausweglosen Situation führen. Der Personenkreis, der Sozialhilfeunterstüt-

zung erhält ist zumeist dadurch gekennzeichnet, daß kein Kreditinstitut mehr Kredit gewährt. Es ist aber die Waschmaschine kaputt oder etwas ähnliches. Oder es ist überhaupt kein Gewand mehr da oder ähnliches. Oder die Miete ist nicht zu bezahlen. Auflagen und Bedingungen, stellt die Landesregierung weiter fest, werden daher nur nach Prüfung der Situation des Hilfeempfängers vorgeschrieben, wenn sie sinnvoll und erfolgversprechend erscheinen.

Mir erscheint eher die Dezentralisierung bei der Zuteilung und daher Verwaltungsvereinfachung, und die Budgeterhöhung vor allem auf dieser Insel der Menschlichkeit als ganz bedeutsame Maßnahme, um diese Not hier zu lindern. Wenn ich zurückblicke auf das, was wir seinerzeit in der letzten Sitzung zur Drogenpolitik diskutiert haben, dann ist es da auch um Sozialpolitik gegangen auf dieser Insel der Menschlichkeit. Und da haben wir schon klar gemacht, was denn tatsächlich fehlt: Familienintensivbetreuung läuft jetzt erst an, gibt es erst in Ansätzen, soll erst verwirklicht werden. Ebenso Kriseninterventionsstellen, die es nicht gibt. Nach wie vor fordere ich ein, die offenen Planstellen auf den Jugendämtern in Niederösterreich zu besetzen! Mobile Beratungslehrer fehlen. Ausbau der Familienberatungsstellen tut Not. Die sind nämlich momentan derzeit nur einmal in der Woche besetzt, und das gerade wenige Stunden. Mehr Jugendwohlfahrt. Mehr Sozialpolitik. Insgesamt scheint mir, diese Insel der Menschlichkeit hat starke Werbetexte für die Sprüche des Landeshauptmannes, aber wenig oder eine schwache Sozialpolitik. Und ich meine, das kommt aus diesem Bericht und aus den Stellungnahmen dazu ganz gut heraus.

Abschließend darf ich noch eingehen auf den Resolutionsantrag der Abgeordneten Lembacher, Kautz und Waldhäusl. Also, meine sehr geschätzten Damen und Herren Kollegen! Es kann ja sein, daß Sie sich sehr vieles vorher schon abbesprochen haben, welche Maßnahmen Sie denn da meinen. Das könnte sein, das konnten wir leider nicht nachvollziehen, aber auch nicht konkretisieren. Aber das einzige, was konkret so umlegbar ist, wäre die Einführung eines Sockelbetrages bei der Bergbauernförderung. Alles andere sind wohlmeinende Ansinnen. Aber wie tatsächlich und auf welche Art und Weise, ich meine, „Verbesserung des Umweltprogrammes“ ist ein Allgemeinplatz, der zwar sehr unsere Zustimmung trifft, aber was, was machen wir jetzt? Und was unterlassen wir um das Umweltprogramm zu verbessern? „Marktentlastende Maßnahmen auf dem Schweinesektor (z.B. Ostexporte).“ Da könnten wir jetzt diskutieren darüber. Was heißt das? Soll der Innenmarkt entla-

stet werden und die Schweine werden in den Osten exportiert? Ich weiß nicht recht. Also ich glaube, das ist unausgegoren, unkonkret. Und wir wissen nicht, worum es Ihnen eigentlich mit dieser Resolution geht. Wir können ihr daher so auch nicht zustimmen. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hrubesch.

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Auch ich werde mich mit dem Bericht Kombiprojekt St. Pölten-West beschäftigen.

Ich darf in Erinnerung rufen: In der 43. Sitzung vom 17. Oktober 1996 wurde ja bereits ausführlich über dieses Kombiprojekt St. Pölten diskutiert. Von uns Freiheitlichen wurde damals die zu teuer durchgeführte Errichtung der Straßenmeisterei West in St. Pölten kritisiert. Insgesamt gab es zu diesem Ergebnis 17 Ergebnispunkte des Finanzkontrollausschusses. Einige Ergebnispunkte möchte ich in Erinnerung rufen. Bis zum Abschluß des Grundsatzübereinkommens erfolgte die Projektabwicklung ohne formale vertragsrechtliche Grundlage. Das war das Ergebnis Nummer 3. Oder: Die Planungskosten sind unter Zugrundelegung der Gebührenordnung für Architekten und unter Berücksichtigung des Honorars der NÖPLAN in der verrechneten Höhe nicht gerechtfertigt. Ergebnispunkt 10. Oder: Das Gesamtprojekt wäre ohne Beteiligung der NÖPLAN viel günstiger zu finanzieren gewesen.

Meine Damen und Herren! Deshalb kam auch seinerzeit der Finanzkontrollausschuß zu dem Ergebnis, daß durch die Abwicklung der NÖPLAN ein Schaden in der Höhe von zirka 30 Millionen Schilling entstanden ist. Auf Grund dieser Ergebnisse faßte seinerzeit der Finanzkontrollausschuß noch den Beschluß, eine Nachkontrolle durchführen zu lassen. Zielvorgabe für diese Nachkontrolle war:

1. Bereits aufgezeigte Problemstellungen zu vertiefen.
2. Maßnahmenorientierte Reaktionen seitlich der Verantwortlichen zu hinterfragen.
3. Letztendlich verwaltungsorganisatorische Notwendigkeiten zu präzisieren.

Meine Damen und Herren! Der Landesrechnungshof hat diese Aufgabe übernommen und kommt bei dieser Nachkontrolle auf insgesamt 42 Ergebnispunkte. 42 Ergebnispunkte wurden festgehalten. Einige Punkte hat ja Herr Kollege Mag. Fasan schon ausgeführt. Ich möchte auch ein paar in Erinnerung rufen. Und zwar: Die Abwicklung durch die Errichtungsgesellschaft NÖPLAN ließ im

Nachhinein keine besonderen Vorteile erkennen. Hier gab es Koordinationsprobleme mit den Dienststellen. Es fehlte zum Beispiel zum Teil die technische und organisatorische Erfahrung jener Stellen, die sich bereits viele Jahre und seit Jahrzehnten mit der Errichtung von Straßenmeistereien befaßt und beschäftigt hatten.

Weiters wurde im Zuge der Nachkontrolle im Ergebnispunkt 13 festgehalten – und das hat auch teilweise schon Herr Kollege Mag. Fasan erwähnt – die zwischen der Hypo-Leasing und der NÖPLAN nachträglich vereinbarte Grundstücksprovision in der Höhe von 3 Prozent der jeweiligen Kaufpreise widerspricht sowohl dem Grundsatzübereinkommen als auch dem Geschäftsbesorgungs- und Werkvertrag.

Eine weitere Anregung, ein weiterer Ergebnispunkt: Bei der Abrechnung des Kombiprojektes St. Pölten-West wurde von der Hypo-Leasing entgegen dem Grundsatzübereinkommen eine diesbezügliche neunzigprozentige Akontozahlung in der Höhe von 650.932,- Schilling in die Grundstücksbeschaffungskosten und damit in die Gesamtinvestitionskosten aufgenommen, womit sich die Basis für die Leasingratenermittlung um diesen Betrag ungerechtfertigt erhöht hat. Das heißt, um diese 650.932,- Schilling muß natürlich ein erhöhter Leasingbeitrag abgeliefert werden. Hiezu stellt der Landesrechnungshof fest, daß die Hypo-Leasing von seiten der NÖ Landesregierung aufzufordern sei, die Abrechnung umgehend entsprechend richtigzustellen und die Leasingraten unter Berücksichtigung der Zinsen neu zu berechnen. Hoher Landtag! Dieser Argumentation des Rechnungshofes kann ich mich selbstverständlich anschließen. Daher ist der Betrag von S 650.932,20 Provision an NÖPLAN rückzufordern, da die überwiesene Grundstücksprovision im Widerspruch zum vertraglich vereinbarten Leistungsentgelt steht. Und ich kündige hier schon an, eine Zeitlang zuzuwarten und im Zuge einer Anfrage dann einmal nachzufragen, ob das, was im Landesrechnungshof, oder auch von den Abgeordneten aufgezeigt wird, auch überhaupt erledigt wird.

Eine andere alte freiheitliche Forderung, das stimmt mich wieder positiv, wird im Ergebnispunkt 15 festgehalten. Und zwar heißt es da: Bei zukünftigen Leasingaufträgen ist für sämtliche Auftragsvergaben die Einhaltung des NÖ Vergabegesetzes und der ÖNORM A 2050 sicherzustellen. Auch dieser Punkt wurde von Abgeordneten Mag. Fasan ja schon miterwähnt.

Meine Damen und Herren! Das waren ein paar Auszüge aus dem Bericht Landesrechnungshof

Kombiprojekt St. Pölten. Ich möchte hier an dieser Stelle dem Landesrechnungshof ein Kompliment machen. Für die gewissenhafte Prüftätigkeit möchte ich mich bedanken. Gleichzeitig möchte ich die Feststellung treffen und auch festhalten, daß den Forderungen des seinerzeitigen Finanzkontrollausschusses langsam aber doch Rechnung getragen wird und die Anregungen, die der Finanzkontrollausschuß immer wieder erhoben hat, langsam aber sicher durchgesetzt werden.

Frau Präsidentin! Zum Abschluß stelle ich den Antrag zur Landtagszahl 273/B-1 auf eine getrennte Abstimmung. Und zwar, eine Abstimmung über Ltg.-B-1/17b, Bericht des Landesrechnungshofes LRH-500-L4/7-99 vom 5. 1999 betreffend NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds, Gebarung 1997 (1/1999) einerseits sowie über die restlichen Berichte zusammen vornehmen zu lassen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Dieser umfangreiche Bericht des Landesrechnungshofes wurde nunmehr schon sehr ausgiebig debattiert in allen Bereichen. Meine Vorbereitung hätte sich ganz besonders mit dem Kombiprojekt St. Pölten-West befaßt. Ich möchte aber nicht mehr von vorne beginnen. Kein da capo, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch kein Potporie aus dem Musikalischen mehr. Es sind, leider Gottes, keine schönen Melodien, die in diesem Bericht vorkommen. Es wäre eine Ansammlung von zahlreichen Fehlern, die ich nicht noch einmal wiederholen möchte. Ich möchte nur zum Ausdruck bringen, es war noch im alten Landhaus in Wien, als diese Thematik bereits einmal diskutiert wurde. Es gab eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann, die uns relativ erzürnt hat, weil sie sehr unbefriedigend und lapidar beantwortet worden ist. Daraufhin hat unser Abgeordneter Keusch damals diese Nachkontrolle angeregt. Und die Nachkontrolle, die ja heute zur Debatte steht, hat wieder zahlreiche Mängel aufgezeigt.

Einiges ist abgestellt worden durch diese Anregung, das ist das Positive. Einiges ist nicht abstellbar: Es sind nicht wiedergutzumachende Mängel bei diesem Projekt vorhanden, die grundsätzlich in der mangelnden Koordination der Wünsche der künftigen Nutzer mit dem Architekten, mit den Planern gelegen sind. Eine Frage möchte ich unterstreichen, die sich als Resümee für uns ergibt. War es wirklich notwendig, hier die NÖPLAN einzuschalten? Der Landesrechnungshof weist eindeutig nach, daß die Landesverwaltung genauso gut in

der Lage gewesen wäre, dieses Projekt abzuwickeln, daß es zumindest kostengleich, wenn nicht kostengünstiger aus dem ordentlichen Budget des Landes finanziert werden hätte können.

Es ist ein architektonisch bemerkenswertes Projekt. Es hat 260 Millionen Schilling gekostet. Aber Resümee für den Steuerzahler und für uns als Fraktion: Es hätte sicherlich günstiger und vom Projektmanagement her effizienter abgewickelt werden können. Es haben die Vorredner schon sehr dezidiert auf diese Mängel hingewiesen. Ich möchte hier vielleicht nur einige, ein, zwei noch beleuchten.

Es war zum Beispiel sehr deutlich vom Rechnungshof kritisiert worden, daß es bei der Behandlung der verschiedenen Bieterfirmen zu Verstößen gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz gekommen ist, zu Verstößen gegen die Normen. Das wurde zum Teil schon gesagt. Es ist hier auch diskutiert worden. Es ist auch sehr deutlich kritisiert worden, daß die Vorbereitungsphase bei diesem Projekt überstürzt war. Es war nicht ausreichend Zeit, und daher ist es klar, daß es zu zahlreichen Mängeln gekommen ist.

Über die Leasingfinanzierung ist schon gesprochen worden, daß hier die Einschaltung und die Zusammenarbeit zwischen NÖPLAN und Landes hypo oft vorbeigeführt hat an der notwendigen Landeskontrolle. All das ist festgestellt worden. Ich möchte für unsere Fraktion nur mehr festhalten: Wenn man daraus eine Lehre ziehen kann, daß man bei so wichtigen und großen Projekten in Zukunft mehr Aufmerksamkeit, mehr Konsequenz bei der Vorbereitungsphase anwendet und solche Mißstände, wie sie vom Landesrechnungshof deutlich aufgezeigt worden sind, sich nicht mehr wiederholen. Wir werden diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Rechnungshofberichte zu lesen ist zumeist interessant, die Debatte darüber zu verfolgen ebenso. Ganz interessant war die Wortmeldung der Frau Kollegin Mag. Weininger, die das Kunststück zusammengebracht hat, wirklich minutenlang hier zu zitieren und Argumentationsketten auf den Bericht und die Feststellungen des Rechnungshofes aufzubauen. Ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß sie mit der Kontrolltätigkeit des Rechnungshofes unzufrieden gewesen wäre. Aber das

Weinzinger'sche Stereotyp zum Schluß durfte nicht fehlen. Im Gegensatz dazu bin ich nach Lektüre dieses Berichtes des Rechnungshofes und der mittlerweile einjährigen Arbeit im Rechnungshofausschuß der Auffassung, daß Niederösterreich sehr wohl eine funktionierende Kontrolle hat und der Landesrechnungshof eine sehr wertvolle Rolle gefunden hat als eigenständige, kritische, abwägende Institution, die sich mit den Gegebenheiten im Land intensiv befaßt, in die Materien eintaucht und ein kompetenter Dialogpartner in vielen Bereichen der Verwaltung ist.

Ich habe, nachdem der Landwirtschaftsbereich ja schon ausgiebig behandelt wurde, natürlich das Kombiprojekt als Schwerpunkt meiner Ausführungen gewählt. Es handelt sich, wie ja schon festgestellt wurde, hier um eine Nachprüfung. Wir haben uns ja schon mehrmals mit diesem Projekt befaßt. Und es gibt natürlich eine Reihe von Mängeln. Wobei ich glaube, daß es nicht Aufgabe eines Abgeordneten der Mehrheitsfraktion hier sein kann, diese Mängel schönzureden. Es liegt eben im Wesen der Kontrolle, daß es ab und zu Dinge gibt, die nicht ideal sind. Da ist man natürlich im Nachhinein immer etwas klüger. Ich glaube aber trotzdem, daß einiges oder vieles in diesem Bereich interessante Ansätze aufzuweisen hat. Daß man sich bemüht hat, hier etwas Richtungsweisendes auch zu machen. Und ich möchte nur drei Feststellungen zu diesem Kombiprojekt treffen.

Das erste betrifft diese Kostenvergleichsrechnungen, die sehr ausführlich sind und sich über viele Seiten erstrecken. Ich habe sie im Detail gelesen. Ich glaube, daß die Finanzierung so umfassender Projekte natürlich etwas Komplexes ist und daß man hier oft nicht mit dem simplen Schema von wahr und falsch das Auslangen findet. Sondern daß man hier wirklich sehr differenziert, diffizil und mit vielen Annahmen berechnen muß. Mir persönlich scheint die Bewertung der Alternativkosten bei einer Verwaltungsbefassung durch den Rechnungshof doch zu wenig berücksichtigt worden zu sein. Ich glaube, man geht zu sehr davon aus, daß die Verwaltung parat stünde, Kapazitäten hätte und das nichts kosten würde, die Arbeit der NÖPLAN jetzt der Landesverwaltung in Summe zu übertragen. Ich glaube daher, daß die hier gewählte Finanzierung insgesamt und auch die Konstruktion dieser Aufgabenerfüllung doch etwas ist, was man in Summe als vorteilhaft sehen kann. Im Detail haben sich ja dann noch viele Verbesserungen ergeben, die bei späteren Projekten ja schon wesentlich reibungsloser und noch besser abgewickelt werden konnten.

Trotz aller Mängel glaube ich, daß die Dienststelle, wenn man sie heute besucht – und ich habe als Abgeordneter des Bezirkes St. Pölten ja reichlich Gelegenheit auch mit den Mitarbeitern dort im Verkehrsbereich etwa Kontakt zu halten und dort zu sein - daß sie von den Mitarbeitern heute trotz aller Anlaufschwierigkeiten als eine sehr schöne Dienststelle empfunden wird, wo die Mitarbeiter gerne sind. Wo auch Besucher gerne hinkommen. Und ich kann ein Zitat sagen. Es ist insgesamt eine sehr gut funktionierende Dienststelle nach den verschiedenen Prozessen, nämlich Verbesserungsprozessen, die jetzt stattgefunden haben. Es kommen auch externe Mitarbeiter aus der Landesverwaltung gerne hier her um hier Treffen, Sitzungen, Seminare und solche Dinge abzuhalten.

Und die dritte Feststellung ist die, daß der Rechnungshofbericht, schon der erste, und die fortwährende Befassung des Rechnungshofes mit dieser Thematik doch Konsequenzen gehabt hat. Das ist ja dankenswerterweise auch von meinem Vor-Vorredner von der F-Fraktion schon festgehalten worden. Gerade im Bereich von ÖNorm und Vergabegesetz gab es vor einigen Jahren natürlich noch eine andere Situation, wo man sicher auch zum Teil Vorteile erwirken konnte. Die Rechtsentwicklung hat hier sicher jetzt klarere Verhältnisse gebracht. Und so glaube ich, daß auch in diesem Bereich eine Reihe von Konsequenzen getroffen wurden. Und das ist ja auch in der Zusammenfassung so festgehalten.

Zu den anderen Berichten kommend glaube ich, daß gerade bei der Härte mancher Kritik auch das Lob, das hier enthalten ist, umso ernster genommen werden kann. Die Ausführungen über die Heime in Tulln wurden ja ebenfalls schon von Vorrednern zitiert. Hier konnten Beanstandungen bereits unmittelbar nach Prüfung beseitigt werden, Medikamentenkosten gesenkt werden. Und dem ehrenamtlichen Besuchsteam und der Idee der Einkaufsgemeinschaft wird auch vom Rechnungshof ausdrücklich Lob gezollt.

Wirklich skandalös fand ich die Ausführungen von Kollegen Mag. Fasan zur Insel der Menschlichkeit. Es ist eine Sache wenn der Rechnungshof aus dem breiten Bereich der Sozialhilfe eine gesetzlich normierte Unterstützungsart herausnimmt. Und hier geht es eben um ein Volumen von 11 Millionen Schilling. Und das wurde überprüft. Da gab es einen Dialog zwischen Rechnungshof und den Verwaltungsstellen, eine Bereinigung obsoleter oder eine Adaption von Durchführungsbestimmungen und eine Neugestaltung von administrativen Ver-

fahrensabläufen. Soweit, so gut. Ich glaube, das ist der Umfang der Prüfung und das ist kein dramatischer Bericht. Wirklich skandalös finde ich es nur, wenn man diesen Teilbereich der Sozialpolitik in Niederösterreich herausgreift und sagt, da gibt es eine Insel der Menschlichkeit, von der wird gesprochen, und 11 Millionen, das ist alles, was hier aufzuwenden ist. Ich kann Ihnen ja nicht unterstellen, daß Sie das wirklich ernst meinen. Sondern Sie nehmen hier wirklich einen billigen Anlaß um zu sagen, die Insel der Menschlichkeit bestünde aus Details. Ich glaube, wir haben einen ganz anderen Ansatz. Wir haben die Wohnbauförderung als eine ganz breite Aktion, in der ganz massiv soziale Elemente einfließen. Und Präsident Mag. Freibauer wurde ja jüngst sogar ausgezeichnet für diese Komponente. Und Sozialpolitik ist bei uns natürlich auch die gute Wirtschaftspolitik, die dafür sorgt, daß – und das haben wir ja in der Aktuellen Stunde gehört – daß hier Menschen gar nicht erst in diese Notsituation fallen. Und dann gibt es eine Reihe von vorbeugenden Maßnahmen, die hier getroffen werden. Da gibt es Kinderbetreuung. Insgesamt sind das sieben Milliarden Schilling in unserem Budget. Und hier eine 11 Millionen Schilling-Prüfung herauszugreifen und zu sagen, die Insel der Menschlichkeit wäre ein Stein in einem Meer, das ist wirklich ein Skandal. Für uns ist Sozialpolitik mehr, sie ist präventiv. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Unser Ziel ist es, daß Menschen gar nicht in die Situation kommen, daß sie diese Darlehen und Beihilfen brauchen. Nur, wenn sie kommen, dann ist das ein kleiner Impuls, um sie wieder in die Lage zu versetzen, ihre Angelegenheiten selbst wahrnehmen zu können. Ich bitte Sie, gerade bei diesem heiklen Thema wirklich um mehr Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sehr interessant ist auch der Bericht über die ärztliche Versorgung in den Jugendheimen. Wer je in diesen Heimen gewesen ist, weiß, was dort für eine wirklich gewaltige Leistung erbracht wird von den Mitarbeitern. Welch' schreckliche Fälle hier betreut werden von der Gesundheitssituation her. Und auch hier kann der Bericht Gottseidank ein sehr gutes Zeugnis in der Sache ausstellen. So sind bei aller Tragik mancher Bereiche jetzt, wenn ich gerade das Schwedenstift in Perchtoldsdorf hernehme, doch Teile des Berichtes oder weite Bereiche des Berichtes auch Anlaß zur Freude, weil hier solid kontrolliert wurde und eine ordnungsgemäße Besorgung der Agenden festgehalten wurde.

Ich möchte daher von dieser Stelle aus allen Mitarbeitern im Landesdienst, in den geprüften Institutionen meinen Dank aussprechen. Es ist die

Kontrolle, die hier erfolgt, ja nicht immer angenehm. Sie kommt zusätzlich zur Aufgabenerfüllung dazu. Sie bedeutet Mehrarbeit, Zurückgreifen auf vergangene Verwaltungsabläufe. Und ich glaube, daß die Mitarbeiter, und das wurde ja auch erfreulicherweise hier schon öfter festgestellt, ihre Aufgaben im großen und ganzen sehr engagiert wahrnehmen. Ich möchte auch den Mitarbeitern des Landesrechnungshofes noch einmal danken für ihre Arbeit im Interesse der Effizienzsteigerung unserer Verwaltung. Ich glaube, daß damit eine bessere Aufgabenerfüllung auch für unsere Landesbürger gewährleistet ist. Und in diesem Sinn wird unsere Fraktion auch diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Eine Wortmeldung liegt vor von der Frau Abgeordneten Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren!

Da es dem Abgeordneten Kautz gestattet war, zu einem hochbrisanten aktuellen Thema Fragen zu stellen, erlaube ich mir kurz vier Fragen anzufügen zum Stockerauer Flüchtlingsheim, das geschlossen werden soll oder schon wurde. *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Es war dem Abgeordneten Kautz gestattet, ich fordere das gleiche Recht für die Grünen!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Frau Abgeordnete! Ich bitte Sie! Sie haben eine zweite Wortmeldung zur Debatte zu den Geschäftsstücken.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Im selben Debattenbeitrag hat der Abgeordnete Kautz Fragen zu diesem Thema angesprochen. Ist das ein Recht nur für einen SPÖ-Abgeordneten?

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Sie können jetzt diese Wortmeldung fortführen. Aber ich bitte Sie, zur Sache zu reden.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Die vier Fragen sind: Erstens: Welche Art waren die Unstimmigkeiten...

(Abg. Präs. Ing. Penz: Das ist nicht zur Tagesordnung! – In weiterer Folge heftige Unruhe im Hohen Hause.)

Gut! Dann ersuche ich dringend um eine Sitzungsunterbrechung um zu klären, warum das einem Abgeordneten der SPÖ gestattet war und einer Abgeordneten der Grünen nicht gestattet ist.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Frau Abgeordnete! Das ist nicht unmittelbar in diesem Zusammenhang.

Abg. Mag. WEINZINGER (*Grüne*): Warum war es im Zusammenhang mit dem Abgeordneten Kautz?

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Sehr geehrte Abgeordnete! Ich unterbreche die Sitzung und bitte alle Klubobmänner zu mir. Somit ist diese Sitzung unterbrochen. (*Unterbrechung der Sitzung von 22.10 Uhr bis 22.14 Uhr.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Ich eröffne die Sitzung neuerlich und möchte bekanntgeben, daß die Wortmeldung der Frau Abgeordneten Mag. Weinzinger ich als nicht zu dem Tagesordnungspunkt ausgeführt sehe. Und aus diesem Grund ersuche ich auch davon Abstand zu nehmen. Ich führe jetzt den Vorsitz und ich weise darauf hin, daß ich diese Entscheidung respektiert haben möchte. Zu Wort gemeldet hat sich aber jetzt die Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger zum Tagesordnungspunkt.

Abg. Mag. WEINZINGER (*Grüne*): Ich protestiere gegen diese Entscheidung, die eine eklatante Ungleichbehandlung darstellt und von der ich fordere, daß sie in der Präsidiale – und darüber hinaus – noch diskutiert wird!

Ich komme nun zu dem einen Punkt, den ich zum landwirtschaftlichen Siedlungsfonds als eine Frage noch habe. Eine Frage, die hier nicht zensiert werden kann. Ich frage Sie, Herr Landesrat, nachdem Sie jetzt diese Diskussion gehört haben, ich frage Sie: Was sagen Sie denn zu diesen Vorwürfen? Was ist denn Ihre Stellungnahme? Und ich ersuche Sie dringend, hier vorzukommen und uns eine Antwort zu geben, Position zu beziehen. Ich müßte ein Schweigen sonst entweder als ein Eingeständnis eines schlechten Gewissens, einer Schuld werten oder als Mißachtung des Landtages. Oder als beides.

Und im übrigen, nachdem ich dem Rechnungshofbericht nicht entnehme, daß es eine Demokratiereform gegeben hat, eine Abschaffung des Proporzsystems oder eine Neubesetzung des Vorsitzes im Kontrollausschuß, der nicht im schwarz-roten Proporz ist, bin ich weiterhin der Meinung, es braucht in Niederösterreich eine Demokratiereform und eine echte Kontrolle! (*Beifall bei den Grünen.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Mir liegt bereits eine Wortmeldung vor vom Herrn Landesrat Blochberger.

LR BLOCHBERGER (*ÖVP*): Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Keine Angst, ich werde die fortgeschrittene Zeit nicht über Gebühr beanspruchen. Ich habe zweitens auch nicht vor, auf Detailbehauptungen und Vorhaltungen hier einzugehen. Die Diskussion ist hier bereits abgelaufen. Ich möchte vielleicht nur global zu den Aussagen der Frau Abgeordneten Weinzinger hier erklären. Sie hat heute sehr eindrucksvoll für mich bestätigt, was die Budgetfragen betrifft, daß sie scheinbar das Budget des Landes Niederösterreich in keiner Weise noch studiert hat. Denn sonst kann man nicht zum kühnen Schluß kommen, daß man über den landwirtschaftlichen Förderungsfonds mit rund 30 Millionen, die für Förderungsmaßnahmen ausgegeben werden, Agrarpolitik in Niederösterreich machen kann. Frau Abgeordnete! Es ist scheinbar Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, und ich sage das jetzt wirklich vornehm, daß eigentlich die ganzen agrarpolitischen Aktivitäten vor einigen Jahren, 1995 genau, aus dem Fonds ausgelagert wurden, weil es dafür ein eigenes EU-Budget gibt in der Größenordnung von rund eineinhalb Milliarden Schilling. Das möchte ich hier einmal feststellen.

Zweitens: Der Fonds ist in keiner Weise irgendwo gefährdet oder bedroht von einer Nichtliquidität, sondern ganz im Gegenteil! Wir haben bis zum heutigen Tag alle politischen Dinge, die vereinbart wurden, die im Budget politisch paktiert wurden, die hier im Landtag beschlossen wurden, auch ordnungsgemäß durchgeführt. Wir haben alle Zusagen gegenüber den Förderungswerbern erfüllt, die politisch vereinbart waren. Und ich verwehre mich auch dagegen, daß hier versucht wird, zu unterstellen, daß man hier ganz einfach fahrlässig oder leichtfertig mit diesen Dingen umgegangen ist.

Ich sage ganz offen dazu, es gibt auf der einen Seite eben die Meinung des Rechnungshofes. Die ist von mir zu respektieren. Ich bin auch froh, daß es hier diesen Rechnungshof gibt. Denn man läuft immer Gefahr, daß man irgendwo in gewissen eingefahrenen Geleisen denkt. Und damit das nicht passiert, ist der Rechnungshof eine sehr positive Einrichtung. Und auch von der zeitlichen Abfolge. Wir haben die Kritikpunkte, die sachlichen Kritikpunkte des Berichtes 1995/96 bereits in Umsetzung. Ich konnte aber von der zeitlichen Abfolge her die Kritikpunkte im Rechnungsabschluß 1997 nicht berücksichtigen, weil diese Kritikpunkte, wie Sie, meine Damen und Herren, wissen, erst im Herbst vorigen Jahres hier diskutiert wurden. Und da ist bereits das Jahr 1997 hinter uns gelegen. Das bitte ich all den Debattenrednern hier als Argumentation mitzugeben. Weil hier der Eindruck entstanden ist, der Landesrat hat diese Kritikpunkte

einfach mißachtet. Das stimmt nicht! Wir haben sehr genau, und es gab hier sehr konkrete Gespräche, alle diese Punkte durchdiskutiert. Ich verwahre mich nur dagegen, daß hier versucht wird, Beamte mit mir in Mißkredit zu bringen.

Meine Damen und Herren! Diese acht, neun Beamten oder Damen und Herren hier im Referat haben nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet. Und es ist wirklich eine Unterstellung, wenn man hier von Schlampereien spricht, wenn man hier von Leichtfertigkeit spricht. Es gibt natürlich verschiedene Auffassungsunterschiede über die Gestaltung eines Budgets, über die Darstellung, über die Nachweispflicht und verschiedenes andere mehr. Hier kann man diskutieren darüber.

Und zum nächsten möchte ich sagen, was den Rechnungshof anlangt, ich teile hier nicht die Meinung, daß es nicht Aufgabe des Förderungsfondskuratoriums ist, eine budgetmäßige Zuweisung vorzunehmen. Sondern wir haben hier sehr wohl ein beschließendes Organ und nicht ein beratendes Organ. Und zweitens teile ich auch nicht die Meinung des Rechnungshofes, die da lautet, daß eine Förderung der Landes-Landwirtschaftskammer hier nicht rechtens wäre. Und deswegen ist man hier geteilter Auffassung. Professor Raschauer ist nicht irgendwer! Er ist Ordinarius, bitte, an der Universität, nicht irgendein Gutachter. Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht, Herr Abgeordneter Kautz! (*Abg. Schimanek: War der nicht einmal Mitarbeiter von Dir?*) Er war einst weisungsunabhängiger Anwalt für Natur. Also der Herr Professor Raschauer stand im Dienste des Landes vor einigen Jahren. Doch er war in dieser Funktion, Herr Abgeordneter, weisungsungebunden, also nicht ein Weisungsbeamter des Landes Niederösterreich. Dies bitte nur zur Klarstellung.

Also hier teile ich die Meinung des Rechnungshofes nicht. Es gibt hier ein klares Gutachten. Wir haben das auch im Fonds beraten. Und ich bin heute froh, Meine Damen und Herren, im Interesse aller Fondsmitglieder hier feststellen zu können, daß wir uns sehr wohl auf rechtlich fundierter Grundlage befinden. Das hat Prof. Raschauer uns schriftlich dargelegt in den strittigen Fragen. Und es besteht daher kein Anlaß, bezüglich der Praxis und der Geschäftstätigkeit eine Reform durchzuführen. Wir haben uns das ja auch im Fonds genau angeschaut. Auch die Frage der Befangenheit. Professor Raschauer, für die Damen und Herren, die nicht dabei waren, Raschauer ist dem Fonds bis zur Diskussion zur Verfügung gestanden. Wir haben auch bis zur Stunde keine Reaktion auf das Gut-

achten von Raschauer seitens des Rechnungshofes. Das hier zur Sache.

Ich möchte den Abgeordneten Waldhäusl hier nicht zitieren. Aber Herr Abgeordneter, einen Kollegen zu beschimpfen hier vom Rednerpult, und zu sagen, er hat Dreck am Stecken, ohne auch nur einen Funken eines Beweises zu haben, das richtet sich von sich selbst. Meine Damen und Herren! Es wäre schade um die Zeit, hierüber noch weitere Ausführungen zu tätigen.

Ich darf zur Frau Kollegin Mag. Weinzinger sagen, wenn Sie sagen, das Land braucht mehr Demokratie und Kontrolle, Frau Kollegin, vielleicht brauchen auch Sie noch etwas mehr Demokratievergenung. Denn hier einfach Behauptungen aufzustellen und immer so zu tun als wäre alles verkehrt, als liefe alles verkehrt im landwirtschaftlichen Förderungsfonds, das ist eine politische Agitation, ist eine Gemeinheit gegenüber den Beschäftigten dort. Und dagegen verwahre ich mich.

Und damit, meine Damen und Herren, komme ich schon zum Schluß. Ich sage Ihnen, ich werde mich in keiner Weise von solchen Attacken beirren lassen! Ich halte es hier mit dem Erfinder des Siedlungsfonds damals, mit Landesrat Bierbaum, der immer wieder gesagt hat, es sind nicht immer die schlechtesten Früchte, woran die Wespen nagen, meine Damen und Herren. Und damit ist für mich die Diskussion beendet! Es war nur oft schade um die Zeit, die hier verwendet wurde. Denn wir haben die Aufgabe, für Niederösterreich zu arbeiten und nicht uns gegenseitig Vorhaltungen zu machen, die dann nicht bewiesen werden können. In diesem Sinne werde ich weiter arbeiten und, wie ich glaube, erfolgreich weiter arbeiten für das Land Niederösterreich. Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Werte Abgeordnete! Die Rednerliste ist erschöpft. Wünschen die Herren Berichterstatter ein Schlußwort?

Berichterstatter Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (*FPÖ*): Ich verzichte!

Berichterstatter Abg. HILLER (*ÖVP*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Als frei gewählter Mandatar dieses Hauses, und das bereits zum vierten Mal, möchte ich eindeutig festhalten, daß ich in meinen Funktionen als Mitglied des Landtages, als Mitglied von Ausschüssen, von Kuratorien und hier als Berichterstatter mich zu hundert Prozent auf dem Boden der NÖ Landesverfassung bewege und daher keine Befangenheit vorliegt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Werte Abgeordnete! Wir kommen nun zur Abstimmung. Und zwar kommen wir zur Abstimmung über den Antrag des Rechnungshof-Ausschusses. Nun liegt aber von Herrn Abgeordneten Hrubesch ein Antrag oder ein Ersuchen vor, einzeln abzustimmen. Und zwar zuerst die Abstimmung über den Bericht des Landesrechnungshofes von 5/1999 LRH-500-L4/7-99 betreffend NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds. Ich lasse über diesen Bericht des Rechnungshofes abstimmen entsprechend dem Bericht des Rechnungshof-Ausschusses. *(Nach Abstimmung über den Bericht des Landesrechnungshofes über den NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds laut Antrag des Abg. Hrubesch:)* Danke. Gegenstimmen? Das ist mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Abg. Gratzer; Ablehnung FPÖ.)*

Ich komme nun zur Abstimmung über die restlichen Berichte aus dem Sammelbericht. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 273/B-1, über die rest-*

lichen Berichte des Landesrechnungshofes:) Danke. Gegenstimmen? Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses, Ltg. 90/B-11:) Danke. Gegenstimmen? Das ist mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, Abg. Gratzer; Ablehnung FPÖ, Grüne.)*

Mir liegt weiters ein Resolutionsantrag vor der Abgeordneten Lembacher, Kautz und Waldhäusl betreffend die Auswirkungen der Agenda 2000 auf die Landwirtschaft, nationale Begleitmaßnahmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Gegenstimmen? Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzer; Ablehnung Grüne.)*

Werte Abgeordnete! Somit ist die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben. Die Sitzung ist geschlossen. *(Schluß der Sitzung um 22.25 Uhr.)*